

Wir kommen zur Gruppe fünf Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Alois Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Klobasa**: Hohes Haus! Politik ist Wille zur Veränderung, Gesundheitspolitik daher auch heute notwendig, denn die Ordnung in der Gesellschaft, die Adaptierung an diese veränderte Umwelt müssen durch Maßnahmen einer umfassenden Vorsorge und Hygiene ermöglicht werden. Wieviel hat sich in unserem Land in den letzten Jahrzehnten verändert. Das Petroleumlicht wich dem elektrischen Licht, die Staubstraße wurde zur breiten Schnellstraße, wo früher in den Städten unsere Jugend dem „Fetzenlabel“ nachstürmte, stehen heute schön geordnet Hundert von Pkw,s. Der Bettler ist Gott sei Dank vor der Wohnungstür ganz selten geworden. Aus der „Gstättn“ ist ein schöner Park geworden. Und galt es zur Zeit der Jahrhundertwende noch als soziale Diffamierung, wenn eine Frau zur Entbindung ein Spital aufsuchte, so ist letzteres heute zur Selbstverständlichkeit geworden. Heute, sehr geehrte Damen und Herren, ist jedes Spitalsbett zu einer Mangelware geworden.

Da im Jahre rund zwei Millionen Verpflegstage in den steirischen Spitälern registriert werden, ergibt eine einfache Rechnung, daß jeder Steirer im Jahre zwei Tage in einem Krankenhaus verbringt (Abg. **Scheer**: „Das tut er nicht!“). Ein Regiment von Ärzten, eine Armee von Pflegepersonen sind in den Dienst gestellt, trotzdem sind aber noch immer zu wenig. Manche Krankheiten haben früher ganze Landstriche oder Stadtviertel dezimiert, sie haben heute ihren Schrecken verloren. Es ist daher nicht verwunderlich, daß auf Grund der aufgezeigten Tatsachen auch das Kapitel Gesundheitswesen entsprechend hoch dotiert ist. Die Gesamtausgaben wurden für das Jahr 1966 mit 547,078.500 S errechnet, denen nur Einnahmen von 315,243.700 S gegenüberstehen. Den ungeheuren technischen und rotierenden Kräften der Gegenwart wird ebenso ein ungeheurer Tribut an Menschen, die Unfälle erleiden, gegenübergestellt. Die Zahl der Ersthilfeleistungen, der lebensrettenden, die Zahl der wiederherstellenden, sanierenden Operationen und ein wahrer Strom von Blut, das wir für Transfusionen brauchen, beweisen dies. Allein das Landeskrankenhaus Graz wird im kommenden Jahr über $\frac{1}{4}$ Milliarde S brauchen. Die Sonderkrankenhäuser und Heilstätten mit den Heil- und Pflegeanstalten werden dem Land Steiermark 100 Millionen Schilling abverlangen.

Nicht unerwähnt sollen die Leistungen für die körperliche Ertüchtigung, die allgemeine Jugendförderung und die Förderung der Jugendherbergen bleiben.

Alles in allem, ein Voranschlag, der des Landes Steiermark würdig ist und der dem zuständigen Referenten jenes Rüstzeug in die Hand gibt, um auch im kommenden Jahr den anfallenden Aufgaben mit Gelassenheit und Zuversicht entgegenzutreten zu können. Meine Damen und Herren! Der Finanz-Ausschuß hat sich auch mit den Ansätzen der Gruppe fünf eingehend befaßt, und ich darf Sie bitten, ihnen die Zustimmung zu geben.

Präsident Dr. Kaan: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Josef Pittermann. Ich erteile es ihm.

Abg. **Dr. Pittermann**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn man nach zwölf Jahren wieder einmal die Ehre hat, zum Kapitel fünf zu sprechen, dann ist es wohl selbstverständlich, daß man sich zuerst das Protokoll dieses Jahres vornimmt, um Vergleiche zu ziehen. Das Ergebnis dieses Vergleiches ist, daß damals vor 12 Jahren die Probleme im Wesentlichen nicht andere waren, als wir sie heute haben, ja daß sich manche noch verschärfen. Dann, Hohes Haus, scheint die Frage berechtigt, ob wir in der Lage waren, den Problemen dieses Kapitels entsprechend den Erfordernissen unserer Zeit mitzukommen. Ich will nur ein paar dieser Probleme aufzeigen, damit speziell die jüngeren Damen und Herren dieses Hauses erkennen, daß es dieselben Probleme waren: Mangel an Unterkunftsraum für die Schwestern, für das Personal, die Diskussionen um den Bau des Landeskrankenhauses Wagna, das Distriktsärztegesetz, Neubau und Verbesserungen der bestehenden Krankenhäuser, der Bettenmangel, Nachtdienstzulage der Spitalsärzte, der Röntgenzug, die Einführung der 55-Stunden-Woche, das Hebammenproblem und nicht zuletzt der Abgang bzw. der Zuschuß des Landes.

Und Sie werden sich erinnern, meine sehr geehrten Kollegen, daß damals die Osterreichische Volkspartei durch ihre Sprecher, es ist Kollege Stöffler, dann ich, hinter mir wieder Kollege Stöffler, den damaligen Abgang, der sich so um die zehn Millionen bewegt, darauf zurückführte, daß die Verwaltung unserer Krankenhäuser nicht wirtschaftlich genug nach ökonomischen Grundsätzen geführt wurden. Darum ging es. Wir haben uns immer dazu bekannt, daß die Zuschüsse des Landes zu diesem Kapitel berechtigt sind, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Verwaltung ökonomisch geführt wird. Diese unsere Haltung — auch das muß ich heute wieder aus der Erinnerung hervorrufen — hat uns in großen Lettern in der „Neuen Zeit“ den Vorwurf eingebracht „die OVP will an den Kranken sparen.“ Die Dialektik haben Sie damals schon in reichem Maße betrieben. (Abg. **Brandl**: „Da war was dran!“ — Abg. **Vinzenz Lackner**: „Das habt ihr dann aber gelernt!“ — Landesrat **Wegart**: „Wenn man es immer wieder liest, muß man es ja lernen!“) Ich, meine Damen und Herren, möchte heute anerkennen, daß sich auf diesem Gebiet, unter Ihrem Vorgänger, Herr Landesrat Sebastian, und auch unter Ihrer Führung, die Dinge zum Guten gewendet haben, daß wir aber heute ungeachtet dessen mit Sorge den steigenden Zuschuß des Landes feststellen müssen. Um nur ein paar Zahlen zu nennen, be-

1950	12,4 Millionen Schilling,
1955	31,6 Millionen Schilling,
1960	69,5 Millionen Schilling,
1965	146,2 Millionen Schilling,

und 1966 werden es 182,1 Millionen Schilling sein, das sind also nahezu 300 %, um die sich in zehn Jahren der Abgang gesteigert hat, (Landesrat **Sebastian**: „Herr Kollege Dr. Pittermann, Sie haben das Präli-

minare genommen, nehmen Sie den Rechnungsabschluß, dann schaut das ganz anders aus!“ In der Folgerung und in der Nutzenanwendung wird sich aber dadurch nicht viel ändern. (Landesrat Sebastian: Oh ja, denn unter diesem Gesichtspunkt sind es dann nur mehr 101 Millionen!“) Aber in weiteren zehn Jahren kann sich bei Fortsetzung dieser Steigerung, gleichgültig, ob dies so oder so heißt — jedenfalls haben wir dieser Tatsache ins Auge zu sehen — eine Sachlage ergeben, bei der wir gewisse Folgerungen zu ziehen haben. Sie sehen also Hohes Haus, daß uns doch immerhin die Sorge bewegen muß, daß bei diesem steigenden Zuschuß des Landes irgendwo und irgendwann und irgendwas im Gesamtbudget zu kurz kommen muß, vor allem die Vorsorge für den Gesunden und all das, was sich um den Gesunden herum bewegt. Das, glaube ich, sollte man doch auch mit einer gewissen Sorge betrachten und dem begegnen.

Wir sind stolz darauf, daß wir auch heuer wieder Neubauten von Krankenanstalten verzeichnen können, aber wir müssen auch vermerken, daß z. B. der Kostenaufwand für die Kinderklinik sich bereits auf 110 Millionen Schilling stellt, nachdem er seinerzeit mit 67 Millionen, bzw. 84 Millionen präliminiert war.

Auch die 1. Chirurgie des Landeskrankenhauses wird 150 Millionen Schilling erfordern. Wir nehmen dankbar zur Kenntnis, daß damit auch ein Institut geschaffen wird, das eines der modernsten in Europa sein wird.

Aber im Zusammenhang mit der schon damals vor 12 Jahren festgestellten Tatsache des Bettenmangels, den wir ja auch heute noch verzeichnen und feststellen müssen, ist es interessant, daß der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bezweifelt, daß es in Österreich überhaupt eine Bettennot gibt. Ich entnehme das aus einer Publikation, worin er mitteilt, daß auf 10.000 Einwohner in Österreich 62 Betten in öffentlichen Krankenhäusern kommen, in Westdeutschland 61, in Schweden 56 und in der Schweiz und in Belgien je 47. Die Ursachen des Bettenmangels müssen also hier tiefer liegen. Ich glaube, mit Ihnen gleichen Sinnes zu sein, wenn ich feststelle, daß das in der Umstellung überhaupt auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zu suchen ist, nämlich mit dem Wegfall des früher üblichen Hausarztes, der Obsorge für den Kranken in der eigenen Familie und dergleichen mehr. Heute sind die Krankenanstalten doch immer überfüllt, weil die Hausgemeinschaft zum Großteil leider in der modernen Industriegesellschaft keine Zeit und — auch das müssen wir feststellen — kein Interesse hat, ein älteres krankes Familienmitglied zu pflegen, sondern man steckt sie einfach ins Krankenhaus. Und so ist es eben dazu gekommen. Das wird z. B. deutlich sichtbar in der Zunahme der Verpflegstage. Im Jahre 1964 wurden insgesamt 3,8 Millionen Verpflegstage in den Landeskrankenhäusern in Anspruch genommen. (Landesrat Sebastian: „Schon wieder eine falsche Ziffer. Da haben Sie nämlich die Fürsorgeheime auch schon mitgerechnet!“)

Innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren hat sich insgesamt die Zahl der Verpflegstage in unse-

ren Krankenanstalten um immerhin 34 % erhöht. Sie werden mir doch recht geben, daß der Betrieb der Krankenhäuser dadurch immer aufwendiger wird, weil das Personal vermehrt werden muß. Es ist ja selbstverständlich, daß die alten Leute in das Krankenhaus müssen, denn welcher Arzt würde es übers Herz bringen, einen alten Patienten einfach auf die Straße zu setzen. Wir leben heute in einer Massengesellschaft, in der der Krankenschein regiert, in einer Zeit, in der wir feststellen können, daß die Wartezimmer der Ärzte überfüllt sind und letzten Endes ist auch das derzeitige Honorierungssystem der Kassenärzte nicht ein derartiges, daß man den Ärzten regelmäßige Hausbesuche bei den einzelnen Pflegefällen zumuten kann.

Am flachen Lande sehen wir außerdem ein ständiges Abnehmen der Arztezahl. Zum Teil sind sie auch schon überaltert. Derzeit sind in Österreich 150 Kassenärztestellen unbesetzt. Und der Trend der jungen Mediziner, das wissen Sie genau so wie ich, geht heute natürlicherweise zum Facharzt. Noch im Jahre 1955 standen 4783 praktische Ärzte 2196 Fachärzten gegenüber. Heute ist das Verhältnis fast 1 : 1. In der Steiermark haben wir aber noch immer die zweitgrößte Ärztedichte — ich möchte fast sagen von Europa. Es entfallen nämlich auf 1½ Millionen Menschen 2000 Ärzte, d. s. ungefähr 568 Einwohner auf einen Arzt. Wir hatten Mitte dieses Jahres in Steiermark 976 praktische Ärzte, 506 Fachärzte, 223 Zahnärzte, 119 standen in ihrer Turnusausbildung. Allerdings, meine Damen und Herren, sind diese Ärzte regional ungleichmäßig verteilt. Während sich in Graz mit ¼ Millionen Einwohner nicht nur die Fachärzte, sondern auch die praktischen Ärzte kumulieren, melden sich für die verkehrstechnisch schlecht zugänglichen Orte immer weniger. Ich bin der Meinung, daß eine Reorganisation des Krankenkassenwesens im Interesse unserer Gesundheit und auch des Gesundheitswesens an und für sich doch mit der Zeit notwendig sein wird.

Meine Damen und Herren, auch ein wichtiges Problem — es wurde auch vor 12 Jahren schon behandelt — ist der Schwesternmangel in den Krankenanstalten. Zwar ist das nicht nur eine steirische Erscheinung. In Wien z. B. mußten in den Gemeindespitalern schon 193 Betten gesperrt werden, weil sie nicht mehr betreut werden konnten. Und was helfen uns auf der anderen Seite die modernsten neuen Krankenhäuser, wenn wir nicht imstande sind, sie personell zu besetzen?! In Deutschland z. B. wurden neugebaute Krankenhäuser gar nicht in Betrieb genommen, weil das Personal fehlte. Jeder siebente — sei es ein Arzt oder Angestellter — in den Krankenhäusern ist ohnehin schon ein Ausländer. Wir sind glücklicherweise in der Steiermark noch nicht so weit, aber jedenfalls fehlt es beim Pflegepersonal und es muß auch hier der Gedanke einer Rationalisierung Platz greifen. Es gibt Möglichkeiten dazu, wir brauchen uns nur an anderen Ländern ein Beispiel zu nehmen. So müßte es doch möglich sein, daß z. B. hier eine Enquete von Fachleuten stattfindet, um das Problem zu erörtern (Abg. Scherer: „Tierärzte!“) Ein Weg wäre der Bau von Alterskrankenhäusern. Dann könnte man sich auch z. B. mit dem in den USA gebräuchlichen System der Mayo-Klinik befassen. Hier werden die Neuan-

kömmlinge in eine zentrale Aufnahmeabteilung eingewiesen, wo die Diagnosestellung erfolgt, um die Patienten dann in die entsprechenden Kliniken einzuweisen, nachdem in diesen ersten Aufnahmeabteilungen die ersten Untersuchungen vorgenommen wurden. Wir müssen doch heute bedenken, daß mit der Spezialisierung — und sie schreitet ja immer mehr und mehr fort — und mit der Herstellung feinsten medizinischer Apparate doch letzten Endes auch die Menschen, die diese Apparate bedienen, mehr und mehr spezialisiert werden müssen und ob wir da nicht einen Raubbau betreiben, daß wir zwar in jeder Klinik die modernsten Apparate anschaffen, hinter denen aber die entsprechenden Spezialisten fehlen. Es müßte doch möglich sein, auch im Landeskrankenhaus z. B., um nur eine Anregung zu geben, — und ich glaube, daß Sie, Herr Landesrat Sebastian, in Ihrer Jugend diesen Dingen aufgeschlossen sein werden, weil Sie noch Ihr halbes Leben vor sich haben (Landesrat Sebastian: „100 Jahre werde ich bestimmt nicht werden, außerdem ärgern Sie mich da zuviel!“ — Landesrat W e g a r t: „Bitte, mehr Vertrauen zur Medizin!“) Es müßte doch möglich sein, in unserem Landeskrankenhaus z. B. ein Zentrallabor aufzustellen, was jedenfalls billiger und rationeller wäre. Ich weiß schon, welche Schwierigkeiten da bestehen. (Landesrat Sebastian: „Die Idee ist so alt, wie ihre historischen Reminiszzenzen!“) Ich habe ja erwähnt, daß es immer dieselben Probleme sind und daß wir hier nicht weitergekommen sind. Und wenn meine Ausführungen dazu beigetragen haben, Sie daran zu erinnern und Sie eventuell die Nutzenanwendung daraus ziehen, sehr geehrter Herr Landesrat, wäre ja der Zweck meiner Ausführungen erfüllt. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, daß wir uns diesen Dingen zuwenden sollen.

Hohes Haus, bevor ich aber hier dem zuständigen Referenten und auch den Ärzten und dem Pflegepersonal und den Schwestern, kurzum allen, die damit zu tun haben, den Dank ausspreche, möchte ich noch zu einem Kapitel kurz Stellung nehmen, das sich mit der Jugendförderung befaßt. Wir haben schon davon gehört, daß unser Landesjugendreferat in der Steiermark das größte aller Bundesländer ist und daß wir dadurch in der Lage sind, Vorarbeiten für Aktionen in anderen Gebieten Österreichs durchzuführen. Ich will sozusagen im Telegrammstil die Jugendförderung, wie sie bei uns in der Steiermark durchgeführt wird, dem Hohen Hause vor Augen führen. An erster Stelle steht hier die kulturelle Jugendarbeit, die sich darin erschöpft, daß ein umfangreiches Lehrprogramm für diese Zielsetzung zur Verfügung steht, Lehrgänge für Heimstunden, Freizeitgestaltung, Kurse für alpines Jugendwandern, Bergsteigen, die Betreuung unserer Schilehrwarte ist auch ein Teil der auf den Jugendsport ausgerichteten Arbeit. Allein im 2. Halbjahr hat es über 30 Wochenendlehrgänge gegeben, eine Massenbeteiligung wie nie zuvor war hier zu verzeichnen. Zum Dritten hat das Jugendreferat Lehrgänge für Volkstanzleiter und Heimatpflege durchgeführt und auch damit für diese Brauchtumspflege wertvolle Arbeit geleistet. Über 100 Volkstanzkurse in der Steiermark sind zu verzeichnen und zeugen selbstverständlich von der Arbeit auf diesem Gebiet. Ich

möchte hervorheben, daß unsere steirische Jugend beim österreichischen Jugendsingen hervorragend abgeschnitten hat. Wir haben im Jahre 1965 nicht weniger als 360 Jugendchöre, die sich 28 Bezirksveranstaltungen stellten und die auch nach Klagenfurt gesandt worden sind und dort mit sieben steirischen Chören sehr gut abgeschnitten haben. Das Jugendreferat befaßt sich auch mit der Betreuung des Laienspielwesens, das in St. Lambrecht mit 326 Laienspielern aus acht Spielgruppen vor die Öffentlichkeit getreten ist. Die Filmerzziehung an den Schulen ist weiter ausgebaut worden. Es ist dankend zu erwähnen, daß sich 475 Schulen mit rund 5000 Schülern an dieser Arbeit des Jugendreferates beteiligen. Ganz besonders aber möchte ich zum Schluß hervorheben die Arbeit unseres Jugendreferates für die Landwirtschaft, die steirische Erntehilfe, die als ein Versuch zum besseren Verständnis zwischen Stadt und Land sicherlich das Ihre dazu beigetragen hat. Alles in allem, ein sehr schönes, abgerundetes Bild für die Tätigkeit, die hier für die gesunde Jugend von unserem Referat getätigt wurde, und das, Hohes Haus, will ich zum Schluß zum Anlaß nehmen, festzustellen, daß das Ziel einer Gesundheitspolitik nicht nur die Verminderung unseres Zuschusses für die Kranken, sondern eine Vermehrung der Förderung unserer Jugend sein soll. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abg. Jamnegg das Wort.

Abg. **Jamnegg:** Hohes Haus! Ich darf den Herren und Damen des Hohen Hauses in Erinnerung bringen, daß ich zusammen mit Kollegen meiner Fraktion am 19. Oktober d. J. dem Hohen Landtag einen Antrag vorgelegt habe, in dem wir den Umbau der großen Krankensäle in den Krankenanstalten in kleinere Einheiten vorschlagen. Es ist dies ein Antrag, der also auf eine Modernisierung der bestehenden Krankenhäuser zunächst in dieser Richtung abzielt. Ich möchte dazu nur kurz folgendes sagen. Neubauten von Krankenanstalten — und das ist unbestritten — sind da und dort sicher notwendig. Wir wissen alle, daß hier noch verschiedene Wünsche angemeldet sind. Ich möchte mir nun nicht anmaßen, zu beurteilen, wie weit darüber hinaus die Erfüllung noch weiterer Wünsche von verschiedenen Gesichtspunkten her gerechtfertigt ist, oder nicht. Zumal, wenn man bedenkt — und das wurde ja von meinen Vorrednern schon aufgezeigt — welche enormen Summen schon bisher jährlich für die Krankenanstalten insgesamt vom Lande aufgewendet werden. Die Steiermark dürfte hier ja wohl führend sein. Was nun die weiteren Neubauten von Krankenanstalten anlangt, so hat mein Vorredner Dr. Pittermann ja schon in diesem Zusammenhang aufgezeigt, daß zum Beispiel in Deutschland neuerbaute Kliniken nicht eröffnet werden konnten, weil nicht genügend Krankenpflegepersonal zur Verfügung stand. Der Schwesternmangel in Österreich ist ja bekannt und es wurde hier in diesem Hohen Hause schon verschiedentlich darauf hingewiesen, und ich glaube, diese Situation gehört daher auch hier bei uns in die Überlegungen im Hinblick auf Neubauten miteinbezogen.

Ich glaube daher, und das ist nun einmal meine persönliche Auffassung, auch wenn Sie vielleicht den Widerspruch des Herrn Landesrates Sebastian herausfordert, (Landesrat Sebastian: „Bei einer so charmanten Frau werde ich doch nicht widersprechen, ich werde Ihnen dann sagen, was wir getan haben!“) daß die bestehenden und zum Teil wirklich hoffnungslos veralteten Krankenanstalten modernisiert werden müssen und daß hier doch auf längere Sicht ein entsprechender Plan notwendig sein wird. (Landesrat Sebastian: „Sie, passen Sie auf, die ÖVP ist ja gegen die Planwirtschaft.“) In diesem Zusammenhang kann man aber das Wort Plan gebrauchen, wenn wir auch sonst in dieser Hinsicht grundsätzlich verschiedene Auffassungen haben. Ich bin der Meinung, daß man zunächst einmal bei der Modernisierung damit beginnen sollte, diese riesigen Krankensäle, die wir heute noch immer in unseren Krankenhäusern, vor allem in der 3. Klasse haben, umzubauen. Meine Damen und Herren, der Aufenthalt in diesen Massensälen ist für jeden kranken Menschen deprimierend und im Zeitalter des Fortschrittes kaum mehr zumutbar. Es ist dort vor allem die für den Patienten, insbesondere für den schwerkranken Patienten, erforderliche Ruhe allein schon durch den täglichen Besucherstrom in keiner Weise gewährleistet. Wir wissen, daß unsere Ärzte sich bemühen, die Behandlungsmethoden jeweils den neuesten Erkenntnissen auf dem Gebiet der Forschung und der Wissenschaft anzupassen. Namhafte unter ihnen, das möchte ich auch betonen, haben selbst international anerkannte Pionierarbeit im medizinischen und chirurgischen Bereich geleistet und tun dies noch. Aber meine Damen und Herren, beste Behandlung und Betreuung durch Ärzte und Schwestern allein sind nicht ausreichend für den Gesundheitsprozeß. Die Unterbringung der Patienten auch der 3. Verpflegsklasse in kleineren Räumen mit geringerer Bettenanzahl wäre daher nicht nur zeitgemäßer, sie würde auch in psychischer und physischer Hinsicht eine günstigere Auswirkung auf die Patienten haben. Wer jemals von Ihnen einen Krankenbesuch in einem solchen Massensaal, in dem heute etwa 30 Betten untergebracht sind, gemacht hat, wird mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß der kranke Mensch in diesen Massensälen zwangsläufig zur Nummer absinkt und als individuelle Person nicht existent ist. Wenn wir heute ernsthaft versuchen — und das ist im Laufe der verschiedenen Debatten vielfach aufgeklungen — den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen in dieser Zeit der Versachlichung, dann muß das auch für den Kranken gelten. Und ich bitte daher die Hohe Landesregierung und den Hohen Landtag, künftigt doch auch das Augenmerk zu wenden auf die notwendige Modernisierung der Krankenhäuser und hier vor allem auf den Umbau der Krankensäle.

Zum Schluß meine Damen und Herren, möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß dieses Anliegen nicht 12 Jahre bis zu seiner Verwirklichung dauern möge. (Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Scheer. Ich erteile es ihm. (Landesrat Sebastian: „Aber bitte nicht ein so ‚neues‘ Thema, denn das war ganz neu!“)

Abg. Scheer: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Gruppe fünf beinhaltet zwei wesentliche Gruppen eng beisammen, nämlich Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, wobei man sogar die körperliche Ertüchtigung voranstellen müßte, weil sie eine Prophylaxe bedeutet, um unsere Spitäler dadurch zu entlasten. Es ist kein Zufall, daß die Völker, vor allem die größeren Völker und Staaten der körperlichen Ertüchtigung mehr Raum geben als wir in Österreich. Wir sehen es auch bei den olympischen Spielen, wie Österreich weit absinkt hinter dem sonstigen Niveau, das wir im Konzert der Völker abgeben. Wir haben auch in der Steiermark gerade auf dem Gebiet der körperlichen Ertüchtigung noch einiges zu tun. Die Sportstätten, die wir haben, sind weitestgehend ausbaubedürftig. Ich denke da insbesondere an die Landeshauptstadt Graz, die nicht einmal über ein Hallenbad verfügt, so daß wir uns in dieser Hinsicht an so kleinen Städten wie z. B. Kapfenberg oder Judenburg ein Beispiel nehmen können, wie man ein solches Hallenbad zustandebringt. Ich glaube, daß es ein Anliegen von uns allen sein sollte, hier der Stadt Graz unter die Arme zu greifen. Ich erinnere daran, daß wir vor zwei Jahren eine Resolution beschlossen haben, daß wir der Stadt Graz eine Sonderdotierung gewähren sollten, damit sich diese Stadt besser rühren kann. Aber es ist bei der Resolution geblieben. Diese zehn Millionen hätten aber sehr wohl als eine Initialzündung für ein Hallenbad dienen können.

Die körperliche Ertüchtigung, möchte ich sagen, muß eine gewisse Vorrangstellung einnehmen, wenn wir zum Gesundheitswesen selbst kommen. Das Gesundheitswesen in der Steiermark ist nicht in den schlechtesten Händen, und wir dürfen sagen, es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn es hier nicht alljährlich bei diesem Kapitel auch ein edles Bemühen um unsere Krankenanstalten gäbe, die ja, das möchte ich wohl besonders deutlich sagen, kein Defizitbetrieb sind, sondern es kann sich wirklich nur um Zuschüsse zu der Betreibung unserer Krankenhäuser handeln. (Landesrat Peltzmann: „Ich brauche für meine Landesbahnen auch nur Zuschüsse!“) Die kameralistische Buchhaltung kann von einem Defizit bei unseren Krankenanstalten deshalb nicht reden, weil die Ausbauten, Umbauten und dgl. auch in diesen Ziffern drinnen sind und dadurch ein falsches Bild gegeben wird.

Also, meine Damen und Herren, ich möchte nur sagen, etwas anderes ist viel besorgniserregender, der Herr Kollege Dr. Pittermann hat es ja angeführt, daß wir bald soweit sind, daß wir wohl Krankenanstalten bauen, aber die entsprechenden Ärzte und das Pflegepersonal dazu nicht in dem Umfang bekommen, als es notwendig wäre. Dieser heimtückische Umstand entsteht auch daraus, wie wir schon in einem anderen Kapitel gehört haben, daß wir an entsprechenden Unterkunftsmöglichkeiten und dgl. Mangel haben. Es geht soweit, daß wir auf diesem Gebiet auch einen gewissen österreichischen Ausverkauf haben, da nämlich Krankenschwestern und Ärzte oft nicht im Lande selbst bleiben, sondern außer Landes gehen und im Ausland dem Beruf nachgehen, den sie hier in Österreich erlernt haben. Wir haben ihnen das geistige Rüstzeug für den Beruf

mitgegeben, und der Beruf selber wird im Ausland ausgeübt. Ein besonderes Problem, das den Krankenanstalten zukommt, ist die Frage, wohin mit den alten Menschen, die an Alterskrankheiten leiden, und, vor allem auch ein Umstand, der interessanterweise in der modernen Zeit immer stärker zutage tritt: Wenn die Kinder — die älteren Kinder — auf Urlaub fahren, geben sie dann ihre Eltern, weil sie sonst nicht in Betreuung sind, während der Sommerzeit einfach ins Krankenhaus und wir haben im Sommer einen Überbelag dadurch zu verzeichnen, daß alte Menschen mit Gewalt 14 Tage oder drei Wochen in die Krankenhäuser geschickt werden, weil die lieben Kinder einfach auf Urlaub fahren und während der Zeit ihre Eltern ohne Betreuung sind. Wie wir das meistern, ist auch eine andere Frage und eine zweite Frage.

Aber ich möchte nun zu einem Kapitel kommen, von dem wir glaubten, daß es jetzt irgend einer Reform unterzogen werden würde, nämlich zum Gebiet der Krankenkassen. Meine Damen und Herren, wir sind jetzt bei der Konstituierung oder bei der Einrichtung der Bauernkrankenkasse. Ich habe mir jetzt erst kürzlich zusammengeholt, wieviel Kassen wir überhaupt in Österreich haben: die Gebietskrankenkasse, die verschiedensten Betriebskrankenkassen, die Bergarbeiterversicherung, die Kasse der Gemeindebediensteten, die Bundeskrankenkasse, die Land- und Forstwirtschaftlichen Krankenkassen, die Meisterkrankenkasse, die Bundesbahnkrankenkasse und so und so viele private Krankenkassen ebenfalls noch. Diese ganzen Kassen haben natürlich auch einen notwendigen Verwaltungsapparat mit Verwaltungsräumlichkeiten usw. usf., haben aber auch alle interessanterweise ganz verschiedene Leistungen, natürlich auch, weil sie ganz verschiedene Beiträge erhalten. Und nun kommt zu diesen noch dazu die Bauernkrankenkasse, die mit ihren 20 % Selbstbehalt noch eine besondere Gruppe darstellt. Es wäre wirklich hoch an der Zeit, wenn sich unser Staat daran machte, diese ganzen Krankenkassen irgendwie unter einen Hut zu bringen, damit diese Verschiedenartigkeit der Kassen, die ja wiederum auf einem anderen Gebiet, wenn man es sich überlegt, bei der Ausstellung der Rezepturen, der Abrechnung der Ärzte bei den verschiedenen Kassen usw. einen unerhörten Verwaltungsaufwand erfordert, der auf dem Rücken der Ärzte und der verschiedenen Kassen selbst sich abspielt, wie ich glaube, einer echten Verwaltungsreform zugeführt werden muß. Ich möchte mich nicht allzusehr auslassen über dieses Problem, weil es an und für sich nicht in den direkten Bereich der Landesverwaltung gehört, aber es muß irgendwann einmal, und zwar sehr bald, etwas geschehen. Wir haben annehmen dürfen, daß das bei der Einführung der Bauernkrankenkasse gemacht wird, aber wir haben uns getäuscht. Es wird ein neuer Verwaltungsapparat aufgezogen, es konstituieren sich in den einzelnen Ländern die Landesdirektionen, die ganzen Bezirksorganisationen, die ganzen Kontrollfunktionen, die wieder notwendig sind, usw. usw.. Also, meine Damen und Herren, wir wursteln auf diesem Gebiet in einer Weise weiter, wie wir es eigentlich nicht vertreten können, und das in einer Zeit, wo jede ein-

zelne Arbeitskraft so sehr gesucht wird. Das möchte ich zum Kapitel der Kassen gesagt haben.

Daß es in unseren Krankenhäusern im großen und ganzen ordentlich zugeht, hat selbst der Generalredner der Österreichischen Volkspartei zugeben müssen, und ich kann mich dem nur anschließen. Der Übung im Hohen Hause hier, daß die Regierungsmitglieder am Ende von den Abgeordneten besonders gelobt werden, kann ich mich gerne anschließen und ich kann sagen, daß es den Herrn Landesrat Sebastian sicher auch nicht überrascht hat, daß er von Dr. Pittermann gelobt wurde, weil er ja schließlich von Dr. Pittermann gelobt zu werden gewohnt ist. (Landesrat Sebastian: „Also ich muß sagen, ich bin ganz konsterniert!“)

Präsident: Der Herr Abg. Leitner ist zu Wort gemeldet. (Landesrat Sebastian: „Also der Leitner lobt mich nicht, das weiß ich schon im voraus!“)

Abg. Leitner: Doch, Herr Landesrat Sebastian. Ich möchte am Beginn meiner Ausführungen feststellen, daß die 182 Millionen Schilling, die das Land dem Gesundheitswesen direkt zur Verfügung stellt, eine sehr große Leistung sind. Ich möchte auch feststellen, daß der Bau der neuen Kinderklinik eine große Sache für die Steiermark ist. Ich hoffe nur, daß sie wirklich im Jahre 1967 eröffnet wird. Ich kann mich erinnern, das sollte schon 1964 sein, wenn ich richtig gehört habe (Landesrat Sebastian: „Bitte, ich habe Sie nicht richtig verstanden!“) 1964 sollte die Kinderklinik schon eröffnet werden (Landesrat Sebastian: „Aber Verehrtester, im Jahre 1960 haben wir mit der Planung angefangen!“) Es wurde eine 4-jährige Bauzeit genannt, 60 und 4 ist 64. (Landesrat Sebastian: „Nein, nein, 1967 wird es soweit sein!) Ob es ganz sicher der Fall ist, ist eine andere Frage. Aber es ist sicherlich eine sehr wichtige Angelegenheit für die Steiermark, für die Gesundheit vor allem der Kinder. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß der Bau der I. Chirurgie, die nach Berichten ganz modernst ausgebaut wird, ebenfalls meine Anerkennung hat. Das Land Steiermark, das wurde ebenfalls hier schon angeführt, trägt dadurch sehr große Lasten. Steiermark gehört zu jenen Bundesländern, die im wesentlichen die Krankenhäuser verwalten und führen und dadurch gezwungen sind, zusätzliche Mittel aufzubringen. Allerdings war es in den letzten Jahren bereits so und hat die Landesregierung eine solche Praxis eingeschlagen, daß sie jedes Jahr den Krankenkassen immer neue Verpflegskostensätze vorgeschrieben hat, d. h. natürlich höhere, und so versucht hat, einen Großteil der Mehraufwendungen, die jährlich aufgetreten sind, den Krankenkassen, d. h. den Arbeitern und Angestellten aufzuhalsen. (Landeshauptmann Krainer: „Das stimmt ja nicht, 17 Millionen kriegen wir nächstes Jahr und 45 geben wir mehr aus!“) Aber ich habe gesagt, Herr Landeshauptmann, daß die Landesregierung das bereits seit etlichen Jahren macht, und diese Praxis hat dazu geführt, daß die Krankenkassen in große Schwierigkeiten gekommen sind bzw. in so einer Situation sind, daß weitere Belastungen nicht tragbar sind. Daß das nicht meine Meinung allein ist, Herr Abgeordneter, ist dadurch bewiesen, daß auch ein OVP-Mandatar diese Ansicht ver-

tritt. (Abg. Nigl: „Ist ja ganz anders!“) Daß diese Praxis auf die Dauer nicht tragbar ist, zeigt sehr anschaulich die Denkschrift des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. In dieser wird eindeutig festgestellt, daß der Geburungsabgang der Krankenhäuser auf dem Umweg einer einseitigen, nur die Krankenversicherten belastenden Erhöhung nur durch weitere Beitragserhöhungen durchgesetzt werden könnte. Die für die Aufrechterhaltung des Spitalswesens erforderlichen Mittel sollen auf Grund der Vorschläge des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zu $\frac{3}{8}$ vom Bund, zu $\frac{3}{8}$ von den Ländern und zu $\frac{2}{8}$ vom Sprengel, in dem das Krankenhaus liegt, getragen werden. Diese Regelung hat bereits vor dem Jahre 1938 in Österreich gegolten und hat gesichert, daß der Bund aus Steuermitteln der Allgemeinheit einen entsprechenden Beitrag für das Gesundheitswesen aufbrachte.

Nun hat sich dieser Meinung auch der geschäftsführende ÖVP-Stadtrat von Wien, Dr. Glück, angeschlossen und eine Regelung nach dem Muster der 1. Republik gefordert. Eine solche Regelung würde es ermöglichen, daß das Land Steiermark zwar nicht viele Millionen einspart, aber dafür andere, sehr wichtige Aufgaben auf dem Gebiet des Gesundheitswesens rascher als bisher oder als es bei der jetzigen Regelung möglich ist, in Angriff nehmen könnte wie zum Beispiel den rascheren Ausbau des neuen Krankenhauses Bruck, den rascheren Aufbau des Bettenhauses in Leoben und den rascheren Aufbau einer modernen Kinderklinik in Leoben. Das sind nur einige der wichtigsten Aufgaben, vor denen das Land steht.

Man kann die neuen Erkenntnisse auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet im Gesundheitswesen nur dann überall anwenden, wenn auch der Bund entsprechend dazu beiträgt durch größere Leistungen, um das Gesundheitswesen, soweit notwendig, zu modernisieren. Heute haben wir den Zustand, daß fast alle Aufgaben der Bund auf die Länder und auf die Krankenkassen bzw. auf die Gemeinden abgewälzt hat. Wir Kommunisten werden nicht müde, auf die Notwendigkeit einer systematischen, vorbeugenden Gesundenuntersuchung hinzuweisen, um so u. a. einer so heimtückischen Krankheit, wie es der Krebs ist, Herr zu werden. Dazu ist es notwendig, diese Krankheit vor allem schon im Frühstadium zu erkennen, um damit in den meisten Fällen eine Heilung zu ermöglichen. Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse hat, wie Ihnen, meine Damen und Herren vielleicht bekannt ist, bereits erste Schritte in diesem Sinne gemacht und eine Gesundenuntersuchung für Erwachsene in Graz eingerichtet. In anderen Bundesländern hat man hier schon weit größere Schritte gemacht. Wie segensreich sich eine vorbeugende Behandlung auswirkt, das zeigt vor allem der Erfolg der breiten Polio-Impfung, die bekanntlich dazu führte, daß in Steiermark in den letzten Jahren es keine Krankheitsfälle mehr gibt. Dies hat zwar verhältnismäßig viel gekostet, aber wenn man bedenkt, was dadurch an Unheil und Unglück verhindert werden konnte, dann wird jeder der Anwesenden sagen, es war eine richtige Investition.

An Krebs allerdings stirbt bei uns in Österreich noch fast jeder Fünfte. Diese heimtückische Krank-

heit kann, wie die Ärzte und Fachleute sagen, erfolgreich nur durch die Früherkennung — und das ist nur durch die Gesundenuntersuchung zu ermöglichen — bekämpft werden. In diesem Zusammenhang — das möchte ich ebenfalls feststellen, — freut es mich, daß auch Herr Landeshauptmann Krainer in seiner Stellungnahme zum Budget 1965 in der Zeitung wie auch im Rundfunk auf die Notwendigkeit von vorbeugenden Maßnahmen im Gesundheitswesen hinweist und dafür eintritt, daß diese nicht nur bei der Bekämpfung der Kinderlähmung angewendet wird, sondern auch bei anderen Krankheiten, vor allem bei der Bekämpfung des Krebses.

Dazu brauchen wir in Steiermark nicht nur neue Labors. Sie wurden und werden ja zum Teil eingerichtet durch die private Krebsgesellschaft. Man braucht dazu vor allem eine breite Gesundenuntersuchung und vor allem die Mittel, um diese zu gewährleisten. Allerdings stimmen die Worte des Herrn Landeshauptmannes Krainer über die Notwendigkeit der vorbeugenden Gesundenuntersuchung zur Bekämpfung des Krebses und anderer wichtiger Krankheiten mit der Praxis der Landesregierung nicht überein. Während z. B. in den bisherigen Jahresvoranschlägen wenigstens einige 10.000 Schilling für zytologische Untersuchungen vorgesehen waren, ist dies im Budget 1966 nicht der Fall. (Landesrat Sebastian: „Da haben Sie aber schlecht gelesen, Herr Kollege!“) Ich habe Sie ja gefragt, aber Sie konnten mir keine Aufklärung geben. (Landesrat Sebastian: „Die gebe ich erst morgen, habe ich gesagt!“) Bitte. Aber ich hätte auch das Recht, daß ich eine solche Aufklärung schon vorher bekomme. Denn ich habe diese Gruppe im Voranschlag durchgesehen und konnte diese 50.000 S, die voriges Jahr z. B. eingesetzt waren, nicht finden. (Landesrat Sebastian: „Die gehen bei den vielen Posten unter!“) Ich bin allerdings der Meinung, Herr Landesrat, wenn sich die Landesregierung wirklich dazu bequemt, die Gesundenuntersuchung auf die entsprechend notwendige Höhe zu bringen, dann ist natürlich ein Betrag von 50.000 Schilling — da haben Sie recht — eine ganz lächerliche Angelegenheit. Aber es zeigt von mir aus wenigstens den guten Willen. Und wenn man davon spricht, die Gesundenuntersuchung zu fördern und dann den letzten Betrag dafür noch streicht, dann schaut das nicht gut aus.

Wenn die Landesregierung wirklich darnach strebt, mehr gegen den Krebs zu unternehmen, dann ist es notwendig, wirklich Gesundenuntersuchungen zu ermöglichen und dafür weit höhere Mittel als bisher einzusetzen. (Abg. Egger: „Wird ja schon — zum Teil wenigstens — gemacht. Siehe ein seinerzeitiger Antrag von mir!“) Es kommt mir gar nicht darauf an, wer hier der erste war, sondern daß eben entsprechende Mittel eingesetzt werden. (Landesrat Sebastian: „Herr Abg. Leitner, jetzt kommen Sie mit der Frau Abg. Egger in Vaterschaftsstreit, so wie ich. Aber bei mir liegt eine Beweisführung da, bei Ihnen weiß ich das nicht!“)

Ich würde den Herrn Referenten ersuchen, wenn er diesem Hause hier mitteilen würde, wie sich die Landesregierung die Frage des Kampfes gegen den

Krebs vorstellt und welche Maßnahmen das Land bzw. die Landesregierung unternimmt, um diese Gesundenuntersuchung in Steiermark wirklich um einen entscheidenden Schritt vorwärts zu bringen.

Ein anderes Problem ist das Kinderkrankenhaus in Leoben. Das Kinderkrankenhaus in Graz wird aller Voraussicht nach allen modernen Anforderungen entsprechend ausgerüstet werden und die Kinder, die auf der einen Seite das Pech haben, krank zu werden und ins Krankenhaus zu müssen, haben auf der anderen Seite das Glück, in ein modern ausgestattetes Krankenhaus zu kommen, wo sie die Pflege bekommen, die sie brauchen. In einer so glücklichen Lage sind die Kinder aus der Obersteiermark nicht, wenn sie in das Krankenhaus nach Leoben kommen. Dort gibt es meiner Ansicht nach noch immer himmelschreiende Zustände und Mängel, auf die ich bereits im Vorjahr in einer Anfrage an den Herrn Landesrat Sebastian hingewiesen habe. Allerdings wird das immer wieder mit Geldmangel begründet. Im Kinderkrankenhaus Leoben müssen heute noch immer schwerkranke Kinder, wenn sie röntgenisiert werden müssen, auch im Winter über den Hof getragen werden, und der zuständige Primararzt kritisiert das ganz besonders. Nach seinem Vorschlag wäre es möglich, diese Zustände abzuschaffen, wenn ein kleines modernes Röntgengerät angeschafft würde. Ich habe das schon im Vorjahr hier im Hause mitgeteilt.

In vielen Krankenzimmern der Kinderabteilung liegen statt zwei, drei und vier Kindern sechs, zehn bis 15 und 16 Kinder, so daß ein Bett die Hälfte der Türe verstellt und andere Betten direkt neben den Fenstern stehen. Die Belüftung wird dadurch zu einem Problem, weil gerade bei den Kleinkindern jede kleinste Verköhlung, Schnupfen usw. leicht übertragen wird und dadurch nicht nur ein, zwei oder drei, sondern zehn und noch mehr Kinder angesteckt werden können. Der Primarius dieser Abteilung und dieses Kinderkrankenhauses wünscht moderne Belüftungsanlagen in diesen Zimmern, vor allem deswegen, weil so viele Kinder in diesen Zimmern sind. Trotzdem ist bisher nichts in dieser Hinsicht geschehen und ich habe nachgesehen, was die Landesregierung heuer tut, um diese Mängel abzustellen. Voriges Jahr hat es geheißen, es sei nichts eingereicht worden, also könne man nichts machen. Ich habe gerade gehört, daß viel weniger, als im Budget vorgesehen war, verbraucht wurde, da hätte man diese Mängel beseitigen können. Ebenso gibt es eine Reihe wirklich entscheidender Mängel, die abgestellt werden müssen, und wenn die Frau Abg. Egger auf diese großen Säle hinweist (Abg. Egger: „Das habe ich gar nicht getan!“), dann glaube ich, daß vor allem gesichert werden muß, daß für Klein- und Kleinstkinder eine entsprechende Unterkunft, eine entsprechende Behandlung gesichert wird. Ich muß sagen, daß der Ansatz von 50.000 Schilling für die Ausstattung des Kinderkrankenhauses Leoben für 1965 als sehr kärglich zu bezeichnen ist. Meiner Meinung nach sollen meine Anregungen nicht erst für 1967 gelten. Ich habe meine Anregungen übrigens schon im Frühjahr gemacht. Ich kann mich nicht genau erinnern, es kann auch möglich sein, daß es im Vorjahr war, und ich möchte auch deswegen Vorschläge machen, damit diese For-

derungen schon anfangs des nächsten Jahers erfüllt werden. Ich kann mich erinnern, daß jedes Vierteljahr dem Landtag überplanmäßige Ausgaben zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Immer wieder findet die Landesregierung bzw. der Finanzreferent außerordentliche Mittel, Mehreingänge, um solche Anträge zu stellen, bzw. daß die Landesregierung solche Beschlüsse fassen kann. Wir haben gehört, daß diese 18,2 Millionen Schilling Abgang präliminiert sind. Das Budget ist ja nicht überzogen, es müßte möglich sein, zusätzliche Mittel für das Kinderkrankenhaus Leoben bereitzustellen. Aber ich würde auch nicht zurückscheuen, einen solchen Vorschlag zu machen, z. B. den Ankauf von fünf neuen Mercedes Dienstwagen für die Landesregierungsmitglieder auf ein Jahr zurückzustellen, dann würden ca. 550.000 Schilling dadurch frei werden. Ich glaube, keinem der Herren würde eine Perle aus der Krone fallen, wenn sie ein Jahr später (Abg. Pözl: „Einen Moskwitsch kaufen würde!“ — Landesrat Gruber: „Da können wir ihn heuer auch schon kaufen!“) Ich habe das Gefühl, daß es nach Meinung der Landesregierung notwendig ist (Landesrat Wegart: „Jetzt haben Sie eine so gute Rede gehalten. Das was Sie jetzt gesagt haben, paßt nicht dazu!“) das neueste Modell dieser Type zu haben. Das ist meiner Ansicht nach nicht notwendig. Zum Schluß möchte ich sagen, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und es ist notwendig, den Kindern, die auf Grund der Krankheit gezwungen sind, in das Krankenhaus nach Leoben zu gehen, einigermaßen erträgliche Verhältnisse zu sichern.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Egger: Ich erteile es ihr.

Abg. **Egger:** Wegen des Mangels an Pflegepersonal, von dem heute und auch sonst mehrfach gesprochen wurde, haben wir einen Resolutionsantrag eingebracht, daß die Pflegearbeit in den Krankenanstalten rationalisiert werden möge. Ich begrüße das, weil ich hoffe, daß meine jetzigen Darlegungen als Empfehlungen aufgefaßt werden im Dienste einer Sache, die letzten Endes unseren leidenden Mitmenschen zugute kommt. Es soll nicht eine unerwünschte Einmischung in ein anderes Ressort sein. Mit den neuen Behandlungsmethoden unserer Kranken in den Spitälern und durch die Verringerung der Arbeitszeit hat sich auch vieles in der Pflegearbeit verändert, und so muß man sich fragen, ob diesen Veränderungen durch eine entsprechende Neuorganisation in der Arbeit in den Krankenanstalten schon ausreichend Rechnung getragen wurde. Das wäre die einzige Möglichkeit, unser Pflegepersonal rationeller einzusetzen, um dem Mangel zu begegnen und auch Kosten dort einzusparen, wo es möglich ist, ohne daß die Krankenversorgung irgendwie verschlechtert wird. Im Gegenteil, sie könnte damit manchmal sogar verbessert werden. Sicher ist es sehr schwierig, dort, wo es sich um die Betreuung von lebendigen Wesen handelt, zu rationalisieren. Man kann nicht Arbeitsteilung und ähnliches planmäßig wie in einem Betrieb machen, wo es sich um Ware handelt. Aber dennoch läßt sich manches neu ordnen, so daß man wirklich zu besseren Resultaten kommen könnte.

Um zu rationalisieren wäre es notwendig, daß zuerst die Pflichtenkreise des Personals, und zwar der verschiedenen Gruppen des Personals, wirklich klar abgegrenzt werden. Daran fehlt es vor allem bei den Krankenschwestern. Es gibt verschiedene Berufe, vor allem Betreuungsberufe, bei denen die Arbeit nie sehr klar abzugrenzen ist. Ein typischer Fall ist die Hausfrau, die die Gesunden betreut, und ähnlich die Krankenschwester, die auch alle Arbeit zu machen hat, soweit sie nicht von anderen gemacht wird, die ihren Arbeitsbereich abgegrenzt haben. So hat die Krankenschwester oft Arbeiten zu leisten, für die sie nicht soviel Ausbildung haben müßte, also Arbeit, für die auch einfacher gebildetes Pflegepersonal genügen würde. Manchmal wird sie aber auch veranlaßt, spezielle Arbeiten zu machen, für die sie nicht die notwendigen Voraussetzungen mitbringt. Wir wissen, daß das geschieht und daß es da zu sehr tragischen Konflikten kommen kann. Darum wäre es besonders wichtig, einmal positiv zu sagen, „das ist Schwesternarbeit, dafür haben wir jene Menschen, die für diese Arbeit drei Jahre lang ausgebildet worden sind“. Es müßten aber auch die verschiedenen anderen Arbeiten tatsächlich klar abgegrenzt werden. So z. B. was die medizinisch-technische Assistentin zu tun hat, was zur Arbeit von Stationsgehilfinnen, von Wärterinnen usw. gehört. Das wäre der Anfang von solchen Ordnungsbestrebungen und gäbe die Grundlage zur Feststellung für den Personalbedarf in den einzelnen Abteilungen.

Man könnte aber zu den jetzt vorhandenen Wärterinnen usw. auch Personal speziell für die Hausarbeit aufnehmen, das die Reinigungs- und Pflegearbeiten im Haus etwas rationeller durchführen könnte. Man könnte eine Hausbeamtin haben für manches Administrative, das jetzt die Krankenschwestern machen müssen, wozu man aber nicht unbedingt drei Jahre Krankenschwesternausbildung brauchen würde. Manches sollten überdies die Hausdiener übernehmen, weil die Schwestern auch körperlich sehr oft überanstrengt werden. Heute erreichen rein aus Gründen der Gesundheit nur ganz wenige Schwestern das Pensionsalter. Die meisten gehen wegen schwerer Gesundheitsschäden schon früher in Pension. Daher ist es wichtig, daß man auch in dieser Weise für die Schwestern sorgt. Wenn die Schwestern einen besseren Gesundheitszustand haben, werden sie die ihnen übertragene Arbeit auch leichter und letzten Endes auch besser leisten können.

Man könnte den Schwestern auch manches andere abnehmen, wie z. B. die Aufsicht über das Inventar oder über die Privatkleidung der Patienten, die ganze Wäschegebarung, die auch nicht unbedingt eine Schwesternarbeit sein muß. Da ließe sich einiges ordnen, von Ofenheizungen und ähnlichen Tätigkeiten, die auch gelegentlich vorkommen, ganz abgesehen. Sicher, man kann die Schwestern nicht unter einen Glassturz stellen, es ist manchmal notwendig, zuzugreifen, das wissen wir Frauen ganz besonders, aber man sollte sie doch für jene gehobene Tätigkeit verwenden, für die sie ausgebildet wurden. Das zum Problem der Schwestern selbst.

Wir könnten aber weiter rationalisieren durch bessere bauliche Planung. Das ist ein Wunsch, der

immer wieder geäußert wird und den nur derjenige ganz versteht, der selber ähnliche Arbeit wie Schwesternarbeit geleistet hat. Wenn z. B. in solchen großen Häusern die Gänge übermäßig lang sind, wenn keine Abstellräume vorhanden oder die Abstellräume ungünstig zu den übrigen Räumen angeordnet sind, kostet das viel Arbeitskraft. Darum wäre es besonders wichtig, daß bei Bauten, Umbauten, Zubauten usw. auch Schwestern befragt werden. Damit vielleicht wäre es möglich, daß man die eine oder andere Schwester, die verantwortlich tätig ist oder sich besonders dafür eignet, für solche Fragen schult und sie auch gelegentlich andere Spitäler besichtigen läßt, so daß sie gefragt werden kann, wenn solche Fragen auftreten. Es geht aber auch um die Ausstattung. Was leiden heute z. B. die Schwestern unter den harten Böden! Diese Steinböden tragen viel Schuld an dem schlechten Gesundheitszustand der Schwestern. Man hat heute moderne Böden, die wirklich auch den Anforderungen gewachsen sind, ohne daß sie die Härte von Steinböden haben. Notwendig wäre auch die Anschaffung bestimmter arbeitserleichternder Geräte. Man hat z. B. noch immer zu wenig kleine Transportwagen für Geräte usw. Das ist eine an sich sehr einfache Sache, die nur einmal durchgeführt werden müßte. Allerdings müßte man diese Dinge so konstruieren, daß sie auch durch die Türen jener Räume gehen, für die sie gebraucht werden. Denn auch solche Dinge kommen vor.

Weiters könnte man durch zentrale Reinigungsmöglichkeiten rationalisieren. Es ist früher schon gesprochen worden, daß es ein Zentral-Labor geben sollte. Es müßten aber ebenso zentrale Reinigungsmöglichkeiten für Instrumente geschaffen werden, denn diese Arbeit geschieht auch noch nicht in der Weise, die wirklich sinnvoll und arbeitssparend wäre. Auch daß die Reinigung der Betten einzeln von den Schwestern gemacht wird, ist nicht rationell. Man könnte die gründliche Reinigung in einer Zentralstelle machen, wo auch entsprechende Geräte vorhanden sind, so daß sie besser und ohne schwere körperliche Belastung vor sich gehen kann.

Alle diese Maßnahmen, die, wie gesagt, hier nur beispielsweise angeführt sind, erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ebenso wenig erhebe ich Anspruch darauf, daß das, was ich angeführt habe, unbedingt das Richtige sein muß. Es wird sich sicher in dem einen Spital eine Maßnahme besser eignen als in einem anderen, dort eine andere wieder besser. Jedenfalls sollte man aber die Menschen, die diese Arbeit direkt leisten, bei all diesen Maßnahmen fragen. So, wie ich früher sagte, daß eine Oberschwester z. B. für die baulichen Fragen und für die Ausstattung zuständig sein könnte, so sollte man auch in den einzelnen Spitälern die leitenden Schwestern heranziehen, weil man dann nicht nur erschöpfende Auskunft über die dortigen Arbeitsbedingungen bekommen würde, sondern weil man dadurch auch die Verantwortungsfreude dieser Schwestern heben würde. Jeder moderne Betriebsführer weiß, daß, wenn er seine Mitarbeiter besonders in gehobenen Stellungen zu solch verantwortlicher Mitarbeit heranzieht, dadurch die Qualität der Arbeit oft eine viel bessere wird und man so viel wertvolle Arbeit gewinnen kann. Ich würde

wünschen, daß diese Anregungen mithelfen, daß ein Problem der ganzen zivilisierten westlichen Welt, der Schwesternmangel, hier in der Steiermark gar nicht erst so kraß auftritt, wenn wir uns rechtzeitig Gedanken darüber machen.

Auch hier könnte es sein, daß Vorbeugen besser ist als Heilen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Groß. Ich erteile es ihm.

Abg. Groß: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte in der Gruppe fünf nicht zum Gesundheitswesen, sondern zum Jugendherbergswesen und zur Jugendförderung sprechen. Vergangene Woche wurde in Mariazell eine der modernsten Jugendherbergen Österreichs eröffnet. Damit wird nicht nur die Möglichkeit des Besuches dieses bekannten Wallfahrtsortes durch junge Menschen erhöht, sondern darüber hinaus auch einer der schönsten Teile unserer Heimat dem Jugendwandern erschlossen. Mit dieser Herberge, die in ihrer modernen, zeitgemäßen Ausstattung keinen internationalen Vergleich zu scheuen braucht, besitzt nun die Steiermark 24 Jugendherbergen. Eigentlich sind es 25, denn eine Herberge wurde von einem steirischen Verband in Kaprun errichtet, sozusagen als Muster-Exportartikel unserer Heimat.

Im ordentlichen Voranschlag sind für die Förderung des Jugendherbergswesens für das Jahr 1966 1.300.000 Schilling vorgesehen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um rund 300.000 Schilling. Die bisherige Arbeit der im Jugendherbergsring zusammengeschlossenen Verbände — Jugendherbergsverband und Jugendherbergswerk — gibt uns die sichere Gewähr, daß auch diese Mittel, so wie bisher, sehr rationell und zweckentsprechend zum Wohle der Jugend verwendet werden. In den letzten drei Jahren hat das Jugendwandern nicht zuletzt durch den starken Ausbau und die Neueinrichtung von Herbergen in der Steiermark erfreulicherweise eine wesentliche Steigerung erfahren. Waren es im Jahre 1962 noch 90.000 Übernachtungen in den Jugendherbergen, so stieg diese Zahl im Jahre 1963 auf 131.165. Im Jahre 1964 konnte neuerlich eine Steigerung der Übernachtungen erreicht werden und zwar auf 135.316. Insgesamt waren also in den genannten drei Jahren über 356.000 Übernachtungen, wovon 234.000 auf die Herbergen des Jugendherbergsverbandes und 122.000 auf die des Jugendherbergswerkes entfielen. Rund 40 % der Benutzer unserer Herbergen waren Ausländer, und ich möchte hier ohne Übertreibung sagen, daß praktisch dabei alle Kontinente vertreten waren. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Bedeutung des Jugendwanderns für unseren Fremdenverkehr hinweisen. Die finanziellen Möglichkeiten des jungen Menschen sind sicherlich heute noch gering. Aber die Praxis beweist uns immer wieder, daß eigentlich die meisten von ihnen gerne wieder in unser Land kommen, wenn sie älter geworden sind und hier richtig ihren Urlaub verbringen. Entscheidend für dieses Wiederkommen ist aber neben der Schönheit unserer Heimat die gute Unterbringung und die ist nur in modernen und schönen Herbergen möglich. Zu den ständigen Benützern unse-

rer Herbergen zählt aber vor allem die steirische Jugend und ich glaube, daß in der Begegnung mit der Natur und den Menschen nicht nur das persönliche Erleben eine Rolle spielt, sondern daß hier junge Menschen aufgeschlossen werden für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft im großen und im kleinen Sinne. Und es sind meist jene Menschen, die eine Demokratie braucht, wenn sie aus dem Innersten heraus Bestand haben soll. Pestalozzi hat einmal gesagt: „Wer die Heimat nicht versteht, die er sieht, wie will der die Fremde verstehen, die er nicht sieht?“ Erkennen auch wir, daß die Jugendherbergen Stätten für das Verstehen unserer Heimat und darüber hinaus für das Verstehen der Menschen untereinander sind. Sicherlich haben wir auf dem Gebiet des Jugendherbergswesens noch viel zu tun. Es geht nicht nur darum, das Netz der Jugendherbergen, das unser Land durchzieht, zu verstärken, sondern man wird auch beträchtliche finanzielle Mittel für die Modernisierung jener Herbergen aufwenden müssen, die man schon zu einem weit früheren Zeitpunkt errichtet hat und die den heutigen Erfordernissen nicht mehr gerecht werden. Dazu kommt noch die Ausgestaltung jener Herbergen, die ursprünglich überhaupt nicht für diesen Zweck gebaut wurden. Meine Bitte an das Land richtet sich daher nicht nur nach weiterer Förderung, sondern — ich darf unbescheiden sein — nach verstärkter finanzieller Förderung des Jugendherbergswesens.

Ich darf auch mit Genugtuung feststellen, daß im außerordentlichen Voranschlag zum ersten Mal ein Betrag, es ist das eine Million Schilling, für den Bau einer Jugendherberge in Graz vorgesehen ist. Nachdem auch die Stadtgemeinde Graz den gleichen Betrag im nächsten Jahr zur Verfügung stellt, ist zu erwarten, daß wir nach jahrelangen Bemühungen beginnen können, auch in unserer Landeshauptstadt, deren Herbergen heute sowohl im Umfang als auch in der Ausgestaltung nicht mehr genügen, ein Zentrum für das Jugendwandern zu errichten.

Ich möchte aber auch, und ich komme bald zum Schluß, noch einige Worte zur Arbeit der Jugendverbände in der Steiermark sagen, die vom Land gefördert werden. Wir haben im steirischen Jugendbeirat, in dem alle demokratischen Jugendverbände zusammengeschlossen sind, eine wirkliche Basis für unsere Arbeit gefunden, eine Basis, meine Damen und Herren, die uns auch dort gemeinsame Beschlüsse fassen läßt, wo sich die politischen Parteien noch nicht geeinigt haben. Ich erwähne hier zum Beispiel nur die Stellungnahme zu einem modernen Berufsausbildungsgesetz sowie die Gewährung eines Bildungsurlaubes für Jugendfunktionäre, die vom steirischen Jugendbeirat einstimmig beschlossen wurde. Es ist erfreulich, daß die gemeinsame Arbeit für die Jugend uns immer wieder gemeinsame Wege finden läßt. Wenn man heute oft damit argumentiert, daß ja eigentlich nur ein geringer Prozentsatz der Jugend in den Jugendorganisationen erfaßt wird und daran die Frage angeschlossen wird, ob es sich überhaupt auszahlt, in diesem Umfange Jugendarbeit zu fördern, möchte ich sagen, meine Damen und Herren, es war eigentlich nie anders in demokratischen Staaten, man hat nie mehr Jugendliche erfaßt, und wir halten derzeit bei einem Pro-

zentsatz von 12 bis 15 %. Aber gerade diese 12 bis 15 % der jungen Menschen müssen uns eine Förderung wert sein, ich zähle sie persönlich zu den aktivsten jungen Menschen, die wir in unserem Lande haben. Aber, meine Damen und Herren, in den Jugendorganisationen geht es ja nicht darum, den Versuch zu unternehmen, die Gestaltung der Freizeit der jungen Menschen positiv zu beeinflussen, sondern wir haben hier die große Verpflichtung, die Jugend umfassend auf ihre staatsbürgerliche und politische Verantwortung vorzubereiten. In diesem Zusammenhang möchte ich die Durchführung der Jungbürgerfeiern, für die auch ein Betrag im Voranschlag vorgesehen ist und die den jungen Menschen in direkte Beziehung zu dieser Republik bringen, besonders begrüßen. Die Jugend von heute ist sicherlich kritischer, sie ist auch sicherlich abwartender, als es Generationen vor ihr waren. Sie ist aber nicht annähernd so ideallos, wie es oft in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Vor einiger Zeit hat ein Jugendverband in der Steiermark eine Befragung über die Geisteshaltung der Jugend durchgeführt und er ist dabei zu bemerkenswerten Ergebnissen gekommen. Ich schließe hier alle Fehler einer solchen Befragung ein, wie natürlich jede Statistik überhaupt als solche anfechtbar ist. Es wurden ja rund 800 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren befragt. Auf die Frage z. B., ob es einen Sinn habe, Ideale zu besitzen, haben immerhin 727 mit „ja“ geantwortet, und sie sagten auch sehr deutlich, warum sie sich für ein Ja entschieden. Das Hauptmotiv war wohl, daß sie erklärten, daß ein Leben ohne Ideale eigentlich keinen Sinn habe. Bei der Frage z. B. nach den Vorbildern antworteten 429, die Eltern seien ihre Vorbilder, 131 antworteten, der Vorgesetzte im Beruf. Aus dieser Beantwortung, meine Damen und Herren, geht sehr stark die besondere Verantwortung vor allem der Eltern und der Vorgesetzten bei der Formung der jungen Menschen hervor. Sicherlich, und das möchte ich kritisch und allgemein gültig sagen, trägt auch das politische Leben zur Geisteshaltung der jungen Menschen einiges bei, und diese Geisteshaltung ist auf diesem Gebiet nicht immer so, wie wir es uns eigentlich wünschen. Ich glaube, daß hier vor allem bei Wahlen und der damit verbundenen Propaganda, die oft sehr stark in persönliche Bereiche geht, viel gesündigt wird. Ein solcher negativer Anschauungsunterricht in praktischer Demokratie macht viele unserer ernsthaften und oft auch erfolgreichen Bemühungen, den jungen Menschen für die Gemeinschaft reif zu machen, zunichte. Ich möchte das gerade jetzt betonen, wo wir uns wieder in einer Wahlsituation befinden.

In diesem Hause ist im Rahmen der Budgetdiskussion schon soviel Positives über diese Jugend und ihre Förderung gesagt worden. Ich kann mir daher eine entsprechende Schlußbemerkung ersparen. Ich möchte nur noch sagen: Erkennen wir aber, daß der außerschulischen Jugendarbeit bei all dem, was wir für unsere Jugend tun, tun sollen und tun müssen, eine besondere Bedeutung zukommt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Ileschitz hat das Wort.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Abgeordneter Dr. Pittermann sowie auch Abgeordneter Scheer haben in kritischer Art und Weise zu den Problemen der Krankenversicherung Stellung genommen.

Wenn ich vielleicht ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Pittermann zurückkommen darf, so hat er immerhin bekanntgegeben, daß die Steiermark gerade auf dem flachen Lande zu wenig Ärzte besitzt, daß sich die Ärzteschaft in den Städten kumuliert und daß daran das Honorierungssystem wahrscheinlich die Schuld tragen würde. (Abg. Pittermann: „Auch Schuld tragen würde!“) Auch Schuld tragen würde. Aber bitte, meine Damen und Herren, die Situation ist nun doch so, daß über die Frage Honorierung in dieser oder jener Form schon seit vielen Jahren Diskussionen, Verhandlungen usw. geführt werden, jedoch noch niemand das Ei des Kolumbus gefunden hat. Es wird wahrscheinlich noch vieler Jahre bedürfen, bis man zu einer Regelung kommt, die annähernd beiden Teilen, also hier denjenigen, der zu bezahlen hat und den anderen, der für seine Leistung die Entschädigung erhält, zufriedenstellt.

Wir haben, darauf möchte ich gerade zurückkommen, im vorigen Jahr eine Delegation sowohl von Versicherungsvertretern als auch von Ärztekammer-Vertretern nach Holland entsandt, um das Honorierungssystem Hollands kennen zu lernen. Ich weiß nicht, Herr. Dr. Pittermann, ob sie darüber von Herrn Medizinalrat Dr. Mitteregger und den anderen Herren, die da mit waren, unterrichtet wurden. In Holland hat man ein Honorierungssystem, von dem man dachte, daß es vielleicht auf Österreich übertragbar sei und das für die Ärzteschaft mehr erbringen würde. Aber man mußte zur Kenntnis nehmen, daß immerhin nach dem Motto „Bleibe im Lande und nähre dich redlich“ unser System doch noch das bessere ist. Das nur ganz kurz zu dieser Sache.

Ich möchte aber im Gegensatz zu den vergangenen Jahren zu den Problemen der Krankenversicherung wieder Stellung nehmen und zwar von einer etwas anderen Warte aus gesehen, als bisher. Ich komme deshalb dazu, weil die Krankenversicherungsträger alljährlich mit Neubelastungen zu rechnen haben und zwar mit Neubelastungen sowohl von der Ärzteschaft her bezüglich der Forderungen auf Erhöhung der Honorare aber auch vom Lande her, denn die einzelnen Bundesländer treten auch an die Kassen heran — berechtigterweise — wegen Erhöhung der Verpflegsgebührensätze. Ich möchte in dem Zusammenhang einmal darauf hinweisen, daß z. B. in den Krankenanstalten des Landes Steiermark im vergangenen Jahr 124.000 Patienten, deren Aufenthalt von den Krankenversicherungsträgern bezahlt wurde, (Landesrat Sebastian: „Zum Teil!“ — Abg. Dr. Raiber: „Vielleicht einigt Ihr Euch!“) Aufnahme gefunden haben. Insgesamt wurden über drei Millionen Schilling Verpflegstage in Anspruch genommen. Der Landesvoranschlag für 1965 sieht pro Tag und Patienten Aufwendungen von durchschnittlich 179 Schilling vor. Die Pflegegebühr der Krankenversicherungsträger beträgt z. B. für das Jahr 1965 im Durchschnitt noch 84

Schilling und für die Landwirtschaftskrankenkasse sogar nur 77 Schilling. Das Land Steiermark leistet daher für die Betreuung der kranken Menschen einen beachtlichen Zuschuß. Die immer wieder geforderte Übernahme der vollen Pflegegebührensätze durch die Krankenkassen ist — das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit feststellen — nicht gerechtfertigt und auch nicht möglich. So darf nicht übersehen werden, daß die österreichischen Krankenversicherungsträger den Angehörigen ihrer Versicherten auch Krankenbehandlung, Anstaltspflege, Mutterschaftsleistungen, Sterbegeld und erweiterte Heilfürsorge zusichern, ohne dafür Beiträge zu erhalten. In diesem Zusammenhang möchte ich erinnern, daß der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in einer Denkschrift sehr eingehend auf die Beziehungen zwischen den Krankenkassen und den Krankenanstalten hingewiesen haben. Darin wird vermerkt, daß die Anstaltspflege für die Versicherten zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen gehört. So wurde für die öffentlichen Krankenanstalten vom Gesetzgeber festgelegt, daß die von einem Krankenversicherungsträger eingewiesenen Versicherten und ihre Angehörigen in die allgemeine Gebührenklasse aufzunehmen sind. Dabei darf nicht übersehen werden, daß das Land Steiermark verpflichtet ist, die Krankenanstaltspflege zumindestens für die unbemittelten Personen, die einer Anstaltspflege bedürfen, sicherzustellen. Es erfüllen daher sowohl die Krankenkassen als auch die Rechtsträger der Krankenanstalten öffentliche Aufgaben. Nach der gegenwärtigen Regelung im allgemeinen Sozialversicherungsgesetz sind die Pflegegebührensätze der Sozialversicherungsträger in privatrechtlichen Verträgen zu vereinbaren. Es ist begreiflich, daß das Land Steiermark als Rechtsträger der Landeskrankenanstalten bei den Vertragsverhandlungen immer wieder bestrebt ist, einen möglichst hohen Pflegegebühreneratz zu erhalten. Da manche der irrigen Auffassung sind, der Gesetzgeber hätte festgelegt, daß die Pflegegebührenerätze der Krankenkassen kostendeckend sein müßten, stelle ich fest, daß die Bedachtnahme auf die Kostendeckung in § 28 Abs. 1 des Krankenanstaltengesetzes bzw. in der entsprechenden Bestimmung unseres Landesausführungsgesetzes lediglich für die Ermittlung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse vorgesehen ist. Da die Krankenkassen ihre Einnahmen keineswegs nach eigenem Ermessen erhöhen können, müssen sie mit dem für sie begrenzten Gebarungsvolumen das Auslangen finden und bestrebt sein, alle Ausgaben in diesem Volumen unterzubringen.

Weil ich als Vorstandsmitglied der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse und in der Versicherungsanstalt des Österreichischen Bergbaues als Funktionär tätig bin, kann ich Ihnen sagen, daß die soziale Krankenversicherung das größte Interesse an einer einwandfreien, dem höchsten Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechenden Führung der Krankenanstalten hat. Es ist uns aber beim besten Willen nicht möglich, die Forderungen der Krankenhauserhalter nach einer Erhöhung der Pflegegebührenerätze im geforderten Ausmaß zu erfüllen. Es ist dies keine Unterschätzung des Krankenanstaltenwesens, die diese Einstellung gebietet. Die

Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der sozialen Krankenversicherung macht diese Einstellung notwendig.

Von 1955 bis 1964, also im letzten Dezennium, sind beispielsweise die Beitragseinnahmen der Steierm. Gebietskrankenkasse um 11 % gestiegen. Die Aufwendungen für die Krankenanstaltspflege jedoch um 120 %. Daraus ist zu ersehen, daß die Krankenversicherungsträger die Ausgaben der Anstaltspflege in einem stärkeren Verhältnis erhöht haben als es dem Verhältnis der Zunahme an Beitragseinnahmen entsprechen würde. Die zitierte Denkschrift des Hauptverbandes unterbreitet Vorschläge, um die Beziehungen der Krankenkassen zu den Krankenanstalten stabiler zu gestalten. Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ist sich bewußt, daß die von ihm angestrebte Lösung den Interessen der Volksgesundheit zu entsprechen hat und den Krankenanstalten die Möglichkeit geben muß, ihren Betrieb auf einer gesicherten, finanziellen Basis zu führen, um die notwendigen Ausgestaltungen vorzunehmen. Die Lösung darf aber auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Krankenkassen nicht übersteigen. Unter anderem wird vorgeschlagen, die durchschnittliche Verweildauer durch organisatorische Maßnahmen und durch vor- und nachstationäre ambulante Behandlung zu verkürzen. Weiters wird ein auf die örtlichen Verhältnisse bedachtnehmender Krankenhausplan gefordert — also wieder ein Plan —, der natürlich nur in einer größeren Zeitspanne verwirklicht werden könnte. Eine fühlbare Kostensenkung könnte auch durch die Errichtung von verkehrsorientierten Schwerpunkten und Satellitenkrankenhäusern erzielt werden. Für viele altersbedingte Pflegefälle wäre eine Unterbringung in einem Krankenhaus nicht nur zweckmäßiger, sondern auch erfolgversprechender. Abgesehen von der Entlastung der Krankenanstalten für akute Erkrankungen, wäre die erzielte Kosteneinsparung, die beim Bau einer solchen Anstalt bereits beginnt und sich in niedrigen Betriebskosten fortsetzt, von nicht zu übersehender Bedeutung.

Nun noch ein Wort zu den vielfach zitierten Krankenanstalten. Nach dem 1. Weltkrieg ordnete das Krankenanstaltengesetz aus dem Jahre 1920 an, daß der Errichtungsaufwand zur Gänze von der öffentlichen Hand zu tragen ist. Nach § 49 dieses Gesetzes war der Betriebsabgang zu $\frac{2}{8}$ vom Beitragsbezirk der Krankenanstalt, zu $\frac{3}{8}$ vom Land und zu $\frac{3}{8}$, also 37,5 % vom Bund zu tragen. Heute beträgt der Bundeszuschuß nur 18,75 %. Abgesehen davon, daß in der 1. Republik der Anteil des Bundes höher war, waren die Leistungen der Krankenkassen damals viel niedriger als heute. Das Angestelltenversicherungsgesetz verpflichtete die Träger der Krankenversicherung, die täglichen Verpflegsgebühren in der allgemeinen Gebührenklasse bis zur Höhe von 4 % der monatlichen Bemessungsgrundlage des Versicherten zu bezahlen, und zwar bis zur Dauer von 6 Wochen. Sofern die Anstaltspflege des Versicherten länger dauerte, war nach Ablauf der 6. Woche der Pflegegebührensatz nur in der Höhe des Krankengeldes zu leisten, das dem Erkrankten bei häuslicher Pflege gebührt hätte. Das aus dem Jahre 1935 stammende gewerbliche Sozialversicherungsgesetz begrenzt die Zahlungspflicht der Krankenkassen für

die Anstaltspflege bei Arbeitern mit vier Wochen. War der Versicherte über vier Wochen in Anstaltspflege, so entfiel für die weiteren Tage die Zahlungspflicht der Krankenkasse. Heute besteht Anspruch auf eine gesetzliche Mindestleistung — also ohne Vorversicherungszeiten — bis zur Dauer von 26 Wochen, und Versicherte, die innerhalb der letzten 12 Monate 26 Wochen versichert waren, haben Anspruch auf eine satzungsmäßige Mehrleistung, also auf Anstaltspflege bis zur Dauer von 52 Wochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sehen darin schon den riesigen Unterschied und die riesige Mehrbelastung der Krankenkassen, die sie heute auf sich zu nehmen haben. Diese Tatsachen zeigen aber, daß die Leistungen der Krankenkassen gegenüber der Zeit vor 1938 bzw. 1945 wesentlich verbessert wurden. Eine völlige Umwälzung aller Kosten der Krankenanstalten auf die gesetzlichen Krankenversicherungsträger müßte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge führen. Dies würde einerseits zu einer Verminderung der Realeinkommen für die Lohn- und Gehaltsempfänger und andererseits auch zu einer Erhöhung der Dienstgeberbeiträge führen. Dies ist aber aus volkswirtschaftlichen Gründen ebenso abzulehnen, weil damit eine ungerechtfertigte zusätzliche Belastung eines einzelnen Produktionsfaktors der Arbeit einträte.

An guten Krankenanstalten hat die gesamte Bevölkerung Österreichs Interesse, denn jeder einzelne bedarf früher oder später einer Spitalsbehandlung. Es ist daher auch die Pflicht der Allgemeinheit und nicht nur der Versicherten der Krankenkassen, diese öffentliche Aufgabe zu finanzieren. Da bei der Schaffung des Krankenanstaltengesetzes die Entgeltleistung an das Spital als Gebühr bezeichnet wurde, Gebühren aber nicht primär kostenorientiert sind, besteht keine Verhältnismäßigkeit von Leistung zu Gegenleistung. Würden die Krankenkassen tatsächlich kostendeckende Pflegegebührenersätze zu entrichten haben, so müßten nahezu 40 % der Beitragseinnahmen für die Krankenanstalten aufgewendet werden. Die dadurch notwendig werdende Beitragserhöhung würde bedeuten, daß für Arbeiter, für die derzeit 7,3 % des Bruttoverdienstes bei der derzeitigen Höchstbeitragsgrundlage von 3000 Schilling zu zahlen sind, bis zu 9,8 % an Krankenkassenbeiträgen erforderlich wären, also eine gewaltige Erhöhung, für Angestellte bis zu 7,3 %, derzeit 4,8 % und für versicherte Beamte von derzeit 4,5 % auf 7 %. Es ist klar, daß eine so beträchtliche Beitragssatzerhöhung die Realeinkommen der Versicherten schmälern würde, so daß ein Ausgleich auf dem Lohn- und Gehaltssektor die Folge wäre. Die Einführung der Krankenversicherung der Pensionisten, der Kriegshinterbliebenen und anderer Personenkreise, z. B. der Kleinrentner, führte zu einer Entlastung der Fürsorge, die früher für einen großen Teil der nunmehr versicherten Personen die Spitalskosten erbringen mußte. Darüber hinaus hat die Pensionsversicherung den Fürsorgeträgern den weitaus größten Teil ihrer Leistungen überhaupt abgenommen. Es ist daher nur recht und billig, wenn die öffentliche Hand nun ihrerseits in dem so wichtigen Bereich des Krankenanstaltenwesens die Sozialversicherung zum Teil entlastet. Der Hauptverband der österreichischen So-

zialversicherungsträger hat daher vorgeschlagen, eine Änderung der Krankenanstaltengesetze durchzuführen, und zwar zumindest in der Weise, daß wieder $\frac{3}{8}$ des Betriebsabganges vom Bund, dies wären 37,5 %, übernommen werden. In diese Regelung wären auch jene nicht öffentlichen Krankenanstalten einzubeziehen, die gemeinnützig geführt werden und die hinsichtlich ihrer Einrichtung den öffentlichen Krankenanstalten gleichwertig sind. Die Krankenversicherungsträger z. B. in der Schweiz leisten dort nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten als Pflegegebührenersatz, oft nur bis zu 20 %. Zur Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen Krankenkassen und Krankenanstalten hat der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in seiner Denkschrift vorgeschlagen, daß sich die von den Krankenkassen zu zahlenden Pflegegebührenersätze in demselben Verhältnis erhöhen sollen wie die durchschnittliche Beitragsgrundlage der bei den ASVG-Krankenkassen versicherten Personen. Auf diese Weise würde entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit der Krankenkassen eine automatische Erhöhung der Pflegegebührenersätze eintreten. Wie diese Vorschläge zeigen, ist die soziale Krankenversicherung im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bereit, zur Erhaltung der Volksgesundheit beizutragen. Aber ohne stärkere finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand ist eine Lösung der aufgezeigten Probleme absolut unmöglich.

Die Krankenhauspflege wird in immer steigendem Maße in Anspruch genommen, weil die meisten Menschen im Krankenhaus besser untergebracht sind als zu Hause und dort mehr Aussicht haben, die Krankheit zu überstehen. Mit der zunehmenden Berufstätigkeit der Ehefrau schwindet zudem die Möglichkeit, Kranke zu Hause zu pflegen. An diese städtischen Lebensgewohnheiten paßt sich die Landbevölkerung immer mehr und mehr an. Immer häufiger wird der Mensch im Krankenhaus geboren. 75 % aller Mutterschaftsfälle der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse z. B. ereignen sich in Krankenanstalten und 50 % aller alten Menschen sterben in Krankenanstalten. Steigende Geburtenzahl und der Aufbau der Alterspyramide bekräftigen diese Tendenz.

Die Zahl der Verkehrsunfälle wächst und jeder Rettungswagen ist verpflichtet, sofort das nächste Krankenhaus aufzusuchen. Die Technisierung der Medizin, das Bedürfnis nach immer komplizierteren medizinisch-technischen Apparaten nimmt zu. Viele Patienten können aus sozialen Rücksichten nicht rechtzeitig entlassen werden. Das Milieu, in das sie zurückkehren, läßt eine wünschenswerte verlaufende Genesung nicht zu.

Andererseits, meine Damen und Herren, ist das frühzeitige Erkennen einer schweren, ja lebensbedrohenden Krankheit und die unverzüglich einsetzende ärztliche oder klinische Behandlung der sicherste Weg zur Heilung. Die im Frühjahr heurigen Jahres durchgeführte Hauptversammlung der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse hat daher die Errichtung von Gesunden-Untersuchungsstellen beschlossen. Vorerst wurde probeweise eine Gesunden-Untersuchungsstelle in Graz errichtet, in der die

Arbeiter und Angestellten von 7 Grazer Großbetrieben untersucht werden. Ich darf verweisen auf die Firmen Arland, Modenmüller, Kastner & Ohler, Konsum, Simmering-Graz-Pauker und Steyr-Daimler-Puch A. G.

Die bisherigen Erfahrungen bestätigen die Notwendigkeit des Ausbaues dieser Einrichtung. Daher wird auch das Ambulatoriumsgebäude der Steierm. Gebietskrankenkasse aufgestockt, um den Kreis der zu untersuchenden Personen wesentlich erweitern zu können.

Wir bemühen uns aber auch als Versicherungsvertreter die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, um im kommenden Jahr eine Gesundenuntersuchungsstelle für die Obersteiermark ihrer Bestimmung übergeben zu können.

Mit den für die Versicherten vollkommen kostenlosen Gesundenuntersuchungen wurde ein Team erfahrener Fachärzte u. zw. bestehend aus Internisten, Röntgenfachärzten und Gynäkologen, betraut. Die Hinzuziehung eines Hals-Nasen-Ohren-Spezialisten ist für die nahe Zukunft vorgesehen.

Bei der Gesundenuntersuchung durch die Steierm. Gebietskrankenkasse handelt es sich um die Gewährung einer nach § 156 des ASVG. vorgesehenen freiwilligen Leistung. Sie ist keine Einrichtung der Krankenbehandlung — das möchte ich ausdrücklich betonen — da sie nicht der Behandlung erkrankter Versicherter, sondern der Untersuchung gesunder Menschen dient.

Sofern im Rahmen der Gesundenuntersuchung Krankheiten festgestellt werden, steht es den Versicherten frei, nach eigener Wahl alle bestehenden Einrichtungen der Krankenbehandlung, somit auch frei praktizierende Ärzte und Fachärzte in Anspruch zu nehmen, die mit der Steierm. Gebietskrankenkasse in einem Vertragsverhältnis stehen. Und das ist das Gros der steirischen frei praktizierenden praktischen Ärzte und Fachärzte. Die Untersuchung erstreckt sich nicht nur auf die Früherkennung des Krebses, sondern es werden alle Organe untersucht. Obwohl infolge der unzureichenden derzeitigen Raumverhältnisse die Tätigkeit nur im beschränkten Ausmaß aufgenommen werden konnte, ist der Zustrom über jedes Erwarten groß. Die bisherige Zahl der Untersuchten läßt zwar eine Beurteilung des Gesundheitszustandes der bei der Steierm. Gebietskrankenkasse versicherten Arbeitnehmer noch nicht zu, es steht aber bereits fest, daß ein großer Prozentsatz der Untersuchten bisher noch nicht beachtete, behandlungsbedürftige Krankheiten aufweist. Bei mehr als 70 von je hundert Untersuchten wurden Krankheitssymptome festgestellt. Wenn auch die Mehrzahl der Untersuchten in Berufen tätig sind, die überwiegend stehend ausgeübt werden, mußte doch festgestellt werden, daß die Zahl der Fußgeschädigten außerordentlich hoch ist. Relativ häufig sind auch bei jüngeren Menschen Herzschäden, Herzklappenfehler usw. festgestellt worden, die diesen zum Teil völlig unbekannt waren. Häufig sind auch typische Zeichen einer Überfunktion der Schilddrüse nachweisbar so wie auch bei gynäkologischen Untersuchungen in mehreren Fällen Karzinome festgestellt wurden.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir jeden Schritt begrüßen sollten, der den weiten Bogen der Front gegen die tückischste Krankheit, den Krebs fester schließt. Im Kampf gegen dieses Übel ist uns jeder willkommen. In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich noch darauf verweisen, daß auch das Landeskrankenhaus durch seine Isotopenbehandlung und die Gesundenuntersuchungsstelle der Steierm. Gebietskrankenkasse engstens auf diesem Gebiet gegen all diese Symptome zusammenarbeiten und ankämpfen werden. (Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Es sind noch 9 Redner für diese Gruppe 5 vorgemerkt. Als nächstem erteile ich Herrn Abg. Fellingner das Wort.

Abg. Fellingner: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem im Leobner Landeskrankenhaus die ständig zunehmende Patientenzahl den Rahmen des vorhandenen Bettenraumes längst gesprengt hat, erlaube ich mir das Hohe Haus auf diese Zustände aufmerksam zu machen, da dadurch die medizinische Versorgung der Bevölkerung des politischen Bezirkes Leoben in Frage gestellt ist.

1964 wurden im Landeskrankenhaus 11.380 Patienten aufgenommen. Der Planbestand bei allen vier Abteilungen mit 48 Notbetten ergibt eine Bettenzahl von 535. Damit wurde ein Verhältnis erreicht von 575 Patienten auf 535 Betten.

Der Patientenüberhang gegenüber den Betten war nur möglich, da man die Patienten auf den Gängen auf Pritschen und Untersuchungsbetten legte. Darüber hinaus müssen ständig Abweisungen von Aufnahmesuchenden und vorzeitige Entlassungen stationärer Patienten vorgenommen werden.

Ich muß aber auch feststellen, daß durch Beschlüsse der Landesregierung und des Hohen Hauses für die Umgestaltung des Leobner Landeskrankenhauses viel getan wurde. Ich erinnere nur an den Neubau der Frauenabteilung und an den Ankauf von modernen medizinisch-technischen Einrichtungen.

Die Anforderungen an das Leobner Krankenhaus werden in Zukunft nicht weniger werden, sondern immer größer. Ich erlaube mir noch auf einen Umstand hinzuweisen; die Kinderabteilung ist besonders schlecht untergebracht. Hier spürt man besonders den Raummangel. Eine Abhilfe müßte in dieser Abteilung bald in Angriff genommen werden.

Das Landeskrankenhaus Leoben mit seinen Abteilungen und Fachärzten sämtlicher übrigen klinischen Fächer ist nicht nur für den politischen Bezirk mit seinen 85.000 Einwohnern von Bedeutung, sondern auch für die Obersteiermark. Die gute Besetzung und die vorhandene Ausstattung lassen die Möglichkeit offen, mit verhältnismäßig geringen Mitteln ein Bettenhaus zu schaffen, um damit der Betten- und Raumnot Herr zu werden.

Diesen Wunsch der Ärzte sowie des gesamten Personals des Landeskrankenhauses Leoben und darüber hinaus der Bevölkerung des gesamten politischen Bezirkes habe ich mir erlaubt dem Hohen Hause vorzutragen, in der Hoffnung, daß die Wünsche bald erfüllt werden.

2. Präsident: Das Wort hat Herr Dipl.-Ing. DDr. Götz.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Auf Grund der Tatsache, daß es in den Ländern des Vorderen Orients Volksvertretungen gibt, wo die jeweiligen Redner nur solange reden dürfen, als sie auf einem Bein zu stehen in der Lage sind, möchte ich mich darauf beschränken, jenen Resolutionsantrag (Landeshauptmann Krai-ner: Stehen Sie schon auf einem Bein?) — Noch nicht Herr Landeshauptmann, aber wenn Sie es mir vormachen, mache ich es gerne nach — erneut zum Abschnitt 55 einzubringen, den wir auch im Finanzausschuß angeregt haben. Es handelt sich im wesentlichen darum, bei der Benützung der Landesturnhalle den Sport- und Turnvereinen günstigere Bedingungen einzuräumen. Es ist doch völlig klar, daß all diese Vereine außerordentliche Anstrengungen erbringen müssen, um ihren Vereinsbetrieb und damit nicht nur den Vereinsbetrieb, sondern auch die körperliche Ertüchtigung und Heranbildung der Jugend durchführen zu können und daß es daher nur gerechtfertigt ist, auch nach Wegen zu suchen, um ihnen bei dieser Arbeit die notwendige Unterstützung angedeihen zu lassen. Es erscheint daher gerechtfertigt, ihnen auch gerade bei der Benützung der Landesturnhalle und der dortigen Säle mehr entgegenkommen zu zeigen als das bisher der Fall war und ich darf daher im Sinne des § 34 der Geschäftsordnung dieses Hauses einen solchen Antrag stellen, der der Unterstützung von vier Abgeordneten bedürfen würde. Ich bitte, diese Entscheidung auch im Hohen Hause zu fällen.

2. Präsident: Hohes Haus, ich stelle die Unterstützungsfrage. Wer stimmt dafür, daß dieser Antrag behandelt wird? Die Unterstützungsfrage ist negativ ausgefallen.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Psonder das Wort.

Abg. Psonder: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist interessant und begrüßenswert, daß wir uns noch zur mitternächtlichen Stunde hier in diesen vier Wänden mit Problemen beschäftigen, die da sind und die unweigerlich an uns herankommen. Es ist kein Zufall, daß gerade heute hier so viele über den Schwesternmangel gesprochen haben, und ich möchte auch einiges dazu beitragen. Für uns ist die Frage der Lösung unaufschiebbar. Wir haben alles dazu zu tun, daß wir nicht nur Krankenhäuser bauen, weil wir sie bauen müssen, weil wir die Betten brauchen und weil wir für die Gesundheit unserer Menschen bestmöglich zu sorgen haben. Aber wie sieht denn die Öffentlichkeit, wie sehen die Menschen das Problem? Für sie wird es erst interessant, wenn sie damit konfrontiert werden, das heißt wenn sie oder einer ihrer Angehörigen einmal im Spital sind und den Mangel an Schwestern spüren. Aber meist ist es dann so, daß die betroffene Familie eventuell daran denkt, doch ein Mädchen diesem Beruf zuzuführen, die ganze Familie aber dagegen ist, weil sofort die Schwere des Berufes bewußt wird, die anlässlich des Spitalsaufenthaltes festgestellt wurde. Mit dieser

Einstellung wird die Misere am Sektor Krankenpflege fortgesetzt. Der Schwesternmangel in unseren Landesanstalten wäre vielleicht nicht so spürbar, wenn genug anderes Personal vorhanden wäre. Aber auch hier zum Problem der Wärterinnen und der Bedienerinnen: Sie sind ja schwer zu bekommen, weil die Unterkunft nicht gegeben ist. Es gibt Spitäler, wo es unmöglich ist, in der Nähe eine Privatunterkunft zu bekommen, und wenn, dann kostet manchmal ein kleines Zimmer 300 bis 400 S. Und die Arbeit der Bedienerin, das wissen wir auch, ist nicht die beste und auch nicht sehr anziehend. Es fehlt, und das wurde auch schon gesagt, eine Dienstordnung. Um die wird schon vier Jahre gerungen. Es hat die Gewerkschaft der öffentl. Bediensteten-Sektion Landesanstalten eine Dienstordnung ausgearbeitet und der Landesregierung übermittelt. Das Land hat sie dem Spitalerhalterverband übermittelt. Ein Unterausschuß wird sich am 20. Jänner 1966 damit befassen. Das Krankenpflegegesetz 1961 gibt die Möglichkeit, eine Art Hilfsschwester zu schaffen, welche der Diplomschwester manche Arbeit abnehmen wird, für die sie eine Fachausbildung nicht notwendig hat.

Die Besetzung unserer Landesanstalten bezüglich Personal ist ja auch sehr unterschiedlich, daher sind auch die Arbeitsbedingungen verschieden. Es wäre wünschenswert, diese Verhältnisse gleichzusetzen, d. h. in jeder Anstalt dieselben Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Ein Grund-Schema für die Besetzung unserer Spitäler wäre daher zu genehmigen.

Die Arbeitsbedingungen sind für das gesamte Personal sehr hart. Das gilt vom Verwaltungsbeamten bis zum Arzt. Das Personal muß viel arbeiten und Überstunden werden nicht bezahlt. Oft lösen Schwestern das Dienstverhältnis, weil sie anderswo finanziell bessere Bedingungen vorfinden. Es würden sicher mehr Schwestern für diese Arbeit zu gewinnen sein, wenn die Arbeitszeit anders eingeteilt wäre, vielleicht eine durchlaufende Arbeitszeit, so bliebe auch manche verheiratete Schwester dem Krankenhaus erhalten. In vielen Ländern gibt es einen Schichtdienst. Wie weit eine Halbtagsarbeitszeit verheiratete Krankenschwestern zurückbringen würde, wäre auch zu überprüfen. Es wäre eine Veränderung der derzeitigen Dienst- bzw. Arbeitszeiten zu überlegen.

Werfen wir nun einen Blick auf die finanziellen Verhältnisse der Krankenschwester, so ist auch hier berichtet worden, daß es verschiedene Zulagen für die Schwester gibt. Aber diese Zuagen werden nicht in die Pensionsbezüge eingerechnet. Sonn- und Feiertagsdienste werden nicht entlohnt. Es müssen dafür die Schwestern Freizeit bekommen, welche aber eingearbeitet werden muß und auch das macht den Schwesternmangel spürbar.

Das derzeitige Gehaltsgesetz befriedigt vor allem die Funktionsschwester nicht, das sind die Stations-, Lehr- und Oberschwester. Es hat die sozialistische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach den Diplomschwesteren der Aufstieg in C/IV und C/V ermöglicht werden soll. Es wäre dies nur selbstverständlich und würde den Schwestern nur dieselben Möglichkeiten geben wie jedem anderen Landesbediensteten in der C-Laufbahn.

Es wäre wünschenswert, für die Sozialberufe ein eigenes Gehaltsschema zu erstellen, welches dann die Möglichkeiten für eine gerechte Einstufung bieten könnte.

Die Wohnversorgung ist nicht ausreichend und es bedeutet eine Einschränkung der persönlichen Freiheit — das ist nicht böse gemeint — wenn Frauen mit mehr als 25 Lebensjahren zu zweit wohnen müssen. Wie dafür gesorgt werden kann, auch für die Unterbringung der Schwesternschülerinnen hat sehr eindrucksvoll mit einem versteckten Appell um Verständnis für eine Lösung dieses Problems Herr Landesrat Sebastian — und man hat es gespürt, vom Herzen — gesagt.

Die Werbung von Schwesternschülerinnen war ein Erfolg. 1964 besuchten 176 Mädchen, 1965 236 Mädchen die Allgemeine Krankenpflegeschule in Graz. Leoben beginnt mit 1. Februar 1966 mit einem neuen Lehrgang mit ca. 40 Schülerinnen.

Die Broschüre mit dem Titel „Das Leben ist lebenswert, wenn man arbeiten, verdienen, helfen, trösten und heilen kann“ und mit dem Aufruf „Die Steiermark braucht Krankenschwestern“ hat sicherlich ihre Wirkung nicht verfehlt.

Aber eine Rede allein, Hohes Haus, führt nicht immer zur Tat. Helfen Sie mit, appellieren wir an die weibliche Jugend und an deren Eltern!

Hohes Haus! Die ausgewiesene Budget-Summe für das Gesundheitswesen beweist uns ja, was uns die Gesundheit der steirischen Bevölkerung wert ist. Bringen wir vor allem den ethischen Wert der Funktion der Krankenschwester an unsere Mädchen, an die Eltern heran, sagen wir ihnen, daß helfen und pflegen die natürlichste Berufung jeder Frau zeit ihres Lebens ist.

Eine Enquete, die im Sommer 1965 stattgefunden hat und von den sozialistischen Frauen einberufen wurde und an der namhafte Fachexperten teilnahmen, hat sich mit dem Problem „Sozialarbeit heute und morgen“ eingehend befaßt. Sie hat folgende Aufforderung an die öffentlichen Körperschaften, ja an jeden Österreicher gerichtet: „Nur wenn unsere Kenntnis von den Problemen von unserer Mitarbeit gekrönt wird, sind wir in der Lage, die Aufgaben im Interesse der hilfsbedürftigen Mitmenschen zu lösen“. (Beifall.)

Präsident: Es spricht Herr Abg. Hofbauer.

Abg. Hofbauer: Hoher Landtag! Ich würde es als undankbar gegenüber der Steiermärkischen Landesregierung und gegenüber dem Referenten für die Landeskrankenhäuser betrachten, wenn ich nicht ganz kurz zu den Krankenhäusern Bad Aussee und Rottenmann Stellung nehmen würde, obwohl ich vor einem Jahr schon zu diesen beiden Themen das Wort ergriffen habe. Ich kann jedenfalls mit Freude und Genugtuung feststellen, daß sich innerhalb eines Jahres dort wieder sehr viel getan hat.

In der Zwischenzeit hat die Schlüsselübergabe im Landeskrankenhaus Bad Aussee stattgefunden. Das heißt, es ist wohl noch nicht ganz fertig, es wird noch fest daran gebaut, aber wir können heute mit Freude feststellen, daß das Krankenhaus in Bad Aussee einen schönen Operationsraum hat, ein

Kreißzimmer und Unterkünfte für Krankenschwestern. Ich glaube, es fehlt nicht mehr sehr viel und das Krankenhaus geht im Jahre 1966 seiner Vollendung entgegen. Wenn wir bedenken — ich habe das schon einmal kurz gestreift — wie das Landeskrankenhaus in Bad Aussee, aber auch das Landeskrankenhaus in Rottenmann vor 10 Jahren ausgesehen haben, so wissen wir, daß wir mit diesen beiden Krankenhäusern, so wie sie heute dastehen, wirklich zufrieden sein können. Wir wissen, daß das Landeskrankenhaus Bad Aussee für 66 Betten vorgesehen ist. Eine größere Post ist noch vorgesehen für den Austausch der technischen Wäschereianrichtung, für den Ersatz der Fernsprechanlage und für den Ausbau eines Röntgenraumes.

Und nun darf ich noch einiges zum Krankenhaus Rottenmann sagen. Vor ca. 13—14 Monaten erfolgte der Spatenstich und die Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau und schon war am 1. Dezember 1965 die Gleichfeier zum Krankenhaus Rottenmann. Mit dieser Grundsteinlegung und mit dieser Gleichfeier hat auch die Bevölkerung von Rottenmann und des ganzen Paltentales die berechtigte Hoffnung, daß der Bettenmangel, der jahrelang bestand und der darin gipfelte, daß man die Kranken auf den Gängen unterbringen mußte, endlich behoben wird. Auch die Operationsräume und Nebenräume waren in einem derart desolaten Zustand, daß man schon lange nicht mehr von einem zeitgemäßen, modernen Krankenhaus sprechen konnte. Das Krankenhaus Rottenmann hat immerhin drei Großbetriebe in seinem Einzugsgebiet und so kann man jetzt sagen, Gott sei Dank ist durch die Haltung der Steiermärkischen Landesregierung auch zu hoffen, daß in naher Zukunft dort alles fertig sein wird und sich die Verhältnisse bessern.

Wir wissen, daß der Steiermärkische Landtag und die Steiermärkische Landesregierung alles in ihren Kräften stehende tut und die Bevölkerung da oben ist davon überzeugt, daß es das Ziel sein wird, auch in Rottenmann so wie in Aussee ein den Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechendes Krankenhaus zu bauen. Ich darf namens der Bevölkerung des Ausseerlandes und des Enns- und Paltentales der Steiermärkischen Landesregierung und auch dem Herrn Landesrat Sebastian herzlich dafür danken. (Beifall.)

2. Präsident: Der Herr Abg. Ritzinger hat das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich von Haus aus mit Zahlen zu tun habe und das berufsbedingt ist, gestatten Sie mir, daß ich auch einige Zahlen zur Gruppe 5 beisteuere. Als ich die Protokolle der letzten Jahre von der Gruppe 5 durchgesehen habe, konnte ich immer und immer wieder feststellen, daß davon die Rede war, daß mindestens 25% unseres Landesbudgets für das Gesundheitswesen und die körperliche Ertüchtigung ausgegeben werden. Ich habe mich daher der Mühe unterzogen per Saldo die echten Zuschüsse, die das Land in den letzten 10 Jahren für das Gesundheitswesen geleistet hat, herauszurechnen. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen

diese Zahlen ganz kurz bekanntgebe, da ich glaube, daß sie sehr beachtlich sind und von der sozialen Gesinnung der Steiermärkischen Landesregierung und des Landtages Zeugnis geben. Im Jahre 1956 hat das Land Steiermark 33 Millionen dazugegeben, 1957 60 Millionen, 1958 52 Millionen, 1959 72 Millionen, 1960 88 Millionen, 1961 89 Millionen, 1962 107 Millionen, 1963 108 Millionen, 1964 128 Millionen, 1965 153 Millionen und wenn wir also den Voranschlag 1966 dazunehmen, 182 Millionen. Das bedeutet, daß die Steiermärkische Landesregierung und das Land Steiermark in den letzten Jahren zusammen aus dem ordentlichen Haushalt für das Gesundheitswesen 1.072 Millionen Schilling dazugeschossen hat. Wenn man hierzu noch die Summe aus dem außerordentlichen Haushalt der letzten 10 Jahre dazugibt, kommt man auf eine sehr, sehr beachtliche Zahl, nämlich auf 1.322 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, das ist etwas mehr als unser heuriger Landesvoranschlag bzw. der Landesvoranschlag 1966, und ich glaube sagen zu können, daß das wirklich eine sehr beachtliche Leistung ist. (Abg. Heidinger: „Da hast Du eine Milliarde unterschlagen.“ — Landesrat Sebastian: „Darf einem Bankbeamten nicht passieren, so ein Rechenfehler!“) Ich habe gesagt, mehr als die Hälfte, Sie müssen mir besser zuhören. Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Ich habe gesagt 1.322 Millionen, das ist mehr als die Hälfte des derzeit zur Debatte stehenden Landesvoranschlages 1966. Meine Damen und Herren! Interessant ist auch, wenn man den Vergleich zieht zwischen den einzelnen Bundesländern. Ich muß sagen, auch hier steigt die Steiermark sehr gut heraus. Es ist nämlich interessant, daß die Steiermark von allen Bundesländern, wenn man den Voranschlag 1965 zur Hand nimmt, die mir zur Verfügung standen, 1966 ist ja noch nicht aus allen Bundesländern zu erhalten, ich habe daher die Basis 1965 genommen, auch hier kommt man zu sehr interessanten Zahlen u. zw. hat dazugeschossen das Land Steiermark 153 Mill., Oberösterreich 42 Mill., Niederösterreich 20 Mill., Salzburg 24 Mill., Tirol 48 Mill. und Vorarlberg 19 Mill., Kärnten 58 Mill. und Burgenland 13 Mill. Schilling. (Abg. Leitner: „Und Wien?“) Wien hat 727 Mill. dazugeschossen, allerdings muß ich sagen, daß Wien nicht als Grundlage gelten kann, weil Wien eine doppelte Steuerhoheit hat, sowohl Gemeinde- als auch Landessteuern einnimmt und daher auch berechtigt ist, mehr zu leisten und mehr auszugeben und dazu auch die Verpflichtung hat. Ein interessantes Ergebnis erzielt man, wenn man die einzelnen Ausgaben der Länder aufschlüsselt nach der Bevölkerungszahl. Hier muß ich wieder feststellen, daß die Steiermark von allen Bundesländern an der Spitze steht. Es kommt nämlich 1965 auf der Basis berechnet eine Kopfquote heraus und zwar für die Steiermark von 134.60, Kärnten 118.05, Tirol 103.70, Vorarlberg 85.6, Salzburg 68.4, Burgenland 49.4, Oberösterreich 36.9 und Niederösterreich 14.5. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß diese Zahlen deutlich machen, daß das Land Steiermark nicht nur am Sektor der Kultur, wie wir bereits in der diesjährigen Budgetdebatte gehört haben, sondern auch am sozialen Sektor vor allen an-

deren Bundesländern führend ist. Ich glaube auch sagen zu können, daß in der Steiermark eine Politik betrieben wird nach echten sozialen Gesichtspunkten — und das unter einer klaren Mehrheit der ÖVP.

Aber, meine Damen und Herren, ich bin damit noch nicht fertig. Wenn ich auf der einen Seite sehr stolze Zahlen vom Gesundheitswesen gebracht habe, so liegt der Wermutstropfen bei der körperlichen Ertüchtigung im heurigen Landesvoranschlag 1966. Hier stört mich ganz besonders jene Förderungspost, die den steirischen Schiverband trifft. Es ist also hier eine Kürzung vorgenommen worden von 7000 S und als ich den Herrn Landesfinanzreferenten gefragt habe im Finanz-Ausschuß, warum diese Kürzung gemacht wurde, hat er mir geantwortet, daß das deshalb wäre, weil eine größere Veranstaltung weggefallen ist und daher von seiner Seite aus und von der Seite des Finanzreferates aus eine höhere Dotierung nicht erforderlich erschiene. Ich muß sagen, daß ich mit dieser Antwort nicht zufrieden bin, ich finde sie bedauerlich. Schauen Sie, meine Damen und Herren, der Schisport und überhaupt der Wintersport hat sich bei uns in Österreich, in der Steiermark mehr oder weniger zu einem echten Breitensport entwickelt. Aus dieser Situation heraus ist es vor allem so, daß der Steirische Schiverband immer mehr und mehr neue Vereine zu betreuen hat, eine immer breitere Basis von jungen Nachwuchsläufern zu betreuen hat, die die Aufgabe haben, den Namen Steiermark in die Welt hinauszutragen. Ich finde es daher bedauerlich, daß hier diese Kürzung vorgenommen wurde, das meines Erachtens umso mehr, als im kommenden Sommer 1966 in Chile die alpinen Weltmeisterschaften stattfinden. Sollten wir das Glück haben, daß steirische Rennläufer und -läuferinnen an dieser Weltmeisterschaft teilnehmen können, wird es sicher notwendig sein, daß auch der Steirische Schiverband hier ein kleines Scherlein beiträgt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, wenn eine einmalige Veranstaltung einen Sonderbetrag erhält, wollen Sie dann, daß dieser Sonderbetrag in jedem Jahr weiter gegeben wird, auch wenn diese Veranstaltung nur einmal stattfindet?“) Sie haben zu wenig Gefühl für den Schiverband (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist wirklich nicht wahr. Wenn wir einmal wo ein Krankenhaus bauen, müssen wir dann jedes Jahr wieder denselben Betrag in den Landesvoranschlag aufnehmen?“) Ich hoffe, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß Sie nächstes Jahr großzügiger sind. Ich erlaube mir, das festzustellen, und ich finde es bedauerlich.

Ich muß außerdem noch folgendes sagen: Es ist mir bekannt, daß der Steirische Schiverband noch die Rechnung des steirischen Rennläufers Diegruber, der heuer bei einem Rennen in Chile teilgenommen hat, noch offen hat. Ich glaube, daß der Steirische Schiverband wirklich sehr große Aufgaben zu erfüllen hat und das es zweckmäßig wäre, diesen höher zu dotieren. Meine Damen und Herren, aber nicht nur der alpine Schisport hat an Breitenwirkung gewonnen, sondern vor allem auch der nordische Schisport. Zu einer echten Hochburg, zu einem

nordischen Zentrum ist die Stadt Murau avanciert. Sie haben sicher in der Presse gelesen, daß sich die Stadt Murau und der Wintersportverein Murau um die nordischen Weltmeisterschaften für 1970 bewerben. Sie werden nun fragen, welche Chancen hat nun hier der Wintersportverein Murau und die Stadt Murau bzw. überhaupt die Steiermark? Wenn ich hier ganz kurz dazu ausführen darf, daß die technischen Voraussetzungen, welche beinhalten eine Mittelschanze, eine Groß-Schanze und eine 50 km Langlaufroute, gegeben sind. Darüber hinaus kann der Wintersportverein Murau auf eine Tradition zurückblicken. Er wurde im Jahre 1894 gegründet, zu einer Zeit, als man in Tirol das Wort „Ski-fahren“ noch gar nicht kannte. Er hat bereits im Jahre 1903 Sprungveranstaltungen durchgeführt und hatte schon im Jahre 1935 norwegische Trainer und Springer in Murau. Darüber hinaus hat Murau in den letzten Jahren eine Reihe von internationalen Veranstaltungen durchgeführt und damit sozusagen die Feuerprobe bestanden.

Für uns aus Murau und damit auch für die Steiermark wäre diese nordische Weltmeisterschaft eine echte und schöne Sache und würde den Schlußpunkt auf ein langes nordisches Bemühen setzen. Es bewerben sich darum folgende Länder: Schweden, die Tschechoslowakei, Deutschland, und nun auch Österreich mit der Stadt Murau und ihrem Wintersportverein. Das Handicap, das wir dabei haben, liegt darin, daß Österreich sich auch um die alpinen Weltmeisterschaften bemüht, und natürlich die alpinen vor den nordischen Weltmeisterschaften rangieren. Sollte es aber so sein, daß Kitzbühel nicht berücksichtigt wird, dann hätte also Murau eine echte Chance. Meine Damen und Herren, ich glaube, sollte Murau diese nordische Weltmeisterschaft 1970 zugesprochen werden, so ist das nicht nur eine Angelegenheit des Bezirkes Murau oder des Wintersportvereines, sondern ein echtes nationales Anliegen der Steiermark. Und ich rufe Sie daher alle auf, die Steiermärkische Landesregierung, den Steiermärkischen Landtag, den Bezirk Murau und die Stadt Murau sowie den Wintersportverein Murau, diese Sache ausgiebig zu fördern. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Herr Abg. Prof. Dr. Moser hat das Wort.

Abg. Dr. Moser: Zum Abschnitt „Jugendförderung“ hat Herr Abg. Groß hier im Haus gesprochen. Ich bin in der angenehmen Lage, seine Ausführungen unterstreichen zu können, und mich über das Lob und die Anerkennung wirklich zu freuen, denn in diesem Abschnitt ist der gesamte Wirkungsbereich des Landesjugendreferates enthalten. Er wird es mir gewiß nicht übelnehmen, wenn ich der Ordnung halber noch ergänze, daß der Abschnitt 56 „Jugendförderung“ im Gegensatz zu anderen Abschnitten der Gruppe 5 in die Kompetenz des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Prof. Dr. Koren fällt.

Wenn im kommenden Jahr unsere Jugendverbände wieder gefördert werden können, dann steht die Steiermark, gemessen an ihrer Einwohnerzahl mit 1 Million Schilling wieder an der Spitze aller Bundesländer. Und, meine Damen und Herren, ich glau-

be, unsere Jugendverbände verdienen das auch. Die freiwillige Arbeit der Jugendführer, der Jugendfunktionäre und Mitarbeiter kann gar nicht hoch genug für die innere Kraft und Lebendigkeit der Demokratie eingeschätzt werden. Sicher gibt es manch Trennendes und es soll auch nicht verwischt werden, aber bedeutender und größer sind heute die gemeinsamen Anliegen, die gemeinsame Verantwortung für dieses Land, die Gemeinsamkeit in den aufopfernden Bemühungen der Jugend, aber auch eine Gemeinsamkeit in den Enttäuschungen und Rückschlägen, die bei der Jugendarbeit unvermeidlich sind und die immer wieder ein unverzagtes Beginnen erfordern. Man soll die Jugendverbände auch nicht nach der Zahl ihrer Mitglieder messen, das wurde auch schon von Herrn Abg. Groß festgestellt. Schon die alte Jugendbewegung um die Jahrhundertwende hatte ihre großen Erfolge im Vertrauen auf die Strahlungskraft gut geführter Minderheiten errungen. Wir sind sehr froh darüber, daß wir in Steiermark Formen der Zusammenarbeit entwickeln konnten, die zum Teil auch vom übrigen Österreich übernommen wurden. Ich glaube, wir können in Steiermark auch auf diese Tatsache ein wenig stolz sein.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben allen Grund, für die vorbildliche Arbeit zum Wohle unserer Heimat und unseres Vaterlandes den Jugendverbänden hier den besonderen Dank des Hauses auszusprechen. (Beifall.)

Herr Abg. Groß hat auch von den erfreulichen Tatsache gesprochen, daß es gelungen ist, die Förderung der Jugendherbergen um 300.000 Schilling auf 1,3 Millionen Schilling zu erhöhen. Man weiß heute um den unversiegbaren Kraftquell der Natur und unserer herrlichen Bergwelt für die körperliche und geistige Gesundheit. Es ist erfreulich, daß nun endlich auch mit dem Bau der Jugendherberge in Graz begonnen wird, für die ja schon vor einiger Zeit ein Wettbewerb durchgeführt werden konnte. Ich muß allerdings hier eine Berichtigung geben: Es ist zwar eine Million im a. o. Voranschlag vorgesehen, aber sie ist vorerst nur mit einer halben Million bedeckt.

Aber, meine Damen und Herren, alle Bemühungen und finanziellen Aufwendungen für die Jugend sind in Frage gestellt, wenn es uns nicht gelingt, die schädlichen Einflüsse zurückzudrängen. Die Eltern- und Erzieherchaft befindet sich derzeit in einem Abwehrkampf gegen eine Schmutz- und Schundwelle, wie sie in dieser Intensität noch nicht erlebt wurde. Der Bundesjugendring hat im Namen der österreichischen Jugendverbände vor einigen Tagen zu energischen Abwehrmaßnahmen gegen Druckerzeugnisse und Filme aufgerufen, welche die gesunde geistige und sittliche Entwicklung der österreichischen Jugend gefährden. Im selben Sinne wendet sich der Dachverband aller österreichischen Elternverbände mit dem dringenden Appell an die zuständigen Stellen, der Sexual- und Brutalitätswelle Einhalt zu gebieten. Der österreichische Presserat hat vor einigen Wochen verlangt, daß die Bundesministerien für Justiz und Inneres durch energische Maßnahmen vor allem gegen einige mit Namen genannte Illustrierte einschreiten. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben Erklärungen in ähnlichem Sinne abgegeben. So forderte der Wiener Polizeipräsident,

man möge endlich auch die ausländischen Presseerzeugnisse in Pflicht-Exemplaren vorlegen lassen, damit frühzeitig festgestellt werden kann, ob die Bestimmungen des Schmutz- und Schundgesetzes verletzt wurden.

Gestatten Sie mir noch einige Minuten, um auf zwei sehr bedenkliche Entwicklungen hinzuweisen, die im Zusammenhang mit dieser Welle stehen. Früher hat man in teuren Nachtlokalen sogenannte Stripteaseprogramme geboten, um übersättigten älteren Herren leichter das Geld aus der dicken Brieftasche ziehen zu können. Diese Nachtlokale waren zumeist auch die Zentren der Prostitution. Heute hält man es für notwendig, die Tore dieser Nachtlokale zu öffnen und auch dem kleinen Mann um wenig Geld im Kino dasselbe zu bieten, noch dazu in Großaufnahme. Von Wien aus kommen Strip-teasefilme ordinärster Art in die Bundesländer und sollen die Kassen einiger Spezialkinos füllen. Leider haben wir auch in Graz ein solches Kino. Unter den 85 Filmen, mit denen dieses Kino heuer programmiert wurde, befinden sich $\frac{2}{3}$, deren Inhalt und Aufmachung laut übereinstimmender Beurteilung der verschiedensten Filmkritiken den Verdacht der Pornographie hervorrufen müssen. Ich muß es mir aus Zeitmangel versagen, Ihnen die Titel dieser Filme vorzulesen, die würden sicher zur Belebung der Stimmung heute abends beitragen. Aber man fragt sich, wie dies mit den Bestimmungen des Kinoggesetzes in Einklang gebracht werden kann, wonach der Kinobesitzer zur Durchführung der kulturellen Aufgaben des Kinos die Eignung besitzen muß. Welche Wirkung, meine Damen und Herren, muß der regelmäßige Besuch dieses Kinos in den Köpfen der 17 — 25jährigen haben. Wenn schon die Großstadt Wien nicht auf solche Filme verzichten zu können glaubt, dann sollte man hier Föderalist sein — das sind wir ja so gerne — und sagen, wir in der Steiermark haben dies eigentlich nicht notwendig (Abg. Heidinger: „Erhöhung der Lustbarkeitssteuer!“ — Landeshauptmann Krainer: „Entzug der Konzession!“) Und noch ein Zweites, etwas Ernstes. Wenn man aufmerksam durch die nächtlichen Straßen Wiens geht, dann muß man leider feststellen, daß sich das, was sich ursprünglich auf die Nebengassen der Kärntner Straße konzentriert hat, nun über den gesamten inneren Bezirk ausdehnt (Landesrat Sebastian: „Einen guten Ruf hat die Kärntner Straße immer schon gehabt!“) und daß manche Bezirke unter dem Terror der Zuhälterbanden leiden. Sie brauchen ja nur die genüßlich aufgezo-genen Berichte in der Wiener Boulevardpresse lesen. Einer Aussendung des Leiters der Wiener Kriminalpolizei entnehme ich, daß neben der behördlich kontrollierten Prostitution im Jahre 1964 in Wien nicht weniger als 1581 Frauen wegen Geheimprostitution bestraft werden mußten. Nachdem sie dieses Gewerbe geheim ausüben, muß die wirkliche Anzahl ja wesentlich größer sein. Es ist sehr bedenklich, daß wohl im Zusammenhang damit die Geschlechtskrankheiten einen unerwarteten Anstieg nehmen und in erschreckender Zahl vor allem auch bei den 16- bis 20jährigen festzustellen sind. Meine Damen und Herren, es ist nicht Zeit und Platz hier, die Ursachen zu untersuchen. Aber eines ist klar: Wenn wir das Glück der heranwachsenden Jugend

nicht zerstören lassen wollen, dann muß dem Sexualmißbrauch energisch Einhalt geboten werden.

Es liegt zu diesem Zweck dem Hohen Landtag eine Resolution vor, von der ich hoffe, daß sie einstimmig angenommen werden kann. Ich darf sie hier zur Verlesung bringen: „Über Österreich ergießt sich eine Schmutzflut in Filmen und Presseerzeugnissen, die ihren Ursprung großteils im Ausland hat. Die wiederholte Anpreisung von Brutalität und Sexualmißbrauch ist eine unheilvolle Bedrohung für unsere Jugend und steht in nachweisbarem Zusammenhang mit dem Anwachsen der Gewalt- und Sittlichkeitsdelikte. Die Steiermärkische Landesregierung wird daher aufgefordert, bei den zuständigen Stellen für die konsequente Anwendung aller gesetzlichen Bestimmungen für die Eindämmung der Sex- und Brutalitätswelle zu sorgen, sowie die zahlreichen Bemühungen um positive Gegenwirkungen verstärkt zu unterstützen. Die zuständigen Zentralstellen in Wien sind dringend zu ersuchen, Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr von Schmutz- und Schunderzeugnissen zu ergreifen und im Sinne der Entschließung des österreichischen Presserates auf die Einrichtung einer wirksamen Selbstkontrolle bei Film und Illustrierten zu drängen.“ (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abg. Schlager ist am Wort.

Abg. Schlager: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zu einigen Problemen der Gruppe 5 Stellung nehmen und gleich zu Beginn sagen, daß ich den Pessimismus meines Kollegen Ritzinger in der Dotierung des steirischen Schisportes nicht teile. Soviel mir bekannt ist, wird doch der Landesvoranschlag einstimmig von der Landesregierung verabschiedet (Abg. Nigl: „Gestern haben wir gehört, das macht nur der Finanzreferent!“) und nachdem immer die Mehrheitsverhältnisse so stark herausgestrichen werden, hätte ja doch der Herr Kollege Ritzinger diese Adresse an seine eigenen Fraktionskollegen in der Regierung richten müssen, denn dann wäre er der Wahrheit wesentlich näher gekommen. (Abg. Heidinger: „Na, habt ihr die Mehrheit oder nicht?“ — Von der ÖVP: „Ja, die haben wir!“ — Glockenzeichen des Präsidenten). Aber dessen ungeachtet möchte ich sagen, daß ich überzeugt bin, daß Murau von der Landesregierung und von unserem Landesfinanzreferenten die entsprechende Unterstützung bekommt, wenn ihr die Durchführung der nordischen Weltmeisterschaft übertragen wird. Wir werden gemeinsam dafür kämpfen und ich glaube schon, daß wir einen entsprechenden Erfolg haben werden.

Eigentlich wollte ich meine Worte mit einem Dank beginnen, meine Damen und Herren. Auf der Stolz-alpe werden sehr viele Umbauarbeiten vorgenommen und ein neues Personalwohnhaus wird gebaut. Man sieht, daß man vom Referat aus doch größtes Verständnis für die Sorgen der Stolz-alpe hat, und dafür möchte ich danken. Damit verbinde ich gleichzeitig den Wunsch auf Sanierung der Straße von Murau auf die Stolz-alpe. (Landeshauptmann Krainer: „Du weißt genau, daß das drinnen ist, nur nicht demagogisch werden!“) Hier hat es doch ein Gutes gehabt, daß auf der einen Seite der Herr Lan-

deshauptmann oben als Patient auf der Stolzalpe war und damit die Bestrebungen unseres Referenten für Krankenanstalten, daß diese Straße saniert wird, unterstützt hat. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Das hat damit gar nichts zu tun!“) Eine Million seitens des Krankenhausreferenten, zwei Millionen seitens des Straßenbaureferenten, ich wünschte mir eine solche Zusammenarbeit immer, weil ich überzeugt bin, daß dabei sehr viel Gutes herauskommt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein anderes Problem ansprechen. Ich habe im Vorjahr bei der Budgetdebatte über die Tätigkeit des Bergrettungsdienstes berichtet und dabei auch nachgewiesen, daß eine höhere Dotierung des Bergrettungsdienstes notwendig sei. Ich freue mich, daß im Landesvoranschlag für das Jahr 1966 dieser Betrag um 50.000 Schilling aufgestockt wurde und ich bin der Meinung, wir sollen schon auf Grund der Förderung einen Leistungsbericht des Bergrettungsdienstes zur Kenntnis nehmen. Der steirische Bergrettungsdienst verfügt über 50 Ortsstellen, 305 Meldestellen, 1125 Rettungsmänner und 13 Lawinenhunde. Der Bergrettungsdienst der Steiermark hat in der Zeit von 1945 bis 1964 6777 Verletzte geborgen und 325 Totenbergungen durchgeführt. Die Tätigkeit im Jahre 1964 erstreckte sich auf 519 Bergungen von Verletzten im Winter und sechs Totenbergungen im Winter, 93 Bergungen von Verletzten im Sommer und 25 Totenbergungen im Sommer. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß dies ganz beachtliche eindrucksvolle Zahlen sind. Stellen Sie sich vor, wie diese Männer unter Einsatz ihres eigenen Lebens hinausziehen, um anderen Menschen, die in Bergnot geraten sind, zu helfen. Der steirische Bergrettungsdienst steht unter acht Landesgruppen an zweiter Stelle und zwar hinter Tirol. In Tirol selbst konzentriert sich die Touristik auf einige bekannte Gipfel in nicht sehr großer Anzahl und zwar meistens auf bestimmte Anstiegsrouten. In der Steiermark ist das wesentlich anders. Und zwar deshalb, weil hier auch Wanderungen auf sehr entlegene Gipfel, auch auf nicht markierten Wegen durchgeführt werden. Dies führt auch zu einer großen Anzahl von Suchaktionen, die der steirische Bergrettungsdienst jährlich durchzuführen hat. Erinnern Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß allein bei der Suchaktion im Hochschwabgebiet nach den Jugendlichen damals 80 bis 100 Bergrettungsmänner drei Tage unmittelbar nach der Abgängigkeitsmeldung und an den anschließenden drei Wochenenden je zwei Tage unterwegs waren. Desgleichen hat der Bergrettungsdienst (Abg. Dipl.-Ing. S c h a l l e r: „Sagen Sie einmal Berg-Rettungsdienst!“ — Von der SPO: „Das werden Sie doch nicht bestimmen!“) größere Suchaktionen, wenn Sie sich erinnern können, im Zirbitzkogel durchgeführt. Von Ihnen, Herr Ingenieur, hätte ich mir etwas Vernünftigeres als Zwischenruf erwartet. (Abg. Dr. R a i n e r: Unvernünftig war er ja nicht der Zwischenruf!“) Ich wollte also nur sagen, daß der Bergrettungsdienst ebenfalls tagelang im Zirbitzkogelgebiet unterwegs war, um Vermißte zu suchen, desgleichen am Grimming, um zwei Tote zu bergen.

Aber allein aus der Leistung des Bergrettungsdienstes heraus muß man seiner Tätigkeit größte Anerkennung zollen und müßte man seinen Bestre-

bungen, meine Damen und Herren, viel größeres Verständnis entgegenbringen. Man sollte doch das Verständnis aufbringen, berechnete Wünsche des Bergrettungsdienstes zu erfüllen. Ich will Sie nicht zu lange aufhalten, aber der Bergrettungsdienst benötigt dringend 30 bis 40 Akjas, 40 Funkgeräte, 1000 Kopflampen, 50 Perlonseile, 500 Steinschlaghelme, 200 Lawinensonden, 20 Stahlseilwinden und 50 Stahlseile. Der Aufwand für diese Anschaffungen würde rund 1/2 Million Schilling betragen. Der Bergrettungsdienst will aber auch den Einsatz von Lawinensuch-Hunden stärker organisieren. Es soll daher an bestimmten Stützpunkten ein Bergrettungsmann mit einem Hund ausgestattet werden, um im Ernstfall mit einem Führer eingesetzt werden zu können. Sollte das Ergebnis — und das steht auch im Leistungsbericht des Bergrettungsdienstes — der in Erprobung befindlichen Förstersonde positiv verlaufen, so ist der Bergrettungsdienst genötigt, zusätzlich eine Anzahl dieser Sonden anzuschaffen, wobei sich der Einsatz von Sondiermannschaften und Hunden schon deshalb nicht erübrigen wird, weil ja nicht jeder Verunglückte und nicht jeder Ski-Fahrer einen Magnet bei sich tragen wird.

Abschließend darf ich aber sagen, daß der steirische Bergrettungsdienst bisher durch den Idealismus seiner Mitglieder als einziger Bergrettungsdienst in Österreich sämtliche Bergungen kostenfrei durchgeführt hat. Die Bergrettungsdienstmänner sind alle der Meinung, daß die Rettung von Menschen aus Leibes- oder Lebensnot nicht davon abhängig gemacht werden darf, ob ein Mensch die Kosten tragen kann oder nicht. Und wenn ich Sie erinnern darf, ist das in vielen anderen Ländern nicht der Fall. Man könnte da vor allen Dingen die Schweiz als Beispiel heranziehen.

Für diese Auffassung, daß man bergen soll, ohne nach den Kosten zu fragen, soll man den Bergrettungsmännern, so glaube ich, den allerherzlichsten Dank aussprechen und soll vor allen Dingen seine Wünsche im Budget des nächsten Jahres erfüllen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Bammer. Er ist nicht anwesend, ich streiche ihn aus der Rednerliste.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen um 8.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 23.50 Uhr. Fortsetzung der Sitzung 8.30 Uhr.

1. Präsident: Ich nehme die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum Schlußwort hat sich Herr Landesrat Sebastian gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat **Sebastian:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte allen Damen und Herren, für das, was Sie im Rahmen der Diskussion zur Gruppe 5 gesagt haben, herzlichst danken, danken für die mannigfachen Anregungen, danken für die so sachlich und objektiv geführte Kritik und danken auch letztlich für die anerkennenden Worte, die ausgesprochen wurden. Ich bin nicht so vermessen, um anzunehmen, daß all das, was geschehen ist, fehlerfrei, fehlerlos geschehen ist, und ich bin nicht so vermessen, zu glauben, daß dort, wo Ent-

scheidungen fallen, nicht auch Fehlentscheidungen getroffen werden. Jedenfalls glaube ich die Versicherung abgeben zu können, daß alle Dinge, die gemacht werden, durchberaten werden mit den Herren des Landesbauamtes, mit der Administrativabteilung, mit den Ärzten, Schwestern, ja, es wurde manchmal behauptet, daß ich so weit ginge, mit den Beamten Abstimmungen vorzunehmen. Aber ich glaube, man kann ein Problem nicht oft genug überdenken und besprechen, und es wird sich immer wieder zeigen, daß das eine oder andere anders oder besser gemacht hätte werden können. Aber auch durch die Tatsache der technischen Entwicklung zeigt es sich, daß man vielleicht ein oder zwei Jahre zuwarten oder die Dinge anders lösen hätte sollen. Ich werde mir erlauben, auf das, was im Rahmen der Diskussion gesagt wurde, noch zurückzukommen, ich möchte aber vorher auch einiges über die Leistungsfähigkeit unserer Anstalten sagen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, wieviele Menschen im Laufe des Jahres bei uns in den Anstalten Aufnahme finden. Es sind in den Krankenanstalten und Sonderstationen der Heilanstalten im Jahre 1964 etwas über 123.000 Personen gewesen und in den Heilstätten etwas über 3000, so daß insgesamt fast 127.000 Menschen in unseren Anstalten Aufnahme gefunden haben, das heißt also, daß 10% der steirischen Bevölkerung im Jahre 1964 in unseren Anstalten gelegen sind.

Aber noch anschaulicher wird das, wenn man darauf hinweisen kann, daß in diesem Jahre 1964, das gestern auch mehrfach schon erwähnt wurde, 3,1 Millionen Verpflegstage angefallen sind, das heißt also, daß jeder Steirer drei Tage hindurch in unseren Krankenanstalten verpflegt worden ist. Daraus schon, meine Damen und Herren, zeigt sich der Arbeitsumfang, die Leistungsfähigkeit, die Aufnahmefähigkeit unserer Anstalten und wir sehen aus den Ziffern des Jahres 1965, daß eine weitere Steigerung auf 3,3 Millionen Verpflegstage zu erwarten ist. Es fehlt jetzt die Zeit, darauf hinzuweisen, welche mannigfachen Schwierigkeiten natürlich eine solche Steigerung mit sich bringt, weil der Raum, die Arbeitsfläche, die Maschinen, die zur Verfügung stehen, und die Menschen ja kaum mehr in diesem Maße da sind. Ich möchte noch auf etwas hinweisen: Es ist interessant, festzustellen, daß nach einem internationalen Schlüssel für städtische und industrielle Gebiete ein Bettenschlüssel von 8 bis 10 auf 1000 Einwohner errechnet ist und für das ländliche Gebiet 6 bis 8 Betten auf 1000 Einwohner. In Steiermark haben wir für 1000 Einwohner rund 9,3 Betten zur Verfügung, d. h. daß wir im österreichischen Durchschnitt an der zweiten Stelle nach Wien liegen, und das heißt, daß wir auch nach den internationalen Maßstäben gut mit Krankenbetten versorgt sind, und trotzdem ist der Schrei nach mehr Krankenbetten nicht verstummt, trotzdem gibt es immer wieder die Schwierigkeiten, daß Menschen abgewiesen werden müssen, und ich muß sagen, dann beginnt man manchmal zu zweifeln, ob unser Lied „Znachts han i a Roas gmacht ins steirische Land“ noch Gültigkeit hat, wenn wir trotz der Tatsache, daß wir fast den internationalen Maßstab beim Bettenschlüssel erreichen, einen Mangel an Betten haben.

Damit komme ich zu dem Problem, das immer wieder besprochen wird, die Vorsorge für chronisch Kranke. Der Rechnungshof kommt bei seiner Untersuchung, betreffend das Landeskrankenhaus Graz zur Auffassung, daß fast ein Sechstel der im Krankenhaus Graz belegten 3052 Betten mit Längerkranken oder mit chronisch Erkrankten belegt seien und daß hierfür eine Lösung gefunden werden muß, d. h. also 500 Betten im Landeskrankenhaus Graz. Wenn ich diesen Schlüssel auf den Bettenstand aller Krankenanstalten umlege, komme ich auf 1500. Nun muß ich natürlich abziehen, weil die Auswirkungen des Aufenthaltes von chronisch Kranken und Langzeitkranken verschieden zu bewerten sind, weiters muß man die eingliedrigen chirurgischen Krankenhäuser abziehen, man muß Fachabteilungen abziehen. Die meisten dieser Patienten befinden sich auf der internen, auf der chirurgischen Abteilung und auf der Nervenabteilung und auch auf der urologischen Abteilung, wobei die urologische Abteilung in zunehmendem Maße eine Rolle spielt, weil hier das Überhandnehmen der urologischen Krankheiten im unmittelbaren Zusammenhang mit der höheren Lebenserwartung steht.

Meine Damen und Herren, ich darf nur darauf verweisen, daß ich hier in diesem Hause schon einmal Gelegenheit gehabt habe, auf all die Faktoren hinzuweisen, die dazu führen, daß der Drang und die Sucht nach dem Krankenhaus gegeben ist, sei es die Motorisierung, die Mechanisierung, die Sportunfälle, das höhere Lebensalter, die Spezialisierung und Verfachlichung der Medizin, eine Reihe von Faktoren also, die dazu führen, daß trotz der Tatsache, daß wir an sich genug Betten zur Verfügung hätten, ein Bettenmangel herrscht, wobei natürlich regional und strukturell die Dinge nicht mit dem Schlüssel übereinstimmen. Es fehlen also, meine Damen und Herren, bei Anwendung und Berücksichtigung all dieser Faktoren für die Steiermark 1000 bis 1200 Betten für die chronisch Kranken. Und das ist das wirkliche Problem, weil es sich bei allen Beratungen zeigt, daß die Grenzen dessen, wo solche Normen gezogen werden, verschwinden. Es ist schon gestern bei der Gruppe vier darauf hingewiesen worden, wie sehr sich die Lebensformen, -normen und Lebensgewohnheiten geändert haben, und das kommt natürlich auch hier zum Ausdruck. Es gibt kein Leben in der Familie mehr, im Familienverband, wo eine Generation die andere ablöst im gleichen Milieu, im gleichen Wohnraum. Es gibt nicht mehr, wie das der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann schon gesagt hat, den Hausarzt schlechthin, weil er gar nicht mehr das Vermögen besäße bei der Verfachlichung und Spezialisierung der Medizin alle Diagnosen zu stellen und daher der Zug zum Krankenhaus gegeben ist. Es ist letztlich die Tatsache der kleinen Wohnung, die es gar nicht ermöglicht, daß die Generationen gemeinsam wohnen, es ist die Tatsache der Berufstätigkeit beider Familienteile und es ist auch so, daß sich die Menschen leider gerne abkapseln, was auch schon gesagt wurde. Das führt also zu dem Problem, daß alte Menschen gezwungen sind, mit einer Krankheit, die an sich gar nicht das Einweisen in ein Krankenhaus erforderlich machen würde, ein Krankenhaus aufzusuchen.

Um hier nur auf einen Fall hinzuweisen: Eine alte Dame von 70 Jahren mit einem Schenkelhalsbruch, könnte, nachdem der operative Eingriff vorgenommen worden ist, ohne weiteres in häusliche Pflege gegeben werden und zu Hause sechs Wochen liegen. Wenn diese Frau aber allein ist und niemand hat, der für sie sorgt, muß sie natürlich im Krankenhaus bleiben und erhöht damit unsere Belagziffer. Und eine Reihe solcher Fälle sind es, die immer wieder dazu angetan sind, daß, so wie es gestern hier im Hohen Haus der Fall war, aber auch von Vereinen und Institutionen, die Forderung nach Alterskrankenhäusern erhoben wird. Und, sehr verehrte Damen und Herren, ich nehme nunmehr zum dritten Mal hier die Gelegenheit wahr und würde Sie alle bitten, mich darin zu unterstützen, daß dieser Ausdruck nicht Gebrauchsartikel für das wird, was wir alle wohl wollen, und wozu diese Bezeichnung nicht paßt. Wir können nicht ein Krankenhaus schon von vornherein stigmatisieren und sagen „das ist ein Alterskrankenhaus“, weil damit der alte Mensch, wenn er eingeliefert wird, das Gefühl bekommen muß, „aha, ich werde schon abgeschrieben, ich komme in kein voll ausgestattetes Krankenhaus mehr, ich komme in ein Alterskrankenhaus“. Ja, bei einer Enquete von deutschen Fachleuten unlängst erst wurde sogar gesagt, daß das Prä-Krematorien werden, wenn man die Dinge von dieser Seite sehen würde. Wir hätten auch gar keine gesetzliche Deckung dafür, meine Damen und Herren, sondern es heißt in unserem Gesetz, daß es sich um chronisch Kranke handeln muß, weil ja sonst die Verrechnungsbasis mit dem Sozialversicherungsträger nicht gegeben wäre. Aber es ist auch unrealistisch und unwahr, weil ein solches Alterskrankenhaus ja alle therapeutischen und diagnostischen Apparate zur Verfügung haben müßte wie jedes andere Krankenhaus und es wäre also diese Bezeichnung vollkommen absurd.

Das Problem hat nicht nur für uns Gültigkeit, sondern es tritt in fast allen zivilisierten Staaten der Welt auf. Wir haben heuer, weil wir an die Lösung des Problems herangehen müssen und weil es in einem unmittelbaren Zusammenhang damit steht, was soll und was muß noch gebaut werden, uns deutsche Einrichtungen angesehen, weil dort die Gesetzgebung, die Grundlage also des Verrechnungswesens, mit dem unseren annähernd gleich ist. Auch dort ist diese Frage heftigst diskutiert worden und es werden Lösungsversuche unternommen und es gibt dort das Krankenhaus für den akut Kranken, es gibt das Krankenhaus für den chronisch Kranken. Es ist in Deutschland schon so, daß das Patientengut dort ähnlich ist dem unserer Siechenanstalten und der letzte Lösungsversuch ist also das Krankenhaus der Langzeitkranken, das unmittelbar an ein bestehendes Krankenhaus für akut Kranke angeschlossen wird und das sich nicht dadurch unterscheidet, daß da nur alte Menschen drinnen sind, das können auch ganz junge sein, sondern dort kommt Patientengut hinein, von dem durch die Diagnostik a priori anzunehmen ist, daß der betreffende Mensch länger in einem Krankenhaus verweilen wird. Dort gibt es dann Beschäftigungstherapeuten und Unterhaltungsmöglichkeiten. Das ist der einzige Unterschied, der dort bei diesem Problem gezogen wird. Ich glau-

be immer noch, meine Damen und Herren, daß im Zusammenwirken der Gesundheitsbehörden, der Fürsorgebehörden, die einzige wirkliche Lösungsmöglichkeit doch darin gelegen sein wird, daß man Pflegeheime in der Nähe von gut ausgestatteten Krankenhäusern errichtet, wo jener Personenkreis, der zwar pflegebedürftig, aber nicht spitalsbedürftig ist, von ausgebildeten Sozialpersonen gepflegt wird und erst bei einer akuten Erkrankung in das gut ausgestattete Krankenhaus gebracht wird. Hier schließt sich der Kreis. Ich komme wieder auf den früher aufgezeigten Fall des Schenkelhalsbruches zurück, wo man also diese Frau nach der operativen Behandlung in das Pflegeheim geben kann, von wo sie dann nach Ablauf von sechs Wochen wieder in ihr häusliches Milieu zurückkehren kann. So viel, meine Damen und Herren, unter Bedachtnahme auf die beschränkte Zeit zu dieser Frage.

Ich habe versucht, bei jeder Budget-Debatte eine bestimmte Sparte aus dem Referat herauszunehmen und Ihnen darlegen, damit Sie einen Einblick bekommen, was mit dem Geld geschieht und worüber hier Beschluß gefaßt wird. Ich habe also schon auf die ärztlichen Leistungen hingewiesen, ich habe auf die wirtschaftlichen Leistungen unserer Krankenhäuser hingewiesen und ich möchte nun heuer einiges über den dritten Faktor in unseren Krankenanstalten, über die Verwaltung, sagen. Wie leider überall im modernen Leben ist der Schreibtisch, ist der Bürokrat, ist die Verwaltung nicht wegzudenken und in zunehmendem Maß machen es Gesetzgeber und Statistik und andere Dinge erforderlich, daß viel geschrieben wird. Es ist eine gut funktionierende Verwaltung ja überhaupt erst die Grundlage dafür, daß der ganze Krankenhausbetrieb einen entsprechenden Ablauf nimmt und was für den Krankenhausrechtsträger noch von größerer Bedeutung ist, das ist, daß mit einer gut und straff geführten Verwaltung es im höchstmöglichen Ausmaß erreicht werden muß, die Verpflegskosten, die Ambulanzgebühren, die besonderen Gebühren usw. hereinzubringen, denn hier kann es sich im Einzelfall gleich um einige hunderttausend Schilling handeln.

Ich habe schon Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, welche hervorragende Leistungen am ärztlichen Sektor in unseren Krankenanstalten erbracht werden und habe das mit Zahlen untermauert. Und ich darf noch einmal feststellen, bei allen berechtigten Klagen über das eine oder andere Krankenhaus, daß die technischen und medizinischen Voraussetzungen in allen Anstalten, wenn sie auch sonst in ihrer Ausstattung noch manches zu wünschen übrig lassen, sehr gut sind, daß der Anschluß an die moderne Medizin gefunden wurde und daß, ganz gleich, wo ein Landesbürger in ein Krankenhaus eingewiesen wird, ihm alle modernen Einrichtungen zur Verfügung stehen und ich glaube auch sagen zu können, daß überall im Lande hervorragend ausgebildete Ärzte und Primarii arbeiten, so daß es nicht mehr dieses Gefälle gibt zwischen einem Provinz-Landeskrankenhaus oder dem Landeskrankenhaus in Graz. Erst jetzt wurde in einem Fernsehbericht gezeigt, wie weit nicht nur die technische Arbeit sondern auch die Forschung der Gräzer Klinik über den Rahmen des Landes und über

die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus Anerkennung gefunden haben.

Ich habe über die Wirtschaft hier schon berichtet und sage nochmals, daß das Krankenhaus Graz, das zu den größten Krankenhäusern Europas gehört, keine Ausweitung der Bettenanzahl mehr verträgt. Bedenken Sie, daß nach Fertigstellung der beiden Kliniken zehn Tonnen Wäsche pro Tag zu waschen sein werden. Und nach Feiertagen werden es 12 und 13 Tonnen sein. Wenn Sie denken, daß das in einem Rahmen vor sich gehen muß in einem Krankenhaus, das ursprünglich für 1700 Patienten gebaut wurde. Dasselbe gilt für die Küche; wir sprengen überall schon den Wirtschaftsrahmen, den Ablauf und ich muß hier auch darum bitten, es wird soviel interveniert, soviel gebeten, jeder versucht, für sich irgend eine Lösung zu finden, das ist menschlich begreiflich, aber ich muß Sie um ihre Unterstützung bitten, es kann im Krankenhaus Graz keine Belagsvermehrung mehr geben, weil das Krankenhaus Graz schon unwirtschaftlich ist, weil es unübersichtlich ist. Man kann es sich natürlich nicht wegdenken, und wir müssen unseren Vorfahren dankbar sein, daß sie soweit vorausplanend soviel Geld investiert und so großzügig gebaut haben, daß es überhaupt möglich war, unter Heranziehung aller Nebenräume, die seinerzeit für Patientenaufenthalt usw. gebaut wurden, heute Platz für die Ambulanz- und Behandlungsräume für die moderne Medizin zu finden. Nun ist also von mir beabsichtigt, auf dem Sektor der Verwaltung einiges zu tun. Bei der Verwaltung, sei es nun im Büro oder sei es im Krankenhaus, überall hat es einmalige technische Neuerungen und Fortschritte gegeben, während in der Bürokratie es so gewesen ist, daß durch ein Jahrhundert fast nichts geschehen ist, die Erfindung der Schreibmaschine und des Tintenkulis waren die größten revolutionären Ereignisse, ansonsten werden die Akten noch gebündelt, gepackt und von den Mäusen zerfressen wie seit eh und je. Wenn Sie bei uns im Krankenhaus schauen, werden Sie feststellen, daß die Millionen Verpflegstage in der Regel von einem Beamten an einem Stehpult eingetragen werden. Ich bin der Hohen Regierung sehr dankbar, wir haben schon im September mit dem deutschen Krankenhausinstitut Fühlung aufgenommen, die haben reiche Erfahrung, weil sie Krankenhäuser draußen in hohem Maße eingerichtet haben, daß eine Studiengesellschaft zu uns kommt, um nur den Sektor der Verwaltung ganz objektiv zu betrachten und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung des Landeskrankenhauses Graz und mit der Landesbuchhaltung uns Vorschläge zu erarbeiten, für einen rationelleren Einsatz unseres Verwaltungspersonals, eine rationellere Abrechnung und darüber hinaus auch um die Grundlage zu schaffen für eine Kooperation mit dem Rechenzentrum. Wir glauben, wenn wir die Verwaltung des Krankenhauses Graz auf moderne Verrechnungsmöglichkeiten umgestellt haben, daß das die Grundlage sein kann zum zweiten Schritt für das Krankenhaus Leoben und letztlich für alle anderen Krankenanstalten, so daß eine einheitliche Gebarung und Verrechnung Platz greifen. Ich glaube, daß wir, wenn sich das schon nicht personalökonomisch in Zahlen ausdrücken lassen wird, davon überzeugt sein können, daß es möglich

sein wird, in viel exakterer Weise die Abrechnungen vorzunehmen und in einem höheren Prozentsatz jene Gelder hereinzubringen, die dem Land zukommen.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einiges zur aufgeworfenen Diskussion sagen. Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hat in dankenswerter Weise darauf hingewiesen, daß die Probleme vor einem Jahrzehnt und mehr ähnlich gelagert waren. Er hat aber auch dazugefügt, daß es besser geworden ist, und er hat letztlich von der Verwaltung gesprochen. Ich hoffe, daß ich mit dem, was ich jetzt über diese Untersuchungen gesagt habe, Ihre Anregung in dieser Hinsicht befriedigt habe. Zur Frage der Honorierung — ich bin hier nicht Anwalt der Krankenkassen. Ich weiß nur, daß in der ganzen Welt Systeme schon untersucht wurden, es gibt kein System, das alleseits befriedigt, das liegt in der menschlichen Unzulänglichkeit, die überall zum Ausdruck kommt. Ich möchte im Zusammenhang mit den Krankenkassen nur folgendes sagen: Man soll nicht übersehen, daß das einstens Selbsthilfeeinrichtungen der arbeitenden Menschen gewesen sind und daß man heute den gesamten Gesundheitsdienst ihnen aufgehalst hat, das ist das Kernproblem, das können sie nicht verkraften. Ich kann es hier nicht beantworten, aber Herr Abg. Dr. Pittermann, Sie können gerne Einsicht nehmen in die Stellungnahme des Zentraldirektors. Wenn ich vor der Tatsache stehe, ein neues Krankenhaus zu bauen, und die Herren von der Landesregierung werden mir das bestätigen, und das zusammenzuziehen, dann kann ich das tun, wenn ich aber ein Pavillonssystem mit 21 Abteilungen habe, davon elf klinische Abteilungen, wo jeder Klinikvorstand natürlich sagt, ich muß mein Laboratorium haben, muß forschen, wenn ich dann noch ein Zentrallabor mache, dann habe ich ein Zentrallabor und 21 andere Labors, weil auch die übrigen Herren sagen, ja das und das muß bei mir auch sein, und dann werde ich die Harnuntersuchungen und diese Dinge im Zentrallabor machen. An dieser Tatsache scheidet das. (Abg. Dr. Pittermann: „Aber wir werden in absehbarer Zeit noch zu diesem System kommen müssen, es wird vielleicht 10 Jahre dauern, aber wir kommen dazu!“) Ja, wenn wir ein neues Krankenhaus bauen. Aber das Pavillonssystem schließt leider die Möglichkeit aus. Vielleicht können wir es beim Unfallkrankenhaus, das nach den Plänen des Krankenhauses Graz gebaut wird, daß man sagt, ich reiße zwei Pavillons weg und stelle dort ein neues Haus hin. Aber soweit sind wir noch nicht. Dasselbe gilt für die Aufnahmestation. Ich will Sie hier nicht aufhalten, aber sie ist durchstudiert nach allen Richtungen hin, sie läßt sich nicht einrichten, und denken Sie doch, welche Kapazitäten in unseren Anstalten tätig sind und welcher Raum der eigenen Entscheidung, wer wohin kommt, gefordert wird. Gerade sie werden Verständnis dafür haben, wie schwierig die Dinge da sind. Die Frage der Kinderabteilung in Leoben, über die Herr Abg. Leitner und Herr Abg. Fellingner gesprochen haben, werde ich heute noch besonders behandeln. Ich darf nur, sehr geehrte Frau Abgeordnete Egger, sagen, ich bin Ihnen für jede Anregung außerordentlich dankbar. Ich habe auf den Sanitätshilfsdienst ja schon hingewiesen, daß es schwierig

war, daß wir mehr als zwei Jahre um Verständnisergerungen haben, und hier gäbe es ja eine Arbeitsabgrenzung für Arzt, Schwester- und Sanitätshilfsdienst so, wie Sie sagten. Die Bediensteten des Sanitätshilfsdienstes können Betten machen, den Patienten pflegen, das Essen bringen, die Leibschüssel hinaustragen und all diese Dinge. Sie sind kein Ersatz für die Schwestern, aber sie sind die Unterstützung, um die Schwestern rationeller einsetzen zu können. Mehr als zwei Jahre haben wir darum gerungen, jetzt laufen die Kurse, ich hoffe, daß es möglich sein wird, hier Abhilfe zu schaffen.

Die Frage der Ofenheizung: Frau Abgeordnete, wir haben nur mehr in Mariazell, in Hartberg in der Isolierabteilung und in der Infektionsabteilung in Messendorf Ofen. Ich sage zu diesem Kapitel: Ich glaube, es gibt niemand in diesem Hohen Hause, dem nicht bewußt ist, welche psychische und physische Belastung die Krankenschwester durchmachen muß und daß natürlich alles getan werden muß, um ihre Arbeitsbedingungen zu erleichtern, weil das ja auch unmittelbar damit zusammenhängt, daß wir dann Leute bekommen.

Die Frage der zentralen Bettenstation: Das ist nur möglich bei einem großen Krankenhaus, denn die Einrichtung allein würde 1½ Millionen Schilling kosten und würde bei einem kleinen Krankenhaus vollkommen unmöglich sein. Es zeigt sich, wie das bei allen technischen Dingen ist, daß auch das nicht so vollkommen ist und daß die händische Reinigung des Bettes, damit es zu keiner Infektion kommt, immer wiederum die bessere ist. Zum gesamten Fragenkomplex Arbeitsteilung auf den Stationen — Mitwirkung der Schwester, das ist eine Frage des Betriebsklimas, des Verständnisses der Herren Primarii, wie weit sie bereit sind, in einer verständnisvollen Aussprache mit ihren Mitarbeitern die Dinge zu ordnen und zu koordinieren.

Die Frau Abg. Jamnegg, das darf ich nicht übersehen, hat zu dem Antrag der OVP hinsichtlich der Teilung von Krankensälen gesprochen. Sie meint, daß diese Teilungen nunmehr endlich in Angriff genommen werden mögen. Sie bekommen bei Behandlung Ihres Antrages noch genaue Unterlagen. Hier möchte ich aber nur einiges als Stellungnahme zu Ihrem Antrag sagen: Erstens einmal, sehr geehrte Frau Abgeordnete und wertere Damen und Herren, ist es unrichtig, daß mehr als die Hälfte der 3.-Klasse-Patienten in großen Krankensälen liegen. Alles was nach 1945 gebaut wurde schließt das aus. Bei all diesen Bauten sind die Zimmer für höchstens sechs bis acht Patienten gedacht, geplant und gebaut worden. Aber bitte, übersehen Sie nicht, daß natürlich das Teilen von Krankensälen einen Verlust von Betten, nach denen immer gerufen wird, mit sich bringt. Daß es statische Schwierigkeiten gibt, d. h. daß es nicht überall möglich ist, eine Wand einzuziehen. Daß es nicht überall möglich ist, zu trennen, weil dann keine Belichtung des Korridors mehr da ist, oder weil dadurch Durchgezimmer entstehen und niemand in einem Durchgezimmer liegen will oder weil man dann mit dem Krankenbett nicht mehr operieren und herausfahren kann. Das sind also Dinge, die uns hindern, überall diese Trennwände vorzusehen. Sie sind immer mit Verlust von

Betten verbunden und es hängt auch mit dem Sanitär-Strang zusammen, weil man ja wenigstens eine Waschvorrichtung vorsehen muß. Ich möchte gar nicht davon reden, daß neben diesen technischen Schwierigkeiten natürlich auch personal-ökonomische Schwierigkeiten dazukommen. Es ist klar, wenn ich Schwesternmangel habe, daß ein großer Raum leichter von einer Schwester übersehen werden kann, als mehrere kleine. Aber damit Sie sehen, daß Ihr Antrag — na, sagen wir nicht gerade neu ist: Im Jahre 1956 haben wir mit der Unterteilung von Krankensälen begonnen. Wir haben bis jetzt in der ersten, zweiten und dritten Chirurgie, in der ersten, zweiten, dritten und vierten Medizinischen Abteilung, in der Augenklinik, in der Dermatologie, in der Frauenklinik, in den Landeskrankenhäusern Aussee, Feldbach, Hartberg, Judenburg, Knittelfeld, Radkersburg, Rottenmann und in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke solche Trennwände eingezogen. Und zwar seit dem Jahre 1956. (Abg. Jamnegg: „Also kann man sie durchführen, Herr Landesrat?“)

In Arbeit befinden sich solche Umgestaltungen im Landeskrankenhaus Graz, Eisenerz, Leoben und in planlicher Vorbereitung sind die Lungenabteilung in Graz, die Nervenklinik und die Infektionsabteilung.

Sie sehen also, daß, wenn genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden und die Möglichkeiten gegeben sind, diese auch wahrgenommen werden, um das beste, was möglich ist, daraus zu machen.

Ich möchte es mir ersparen, jetzt auf all die Bauvorhaben hinzuweisen, die ihren Niederschlag im a. o. Voranschlag finden, die schon erwähnt wurden, ich muß nur, weil über das Krankenhaus Leoben und die Kinderabteilung so viel gesprochen wurde, etwas dazu sagen.

Herr Abg. Leitner, ich bin selbst Leobner und Sie können mir glauben, wenn es möglich wäre, würde ich sehr gerne möglichst viel Geld nach Leoben geben. Ich sitze hier als Regierungsmitglied und muß daher die Notwendigkeiten für alle Krankenanstalten im Auge haben. (Landeshauptmann Krainer: „Sie sitzen in der Regierung für die ganze Steiermark!“) Das habe ich eben gesagt, Herr Landeshauptmann. (Abg. Leitner: „Der Herr Landeshauptmann läßt jede Straße in seinem Bezirk schön ausbauen, z. B. in Deutschlandsberg!“) Es ist nicht meine Sache, den Herrn Landeshauptmann zu vertreten. Es bemüht sich jeder, die Dinge dort zu vertreten, wo sie notwendig sind. Und ich bestreite ja nicht die Vordringlichkeit des Ausbaues der Kinderabteilung in Leoben, aber so, wie ich zur Verwaltung in Graz Stellung genommen habe, so sage ich Ihnen auch für Leoben, auch hier hat die Landesregierung so beschlossen, weil alle Faktoren, die hier oder in Leoben wirken, subjektiv sind und gerade unter Bedachtnahme darauf, daß dieser Bettenschlüssel, wie ich ihn eingangs erwähnt habe, den internationalen Normen entspricht, werden wir von einer Studiengesellschaft, die sich mit der Projektierung und Planung von Krankenanstalten befaßt, — sie wird im Jänner anfangen — unter Einbeziehung aller Faktoren die Grundlagen erarbeiten lassen. Was kann, soll und muß im Krankenhaus Leoben

geschehen, auch wieder unter Bedachtnahme darauf, Herr Abgeordneter, daß ja das Krankenhaus Leoben nicht nur ein Schwerpunkt-Krankenhaus ist und das zweitgrößte in unserem Lande mit einem enormen Einzugsgebiet für bestimmte Fachabteilungen, aber auch, was ja viel schwerer wiegt, exponiert liegt, eingekeilt zwischen Berg, Straße und Eisenbahn, noch dazu mit einem Bahnschranken, der uns das Anreisen dort oft auch noch sehr erschwert. Ich verkenne nicht, daß gerade das Problem der Kinderabteilung das brennende Problem beim Krankenhaus Leoben schlechthin ist, aber wenn diese Grundlagen erarbeitet sind, wird man erst sehen, wie und was getan werden kann. Aber ich muß Sie alle, meine Damen und Herren, bitten, übersehen Sie nicht den enormen Einsatz an Mitteln, der ohnedies im Lande Steiermark erfolgt und daß man nicht alles zur gleichen Zeit bauen kann. Denn mindestens so neuralgisch ist auch die Unfallstation und der Krankenhausbau in Bruck wie in einer Reihe anderer Gegenden in unserem Lande. Sie sehen ja im Budget, daß gerade für Bruck und Hartberg auch Vorsorge getroffen ist für einen Grundankauf, damit eine Möglichkeit vorhanden ist, dort neue Anstalten zu bauen.

Aber es ist gestern schon ausgesprochen worden, meine Damen und Herren, verkennen wir doch nicht, daß es nichts nützt, wenn wir neue Anstalten bauen, wenn wir nicht die Menschen zur Verfügung haben, die darin arbeiten. Ich möchte nicht noch einmal auf das Problem der Werbung zurückkommen, auf die soziale Besserstellung der Schwester, für die wir eine Änderung der Dienstzweigeverordnung gefordert haben, sondern ein Kernproblem, meine Damen und Herren, ist die Wohnversorgung unseres Personals. Es ist einfach entsetzlich und ich kann, glaube ich, sagen, niemand von den Damen und Herren in diesem Hohen Hause kann sich wirklich vorstellen, wie schlecht manchmal unser Personal noch untergebracht ist. Ich habe jetzt eine ganz genaue Erhebung anstellen lassen und habe festgestellt, daß von über 5000 Beschäftigten in unseren Anstalten nur 1758 in den Anstalten oder durch landeseigene Wohnungen wohnversorgt werden können, wobei, wie gesagt, zu berücksichtigen ist, wie manche Bediensteten untergebracht sind. Wir haben uns schon in den letzten Jahren bemüht, auch hier einiges zu tun. Es gibt einige Anstalten, wo es überhaupt keinen Wohnraumbedarf gibt, aber ich wäre schon glücklich, wenn es mir möglich wäre, bei jenen Anstalten, um beispielsweise Radkersburg oder Feldbach zu nennen, Personalunterkünfte zu bauen, um das Personal aus den Räumen des Krankenhauses herauszubekommen, weil damit schon wiederum der Raum für Behandlungszimmer für Patienten usw. freigemacht werden könnte.

In Graz allein, meine Damen und Herren, fehlen uns 450 Ein- bis Dreibettzimmer, 110 Einbettzimmer und 11 Mehrraum-Wohnungen. Eine fühlbare Erleichterung wird das Wohnhaus bringen, das wir in der Billrothstraße bauen mit 72 Wohneinheiten, wo teilweise vier, teilweise zwei Schwestern oder Bedienstete untergebracht werden können. Und wie Sie aus dem Voranschlag ersehen, auch auf der Stolzalpe wird ein zweites Wohnhaus gebaut, wird das Solarium ausgebaut. Durch die zweimalige In-

dikationsbereich-Erweiterung der Stolzalpe brauchen wir dort viel mehr Pflegepersonal und daher diese Wohnraumknappheit. Wir bauen in Judenburg, Bruck, Knittelfeld Personalwohnräume aus, indem wir Dachgeschosse ausbauen und glauben, daß damit auch eine fühlbare Erleichterung Platz greifen wird. Meine Damen und Herren, übersehen Sie nicht, daß wir nicht nur diese Bettstellen oder Einzelzimmer und Zweibettzimmer, sondern daß wir eine Reihe von Wohnungen brauchen werden, wo auch Familien wohnen können. Nur dann wird es uns möglich sein, die Krankenschwester auch nach der Verehelichung im Krankenhaus zu behalten. Das ist ein Problem, meine Damen und Herren, bei dem ich Sie um Ihre Unterstützung bitte, denn damit fällt und steht unsere Betreuung der kranken Menschen.

Und nun, ehe ich den Dank all denen ausspreche, meine Damen und Herren, die in unseren Krankenanstalten tätig sind, lassen Sie mich doch einem speziellen Personenkreis meinen Dank sagen, der es durch seine Opferbereitschaft und durch seine Opferwilligkeit erst ermöglicht, daß im Zusammenwirken mit dem hohen fachlichen Können unserer Ärzte und Professoren in den Kliniken und im Zusammenwirken mit der Ausnützung jener Instrumente und Apparate, die uns die moderne Medizin gibt, die wissenschaftlichen Erkenntnisse eingesetzt und dadurch Eingriffe in den menschlichen Organismus vorgenommen werden können, von denen man vor 10 oder 20 Jahren glaubte, daß sie gar nie möglich sein werden, nämlich die Blutspender. Wenn ich Ihnen nur zwei Zahlen nenne: Im Jahre 1958 waren es 8629 und im Jahre 1964 waren es bereits 30.276 Blutspender. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß unsere ganze modernste Einrichtung der Herz-Lungen-Maschine stillstehen würde, wenn nicht für eine Operation bis zu 16 Personen bereitstünden, weil für die Operation mit der Herz-Lungen-Maschine nur Frischblut verwendet werden kann. Ich glaube, daß es recht und billig ist, wenn ich als der für die Krankenanstalten zuständige Referent hier namens der Ärzte, die in diesen Anstalten wirken und dieses hohen Forums jenen steirischen Landsleuten herzlichen Dank sage, die immer wieder opferbereit sind, wenn der Nächste in Gefahr ist. (Allgemeiner Beifall).

Ich möchte aber, meine Damen und Herren, noch auf eine weitere Neuerung hinweisen, nämlich des zytologischen Labors. Das ist auch, wovon der Herr Abgeordnete Leitner gesprochen hat.

Meine Damen und Herren, das zytologische Labor war ursprünglich in der Gynäkologie untergebracht und nunmehr haben wir in der Isolierabteilung Räume frei gemacht, bauen etwas dazu und glauben, daß wir damit Raum genug haben werden für den Arbeitsumfang, der damit anfällt. Das zytologische Labor hat, wenn ich nur die Anfangszahlen sage, meine Dame und Herren, 1961 2300 Untersuchungen vorgenommen, 1964 waren es 10.000 und bis November 1965 waren es bereits 19.100 Untersuchungen. Es handelt sich hierbei um Untersuchungen zur Früherkennung von Karzinomen aller Art. Es ist mit der Ausweitung und Vergrößerung möglich, daß es nicht nur den Ärzten der gynäkologischen Abteilung des Landeskrankenhauses Graz, sondern allen stei-

rischen Krankenanstalten und auch allen praktischen Ärzten möglich ist, die entsprechenden Untersuchungen zu machen und die Abstriche usw. hierher einzuschicken. Ich möchte auch hier, meine Damen und Herren, für die Einrichtung und den Ausbau — weil Sie gesagt haben, Sie finden kein Geld drinnen, Herr Abgeordneter Leitner — der Krebsgesellschaft und den dort unentgeltlich und freiwillig wirkenden Menschen und all jenen, die sich zur Sammlung immer wieder bereit finden, meinen herzlichsten Dank aussprechen. Weil die Krebsgesellschaft den Ausbau dieses zytologischen Labors und auch die Einrichtung übernommen hat, daher haben wir diesmal kein Geld im Voranschlag, aber die Weiterführung fällt natürlich dem Land anheim. Hier wird also wirklich etwas geschaffen, das für die Untersuchung, Früherkennung und die vorbeugende Medizin von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich allen in unseren Anstalten tätigen Ärzten, Schwestern, Beamten, die oft unter sehr schwierigen Bedingungen ihren Dienst versehen, den herzlichsten Dank sagen. Eingeschlossen in diesen Dank ist selbstverständlich auch das Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal, wie überhaupt es bei einem solchen Getriebe gleichgültig ist, wo der einzelne Mensch steht. Er trägt bei zum Gelingen, er trägt bei dazu, daß das Krankenhaus in all seinen Adern pulsiert, funktioniert und der Kranke die entsprechende Behandlung erfährt. Ich möchte aber auch der Administrativabteilung, der Rechtsabteilung 12, an der Spitze dem Herrn Hofrat Dr. Eisner und allen Herren Beamten, die dort wirken, Dank sagen. Es ist von Jahr zu Jahr mehr Arbeit, mehr an Volumen zu bewältigen, und ich glaube, daß nur die gute Zusammenarbeit und die ständige Kontaktnahme es überhaupt ermöglicht, diese Arbeiten zu bewältigen.

Aus dem großen Kreis derer, die für unsere kranken Menschen arbeiten, scheiden nunmehr mit 31. 12. eine Reihe von Menschen, die mehr als ein, zwei und drei Jahrzehnte für unser Land, für unsere Kranken gearbeitet haben, aus. Ich möchte ihnen von dieser Stelle aus danken für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit und wünschen, daß sie ihren wohlverdienten Ruhestand angenehm verleben mögen. Hervorheben, meine Damen und Herren, möchte ich aus diesem Kreis derer, die uns verlassen, zwei Herren, deren verdienstvolles Wirken vor diesem hohen Forum hervorgehoben und gewürdigt werden soll. Es ist dies einerseits der Primarius Medizinalrat Dr. Feischl vom Landeskrankenhaus Fürstenfeld, der 30 Jahre hindurch in diesem Krankenhaus tätig gewesen ist und dessen Leistung, meine Damen und Herren, niemand abzuschätzen vermag, der nicht unmittelbar vor dem Kriegsende und nach dem Kriegsende gesehen hat, was sich in dieser oststeirischen Frontstadt abgespielt hat, und der mit seinen Leuten dort verblieben ist und Tausende von Patienten behandelt hat, Freunde und Feinde. Ich glaube, daß es daher recht und billig ist, wenn ich das Ausscheiden dieses verdienstvollen Mannes vor dem Hohen Landtage entsprechend würdige. Der zweite, auf dessen Mitarbeit wir künftighin verzichten müssen, ist Herr Primarius Dr. Peter, der in der III. Med.-Abteilung als Primarius tätig ist, dessen Wirken weit über unsere steirischen Landesgrenzen

hinaus bekannt ist und der sich nicht nur ob seiner fachlichen Qualitäten, sondern auch ob seiner menschlichen Einstellung zum Patienten die Zuneigung derer erworben hat, die einmal mit ihm zu tun hatten. Ich möchte stellvertretend für all die Menschen, die von diesen Herren behandelt wurden, die durch diese Herren ihre Gesundheit wieder erlangten, Dank sagen. Das Wirken dieser beiden verdienten Männer wurde auch durch bundesstaatliche Auszeichnungen durch den Herrn Bundespräsidenten unterstrichen.

Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen mit einem Dank an die Hohe Landesregierung, die mich immer wieder unterstützt und volles Verständnis für die mannigfachen Belange unserer Anstalten hat und last not least Ihnen allen, meine Damen und Herren, für Ihr immer wieder gezeigtes Verständnis und für Ihre Unterstützung. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Hiermit sind wir am Ende der Gruppe fünf angelangt. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Fellinger: Hohes Haus! 15 Rednerinnen und Redner haben in mehr als dreieinhalbstündiger Redezeit ihr Interesse am Gesundheitswesen bekundet. Sie alle unterstrichen die Wichtigkeit dieses Kapitels und bewiesen, was uns die Volksgesundheit wert ist.

Ich darf abschließend nochmals meinen anfangs gestellten Antrag auf Annahme der Ansätze zu dieser Gruppe wiederholen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte eine Hand zu erheben, falls sie ihm zustimmen. (Geschieht.) Die Ansätze der Gruppe fünf sind damit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe sechs „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.“ Berichterstatter ist Abg. Johann Papst. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Joh. Pabst: (Berichterstatter). Hohes Haus, werte Damen und Herren! Die Gruppe sechs zum Landesvoranschlag 1966 umfaßt das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Die Gesamteinnahmen in Höhe von 241,777.800 Schilling bedeuten gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 87,227.400 Schilling. Bei den Ausgaben für 1966 von 604,481.600 Schilling ist eine Steigerung von 112,561.900 Schilling gegenüber 1965 zu verzeichnen.

Dabei erfährt der Abschnitt 62, „Wohnungswesen“ die stärkste Erhöhung mit rund 84 Millionen Schilling auf der Ausgabenseite, 60 Millionen Schilling allein für das Landes-Sonderwohn- und Barackenersatzbauprogramm. Für Straßen- und Brückenbau ist insgesamt eine Erhöhung um 22,4 Millionen Schilling vorgesehen, die fast ausschließlich für Landesstraßen Verwendung findet. Für Flußregulierung, Wildbachverbauung, Wasserleitungs- und Kanalbauten scheint eine Erhöhung von rund 8 Millionen Schilling auf.

Mit dem Voranschlag der Gruppe sechs und seinen Erhöhungen ist die große Bedeutung dieser Gruppe besonders unterstrichen. Fließen doch mehr als 27 % des ordentlichen Budgets dem Wohnungs-

wesen, Straßen- und Wasserbau zu. Wir alle wissen, daß diesbezüglich noch ein sehr großer Nachholbedarf besteht. Die Ansätze der Gruppe sechs wurden im Finanz-Ausschuß eingehend beraten und ich darf namens dieses Ausschusses die Damen und Herren des Hohen Hauses ersuchen, ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Bericht gehört. Ich erteile als erstem der vorgemerkten 24 Redner zu dieser Gruppe Herrn Abg. Stöffler das Wort.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag, werte Damen und Herren! Ich möchte bei dem Hinweis, den der Herr Berichterstatter gegeben hat, beginnen, daß die Bauwirtschaft und das Bauwesen große Bedeutung haben. Ich darf das noch dahingehend ergänzen, indem ich sage, daß das Bauwesen eine zentrale Stellung in der gesamten Wirtschaft einnimmt und daß die Bedeutung des Bauens im menschlichen Leben immer mehr zunimmt. Allein die Zahl der in der Bauwirtschaft Beschäftigten vom Hilfsarbeiter bis zum hochqualifizierten Konstrukteur und Architekten ist für den Arbeitsmarkt und damit für die Vollbeschäftigung entscheidend. Die Betriebsmittel, die die Bauwirtschaft braucht, nehmen ebenfalls ein großes und für die Gesamtwirtschaft bedeutendes Volumen ein. Allein der laufende Bedarf an Geräten und Maschinen beträgt für die österreichische Bauwirtschaft, für Baugewerbe und Baunebengewerbe pro Jahr etwa eine Milliarde Schilling. Der Wert der Baumaterialien, Eisen, Stahl, Zement, Stein, Kupfer usw. ist gar nicht abzuschätzen, aber er geht sicher in viele Milliarden.

Das Bauwesen reicht aber auch in viele andere, ja fast alle Sparten des Lebens hinein. Die Behausung des Menschen, die Verbrauchsgüter, die Straße, die Brücke, der Verkehr, das Produzieren, Transportieren und Verwalten, alles erfordert Bautätigkeit. Auch in kultureller Beziehung ist das Bauwesen beachtlich. Bauwerke sind seit eh und je Zeugen der Kultur ihrer Erbauer. Innerhalb der Budgets der Gebietskörperschaften, so auch beim Lande Steiermark trifft man ebenfalls in allen Abschnitten auf das Bauwesen. Die Verwaltung, das Schulwesen, Kunst und Wissenschaft, Fürsorge und Gesundheitswesen, können auf Bauwerke nicht verzichten. So ist das, was wir in der Gruppe sechs über das Bauwesen vorfinden, eigentlich nur ein Teil dessen, was auf diesem Gebiet durch das Land geschieht.

Wenn ich nun mit dem Straßenbau beginne, so deshalb, weil man in der letzten Zeit immer mehr bemüht ist, den Straßenbau zu forcieren und weil in allen Gebietskörperschaften, die diese Aufgabe zu bewältigen haben, der Versuch gemacht wird, den Straßenbau in der Rangordnung nach vorne zu bringen.

Ich möchte mich nun in diesem Zusammenhang einmal mit der Frage beschäftigen, die man allenthalben hört, ob denn wirklich das Auto das Maß aller Dinge sei und ob es denn wirklich notwendig sei, so viele Straßen zu bauen, die, wie man meint, doch nur dazu dienen, damit der Autofahrer schneller zu seinem Ziel kommt. Nun, die Lebensbedürfnisse der Menschen werden immer umfangreicher,

immer vielfältiger. Damit auch die Mengen und Arten der Verbrauchsgüter. Mehr Produktion erfordert mehr Betriebsstätten. Ihre Errichtung erfordert Transport von Baumaterial, Maschinen und Ausrüstungsgegenständen. Die Produktion selbst verursacht Transport von Roh-, Halb- und Fertigmaterial, Betriebsmitteln und nicht zuletzt den Transport von Menschen von der Wohnung zur Arbeitsstätte. Die Zunahme des allgemeinen Verbrauches bringt auch ganz zwangsläufig einen erhöhten Güter- und Menschentransport und dieser verlagert sich mehr und mehr auf die Straße.

Aus dieser Aufgabe ergeben sich für den Straßenbau viele und besondere Bedingungen sowohl der Menge nach als auch hinsichtlich der Qualität. Die Verkehrsstrecke muß vermehrt und vergrößert werden. Man versucht schon, die Multiplikation der Verkehrsflächen dadurch herbeizuführen, daß man die zweite Ebene sucht. Ich habe dies in diesem Hause schon besprochen. In den Städten sucht man die zweite Ebene nicht mehr über der ersten, sondern unter dieser, weil die Hochstraßen mehr und mehr das Gefüge der Ortschaften zerstören. Die starke Belastung der Straßen erfordert eine starke Grundierung und Armierung der Straßen. Auch die Ausstattung mit Leitplanken, Blenden, Verkehrsleitanlagen, die Beleuchtung selbst fallen derzeit sehr schwer ins Gewicht. Der Transport von Mineralöl z. B. besonders von Hochexplosiv-Treibstoffen erfordert besonders in jenen Gebieten, in denen das Grundwasser zu schützen ist, besondere Schutzmaßnahmen. Im übrigen ist auf dem Gebiet der Chemie eine solche Entwicklung vor uns, daß wir uns darauf einrichten müssen, Treibstoffe und auch andere Stoffe, die sich mit dem Grundwasser nicht vertragen, mehr und mehr auf der Straße zu transportieren.

Die Sicherung des Wasserschon- und Schutzgebietes wird also auch für die Zukunft von großer Bedeutung sein. Aber nicht nur die Sicherungen sind zu errichten, sondern es wird auch vielfach versucht, die Orte zu umfahren und damit die Gefahren, die der Verkehr mit sich bringt, von den Siedlungen von vornherein abzuhalten. In diesem Zusammenhang darf ich auf den Tankwagenbrand an der Grazer Hauptbrücke erinnern, der einerseits deutlich gezeigt hat, daß diese Fahrzeuge aus dem Stadttinneren verbannt werden müssen, der aber auch Ursache dafür war, daß der unvermeidliche Transport solcher gefährlicher Lasten innerhalb der Stadt völlig neu geregelt werden muß.

Ich habe mir als Verkehrsreferent der Stadt Graz die Mühe gemacht, in einer Reihe von langen und mühsamen Sitzungen und Besprechungen im Einvernehmen mit den zuständigen Ämtern der Stadt, der Polizei und allen Mineralölfirmen einen Plan auszuarbeiten, der den Transport dieser Betriebsmittel zu den Tankstellen in der Stadt regelt.

Es hat sich dabei gezeigt, daß seinerzeit — und das ist nicht nur in Graz so, sondern auch anderswo — bei der Anlage von Tankstellen weder an den Verkehrsablauf noch an die mit der Versorgung der Tankstellen entstehenden Gefahren in ausreichendem Maße gedacht wurde. Es war daher außerordentlich mühsam, die Straßenzüge und die Zeiten

festzulegen, die für den Transport, vor allem von Superbenzin, freizugeben waren.

Straßen, wie z. B. die Grabenstraße, in der sich sieben Schulen befinden, sind für die Anlage von Tankstellen von vornherein nicht geeignet, wir haben aber dort eine stehen, und auch schienentragende Straße eignen sich hierfür nicht und ähnliches mehr. Das Straßennetz ist ja das Kreislaufsystem für die gesamte Wirtschaft. Stauungen, Engstellen und sonstige Behinderungen oder zu wenig Adern führen zu Gefahren für den ganzen Körper. Auch das Tempo des Verkehrsflusses ist für den Straßenbau von Bedeutung und muß beachtet werden, denn ist er zu träge, wird er zu teuer und ist er zu schnell, wird er zu gefahrvoll.

In den Städten bringt der träge Verkehrsfluß eine zum Tempo verkehrt proportionale und progressive Luftvergiftung, daher ist gerade dort eine angemessene Flüssigkeit und ein geordneter Verkehrsabfluß von größter Bedeutung.

Für die Steiermark ist die Straße besonders wichtig. Sie wird uns einerseits aus der Randlage hinausführen und sie wird andererseits wesentlich dazu beitragen, auch innerhalb des Landes das soziale und wirtschaftliche Gefälle zu beseitigen. Ein leistungsfähiges Straßennetz, das reibungslose Gütertransporte gewährleistet, läßt auch außerhalb der Ballungszentren gewerbliche und industrielle Betriebe bestehen. Damit kann eine sinnvolle Streuung der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Steuerkraft erfolgen. Und damit kann vor allem ermöglicht werden, daß die Menschen in ihren Heimatbezirken Arbeit finden.

Gefährliche, nicht genügend leistungsfähige oder zu wenig Straßen stören andererseits auch die Entwicklung des Fremdenverkehrs, die aber gerade für die Steiermark von äußerster Wichtigkeit ist. Im übrigen glaube ich doch sagen zu können, daß gesicherte und gute Straßen und eine gute Verkehrsorganisation auch mehr Verkehrssicherheit und eine Entlastung für die Krankenhäuser bringen, denn die Zahl der Verkehrsverletzten ist in unseren Spitälern besorgniserregend groß.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: die Straße ist noch immer der wirkungsvollste Erschließungsfaktor für unser Land. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Belebung unserer Wirtschaft und die Erweiterung und Verbreiterung der Existenzmöglichkeiten. Bessere Straßen helfen entscheidend mit, daß unsere Wirtschaft elastischer und damit krisenfester wird.

Ein so kleines Land wie Österreich muß sich insbesondere bemühen, seine Wirtschaft möglichst stoßsicher zu gestalten. Bessere Straßen bringen ein besseres Leben und mehr Sicherheit und so gesehen, tritt die Wichtigkeit des Straßenbaues erst richtig in den Vordergrund. Der Straßenbau ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vollbeschäftigung, nicht nur durch den Bauvorgang selbst, sondern auch durch die Leistung der Straße nach Fertigstellung. Er ist eine Voraussetzung für die Produktionskraft und die internationale Konkurrenzfähigkeit. So gesehen zeigt sich aber auch einwandfrei, daß die Straße jedem dient, auch dem, der kein Auto besitzt.

Der Straßenbau geht daher alle an und seine Intensivierung erfolgt zum Wohle des gesamten Volkes.

Ich darf nun zu einem zweiten Gebiet übergehen, das in der Gruppe 6 seine Verankerung findet, nämlich zum Wohnungsbau. Durch all die Jahre her ist in fast allen Gebietskörperschaften, in den Gemeinden, Ländern und auch im Bund und auch in den verschiedenen anderen Organisationen und Institutionen immer wieder von der Regelung der Wohnungswirtschaft gesprochen worden. Ich möchte mich heute nicht in diese Debatte über die verschiedenen Vorschläge bewegen, ich möchte einmal noch sehr eindringlich, wenn Sie mit gestatten, den status quo, die Lage, in der wir uns befinden, darstellen. Ich glaube, daß man an den Beginn die Feststellung zu stellen hat, daß das Wohnungsproblem in Österreich noch immer brennend ist. Wir haben zu wenig neue Wohnungen, das zeigen die Ziffern der vorgemerkten Wohnungssuchenden und das zeigen die Klagen der jungen Ehepaare, und wir haben noch vielfach zu kleine Wohnungen, daher kommt ja der Ruf nach der familiengerechten Behausung.

Bei den Mietzinsen herrscht in Österreich ein völliges Durcheinander. Jeder Fonds hat andere Bedingungen, und die verschiedenen Bedingungen bringen verschiedene Mietzinse. So zahlt man zum Beispiel für eine große Wohnung, die aus Wohnhauswiederaufbaumitteln errichtet ist, viel weniger als für eine kleine Wohnung, die aus Mitteln eines anderen Fonds errichtet wurde. Ja, die Qualität der Wohnungen und ihre Ausstattung ist bei den billigeren Wohnungen besser als bei den teuren.

Alle diese wirtschaftlichen Überlegungen sind im Rahmen der Wohnwirtschaft übereinandergeworfen. Zum Beispiel ist es heutzutage billiger, alte Wohnungen zu erhalten als neue zu bauen. Soziale Empfindungen werden mißachtet, wenn man z. B. das Untermieterproblem betrachtet. Die alten Häuser verfallen, weil sie nicht so ertragreich sind, um sich selbst zu erhalten, und die Delogiertenheime sind die Endstation dieser Misere. Man hat sich von gewisser Seite über den Fragenkomplex Althausbesitz und dessen Sicherung damit hinweggesetzt, daß man jeden Versuch, den für die Althäuser bestehenden Mietzins von 1 Schilling pro Quadratmeter im Monat zu erhöhen, als asoziale Haltung und als verurteilungswürdiges Bemühen gebrandmarkt hat. Indem man also einfach den Eigentümer diskriminiert, versucht man ihn wehrlos zu machen und ihn dazu zu verurteilen, daß er dem Verfall seines Hauses zusehen muß. Das Symposium in Krems, das sich mit der Erhaltung der Altstädte befaßt hat, an dem Vertreter vieler Körperschaften und namhafte Persönlichkeiten aus den verschiedenen Gebieten der Kultur und Wirtschaft teilgenommen haben, hat die einhellige Meinung erbracht, daß die Gegebenheiten der letzten Jahrzehnte die akute Gefahr mit sich brachten, daß die alten historisch wertvollen und erhaltungswürdigen Häuser verfallen und daß der Verfall nicht aufzuhalten ist, wenn nichts Entscheidendes für ihre Erhaltung geschieht. Die Wohnungswirtschaft der letzten Jahrzehnte rüttelt also energisch am kulturellen Bestand unserer Heimat.

Was soll nun geschehen? Man meinte auf dem Symposium, es sollte erreicht werden, daß die histo-

risch wertvollen und erhaltungswürdigen Gebäude als Wohnstätten erhalten bleiben oder diese Funktion wieder auszuüben vermögen. Man war einhellig der Meinung, daß die Althäuser keine Museen sein dürfen, sondern leben müssen, weil sie nur aus der Kraft, die sie aus dem Leben schöpfen, sich zu erhalten vermögen. In Krems verursacht dieses Sanierungsprogramm Kosten in der Gesamthöhe von 100 Millionen Schilling. Die Gemeinde Krems wird 20 Millionen hiefür bereitstellen, die restlichen 80 Millionen Schilling später einmal. In Graz, meine Damen und Herren, würde die Sanierung der historisch wertvollen Häuser weit über 1 Milliarde Schilling Kosten verursachen. Die Gemeinde hat aber lediglich als kleinen Beitrag zur Erhaltung der Fassaden für die Zeit bis 1968 3 Millionen zur Verfügung. Ja der bezügliche Bedarf in ganz Steiermark oder in ganz Österreich geht in viele Milliarden. Wir sehen also, daß hier ein wertvolles Kulturgut zu retten ist und daß man versucht, mit kleinen Beiträgen wenigstens etwas zu erhalten und Hilfe zu leisten, die von vornherein mit Aussichtslosigkeit stigmatisiert ist. Denn wenn Sie die Grazer Ziffer hernehmen, eine Milliarde mindestens und tatsächlich drei Millionen für die Zeit bis 1968, dann sieht man erst die Ohnmacht, in der wir uns befinden, um diese Dinge zu erhalten. Man meinte in Krems, daß die hierfür notwendigen Mittel nach und nach aus dem Wiederaufbau-Fonds abzuzweigen wären. So weit die in Krems zutage getretene Meinung. Sie konnten natürlich über den Rahmen der historisch wertvollen Gebäude nicht hinausgehen. Aber für uns und für alle anderen bleibt die Frage offen, was soll mit jenen alten Häusern geschehen, die nicht historisch wertvoll sind? Sie einfach verfallen zu lassen, um damit neue Assanierungsgebiete gewissermaßen zu entwickeln, das wäre doch unmenschlich und unwirtschaftlich und keinesfalls zu verantworten. Ich glaube, daß nirgends in Europa die Wohnwirtschaft so wenig geordnet ist, wie bei uns. Meine Damen und Herren, das ist das Ergebnis, das wir vor uns haben. Ein Ergebnis, das sich mehr und mehr zu einer großen Schuld entwickelt. Vielleicht zeigt sich gerade auf diesem Gebiet mit eindringlicher Deutlichkeit, welche Schäden für ein ganzes Volk entstehen können, wenn das Verhindern von Lösungen zum Primat wird.

Wenn man nun mit einzelnen Sozialisten spricht — es werden auch unter Ihnen solche sein — und diese Frage mit ihnen diskutiert, so hört man, daß der einzelne Sozialist auch nicht zufrieden ist und man hört viel Zustimmung für die Meinung, die wir vertreten, daß die Frage wirtschaftlich gerechtfertigt sein muß und daß die Frage wirtschaftlich gerecht gelöst werden muß, aber wenn sie dann wieder zusammensitzen und als Organ wirksam werden, dann hört man eine ganz andere Meinung. Ich habe folgende Bitte an Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, wirken Sie auf Ihre Zentralen, dort, wo die Entscheidungen fallen, ein, daß man dort erkennen möge, daß die weitere Verhinderung vernünftiger Lösungen auch Ihnen keinen politischen Gewinn mehr bringen kann und daß der gar nicht so groß sein kann, um das zu rechtfertigen und wettzumachen, was durch die weitere Verzögerung dieser Lö-

sungen an enormen Schaden für die ganze Bevölkerung entsteht. (Beifall.)

Präsident: Frau Abg. Jamnegg hat das Wort.

Abg. Jamnegg: Hohes Haus! Gestatten Sie bitte auch mir, einige grundsätzliche Bemerkungen zum Wohnungsbau. Bemerkungen allerdings, die darauf hinzielen, Wege aufzuzeigen, wie wir beim Bau von neuen Wohnungen zu einer echten Verbesserung kommen können. Ich stütze mich dabei auf einen Antrag, den meine Fraktion am 3. Juni 1965 im Landtag vorgelegt hat und insbesondere auf unsere Resolution, die wir zu dieser Gruppe hier eingebracht haben. Wir haben sowohl im Antrag als auch in der Resolution diesbezüglich ganz konkrete Forderungen erhoben. An der Spitze dieser Forderungen steht jene nach echter Qualitätsverbesserung beim Wohnungsbau.

Hoher Landtag! Es muß möglich sein, jene Mängel, die wir heute feststellen müssen, und zwar immerhin bei zahlreichen Neubauten, beim künftigen Bau von Wohnungen weitgehend auszuschalten. Ich meine hier primär die absolut unzulängliche Schallisierung der Neubauten. Hohes Haus, wir wissen, daß die Mediziner mit allem Nachdruck vor der Lärmplage, der wir uns heute gegenüber sehen, warnen. Und hier ist selbstverständlich auch die Lärmübertragung aus der Nachbarswohnung mit einbezogen, eine Lärmeinwirkung, die die Nerven der Menschen oft schwerer belastet als etwa der Verkehrslärm. Man hat heute, ob man will oder nicht, praktisch auch Anteil am Familienleben des Nachbarn durch Decken und Wände hindurch. Ich könnte hier viele Einzelbeispiele anführen, wie etwa, daß man das unvermeidliche Schreien eines Babys gleich durch mehrere Stockwerke hört. Besonders arg ist es aber dort, wo unverständlicherweise aneinander grenzende Wohnungen nur durch eine dünne Zwischenwand voneinander getrennt sind. Es ist klar, daß dadurch die Intimsphäre der Familie, auf die jede Familie doch Anspruch hat, empfindlich gestört ist. Ebenso ist auch das gewisse Maß an Bewegungsfreiheit, das jedes Kind schließlich für seine gesunde Entwicklung braucht, weitgehend eingeschränkt und dort, wo die Bewegungsfreiheit sich vollzieht, ist sie für den Nachbarn, zumal wenn er keine Kinder hat, auch schon zu viel. Und nicht selten, meine Damen und Herren — wer in einem Neubau wohnt, wird das selbst wissen — ist das alles zusammen Ursache dafür, daß der Friede innerhalb einer Hausgemeinschaft gestört wird. Man kann einfach nicht darüber hinwegsehen, daß heute auch immer mehr Menschen nicht zuletzt deshalb zum Schlafmittel greifen, um sich auf diese Weise die Nachtruhe zu sichern. Die Belastung der Nerven einerseits und der Gebrauch von Schlafmitteln andererseits sind doch Grund genug, daß wir dieses Problem auch von der Volksgesundheit her zu betrachten haben.

Unsere dringende Forderung lautet daher, beim Wohnungsbau endlich für eine wirksame Schallisierung zu sorgen.

Und nun ein weiteres Problem: Bei der Bauplanung wird oft — mein Vorredner, Herr Bürgermeister Stöffler hat schon darauf hingewiesen — zu wenig Bedacht auf eine familiengerechte Größenord-

• nung der Wohnung genommen, wie auch auf eine entsprechende und zweckmäßige Größenordnung der einzelnen Räume. So haben sich z. B. die Klein- und Kleinstküchen als absolut unzulänglich erwiesen und durch ihre Beengtheit auch noch als ein ständiger Gefahrenbereich für das Kind. Die Verbannung des Kindes allein in das Kinderzimmer für die meiste Zeit des Tages, in der die Mutter sich naturgemäß in der Küche aufhalten muß, ist wenig sinnvoll, weil das Kind die unmittelbare Nähe der Mutter braucht und andererseits die Mutter auch das Kind beaufsichtigen soll. Die Lösung hierfür wäre einfach und bietet sich geradezu an. Ich meine hier wieder eine verstärkte Förderung der praktischen und guten alte Wohnküche. Mehr Überlegung also, wie die Größenordnung einer wirklich familiengerechten Wohnung zu gestalten ist, wäre nicht nur wünschenswert, sondern auch dringend notwendig. Die Wohnung, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, soll schließlich nicht bloß Unterkunft sein, sie soll ein echtes Heim, ein echtes Zuhause sein. Dazu bedarf es jedoch verschiedener Voraussetzungen, sowohl von der Bauplanung her im Sinne meiner vorherigen Ausführungen als auch von der Bauausführung her.

Und schließlich, Hoher Landtag, sollen die Wohnungen, die heute gebaut werden, auch noch für Generationen nach uns gut bewohnbar sein. Hier muß doch, glaube ich, die tiefe Verantwortung gesehen werden, auch wenn hier aufgeklungen ist, daß dies eine Kostenfrage ist. Sicher, aber teilweise wurde diese schon beantwortet durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stöffler. Auch sonst könnte man darüber noch einiges aussagen.

Und nun gestatten Sie mir auch noch ein Wort zur architektonischen Gestaltung der Neubauten, die sich heute dem Beschauer — man verzeihe mir, daß ich das so offen ausspreche — doch mehr oder weniger uniform darbieten. Auch hier wäre ein Wandel in der Baugesinnung wünschenswert und nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine harmonische Eingliederung der Bauten in das Landschaftsbild. Um in der Baugesinnung, Baugestaltung und Bauqualität eine Verbesserung zu erreichen, bedarf es aber der Zusammenarbeit aller Kräfte. Ich ersuche hiermit die hohe Landesregierung und beziehe mich dabei auch auf unsere Resolution, auf alle Bauträger im Lande Steiermark, die Förderungsmittel aus öffentlichen Geldern erhalten, dahingehend einzuwirken, daß diese Forderungen auch in der Praxis Erfüllung finden.

Und nun zum Schluß auch ein Wort zur Wohnbauförderung in der Steiermark selbst. Von 1948 bis 1965 sind in der Steiermark aus Mitteln der verschiedenen Fonds des Landes und des Bundes allein für die Geschoßbauten 45.446 Wohnungen gebaut bzw. gefördert worden. Für das Jahr 1966 werden in der Steiermark für den Wohnungsbau insgesamt Förderungsmittel in der Höhe von 546 Millionen Schilling aus Landes- und Bundesmitteln, über 60 Millionen Schilling aus dem noch zu beschließenden Sonderwohnbauprogramm zur Verfügung stehen, d. h. also insgesamt 606 Millionen Schilling. Ursprünglich vorgesehen — und das möchte ich herausstellen — wären gewesen 642 Millionen Schilling. Das So-

zialministerium hat aber für das Jahr 1966 eine Kürzung vorgenommen, und zwar um 36 Millionen Schilling, anders ausgedrückt um eine Förderung für 400 Wohnungen, eine Kürzung gegenüber dem Vorjahr (Landesrat B a m m e r : „Entschuldigen Sie, wer war das?“) Das Bundesministerium für soziale Verwaltung (Landesrat B a m m e r : „Wann?“) Das ist eindeutig ausgesagt worden, Herr Landesrat, das müßten Sie besser wissen als wir (Landesrat B a m m e r : „Bei 600 Millionen Schilling, die wir haben, fällt das gar nicht auf!“) 400 Wohnungen mal 90.000 Schilling, das ergibt 36 Millionen Schilling, Herr Landesrat. Ich darf das also feststellen. Diese Kürzung finde ich überaus bedauerlich, denn das Opfer dieser Kürzung sind schließlich die Wohnungssuchenden. Wir haben heute gehört, wie groß der Bedarf an Wohnungen noch ist. Ich glaube, wir sollten das deshalb von diesem Gesichtspunkt her bedauern. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Buchberger.

Abg. **Buchberger:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir haben bereits gestern einmal vom Herrn Abgeordneten Vizebürgermeister Stöffler gehört, daß der Verkehr und die Fahrzeuge in der Steiermark sehr stark zugenommen haben, und zwar wurden in den letzten Jahren ca. 143.000 fabriksneue Fahrzeuge für den Verkehr angemeldet. Dies ist eine sehr positive Entwicklung, aber trotzdem muß hier in diesem Zusammenhang die Feststellung gemacht werden, daß diese Neuanmeldung von Fahrzeugen und die Steigerung der Frequenz in keiner Weise Schritt hält mit dem notwendigen Ausbau des Straßennetzes. Und ich möchte gerade diese Dinge von der Warte der Oststeiermark aus betrachten. Ich habe bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, daß sich in der Oststeiermark vor allem der Fremdenverkehr enorm entwickelt hat. Es ist auch bekannt, daß die Fremden, die zu uns als Gäste kommen, nicht nur ein gutes Quartier und gutes Essen verlangen, sondern auch gewohnt sind, sich auf guten, entsprechend staubfreien Straßen fortbewegen zu können. Obwohl sich in letzter Zeit auf diesem Sektor so manches getan hat, muß aber trotzdem gesagt werden, daß sowohl auf dem Sektor der Bundesstraßen wie auch auf den Landesstraßen und auch auf den Gemeindestraßen noch ein gewaltiger Nachholbedarf festzustellen ist. Wenn ich hier den Bezirk Feldbach herausgreife, der Bezirk Feldbach hat eine Bundesstraßenlänge von insgesamt 45 km. Es wird notwendig sein, daß 60 % dieser 45 km entsprechend ausgebaut werden, um den Verkehr entsprechend durchstehen zu können. Die Straßenlänge von Landesstraßen im Bezirk Feldbach beläuft sich auf 396 km, davon sind lediglich 60 % staubfrei. Auch im Bezirk Weiz liegen die Verhältnisse nicht wesentlich anders. Vor zwei Jahren noch war die Situation im Bezirk Weiz äußerst triste. Wir können aber heute die erfreuliche Feststellung machen, daß sich auf dem Sektor des Ausbaues und der Staubbefreiung der Straßen von der Warte des Bezirkes Weiz aus betrachtet auch Enormes getan hat.

Ich hatte vor zwei Jahren die Gelegenheit, darauf zu verweisen, daß keine Verbindungsstraße zwi-

schen der Oststeiermark und der Obersteiermark besteht und daß auf der anderen Seite bekannt ist, daß die Rießstraße die drittstärksten frequentierte Straße von Österreich ist. Es bestünde somit die Möglichkeit, gesetzt den Fall, daß die Rechbergstraße ausgebaut wird, diese Straße entsprechend zu entlasten. Ich möchte in dem Zusammenhang auch sagen, daß wir dem Herrn Landeshauptmann zu Dank verpflichtet sind, daß der Ausbau der Rechbergstraße mit enormen Schritten vorangetrieben wird. Wenn ich nun von Weiz aus diesen Straßenzug auf den Rechberg und nach Frohnleiten betrachte, so freuen wir uns, daß dieser Baufortschritt so rasch vorangetrieben wird. Wir haben aber, wenn diese Straße fertiggestellt ist, noch ein Stück dazwischen, nämlich durch die Weizklamm. Ich möchte hier die Gelegenheit nicht verabsäumen, noch einmal darauf zu verweisen, daß diese Fremdenverkehrsattraktion unseres Bezirkes nun auch endlich in der nächsten Zeit staubfrei gemacht wird.

Sehr interessant ist für den Bezirk Weiz auch der weitere Ausbau der Landesstraße Nr. 1. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß vor allem im nördlichen Teil des Bezirkes Weiz sich der Fremdenverkehr ganz enorm entwickelt hat. Und dieser Fremdenverkehr des Bezirkes tendiert in erster Linie zu fast 90 % in Richtung Wien. Es wird notwendig sein, daß wir eine entsprechend gute Verbindung, eine Direktverbindung nach Wien bekommen und in dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß es unbedingt notwendig sein wird, über Rettenegg — Feistritzwald eine Verbindungsstraße nach Niederösterreich herzustellen. Ich möchte aber auch den südlichen Teil nicht übersehen, nämlich den Ausbau des Straßenstückes Hofstätten — Hartmannsdorf — Ottendorf bis nach Walkersdorf. Ich hoffe, daß auch hier mit dem Ausbau begonnen wird.

Die weiteren Wünsche wären die, daß die Alplstraße ihrer Vollendung zugeführt wird, wo wir doch wissen, daß nun schon seit einigen Jahren von drüben her die Fertigstellung bereits erfolgen könnte und daß auch diese Verbindung hergestellt werden kann. Ich möchte auch darauf verweisen, daß die Straße von Birkfeld — Wiesenbach in der nächsten Zeit ins Kalkül gezogen werden soll. Eine Sorge ist, daß die Umfahrung in einigen Orten des Bezirkes in Angriff genommen werden kann. Es ist ja nicht unbekannt, daß nördlich angrenzend an die Elin-Stadt Weiz sich eine Reihe von Steinbrüchen befindet und daß von diesen Steinbrüchen aus praktisch die ganze Oststeiermark beliefert wird. Sie können sich vorstellen, daß wenn diese Lastzüge von 4 Uhr früh bis 10 Uhr abends durch Weiz donnern, das eine sehr starke Störung der Ruhe der dort wohnenden Bevölkerung hervorruft. Ich freue mich daher ganz besonders, daß nun bereits in allernächster Zeit die Umfahrung von St. Ruprecht in Angriff genommen wird, und ich freue mich sehr, daß auch die Umfahrung von Anger geplant ist. Wir wissen gerade von diesen beiden Orten, daß hier der Fremdenverkehr nun schon seit einigen Jahrzehnten sehr aktiv betrieben wird, vor allem Beweise dafür, daß die örtlichen Fremdenverkehrsorganisationen, die Fremdenverkehrsvereine sehr aktiv tätig sind. Aber ich möchte im Zusammenhang auch weiter bitten,

daß die schon seit Jahrzehnten geplante Umfahrung Weiz nicht übersehen werden soll, zumal ich der Meinung bin, daß sich auch in der Elin-Stadt Weiz in allernächster Zeit einmal ein Fremdenverkehr entwickeln muß, und es kann mit Freude registriert werden, daß man hier bereits die ersten Gehversuche unternommen hat und dabei ist, einen Fremdenverkehrsverein zu gründen. Ich bin der Meinung, daß die Elin-Stadt Weiz nicht nur eine Fremdenverkehrsstadt werden kann, weil der Fremdenverkehr durch die örtliche technische Industrie ja kaum behindert wird, sondern daß unsere Elin-Stadt Weiz auch eine Schulstadt werden wird, eine Stadt mit einer Mittelschule. Und ich hatte, um das noch kurz zu streifen, heuer im Sommer die Ehre und die Möglichkeit, gemeinsam mit Herrn Vizebürgermeister Häusler und Herrn Oberschulrat Raab beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren und auch beim Herrn Bundesminister Dr. Piffl vorzusprechen. Wir konnten dort zwar keine ad hoc-Zusage für den sofortigen Bau einer Mittelschule erhalten, aber es wurde das sichere Versprechen abgegeben, daß in der nächsten Zeit diesbezüglich ein Projekt in Angriff genommen wird. Ich möchte in dem Zusammenhang nur eine Bitte aussprechen; weil die Frage der Errichtung einer Mittelschule ein sehr ernstes Problem ist, soll man dieses Problem nicht etwa zu einem politischen Hasard- oder Hin- und Herspielen benützen, (Abg. Dr. R a i n e r zu den Sozialisten gewendet: „Ihr habt ein Kulturhaus gebaut in Weiz und habt keine Zeit gehabt für eine Mittelschule!“) sondern ich möchte meine Kollegen des Bezirkes Weiz bitten, daß wir in nächster Zeit in gemeinsamer Zusammenarbeit diese Frage in Angriff nehmen werden und ich bin davon überzeugt, wenn wir gemeinsam alles daransetzen, ohne die politischen Momente, dann wird es uns auch gelingen, neben einem entsprechenden Fremdenverkehr, den wir in Weiz aufbauen wollen, auch eine Mittelschule nach Weiz zu bekommen. (Beifall der OVP.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abg. Prenner. Ich erteile es ihm.

Abg. **Prenner:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder, so kann man sagen, werden Wünsche betreffend unsere Straßen an das Hohe Haus und unseren sehr verehrten Herrn Landeshauptmann herangetragen und nach Möglichkeit erfüllt. Ich hoffe, daß es auch möglich sein wird, die wichtigsten Wünsche auf dem Sektor des Straßenbaues im Bezirk Hartberg zu erfüllen. Ich möchte meine Bescheidenheit auch hier wieder unter Beweis stellen und nur die dringendsten Fälle vorbringen. Dazu gehört wie der Herr Kollege Buchberger schon erwähnt hat, der weitere Ausbau der Alplstraße, die das Müritzal der Oststeiermark näher bringt, was ganz besonders auch für den Fremdenverkehr der Oststeiermark nicht ohne Bedeutung ist. Die Straßen in St. Jakob und St. Lorenzen wurden zwar bereits in Angriff genommen. Ich möchte bitten, daß hier wirklich auf dem raschesten Wege der Ausbau fertig gestellt wird. Eine weitere Bitte ist der Ausbau der Straße Hartberg — Flattendorf nach Pöllau. Ebenso dringend ist die Fertigstellung der Landesstraße nach Schäßern, die ebenfalls arg beschädigt wurde

im heurigen Sommer. Man kann sagen, wenn eine so frequentierte Landesstraße keine Hartdecke besitzt, ist sie nicht mehr haltbar und nicht mehr betriebssicher.

Erfreulich ist es festzustellen, daß die Umfahrung des Marienspitals in Vorau bereits aktiv im Ausbau ist. Hohes Haus! An der Wechsel-Bundesstraße wird derzeit an mehreren Baustellen gearbeitet und es scheint, wenn uns der Herrgott noch einige Zeit das Leben schenkt, daß wir die Fertigstellung dieser so wichtigen Straße noch erleben dürften. (Abg. Heidinger: „Da müssen wir aber so alt werden wie der Methusalem!“ — Abg. Nigl: „Wie alt war denn der?“ — Abg. Heidinger: „Ich weiß es schon, aber ich sage es Ihnen nicht, sonst verwenden Sie es gleich in Ihrer Rede und protzen mit Ihrem Wissen!“) Allerdings darf nicht übersehen werden, daß, wenn nach Fertigstellung der Wechsel-Bundesstraße diese von ungefähr 18.000 Einheiten pro Tag befahren wird, auch für die Gemeindestraßen im Bezirk eine zusätzliche Belastung auftritt. Auch heuer wieder möchte ich auf die Dringlichkeit hinweisen, die Gemeinden beim Ausbau und bei der Erhaltung dieser Straßen weitestgehend zu unterstützen, oder noch besser, nach Möglichkeit die Gemeindestraßen als Landesstraßen zu übernehmen. Ich möchte meine Wünsche und Darlegungen mit der Hoffnung schließen, daß unser sehr geehrter Herr Landeshauptmann den Bezirk Hartberg nicht vergiftet und ihm gleichzeitig für das bereits geleistete danken. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. **Loidl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ein sehr erfahrener Abgeordneter dieses Hauses hat mir gestern in einem Gespräch gesagt, wenn alle Wünsche und Anregungen, die hier in diesen Tagen vorgebracht werden, erfüllt werden sollten, dann dürfte das Budget nicht 2 Milliarden betragen, sondern müßte mindestens 50 Milliarden ausmachen. Für mich ist das Schicksal der meisten noch so guten und wichtigen Anregungen damit besiegelt, zumindestens auf sehr lange Zeit. Ich möchte diesem Schicksal entgehen. Was ich zu sagen und anzuregen habe, kostet nichts, sondern wäre dazu angetan sehr große Summen zu ersparen bzw. mit den vorhandenen Mitteln mehr zu leisten als das bisher der Fall war.

Daß die Bauwirtschaft ein öffentliches Anliegen ist, ist aus den Ausführungen des Abg. Stöffler klar hervorgegangen. Man darf wohl sagen, daß die Aufgaben, die das Baugewerbe zu erfüllen hat, nicht weniger wichtig sind, als die Beschaffung von Nahrung. Die Vielfalt der Wirtschafts- und Berufszweige, die unmittelbar oder mittelbar mit dem Baugewerbe zu tun haben, ergibt die erstaunliche Zahl, daß ca. jeder fünfte Österreicher vom Bauen lebt. Es wurde auch errechnet, daß rund 13 % des verfügbaren Sozialproduktes, das heißt mit anderen Worten, daß rund jeder achte Schilling, der überhaupt ausgegeben wird, verbaut wird. Auf die Schlüsselstellung des Baugewerbes als Gradmesser für die Voll- oder Minderbeschäftigung ist auch schon hingewiesen worden. Ich möchte nur noch sagen, daß ca. 60 %

des gesamten Bauvolumens von der öffentlichen Hand direkt und weitere 20 % durch Zuschüsse, sonstige Unterstützungen und Darlehen indirekt beeinflusst werden.

Das Gesagte mag genügen, meine Damen und Herren, um zu beweisen, daß es nicht nur darum geht, Gelder bereitzustellen, sondern daß wir uns auch darum zu kümmern haben in welcher Form und inwieweit die Bauwirtschaft in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Ich bin gewiß der Letzte, der die gewaltigen Leistungen der Bauwirtschaft nicht würdigen würde. Sie wurden ja nicht zuletzt durch den Fleiß und die Opfer auch an Leben und Gesundheit meiner Kollegen erbracht. Vieles aber gibt zu ernststen Sorgen Anlaß, oder, wenn Sie wollen verständlicher ausgedrückt, kommt der Bevölkerung, dem Steuerzahler, sehr, sehr teuer.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, daß sich die Bauwirtschaft in unserem Lande eigentlich in einer Dauerkrise befindet? Vom Mai bis Dezember reden und schreiben die Unternehmer von einem katastrophalen Arbeitskräftemangel. Und wir müssen ihnen recht geben. In der übrigen Zeit klagen wir genau so beredt über die ungeheure Winterarbeitslosigkeit. Und niemand kann sie bestreiten. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre waren in unserem Land im Winter 12.360 Bauarbeiter, das sind 37 % des Sommerstandes, arbeitslos. Wir haben also hier einen traurigen Rekord. Die großen und vielfältigen Schäden, die dadurch für die gesamte Volkswirtschaft, aber auch für die Betriebe entstehen, brauche ich hier wohl nicht im einzelnen aufzuzeigen. Die österreichische Bauwirtschaft — und das hat Herr Abg. Stöffler auch schon gesagt — hat immerhin einen Maschinenpark ohne Lkw's, der auf mehr als vier Milliarden Schilling geschätzt wird. Und ich frage die Volks- und Betriebswirte in aller Bescheidenheit, welcher Wirtschaftszweig kann es sich leisten, große Teile einer solchen Maschienkapazität monatelang brach liegen zu lassen? Wohl keiner, auch nicht die Bauwirtschaft. Das muß alles bezahlt werden, ebenso wie die Mehrkosten der Überhitzung in den Sommermonaten. Und das, meine Damen und Herren, ist eine der wesentlichen Ursachen, warum die Baupreise in unserem Lande so überhöht sind. Ich möchte hier anfügen, daß es viele Bauunternehmer gibt, die an einer kontinuierlichen Beschäftigung ihrer Betriebe interessiert sind. Für diese gelten die Beispiele in anderen Ländern ebenso als Vorbild wie für uns. Maßnahmen, die wirkungsvoll sind, die eine Stabilisierung der Beschäftigung herbeizuführen vermögen, können aber nur infolge ihrer vorherrschenden Stellung von der öffentlichen Hand erfolgen. Die Sozialisten haben daher in diesem Hause schon wiederholt Anträge in dieser Richtung eingebracht. Einem Erfolg stehen sicherlich Schwierigkeiten verschiedenster Art entgegen. Es gilt, mit Traditionen zu brechen und Vorurteile abzubauen, und das ist bekanntlich sehr, sehr schwer. Aber das Bedrückende für mich ist, daß es in dieser wichtigen Frage in den zuständigen Ausschüssen noch zu keinen ernststen und sachlichen Beratungen gekommen ist. Ich will aber hoffen, daß dies auf Grund des kürzlich neuerlich ein-

gebrachten Antrages der Fall sein wird. Daß die Situation nicht noch ärger ist, verdanken wir Maßnahmen des Sozialministeriums, wie der produktiven Arbeitslosenfürsorge, aber auch den Bemühungen in einzelnen Ressorts des Bauwesens, wo im eigenen Wirkungsbereich manches getan wird. Ein langfristiges Gesamtkonzept ist aber unerlässlich.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, bevor ich mich den Bauarbeitern und ihrem Schicksal direkt zuwende, doch einige Worte zu sagen, weil es auch meine Kollegen betrifft, zu den etwas aufreizenden — aber ich möchte es friedlich sagen —, etwas eigenartigen Ausführungen des Herrn Landesrates Peltzmann zu Lohn- und Preisfragen von vorgestern.

Ich bedauere es wirklich sehr, daß er nicht hier ist. Ich persönlich wundere mich keineswegs über die Art, wie Herr Landesrat Peltzmann die Dinge sieht. Ich kenne diese Argumente von zahlreichen Verhandlungen mit den Unternehmern. Und in dieser Frage wird es wahrscheinlich immer gegensätzliche Auffassungen geben. Wir wissen sehr wohl, daß in einer lebendigen Wirtschaft sich weder die Preise noch die Löhne einfrieren lassen. Wir haben den Menschen auch niemals gesagt, daß es einen Lohn- und Preisstop geben kann. Unsere Meinung ist aber, daß es sehr wohl möglich ist, die Konsumenten vor ungerechtfertigten Preissteigerungen zu schützen. Und der Österreichische Gewerkschaftsbund ist nicht müde geworden und wird es auch nicht werden, immer wieder konkrete Maßnahmen, die zu einem solchen Ziele führen, vorzuschlagen. Bedenklich für mich ist es aber, wenn der für die Statistik des Landes zuständige Landesrat Peltzmann eine statistische Zahl, nämlich die Entwicklung der Masseneinkommen, einfach hernimmt, um damit zu beweisen — und das hat er getan —, daß die Lohnerhöhungen schuld an den Preissteigerungen seien oder daß ohnehin alles in Ordnung sei. Der Herr Landesrat hat dabei geflissentlich übersehen, daß die Masseneinkommen nicht zuletzt dadurch gestiegen sind, weil immer mehr verheiratete Frauen von den Familien weg in die Betriebe gehen, weil — und das ist auch nicht zu übersehen — die Arbeitnehmer aus ganz besonders schlecht bezahlten Berufsgruppen in besser bezahlte abwandern und eine Reihe anderer Gründe mehr, wie die verstärkte Anzahl von Überstunden und vermehrte Akkordarbeit. Ich bin absolut der Meinung, daß statistische Unterlagen etwas unerhört Wichtiges und Wertvolles sind. Man darf sie aber nicht mißbrauchen (Abg. Dr. Rainer: „Nur muß man sie lesen!“). Man darf sie aber nicht mißbrauchen, ansonsten könnte man das glauben, was böse und ich meine auch unwissende Zungen manchmal sagen, nämlich die Steigerung Notlüge — Lüge — Statistik. Wie gefährlich es ist, einfach mit Durchschnittswerten zu operieren, möchte ich, meine Damen und Herren, an einem — verzeihen Sie mir das — sehr simplen Beispiel beweisen. Vielleicht mag das im übertragenen Sinne auch stimmen. Wenn z. B. der Herr Landesrat Peltzmann im Jahre 1964 — um auch eine Zahl zu haben, damit das echt wirkt — ein Brathendl gegessen hat, und ich habe in diesem Jahr eine Semmel gegessen (Landesrat Peltzmann: „Ah so, nicht Margarine?“) Oder, meine Herren,

ich sage, eine Buttersemmel, damit das echter wirkt, dann haben wir im Durchschnitt, Herr Landesrat, jeder $\frac{1}{2}$ Brathendl und $\frac{1}{2}$ Buttersemmel gegessen, und wenn es uns nächstes Jahr besser geht, dann werden Sie zwei Brathendln essen und ich 2 Buttersemmeln, dann werden wir jeder 1 Brathendl und 1 Buttersemmel haben. (Abg. Dr. Rainer: „Sie schauen so schon ganz schlecht aus!“) Nach der Statistik müßte ich dann eigentlich zufrieden sein. In Wahrheit ist das aber nicht der Fall.

Das sind die Beispiele, die meine Kollegen draußen verstehen, und ich will ihre Sprache sprechen, auch hier in diesem Hause. Jene zehntausende Menschen, welche ihren Lebensunterhalt mit ihren Familien noch immer mit einem Monatseinkommen von weniger als 2000 S sehr oft bestreiten müssen, haben für statistische Berechnungen kein Verständnis. Nehmen Sie als Beispiel die steirische Sägeindustrie, ein Wirtschaftszweig, der für unser Land große Bedeutung hat. Seit 5. April 1963 bekommt ein Gatterführer, das ist ein sehr qualifizierter Arbeiter, wie Sie wissen werden, einen Stundenlohn von 11,75 S. Und wenn Sie der Meinung sein sollten, daß diese Löhne wesentlich überzahlt werden, so ist das ein Irrtum. In der übergroßen Zahl der Sägewerke wird dieser Kollektivvertrag eingehalten, nur dort, wo Abwanderungsmöglichkeiten für die Arbeiter bestehen, werden sie geringfügig überzahlt. Was glauben Sie, meine Damen und Herren, wie Sie diesem Sägearbeiter und seiner Familie erklären können, die Teuerung im heurigen Jahr ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden, weil sich ja der Durchschnitt der Masseneinkommen um so und soviel erhöht hat. Und denken Sie auch an die ungezählten Rentner und Pensionisten, welche all diese Dinge auf sich nehmen müssen. Aber ich möchte noch etwas feststellen.

Es kann und es darf uns nicht genügen, meine Damen und Herren, daß wir für die arbeitenden Menschen jeweils nur die eingetretenen Preiserhöhungen abgelten, und zwar hinterher. Wir haben doch ein Recht darauf, unseren gerechten Anteil am steigenden Sozialprodukt zu erhalten. Wir wissen, daß uns dies nicht geschenkt wird, und wir wehren uns eben dagegen, daß — und jetzt möchte ich das etwas massiv ausdrücken —, daß die Ausbeutung, die wir im Betrieb überwunden haben, am Markt fortgesetzt wird. (Beifall bei der SPO.)

Es gäbe dazu im einzelnen ja noch viel zu sagen. Aber ich möchte mich doch lieber dem zuwenden, was ich ursprünglich zu sagen vorgehabt habe. Meine Damen und Herren, eine Eigenart des Bauwesens ist es, daß relativ viele Arbeitskräfte benötigt werden. Trotz der bereits erfolgten Mechanisierung — und das wird auch manchen erstaunen — werden noch nahezu $\frac{3}{4}$ der Kapazität durch menschliche Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Das wird sich in absehbarer Zeit, besonders im Hochbau, nicht wesentlich ändern. Die Weigerung junger Menschen, zum Baugewerbe zu gehen, und die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nimmt bedrohliche Formen an. Dies kann sehr bald zu einer Existenzfrage für die Wirtschaft werden. Aber wer die Situation wirklich kennt, der wird sich nicht wundern, oder höchstens darüber, daß es trotzdem noch soviel Be-

rufstreue gibt. Darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, zum Beweis dafür ein paar höchst alarmierende Zahlen nennen. Zunächst zur Altersstruktur eine sehr bedeutsame Zahl: von je 1000 Arbeitern in der Metall- und Eisenindustrie sind 195 über 50 Jahre alt, bei den Bauarbeitern sind es aber 277. Zwischen 1955 und 1963 ist in Österreich die Zahl der Lehrstellenantritte wohl auch infolge der schwachen Geburtsjahrgänge um 16% gesunken, im gleichen Zeitraum im Baugewerbe aber um 40%. Die österreichischen Großbauunternehmen — und das bitte ich auch zu vermerken —, welche in einem eigenen Verband zusammengeschlossen sind und nahezu 40% der Bauarbeiter beschäftigen, bilden keinen einzigen Lehrling aus. Bei der stürmischen Entwicklung moderner Baumethoden kommt der Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte größte Bedeutung zu. Unsere Gewerkschaft regt daher schon seit langem die Errichtung und Führung von Lehrbauhöfen und Lehrbaustellen an. Dieses Vorhaben zu fördern, würde, glaube ich, reichlich Zinsen tragen. Und nun, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen eine erschütternde Zahl nicht verschweigen. Jährlich erleiden in Österreich rund 30.000 Bauarbeiter einen bei der Unfallversicherung angezeigten Arbeitsunfall, das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß jeder sechste Bauarbeiter jährlich einen Arbeitsunfall erleidet. Daß hieße theoretisch, daß innerhalb von 6 Jahren jeder einzelne in Österreich beschäftigte Bauarbeiter eine mehr oder weniger schwere körperliche Verletzung davonträgt. (Abg. Pölzl: „Da muß man aber eine Trennung zwischen Pusch und normaler Arbeitszeit vornehmen!“)

Der Anteil der Bauwirtschaft an den gesamten Arbeitsunfällen mit tödlichem Ausgang beträgt 35%, obwohl der Anteil am Versichertenstand der gesamten Arbeiter nur 10% beträgt. Das Maß ist aber noch immer nicht voll, meine Damen und Herren! Die Zahl der Invaliditätspensionen ist bei den Bauarbeitern nahezu doppelt so groß als bei den anderen Arbeitern. Auf 1000 berufstätige Bauarbeiter kommen 147 Invaliditätspensionisten, bei den übrigen Arbeitern sind es nur 85. Ist es nicht erschreckend, zu hören daß die absolute Zahl der Invaliditätspensionisten bei den Bauarbeitern um ganze 73% höher ist als bei den Alterspensionisten? Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine traurige Bilanz, das ist auch eine Anklage, eine Anklage gegen jene Übelstände, welche vermeidbar sind, aber wesentlich zu dieser Bilanz beitragen. Überzeugen Sie sich einmal selbst, wie unbeschreiblich Bauarbeiter, von ihren Familien getrennt, die ganze Woche über nach schmutziger und schwerer Arbeit in sogenannten „Quartieren“ leben müssen, in Bretterbuden zusammengepfercht, oft ohne jede Spur einer sanitären Einrichtung. Wer das nicht glaubt, ist eingeladen, in das in unserem Besitz befindliche Bildmaterial Einsicht zu nehmen oder anlässlich der nächsten Gleichfeier den Festplatz zu verlassen und die Aufenthaltsräume jener Männer aufzusuchen, die gefeiert werden. Vielleicht finden Sie sogar eine jener erfreulichen Ausnahmen, die bestätigen, daß es auch anders geht. Sonst aber werden Sie zu einem Mitschleifer, wenn Sie das sehen. Nicht geringe Verantwortung trifft jene Verwaltungsbehörden, welche Anzeigen der Arbeitsinspektorate

wegen schwerster Vergehen gegen die Vorschriften zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Bauarbeitern mit lächerlich geringen Geldstrafen verfolgen. Ein wirklicher Wandel zum Besseren wird meiner Meinung nach auf Grund der gegebenen Verhältnisse und Umstände nur zu erreichen sein, wenn sich die öffentliche Hand entschließt, Unterkünfte und sanitäre Einrichtungen bei den Ausschreibungen als Bauleistungen anzuführen und dann auch zu verlangen.

Ist es nicht sonderbar, meine Damen und Herren, daß ausgerechnet die Bau- und Landarbeiter, deren Arbeitsleistung für das ganze Volk so bedeutsam und lebensnotwendig ist, eine so gefährliche gesellschaftliche Unterbewertung erfahren. Wer die Dinge ehrlich sieht, wie sie sind, kann diese Tatsache nicht leugnen.

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sind aber umfangreiche Förderungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand mit dem Ziele, die notwendigen Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft zu erhalten, aber auch auszubilden, im Gange. Vieles davon könnte als Beispiel dienen. Damit habe ich Ihre Geduld in reichlichem Ausmaß in Anspruch genommen. Es ist aber leider noch nicht alles, was ich zu sagen hätte und was uns Sorgen bereiten müßte. Wer aber zugibt, daß das Bauwesen ein öffentliches Anliegen ist, und wer könnte dies in Abrede stellen, muß auch bereit sein, jene Probleme welche die Bauwirtschaft selbst nicht lösen kann oder manchmal auch nicht lösen will, ganz energisch anzugehen. Jeder Schritt in dieser Richtung wäre von größtem Nutzen für die Bauwirtschaft, für die Bauarbeiter, vor allem aber für das ganze Volk. (Beifall bei der SPÖ.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter Schrammel hat das Wort.

Abg. Schrammel: Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Die schweren und anhaltenden Regenfälle des heurigen Jahres haben der steirischen Wirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft größte Schäden verursacht. Das Jahr 1965 war in seinem Ausmaß sicherlich ein Katastrophenjahr, vor allem in flußbaulicher Hinsicht, da einzelne Gegenden der Steiermark bisher zehnmal unter der Hochwasserflut zu leiden hatten. Die ersten Hochwasser bedeutenden Ausmaßes waren am 21. und 22. April dieses Jahres. Der Schwerpunkt der Schäden lag dabei im Raabtal und an seinen Zubringern, Lafnitz, Safen, Ritschein, Feistritz im Raume Fürstenfeld usw. Diese Gebiete waren sodann Ende April und Anfang Mai neuerlich vom Hochwasser heimgesucht. Die bisherigen Schäden vergrößerten sich dabei erheblich. Anfang Juni war ebenfalls ein verheerendes Hochwasser in den oststeirischen Gewässern. Dabei wurden die neu entstandenen Schäden wieder vergrößert, so daß an der Raab von Gleisdorf abwärts der gesamte Flußlauf an zahlreichen Stellen schwerste Beschädigungen aufwies. Bundesminister Dr. Schleinzer besuchte die Schadensgebiete in der Oststeiermark und konnte sich von der Größe der Schäden selbst überzeugen. Die Schadensermittlungen ergaben für das erste Halbjahr 1965 einen Schaden an Bundesflüssen von

15 Millionen Schilling und an Konkurrenzgewässern von 27,7 Millionen Schilling, das wären insgesamt 42 Millionen Schilling Schaden an Flüssen und Gewässern. Die bisher eingetretenen Hochwasser wurden in der Steiermark vom Katastrophenwasser in den ersten Augusttagen bei weitem übertroffen. Abermals war es das Feistritztal im Raume des Bezirkes Fürstenfeld, in welchem das größte in diesem Jahrhundert beobachtete Hochwasser ausbrach. Unschätzbar waren auch die Schäden an der Raab im Raume Feldbach und Fehring. Kleinere Gewässer, wie die Ritschein, die Safen und der Ilzbach wuchsen in dieser Zeit zu Strömen. Es bildeten sich kilometerweite Seen im oststeirischen Gebiet. Im gleichen Gebiet wurde Ackerland großen Ausmaßes weggeschwemmt, die hochwasserführende Feistritz und der Ilzbach schufen sich an einzelnen Stellen neue Flußbette, wodurch es zu weitläufigen Uferbrüchen kam. Aber auch die Mur hatte ein bedeutendes Hochwasser, welches im obersteirischen Gebiet zwar nicht jene Katastrophenmenge des Jahres 1938 erreichte, jedoch im weiteren Verlauf der Hochwasserwelle und der Regenfronten im südöstlichen Gebiet der Steiermark den Katastrophenstand des Jahres 1938 erreichte. Die Stadt Radkersburg war damals zu einer Lagenstadt geworden, man konnte mit Gondeln durch die Stadt rudern. Bei den Mur-Zubringern erreichten die Schäden im Einzugsgebiet des Granitzenbaches vom Obdacher Sattel her nach Norden ein verheerendes Ausmaß. Gleichfalls wurde das gesamte Kainachtal schwerstens betroffen. Der Schaden an den Bundesflüssen betrug allein beim August-Hochwasser rund 28 Millionen Schilling, an den Konkurrenzgewässern 26 Millionen Schilling, also in summa ein Gesamtschaden an Flüssen und Bächen von nahezu 60 Millionen Schilling. Damit ergibt sich für das Jahr 1965 eine Gesamtschadenssumme von rund 97 Millionen Schilling an steirischen Gewässern, die mit 43 Millionen Schilling die Bundesflüsse und mit rund 54 Millionen Schilling die Konkurrenzgewässer betrifft. Auch die Gesamtschadenssumme kann auf Grund der Häufigkeit der heurigen Hochwasser noch nicht als endgültig bezeichnet werden, da die einzelnen Flußregimes hinsichtlich ihres Haushaltes derart in Unordnung gekommen sind, daß noch infolge der eintretenden Tochterverlagerungen neue Ufer-An- und Einbrüche, ja sogar Verwerfungen von Bachläufen entstehen, die erst jetzt bei verhältnismäßig niederem Wasserstand auftreten. Es wird hier sicher noch einige Zeit dauern, bis sich das Gleichgewicht in der Natur wieder herstellt. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat zur Behebung der Hochwasserschäden an Flußläufen 6,9 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Unter Berücksichtigung der zugehörigen Landes- und Interessentennittel kann damit eine Schadensbehebung im Umfang von 19 Millionen Schilling erfolgen. Bis zum tatsächlichen Eingang dieser Geldmittel wurde durch Heranziehung aller verfügbaren Reserven von schon länger laufenden Bauvorhaben eine Überbrückungsmöglichkeit gefunden, um an sehr vielen Stellen unverzüglich mit Aufräumungs- und Sicherheitsarbeiten beginnen zu können.

Im Flußreferat der Landesbaudirektion besteht ein 5-Jahres-Plan für die Jahre 1966—1970, der schon vor Eintritt der Hochwasserkatastrophe des Jahres 1965 aufgestellt wurde. Die aufgetretenen Hochwasserschäden sind nahezu überall dort besonders groß gewesen, wo ohnehin aus der Erkenntnis der besonderen Umstände flußbauliche Maßnahmen im Rahmen dieses 5-Jahres-Planes vorgesehen waren. Es bedarf lediglich einiger Ergänzungen, soweit neue Bach- und Flußstrecken betroffen werden. Das dabei vorgesehene Bauvolumen beträgt jährlich rund 5 Millionen Schilling. Dies ist bei einer Preisbasis Jahresmitte 1965 ein echter Bedarf und ein Betrag, der, wenn nicht zu viele einzelne Baustellen versorgt werden müssen, von den Dienststellen der Wasserbauverwaltung verkraftet werden kann. Es ist also notwendig, zu den Bundesmitteln von 33 Millionen Schilling die dazugehörigen Landesmittel von 15 Millionen Schilling und die notwendigen Interessentennittel von 8 Millionen Schilling im Budget des Jahres 1966 unterzubringen, dann kann dieses Programm mit seinen Schwerpunkten an Raab, Enns und Kainach sowie an Ritschein, Safen, Laßnitz, Sulm, Schwarzau und an anderen Gewässern zügig fortgesetzt werden. Neben diesen vorbeugenden Maßnahmen in Form von systematischen Regulierungen sind aber auch umfangreiche Schadensbehebungen und ein nicht unbedeutender Aufwand an Erhaltungsarbeiten an fertiggestellten Gerinnen erforderlich. Grundsätzlich möge man jedoch von Teilregulierungen, man spricht hier vielfach von „Interventionsregulierungen“, abgehen, da dadurch meistens flußaufwärts durch das strenge Gefälle schwerste Uferbrüche entstehen. Es wird somit den Gemeinden empfohlen, daß sie sich zu Wasserverbänden zusammenschließen und hier gemeinsam von der Flußmündung weg die Regulierung in Angriff nehmen. Allenfalls wäre es in Zukunft auch notwendig, um den Wünschen nach Ausbau der noch unregulierten Flußläufe Rechnung tragen zu können, daß die Steiermärkische Landesregierung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wegen der Bereitstellung von Bundesmitteln vorstellig wird und daß hiebei die Bundesmittel aufgestockt und hiezu noch zusätzliche Mittel gefunden werden, um die übrigen Bauvorhaben dann auch berücksichtigen zu können.

Es braucht im heurigen Katastrophenjahr wohl nicht betont zu werden, daß gerade diese Aufgaben und Ausgaben wirtschaftlich bestens angelegt sind. Denn was nützen uns die Stützungen beispielsweise für Treibstoff und Düngemittel, wenn der Hochwasserschutz nicht gegeben ist. Der Bauer erwartet daher eine großzügige Hilfe für seine harte Arbeit, die er immer noch mit sehr großer Liebe durchführt, andernfalls ja auch diese harte Arbeit umsonst wäre. Alle haben wir noch die verheerenden Schäden überall an den Flußläufen in Erinnerung, die Getreidefelder, deren Ähren wie von Riesenfäusten niedergeschlagen faulend am Boden lagen, die Wiesen, deren Grün ein verschlammtes Graubraun war, die Straßen, die von den Wasserfluten abgerissen waren, die Häuser mit bedrohlichen Rissen und Sprüngen an den Wänden, die Brücken, die niemand mehr übersetzen konnte, weil sie geborsten waren. Wir Bauern werden dessen ungeachtet

auch im kommenden Frühjahr unsere Felder wieder bestellen und bebauen. Ich möchte aber hier vor den Abgeordneten beider Fraktionen anführen, daß es jedoch auf die Dauer der Bauernschaft nicht möglich wäre, solch große Schäden durchzustehen. Wenn so die Erkenntnis um sich greift, daß der Schutzwasserbau in weit höherem Maße als bisher Beachtung finden muß, dann wird es auch möglich sein, gegen künftige volkswirtschaftlich schwerwiegende Rückschläge durch Hochwasserfluten Vorsorge zu treffen. (Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Abg. Leitner hat das Wort.

Abg. Leitner: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte zu diesem Problem sprechen wie mein Vorredner. Es ist Ihnen bekannt, daß die Hochwasserkatastrophe im Frühjahr in der Steiermark Schäden in der Höhe von ca. 226 Millionen Schilling angerichtet hat, wodurch direkt 130.000 Steirer betroffen wurden. Überall dort aber, wo es bereits Schutzwasserbauten gab, sind keine oder nur geringe Schäden aufgetreten. In allen jenen Fällen — und es handelt sich bei diesen Schadensfällen ja um jene — wo es noch keine Schutzwasserbauten gegeben hat oder alte Schäden nicht behoben worden waren, sind große, ausgedehnte Schäden an privatem und öffentlichem Gut eingetreten. Dies ist aber nicht die Erfahrung dieser letzten Hochwasserkatastrophe, sondern diese Erfahrung ist schon Jahre alt, weil schon bei vorhergehenden Katastrophen ähnliche Erfahrungen gemacht werden konnten. Die schweren Hochwasserschäden sind für den Landtag eine besondere Verpflichtung. Eine Verpflichtung, ein Sonderprogramm für den Schutzwasserbau zu beschließen, das den raschen Ausbau der dringlichen Vorhaben und deren Finanzierung vorsieht. Im steirischen Budget muß dem Schutzwasserbau endlich der Platz eingeräumt werden, der ihm zukommt. Einsparungen gerade auf diesem Sektor der Wirtschaft, wie dies seit 50 Jahren praktiziert wurde, rächen sich bitter. Das sind nicht Worte, die von mir kommen, sondern das stellt die Dokumentation „Wasserbau in Österreich“, die bekanntlich vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft herausgegeben wurde, fest. In das Sonderbauprogramm müßten die vordringlichsten Schutzwasserbauten aufgenommen werden, deren Durchführung nach Meinung dieser zuständigen Fachleute unaufschiebbar geworden ist. Es wird sogar betont, daß in einigen Fällen eine weitere Verzögerung der Durchführung nicht mehr verantwortet werden kann. So ernst ist die Sachlage beim Schutzwasserbau. So müssen wegen Verhütung einer Ausweitung von Schäden die laufenden Erhaltungsarbeiten und flußbaulichen Sofortmaßnahmen an den Flüssen Enns, Raab, Mur und Kainach zügig fortgesetzt werden. Außerdem sind an diesen Flüssen Regulierungsarbeiten notwendig. Die begonnenen Regulierungen an der Laßnitz, Sulm, Ritschein, Feistritz, Palten, Lafnitz, Mürz und Safen müßten in viel größerem Ausmaß als das bisher der Fall war fortgesetzt werden. Der Regulierung der Kutscheniza kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Verbauung der Wild-

bachgebiete im oberen Ennstal, im Raume der Fischbacheralpen, im Mur- und Mürztal, im steirisch-kärntnerischen Grenzgebiet und in der Oststeiermark gehört ebenfalls dazu.

Landeshauptmann Krainer nennt für die dringlichen Schutzwasserbauten in Steiermark einen Betrag von zirka 240 Millionen Schilling. Dieser Betrag müßte meiner Ansicht nach in vier bis fünf Jahren aufgebracht werden, um diese notwendigsten Aufgaben durchzuführen. Wenn man bedenkt, daß allein für die Schadensbehebung im heurigen Jahr in der Steiermark 226 Millionen Schilling notwendig sind, also fast soviel wie man für ein solches Sonderprogramm für den Schutzwasserbau in der Steiermark braucht, so sieht man, daß das Geld auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt dort angewendet sehr, sehr gut angelegt wäre. Die Vernachlässigung des Schutzwasserbaus führt nur dazu, daß sich diese Millionenschäden, vielleicht nicht in dieser Größe, aber doch da und dort, von Jahr zu Jahr wiederholen und eine rechtzeitige rasche Verwendung eines Teiles dieser Mittel, die für die Behebung der Schäden in irgendeiner Form aufgebracht werden müssen für den Hochwasserschutz unser Land künftig vor solchen Hochwasserkatastrophen bewahren.

Schutzwasserbauten sind daher Maßnahmen der friedlichen Landesverteidigung, wie dies (Abg. Ritzinger: „Ha, hä!“) — da brauchen Sie gar nicht darüber zu lachen —, ich glaube, es war Sektionschef Dr. Güntschel, der Ihrer Partei angehört, ausgesprochen hat. Und zwar hat er diese Worte gebraucht auf der Gleichenberger Tagung, die vor einigen Tagen stattgefunden hat. Herr Landeshauptmann Krainer war ebenfalls auf dieser Tagung anwesend und hat auch sehr schöne Worte in diesem Zusammenhang gefunden. Er sagte: „Wir haben nur einen Heimatboden, den müssen wir schützen und nutzbar machen.“ Da werden ihm alle zustimmen. Aber im selben Atemzug hat der Herr Landeshauptmann die Auffassung vertreten, daß ein großzügiges Ausbauprogramm zur Regulierung der Flüsse, der Wildbäche und zur Errichtung von Lawenschutzbauten jedoch nicht möglich sei. Dies laut Tagespost. (Landeshauptmann Krainer: „Ja, das ist eine gute Zeitung!“)

Weil derartige Bauten sehr viel Geld kosten und die finanziellen Mittel für die Budgets — der Herr Landeshauptmann Krainer meint offenbar die des Bundes und die des Landes — nicht immer aufgebracht werden können. Wir Kommunisten sind anderer Meinung. Wir teilen die Meinung der zuständigen Fachleute. Ein Fortwursteln, so wie dies in den letzten Jahren immer wieder zu bemerken ist und wie es bisher praktiziert wurde, führt eben zu diesen großen Katastrophen, zu diesen Hochwassern, deren Schadensbehebung viel Geld kostet, ohne die Ursachen beseitigen zu können. Ja, Bund und Land zweigen in solchen Zeiten Mittel für den Hochwasserschutz ab, um wieder Hochwasserschutzbauten zu beheben, deswegen, weil sie nicht richtig angelegt wurden, weil sie nur angelegt wurden auf Grund bestimmter Interventionen, die sich nicht als richtig herausgestellt haben. Eine solche Politik ist allerdings kurzsichtig. Meiner Ansicht nach könnten diese notwendigen Mittel durch ein

Sonderprogramm aufgebracht werden. Der Budgetposten Wasserbau von jetzt 28 Millionen Schilling könnte mit Hilfe des Bundes verdoppelt werden. Die Auflage einer Anleihe, wie sie auch Herr Landeshauptmann Krainer schon gefordert hat, und wie eine solche schon im Jahre 1959 offensichtlich mit doch einigermaßen befriedigendem Erfolg bereits beschlossen wurde, würde ermöglichen, diese notwendigen Mittel aufzubringen, damit die Bundesländer, unter anderem auch die Steiermark, imstande sind, diese notwendigen Mittel einzusetzen. Beim Flußbau ist eben vorbeugen besser und vor allem viel, viel billiger als heilen.

2. Präsident: Der Herr Abgeordnete Burger kommt zu Wort.

Abg. Burger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Wohnungsnot in Österreich ist neben den vielen anderen Sorgen unserer Heimat Sorge Nr. 1. Dies trifft auch für unser Land Steiermark zu, weil gerade in diesem Bundesland erhebliche Mittel für die Beseitigung der Wohnungsnot aufgewendet worden sind. Gestatten Sie mir daher einige Zahlen zu dieser Wohnbauförderung: Seit dem Jahre 1948 bis 1965 wurden in diesem Land 888,704.000 S aufgewendet für den Bau von 20.678 Eigenheimen. Der Bund hat diese Eigenheime in einer Zahl von 1787 gefördert. Ich werde zum Kapitel Eigenheime noch gesondert Stellung nehmen. Damit sich aber das Bild abrundet, gestatten Sie mir noch, Hohes Haus, daß ich noch einige Zahlen der sonstigen Förderungsbeträge sage. Nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 wurden von 1954 bis 1964 mit einem Aufwand von 1560 Millionen Schilling zusätzlich 17.029 Wohnungen gefördert. Aus dem Landesfonds 1948 bis 1965 wurden mit einem Aufwand von 582 Millionen Schilling 16.838 Wohnungen gefördert und aus dem Sonderwohnbauprogramm 1962 mit einem Aufwand von 195 Millionen Schilling 2141 Wohnungen. Dazu sei nun zum Problem der Eigenheimbauer folgendes dargelegt: Sehr interessant und aufschlußreich, aber auch sehr sinnvoll und zufriedenstellend ist die Statistik, daß 60% der Eigenheimbauer manuelle Arbeiter sind, 34% der Eigenheimbauer sind Angestellte, somit in der Gesamtheit 94% Unselbständige, für welche diese Mittel aufgebracht werden. Es ist dies ein Hohelied sozialer Erkenntnis. Österreich ist bekannt als ein Land mit den besten Sozialgesetzen. Es ist dies sicherlich ein sehr, sehr erfreulicher Umstand. Ich bin aber gezwungen darauf hinzuweisen, daß die sozialen Gesetze, wenn die Wirtschaft nicht bis ins letzte funktioniert, wenn die Vollbeschäftigung für uns nicht gegeben ist, zur Belanglosigkeit degradiert werden. Daher ist das sicherste Sozialgesetz wohl, wenn sich der Arbeitnehmer selbst ein Eigenheim bildet, und er kann sinnvoll ja nur beim Eigenheim, bei der eigenen Wohnstätte für die Familie beginnen. Eigentum sichert den besitzenden Unselbständigen vor den Einflüssen der Dienstgeber, sei es durch Kündigung, sei es durch Auslaufen des Dienstverhältnisses und das Verlassenmüssen einer Dienstwohnung. Das Eigenheim ist ein Hort der Sittlichkeit für die Familie und für die Erziehung. Das Eigenheim ist ein Er-

ziehungsfaktor zur Arbeit und zur Vermehrung ständiger Werte. Das Eigenheim ist letztlich auch die letzte Zufluchtsstätte, wenn man Sorgen hat, oder ein Treffpunkt für getrennte Familienmitglieder. Die Eigentumsbildung muß Ziel sein für jede moderne Sozialpolitik. Sie beginnt mit dem Wohnungseigentum. Eine moderne Sozialpolitik führt natürlich über das persönliche Eigentum zur Betriebsbeteiligung, sie führt zur Mitsprache in den Produktions- und Arbeitsstätten, aber auch — und das muß betont werden — zur Mitverantwortung. Ohne Eigentum, Hohes Haus, bleibt der Arbeitnehmer, und damit möchte ich schließen, doch nur ein Proletarier mit meinestwegen gehobenem Lebensstandard. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter Neumann hat das Wort.

Abg. Neumann: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Es hat schon gestern bei der Behandlung der Gruppe 3 angeklungen, daß die Menschheit, obwohl sie ungeahnte Fortschritte erzielen konnte, die so weit gehen, daß man sich bereits mit Erfolg anschickt, den Mond zu erreichen, doch mit einem Problem nicht fertig wird, schlechter fertig wird als unsere Väter und Großväter. Es ist dies das Problem Wasser, oder besser gesagt, der Fortschritt der Zeit hat erst das Wasser zu einem Problem gemacht. Der Fortschritt der Zeit hat den ansonsten so segensreichen Lebensquell Wasser zu einem Problem der gesamten Menschheit gemacht, wie überhaupt es in der allgemeinen Weiterentwicklung der Zeit so zu sein scheint, daß Probleme auftauchen, die man früher nicht kannte. So haben wir heute in der Gruppe 6 bei den Straßenliedern zur Genüge hören können, daß der großen Vermehrung von Kraftfahrzeugen, die sich in den nächsten 10 Jahren um weitere 100% erhöhen sollen, und die ein Spiegelbild unseres wirtschaftlichen Fortschrittes in Österreich sind, unsere Straßen nicht mehr gewachsen sind. Ein Problem „Straßen“ ist also hier aufgetreten, das unsere Väter und Großväter in dem Ausmaße nicht kannten und das unsere Freunde im Osten durch eine falsche Wirtschaftspolitik in diesem Ausmaße auch heute noch nicht kennen.

Auch das Problem „Wohnungen“, das heute hier diskutiert wurde, ist an sich neueren Datums. Die sich anbahnende Wohlstandsgesellschaft, von der man wohl reden kann, hat einen großen Drang nach mehr Wohnungen. Das ist eine Tatsache, der man — wie wir heute schon hier gehört haben — in Österreich noch nicht einmal gesetzlich Rechnung getragen hat. Und wenn heute schon wieder so viel gesprochen wurde von den sogenannten Mieterschutzdingen im Wohnungsbau, dann möchte ich dazu nur eine Bemerkung machen, und zwar die, daß das Mieterschutzproblem kein steirisches Problem darstellt (Landesrat Bamm er: „Das ist eine ganz neue Erkenntnis!“), und zwar deshalb, weil wir in der Steiermark nur 35% aller Wohnungen als Mietwohnungen haben. 65% aller Steirer leben in Eigenheimen, Eigentumswohnungen und dergleichen. Für sie ist daher die Frage des Mieterschutzes kein Problem. Von diesen 35% Mietwohnungen in der

Steiermark ist wiederum nur $\frac{1}{3}$ mietengeschützt, d. h. unterliegt dem Mieterschutzgesetz. Es sind vor allem ausgenommen aus diesem Mieterschutzgesetz die heute teilweise schon sehr, sehr teuren Gemeindewohnungen. Und solange diese teuren Gemeindewohnungen aus dem Mieterschutzgesetz herausgenommen sind, hat dieses Mieterschutzgesetz für die Steiermark nur eine ganz geringe Bedeutung. Anders ist es sicher schon in Wien. Wir wissen, daß in Wien 80% aller Wohnungen Mietwohnungen sind. Von diesen Mietwohnungen in Wien sind wiederum $\frac{3}{4}$ oder 75% mietengeschützt. Für die Wiener ist es also ein echtes Problem, nicht aber für die Steirer. Und ich glaube, wir sollten uns vor allem mit den steirischen Problemen befassen und das andere den Wienern selbst überlassen.

Aber Hohes Haus! Ich komme noch einmal auf etwas zurück. Wie gesagt, der Fortschritt hat in unserer Zeit Probleme gebracht, die man früher nicht kannte. Diese Probleme sind auch an den Menschen nicht ganz spurlos vorübergegangen. Ja es scheint vor allem so zu sein, daß das menschliche Herz manchen Anforderungen dieser Zeit nicht so richtig gewachsen ist. Und so sind Herzinfarkte heute nahezu an der Tagesordnung. Ja sogar bei den Rindern sind durch die verlangten Höchstleistungen auf dem Milchsektor Herzinfarkte keine Seltenheit mehr.

Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! All diese Dinge, all diese Probleme sind uns aber bestens bekannt und man ist mit Erfolg bemüht, diesen Problemen an den Leib zu rücken. Dem Problem Straßenbau ist man dadurch bemüht an den Leib zu rücken, daß man mehr Straßen baut. Und gestatten Sie mir, daß ich in der Gruppe 6, wo so viel negative Worte über die Fortschritte des Straßenbaues auch heute wieder gefallen sind, auch ein paar positive Bemerkungen mache. Und zwar steht Österreich, gemessen an seinen Einnahmen mit den Ausgaben für den Straßenbau, und zwar dadurch, daß es rund 4% seiner Budgetmittel für den Straßenbau ausgibt, an der Spitze von ganz Europa. Von den 6000 km Autobahnen, die mit 1. Jänner 1964 in den europäischen Staaten bestanden haben, befanden sich 272 km in Österreich, d. s. 4%, obwohl der Bevölkerungsanteil Österreichs an diesen Staaten nur 2,4% beträgt.

Lassen Sie mich bitte auch noch einige Bemerkungen machen zu dem, was der Kollege Loidl zur Situation am Bausektor zu sagen hatte. Er hat nicht mehr und nicht weniger erklärt, als daß die Bauarbeiter, ja überhaupt die Arbeitnehmer am größer gewordenen Kuchen in Österreich, an der Steigerung des Sozialproduktes mehr oder weniger keinen Anteil hätten. Es wurde gestern bereits erklärt, daß die Situation im Jahre 1965 in Österreich so ist, daß die Preise zwar bedauerlicherweise um rund 5% gestiegen sind, die Löhne aber um 9%. Sie sind also erfreulicherweise mehr gestiegen als die Preise. Seit dem Jahre 1958 sieht es so aus, daß in Österreich die Verbraucherpreise um 18,8% gestiegen sind, die Netto-Wochenverdienste jedoch um 46,4%.

Und konkret am Bausektor ist die Situation so, daß das Bauen seit dem Jahre 1962 um 19,5% teu-

rer geworden ist, daß in dieser Zeit jedoch die Bauarbeiterlöhne um 28,3% gestiegen sind. (Abg. Loidl: „Fragen Sie in Leibnitz, dort gibt es noch einen Stundenlohn von 10 Schilling!“) Es ist also durchaus nicht so, daß der Arbeitnehmer in Österreich an dem größer gewordenen Kuchen, an dem gestiegenen Sozialprodukt keinen Anteil hätte. Es ist sicher nicht erfreulich, Hohes Haus, daß die Hälfte des gestiegenen Realeinkommens wiederum aufgeht auf die Preiserhöhungen. Aber, Hohes Haus, die Situation ist ja so, daß man sagen muß, es ist eine Illusion, in Zeiten der Konjunktur vom Preisstopp zu reden. Das kommt nicht nur aus meinem Munde, das ist keine Behauptung unserer Fraktion, sondern diese Äußerung hat kein geringerer als der Gewerkschaftspräsident Benya vor der steirischen Vollversammlung des österreichischen Gewerkschaftsbundes getan. Und ich hoffe, daß auch Ihnen, verehrte Kollegen von der anderen Seite, zumindest das Wort des gegenwärtigen Gewerkschaftspräsidenten doch noch etwas zu sagen hat.

Ich möchte noch einmal erklären, wir freuen uns alle, daß auch der Arbeitnehmer am gestiegenen Sozialprodukt seinen Anteil hat und das führt sicher dazu, Herr Kollege Loidl, daß heute der Arbeitnehmer nicht nur 1 Buttersemmel essen kann, sondern sich Gott sei dank auch eine zweite und vielleicht auch eine dritte leisten kann. Es führt dies dazu, daß sich mancher Arbeitnehmer in Österreich erfreulicherweise auch ein Motorrad, mancher auch ein Auto leisten kann, daß viele Arbeitnehmer — sicher auch unter größtem persönlichen Fleiß — sich auch ein Eigenheim errichten konnten. Wir freuen uns also als Mandatare der Volkspartei, daß dieser Fortschritt für den Arbeitnehmer in Österreich unter der Führung der Österreichischen Volkspartei ermöglicht wurde. (Abg. Loidl: „Gehen Sie einmal mit zu Lohnverhandlungen!“) Wenn Sie mich einladen, komme ich gerne mit. Ich habe in meinem Bezirk sehr viel Kontakt mit den Arbeitnehmern, ich unterhalte mich über ihre Probleme und ihre Sorgen, und ich habe auch schon bei den Arbeitnehmern im Bezirk Voitsberg sehr viel Zustimmung gefunden.

Hohes Haus, aber nun also zurück zur Frage des Wassers, zur Frage also (Landesrat Bammer: „Jetzt haben Sie so schon genug Wasser gemacht!“), daß der Fortschritt ein Problem „Wasser“ gebracht hat: Ich möchte noch einmal sagen, daß man mit Erfolg bemüht ist, all den anderen Problemen der Zeit an den Leib zu rücken. Ich möchte aber sagen, daß es noch nicht zur Genüge bekannt ist, daß dieser Fortschritt auch ein Problem „Wasser“ gebracht hat, und deshalb ist es wohl notwendig, und vor allem auf Grund der Größe dieses Problems ist es notwendig, immer wieder bei jeder Gelegenheit mit aller Eindringlichkeit und mit allem Nachdruck auch in diesem Hause auf das Problem „Wasser“ hinzuweisen. Die Wurzeln, daß es zu dem Problem gekommen ist, sind in zwei Richtungen zu suchen. Als erstes sind sie darin zu suchen, daß die Menschheit nicht nur ständig zugenommen hat, sondern, daß auch der Wasserverbrauch pro Kopf und Tag ständig gestiegen ist. Hat es einmal eine Zeit gegeben, wo dieser Wasserverbrauch pro Kopf und Tag 30 bis 40 l betrug, so beträgt er heute 300 l

pro Kopf und Tag, in den Städten sogar 400 l. Fachleute erklären, daß sich der Wasserverbrauch schon in den nächsten 10 Jahren weiter verdoppeln wird. Die Stadt Graz beispielsweise benötigt zur Zeit 60 Millionen l Wasser täglich und bis zum Jahre 2000, hat man errechnet, wird sich dieser Verbrauch auf 150 Millionen l Wasser täglich steigern.

Hohes Haus! Innerhalb der Wasserverbraucher ist zweifellos der größte Konsument die Wirtschaft, die Industrie. Früher einmal hat das Wasser in der Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Es wurde höchstens benötigt als Antriebskraft für eine Mühle, für ein Sägewerk, vereinzelt auch für E-Werke. Heute aber ist das Wasser ein integrierender Bestandteil der Wirtschaft und der gesamten Industrie, und innerhalb der Industrien ist der größte Verbraucher von Wasser die Zelluloseindustrie. Beispielsweise, um die Situation der Papierindustrie auch von der Warte zu beleuchten, benötigt man für die Erzeugung von 1 kg Papier 1000 bis 2000 l Wasser (Landeshauptmann Krainer: „Ich bin dafür, daß wir zukünftig nun mehr auf Blech schreiben!“). Das käme vielleicht billiger, aber, Herr Landeshauptmann, auch für die Erzeugung von Stahl und Eisen benötigt man Wasser, und zwar für die Erzeugung von 1 kg Stahl 10 bis 20 l Wasser. (Zwischenruf: „— und beim Wein?“) Für Wein gibt es keine Statistik, aber für das Bier benötigt man für 1 l 5 l Wasser (Abg. Nigl: „Jetzt wissen wir erst, wieso das Bier so dünn ist!“ — Landesrat Bammmer: „Das muß das Dünnbier sein!“ — Abg. Zinkaneil: Jetzt wissen wir erst, was wir trinken!“ — Landesrat Bammmer: „Da brauchen sie vier Liter zum Flaschen waschen!“)

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Fachleute erklären aber, daß die Entwicklung hier noch lange nicht am Ende ist, und man hat errechnet, daß sich der Wasserverbrauch der Wirtschaft und der Industrie in den nächsten 20 Jahren dreifachen wird. Der größere Wasserverbrauch durch die Menschen, durch die Wirtschaft, durch die Industrien hat dazu geführt, daß das Wasser zu einem Problem des Fortschritts, zu einem Problem der Gegenwart und zu einem Problem der Zukunft wurde, erstens deshalb, weil trotz des erhöhten Verbrauches an Wasser das Wasser selbst nicht mehr geworden ist, und wir wissen, daß auf dieser Welt auf Grund des Wassermangels schon ganze Reiche zugrunde gegangen sind. Wir wissen weiter, daß weite Gebiete veröden. Das österreichische Alpenland ist hier noch eine erfreuliche Ausnahme. Aber wir wissen, daß sich auch in Österreich fortschreitend die Wasserknappheit bereits bemerkbar macht. Denken wir nur an die große Wassermisere in der Bundeshauptstadt Wien! Es ist weit und breit nicht gelungen, diese Stadt entsprechend mit Wasser zu versorgen. So mußte man in die Steiermark kommen und nun werden von den 7 Quellen im Mürztal 26 l Wasser täglich nach Wien transportiert. (Landesrat Sebastian: „Die trägt er mit einer Kanne hinaus, 26 l!“) Steirische Quellen müssen wieder einmal mithelfen, Hohes Haus, um die Wiener vor dem Verdursten zu retten. (Gelächter! — Landesrat Sebastian: „Mit den 26 l werden Sie nicht viel erreichen!“) 26 Millionen Li-

ter! In meinem Heimatbezirk Voitsberg werden gegenwärtig unter größten persönlichen Opfern Tausende Familien mit teilweise 20 km langen Wasserleitungen aus dem Oberland mit Wasser versorgt, und zwar deshalb, weil im Unterland ein reines Grundwasser nicht mehr vorhanden ist. Mit größten persönlichen Opfern deshalb — um hier ein Problem nur zu streifen —, weil es in den Landgemeinden durch die geringe Finanzkraft der Landgemeinden nicht möglich und auch nicht üblich ist, daß die Gemeinden die Wasserversorgung übernehmen. Wir wissen aber, daß Fachleute gegen die Quellsfassung Bedenken anmelden, weil die Gefahr einer Trockenlegung in diesem Gebiet besteht, wenn die allerletzten Quellen gefaßt werden.

Hohes Haus! Der große Wassermehrbedarf und das nicht mehr werdende Wasser, das ist das, was das Wasser zu einem Problem des Fortschritts macht. Noch viel größer aber als das Problem der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser ist die starke Verunreinigung, die katastrophale Verschmutzung unserer Gewässer, die mit dem Mehrbedarf an Wasser verbunden ist. Früher haben wir einmal sagen können, daß sich das Wasser, wenn es nur über einen Stein fließt, von selbst reinigt. Diese Zeit ist längst vorbei. Die größere Beanspruchung des Wassers durch Mensch und Wirtschaft, die große Verschmutzung, die damit verbunden ist, hat die Selbstreinigung des Wassers unmöglich gemacht. Man muß nämlich wissen, daß auch heute noch mehr als 80% aller Abwasser ungeklärt, ungereinigt und ohne Kanalisierung in die Flüsse, in die Bäche und in die Seen fließen. Das hat dazu geführt, daß unser steinischer Nationalfluß, die Mur, der einst zu den reinsten Gewässern zählte, heute der verschmutzteste Fluß von ganz Mitteleuropa ist. Eine weitere Untersuchung hat auch ergeben, daß sämtliche Flüsse, Seen und Bäche teilweise in ganz Mitteleuropa unter einer sehr, sehr großen Verschmutzung leiden. Hohes Haus! Nachdem diese ungeklärten und ungereinigten Abwässer vielfach direkt oder über die Flüsse bereits bis zum Grundwasserstand vorgedrungen sind, ist es so, daß viele Brunnen, die Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch reinstes Trinkwasser zur höchsten Zufriedenheit geliefert haben, bereits an der Grenze der Trinkbarkeit angelangt sind. Das Haushalten mit dem Wasser, die Verunreinigung unserer Gewässer, Hohes Haus, ist daher nicht schlechthin ein wirtschaftliches, ein soziales Anliegen unserer Zeit, sondern die Reinigung unserer Gewässer ist für die Erhaltung der Volksgesundheit das Gebot der Stunde. Die Regelung der Abwasserfrage ist eines der großen Anliegen unserer Zeit, eine Lebensfrage unserer Heimat. Und ich freue mich, auch hier ein positives Wort für die Steiermark sagen zu können. Ich möchte hier feststellen, daß gerade von der Steiermark in dieser Richtung beachtliche Initiativen ausgegangen sind. So hat auf Grund eines Antrages dieses Hauses sich der Bundes-Wasserwirtschaftsfonds beim Landwirtschaftsministerium sehr ausführlich mit der Situation der Abwasserwirtschaft beschäftigt und das Ergebnis war, daß uns im heurigen Jahr der dreifache Betrag aus dem Bundes-Wasserwirtschaftsfonds für die Abwasserwirtschaft zur Verfügung steht. Das Land Steier-

mark hat im Budget 1965 erstmalig 1 Million Schilling eingesetzt für die Müllabfuhr, also für die geordnete Abfuhr fester Stoffe. Die steirischen Vorschläge zur Abwasserwirtschaft, die vor allem unter Hofrat Schönbeck und Oberbaurat Tronko erarbeitet wurden, finden Beachtung — es ist nicht übertrieben, wenn ich das sage — auf der ganzen Welt. Sie werden vielfach verwendet als Unterlagen für Vorlesungen an Universitäten, ja sogar die UNO hat sich bereits für die konstruktiven steirischen Vorschläge zur Lösung der Abwasserwirtschaft interessiert.

Hohes Haus! Wenn es zu diesen steirischen Initiativen, wenn es zu den erhöhten Budget-Mitteln von Bund und Land noch gelingt, auch der Bevölkerung klar zu machen, welche große Bedeutung für sie die Reinheit der Gewässer hat, wenn es gelingt, ihr zu sagen, wie das ein Sprichwort ausdrückt, daß es in dieser Frage schon später ist als wir denken, wenn es gelingt, Hohes Haus, daß wir erreichen, daß Treibstoffabfälle nicht mehr unkontrolliert einfach in die Flüsse und Bäche fließen, daß auch andere Chemikalien aus den Abwässern abgesondert werden, wenn wir also alle zusammenhelfen, dann wird es noch möglich sein zu erreichen, daß das Wasser in der Sonne des Fortschrittes nicht den Schatten bilden muß, sondern daß das Wasser, diese einmalige Gabe der Natur, zur Grundlage wird für den Fortschritt unserer Zeit, zur Grundlage für ein schöneres, besseres und gesünderes Leben in unserem Heimatlande. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Landesrat Peltzmann hat das Wort.

Landesrat **Peltzmann:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Ausführungen vom Montag zu dem Problem „Preise“, mit dem ich die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge erklären wollte, wurden bewußt oder unbewußt von einem Teil der Presse mißverstanden oder verzerrt wiedergegeben. (Abg. Leitner: „Aber nicht von mir!“)

Wenn heute gesagt wurde, daß die Statistiken und deren Erhebungen eben nicht für den einzelnen Menschen zutreffen, so ist das selbstverständlich richtig. Eine Statistik kann nie die Probleme und das Schicksal eines Einzelnen aufzeigen, der allein wirtschaftet. Vom Herrn Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft wurden einige Zahlen gebracht als Beispiel dafür, wie schlecht es ihnen geht. Wir wollen, daß es allen gut geht, das ist selbstverständlich. Die Zeit ist vorüber, in der ein Stand auf Kosten eines anderen Standes besser leben kann. Wenn Sie die Sägearbeiter erwähnt haben, haben Sie dabei teilweise recht. Die Gewerkschaft bildet unter sich, wie wir alle wissen, eine Solidarität. Auch die Sägearbeiter müssen da an die große Gewerkschaft appellieren. Wir wissen genau, daß die Sägearbeiter, die kleine Gruppe (es sind dies im ganzen 550 Facharbeiter) heute einen Durchschnittslohn von 13,12 S haben und 912 ungelernete Arbeiter einen Stundenlohn von 12,28 S. Das sind die amtlichen Erhebungen.

Zur Statistik ist ein sehr gutes Werk herausgekommen von der Kammer für Arbeiter und Ange-

stellte in Wien. Dort wird festgestellt, daß z. B. die Bauarbeiter durchschnittlich pro Woche in Schilling ohne Urlaubszuschuß, Kindergeld, Überstundenentschädigung, Wohnungsgeld sowie sonstige Zuwendungen im Jahre 1955 447.— S verdienten, 1964: 852.— S und ab 1. Jänner 1965 haben wir noch eine 13⁰/₁₀ige Lohnerhöhung bei den Bauarbeitern. Es verdient der Bauarbeiter auch seinen gerechten Lohn. Das sage ich als Metallarbeiter. Ich würde auch mit doppeltem Bezug auf keine Baustelle gehen, weil das ein hartes Brot ist, das diese Arbeiter verdienen, jeder Witterungsunbill und jeder Saisonschwankung ausgesetzt. Nun, das sagt ja auch der Herr Sekretär für die Bauarbeiter in einem Beitrag in dem Heft „Der Unternehmer“. Er führt dort folgendes aus: „Tausende Akkordvereinbarungen, d. h. Festsetzungen des Preises für den Fleiß, werden laufend von größeren oder kleineren Arbeiter-Gruppen geschlossen.“ Er sagt auch weiter aus: „Eine Zwangslage des einen wird vom anderen weidlich ausgenützt.“ Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Nun zu den Preisen selbst, meine Damen und Herren: Daß der Verbraucherpreis 1965 wesentlich gestiegen ist, habe ich weder geleugnet noch in Abrede gestellt. Er ist im Durchschnitt gegen voriges Jahr voraussichtlich um 4,8% höher. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Götz: „Herr Kollege, nach welchem Index?“) Ich habe den Index I und II hier, und diese Zahlen sind aus dem Index II errechnet. Bitte, voraussichtlich 4,8%, denn die Endziffern für 1965 haben wir noch nicht ganz hier. Besonders stark war die Preissteigerung im Frühsommer, und hier vor allem im Juni. In diesem Monat waren die Preise der im Verbrauchsindex enthaltenen Güter um 8% höher als im Juni 1964. Seither hat sich die Bewegung beruhigt, zurückgebildet und ist in den letzten Monaten des Jahres ein Abstand von mehr als 4% zu erwarten, also mit 4,8% im Jahresdurchschnitt. Dementsprechend ist der Index von seinem Höchststand von 13,3 im Juni auf 12,45 im Oktober gefallen. Und für November und Dezember sind besonders am Lebensmittelsektor keine nennenswert höheren Ziffern zu erwarten.

Meine Damen und Herren! Worauf ist nun diese Preisbewegung zurückzuführen? Zunächst müssen wir einmal feststellen, daß es sich dabei um keine österreichische Spezialität handelt. Auch in Deutschland und ebenso in der Schweiz erwartet man nach dem bisherigen Ergebnis im Durchschnitt des heurigen Jahres Preissteigerungen von rund 4%. Und dort, ebenso wie bei uns, liegt das Schwergewicht auf dem Nahrungsmittelsektor. Auch die Gründe sind dieselben. Selbst diese Länder, die unter den Katastrophen des heurigen Sommers direkt weniger zu leiden hatten als wir in Österreich, spüren die Auswirkung dadurch, daß die Preise für Nahrungsmittel, vor allem für Obst und Gemüse stärker angestiegen sind, ganz abgesehen von der geringeren Inlandsaufbringung dieser Nahrungsmittel.

Im heurigen Jahr mußten wir in Österreich z. B. bisher an importierten Nahrungsmitteln im Monat durchschnittlich 590 Millionen Schilling aufwenden gegenüber 455 Millionen Schilling im Vorjahr, wobei es nicht einmal gelungen ist, um diesen Preis

mehr Nahrungsmittel aus dem Ausland hereinzubringen. Ganz im Gegenteil, 1964 kostete die durchschnittliche Tonne importierter Nahrungsmittel 3700 S, in diesem Jahr fast 5000 S. Da nicht anzunehmen ist, daß heuer die Zusammensetzung der importierten Nahrungsmittel eine wesentlich andere war als in den Vorjahren, läßt dies nur den Schluß zu, daß die Preise für die bei uns benötigten Erzeugnisse im Ausland um fast ein Drittel gestiegen sind. Daneben haben sich noch einige andere Umstände auf die Preise ungünstig ausgewirkt, ein Punkt z. B., daß gewisse amtlich geregelte Preise erhöht werden mußten. Das Innenministerium mußte auf Grund der schon jahrelang vorliegenden Kalkulationen einer Erhöhung der Brotpreise zustimmen, und auch die Preise für Milch und Milchprodukte und Tabakwaren wurden erhöht. Auch beim Fleisch hält ein steigender Trend an. Allein im Fleischhauergewerbe gab es heuer wieder eine Lohnerhöhung um 13%. Wir können nicht sagen, daß sich das überhaupt nicht auswirkt, das wäre, glaube ich, nicht zu vertreten. Dieser Trend hat auch zur Erhöhung der Verbraucherpreise geführt. Z. B. im September 1965 im Vergleich zum Vorjahr hat das im Index zu einer Erhöhung von $\frac{1}{2}\%$ geführt gegenüber $1\frac{1}{3}$ für die Preissteigerung von Tabakwaren und teuren Saisonprodukten. Gegenüber dieser Preissteigerung fallen Preissteigerungen auf dem gewerblichen und industriellen Sektor viel weniger ins Gewicht. Sie werden im Jahresdurchschnitt, wie gesagt, von dieser 4,8%-Steigerung nicht einmal 1% ausmachen. Die verschärfte Konkurrenz läßt es nur in den seltensten Fällen zu, die Lohnerhöhungen auf die Preise zur Gänze zu überwälzen. Aber auch heuer sind die Masseneinkommen, und zwar nicht nur bei den arbeitenden Menschen, sondern auch bei den Rentnern und Pensionisten — Gott sei Dank, müssen wir sagen — gestiegen. Wäre das nicht der Fall, dann wäre diese Preiserhöhung eine echte Katastrophe. Das ist sehr erfreulich, weil man feststellen kann, daß es trotz dieser Mißgunst des Wetters, trotz der Hochwasser den Menschen in unserem Lande nicht schlechter geht als vor einem Jahr. Auf lange Sicht gesehen, müssen wir allerdings feststellen, daß eine solche Steigerung der Einkommen, wenn ihr nicht auch ein höherer Güterausstoß im mindestens gleichen Verhältnis entgegengebracht wird, ganz wesentlich zur Geldverschlechterung, zur Währungsverdünnung führen muß. In diesem Zusammenhang sagte ich auch, daß der Haushalt eines Staates und eines Landes hier seinen Einfluß geltend macht. Durch die steigenden Masseneinkommen steigen auch selbstverständlich die Steuern, und auch das kann ich Ihnen nachweisen durch die vielgeschmähte Statistik. Die direkten Steuern, z. B. die Gewerbesteuer von 1954 betrug 1629 Millionen Schilling und 1964 3978 Millionen Schilling, und die Bruttoeinnahmen aus den Bundesabgaben betragen 1954 17.498 Millionen Schilling und 1964 48.627 Millionen Schilling. Die Rationalisierungsmaßnahmen, Maßnahmen des Nicht-Gegeneinander, sondern Miteinander der einzelnen Sozialpartner, nur dieses Gemeinsame wird es verhüten, daß uns hier die Preise davonlaufen und unsere Währung die Stabilität erhält oder behält, die wir brauchen, um unserer

Volkswirtschaft — und alle, die wir hier sitzen, meine Damen und Herren, gehören irgendwie in das Glied der Volkswirtschaft — die Basis nicht zu entziehen, die uns eine Aussicht gibt auf eine Erhaltung und auf eine Besserstellung unseres Lebensstandards. (Beifall bei der OVP.)

1. Präsident **Dr. Kaan**: Ich erteile Herrn Abgeordneten **Ileschitz** das Wort.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben Probleme aufgeworfen, die mich verlocken, zu diesen Problemen als Gewerkschafter Stellung zu nehmen. Allerdings müßte ich mich dann von der bisher geübten Disziplin weit entfernen, denn die Behandlung dieser Probleme würde auch die entsprechende Zeit erfordern, um sie auch zu entkräften, soweit sie hier, vielleicht bewußt oder unbewußt, in einer Form behandelt wurden, die nicht ganz den Tatsachen entspricht. (Abg. Pölzl: „Aber, aber!“) Herr Abg. Pölzl, Ihr Einwurf heute bei den Ausführungen des Kollegen Loidl „Na, die Pfuscher, die Bauarbeiter“ ist unangebracht. Sie sind ja Vertreter einer Organisation, die sehr wohl darauf achten könnte, daß das Pfuscherunwesen auf ein Minimum eingeschränkt wird, denn nicht der Arbeiter allein pfuscht von sich aus, sondern die Baufirmen als solche reißen sich um die Pfuscher und bieten ihnen für die Pfuscherarbeit Löhne, die sie im normalen Dienst- und Arbeitsverhältnis nie erreichen könnten. (Abg. Dr. Pittermann: „Da lügt die Arbeiterkammer in ihren Statistiken!“) Aber, schauen Sie, Herr Dr. Pittermann, wir sind doch bei vielen Verhandlungen dabei und wissen, wie man die Arbeitskräfte sucht und wissen, wie sie von einem Unternehmer dem anderen abgeworben werden, auch zum Pfuschen. (Landesrat Peltzmann: „Das ist ein Mangel der Statistik.“) Zum Pfuschartum, meine Herren, daß so und so viele Pfuscher von Baufirmen Firmentafeln bekommen, damit sie gedeckt sind. Sie werden nicht gestohlen, sondern von den Unternehmern den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt, damit sie pfuschen können. Das sind Tatsachen, die nicht weggeleugnet werden können.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe schon gesagt, wenn wir zu all diesen Problemen Stellung nehmen wollten, müßte man viel, viel mehr Zeit haben, und die steht uns leider nicht zur Verfügung. Wenn Herr Landesrat Peltzmann — und da gehe ich nur mehr auf etwas ein, um auch bei der Statistik zu bleiben — vorhin erklärt hat, daß auch das Fleisch teurer geworden ist, ist das für uns alle eine Tatsache, die wir hinnehmen müssen. Aber eines stimmt nicht, Herr Landesrat, daß der Fleischhauer erst dann seinen Preis erhöht, wenn die bei ihm Beschäftigten eine Lohnerhöhung von 13 Prozent erhalten haben. Wenn diese Arbeitnehmer durch zwei oder zweieinhalb Jahre keine Lohnerhöhung erhalten haben und die Fleischpreise aber in den letzten 2 bis $2\frac{1}{2}$ Jahren gewaltig gestiegen sind, dann geht die Rechnung nicht auf mit der Behauptung, weil die Fleischhauer, die Arbeiter also, beim Meister mehr Lohn gefordert haben, sind die Fleischpreise höher geworden, sondern der

Fleischpreis ist durch verschiedene Umstände eben schon vorher gewaltig hinaufgegangen (Landesrat Wegart: „Es gibt nicht nur Auftriebendenzen, die von Lohnerhöhungen ausgehen!“), und dann sind die Arbeiter im nachhinein mit ihrer Lohnforderung gekommen. (Landeshauptmann Krainer: „Du bist schuld und ich bin schuld, alle sind schuld!“ — Gelächter!) Alle sind schuld. Die Diskussion wäre recht interessant, und wir könnten uns da wirklich viele Stunden in den Haaren liegen. Es geschieht am Verhandlungstisch, wo es um Lohnforderungen geht. Dabei kommen wir drauf, wenn man sachlich, wohlfundiert verhandelt, wo das größere Ausmaß an Schuld liegt? Darüber möchte ich jetzt nicht sprechen. Es würde dann zu weiteren Auseinandersetzungen führen, die wahrscheinlich endlos in diesem Hause würden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber doch zu einem anderen Problem in aller Kürze Stellung nehmen, und zwar zum Kapitel Gruppe 6 Straßen, Landesstraßen und Bundesstraßen. Der Herr Landeshauptmann Krainer ist scheinbar hinausgegangen. (Abg. Scheer: „Weil er schuld ist, jetzt schämt er sich!“) Gerade an ihn hätte ich verschiedene Worte zu richten gehabt. Es handelt sich um ein ernstes Problem, das wirklich einmal seine Bereinigung finden muß. Die Bundesstraße Bruck—Graz mit dem Abschnitt Peggau habe ich schon seit dem Jahre 1962 immer wieder in die Diskussion geworfen, und zwar deshalb, weil die Firma Mayr-Melnhof — reden wir ganz offen, wie die Dinge liegen — seit Jahren es zu verhindern versteht, behördliche Aufträge auch durchzuführen bzw. Auflagen, die ihr erteilt werden, einfach negiert. Die Straße wurde im Oktober zum ersten Mal auf dem Abschnitt durch das Werksgelände Mayr-Melnhof grundiert, von der Bundesstraßenverwaltung. Die Bundesstraßenverwaltung hat also scheinbar den Kampf aufgegeben, daß zuerst die Firma Mayr-Melnhof das Werksgelände saniert, asphaltiert oder von mir aus in irgendeiner anderen Form mit einem staubfreien Belag versieht, um dann die Bundesstraße herzurichten. Es ist der umgekehrte Weg gegangen worden. Die Straße wird grundiert, der Dreck schwimmt auf dieser Straße bei Regenwetter, daß es nicht höher geht, weil links und rechts usw. auf dem Werksgelände wie bei keinem anderen Unternehmen Österreichs der Dreck herausgeführt und hingeschmiert wird.

Mir ist es unbegreiflich, daß sich ein solches Unternehmen — es gibt größere, denen Auflagen erteilt wurden und die auch diesen Auflagen nachgekommen sind, und ich verweise hier besonders auf die Firma Vogl und Noot, die auch zu beiden Teilen der Bundesstraße das Werksgelände hat, dieses Werksgelände sauber gemacht hat (Landeshauptmann Krainer: „Die erzeugen aber auch keinen Zement!“), ich verweise auf die Alpine in Donawitz, die auch die Straße nach Trofaiach in Ordnung gebracht hat und darüber hinaus das Werksgelände in Ordnung bringen mußte — mir ist es, wie gesagt, unbegreiflich, daß ein Unternehmen wie Mayr-Melnhof, an einer der meist frequentierten Straßen Österreichs liegend, es sich erlauben kann, daß die Straße dort ununterbrochen, Tag und Nacht, verschmutzt wird. Bis zur Achse sinken in Tauwetter-

zeiten die Lastkraftwagen ein und bringen den ganzen Dreck auf die Straße. Genau das gleiche ist es auch mit der Entstaubungsanlage. Die Bewohnerschaft der Gemeinde Peggau lebt in einem Gebiet, in dem nichts Grünes mehr richtig wachsen kann, weil sich der Niederschlag aus der Zementfabrik dort so festsetzt. Angeblich soll eine Entstaubungsanlage eingebaut worden sein, zumindest aber funktioniert sie nicht richtig, wenn das geschehen sein sollte. Auch hier als Gegenstück die Österreichische Alpine-Montan-Gesellschaft in Donawitz. Sie mußte unter einem ungeheuren Aufwand in ihr LD-Stahlwerk eine Entstaubungsanlage einbauen. (Landesrat Peitzmann: „Die funktioniert auch nicht immer!“) Sie funktioniert nur dann nicht, wenn sie gerade gereinigt wird, und das dauert immer einige Tage. Aber die meiste Zeit des Jahres funktioniert diese Anlage sehr wohl.

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu etwas anderem, wenn ich schon dabei bin. Wir haben einen Resolutionsantrag eingebracht, und zwar handelt es sich dabei um das Straßenstück von Hautzendorf—Unterpremstätten zur großen Straßenkreuzung in Richtung Lieboch—Lannach—Graz und Kalsdorf. Die Bundesstraße über den Tobelbader Berg ist im Winter sehr, sehr oft lebensgefährlich durch Vereisung. Ich selbst habe schon gesehen, daß die Gendarmerie die Straße sperrte, daß z. B. ein Unimog der Landesbauernkammer den Versuch unternommen hat, trotz Allradantrieb usw. dort hinunterzufahren, und der Wagen ist hinuntergeschlittert über die Böschung und war kaputt. Nun gibt es eine Möglichkeit, diesem gefährlichen und so stark frequentierten Straßenstück auszuweichen, wenn man die Straße von diesem Straßenkreuzungspunkt nach Unterpremstätten-Hautzendorf sanieren, ausbauen und asphaltieren würde. Es wäre damit der gesamte Tobelbader Berg umfahren und eine große Anzahl von Kraftfahrzeugen, die oft stundenlang dort oben am Tobelbader Berg stehen muß und nicht weiter fahren kann, könnte diese gefahrlose Straße benutzen. Ich stelle also hier das Ersuchen an den Herrn Landeshauptmann, das Straßenstück von diesem großen Knotenpunkt nach Unterpremstätten auf raschestem Wege auszubauen und zu sanieren, weil dieses Straßenstück auch eine wichtige Entlastung für die vor allem an Sonn- und Feiertagen so stark frequentierte Tobelbader Straße nach Graz bedeuten würde.

Als Letztes, Herr Landeshauptmann, auch schon seit Jahren erbeten, dringendst erbeten im Namen vieler hunderter Pendler, die täglich nach Graz fahren müssen, bzw. auch im Namen der vielen Ausflügler, das ist, daß die Straße Steinberg—Rohrbach—Hitzendorf dann einen Ring schließen würde, wenn auch sie einem entsprechenden Ausbau zugeführt werden würde. Ich hoffe doch, daß sie die bescheidenen Mittel für dieses kleine Straßenstück im Bezirk Graz-Umgebung aufbringen werden. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist nicht bescheiden, das sind 12 Millionen!“) Herr Landeshauptmann, der Bezirk Graz-Umgebung ist in den letzten Jahren in Bezug auf den Straßenbau usw. abgesehen von einigen Frostschaden-Sanierungen, sehr stiefmütterlich behandelt worden. Ich ersuche also, auch diesen

Bezirk Graz-Umgebung nicht zu vergessen. (Landeshauptmann Krainer: Der Rechberg ist der teuerste!) (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Klobasa. Ich erteile es ihm.

Abg. Klobasa: Hohes Haus! Der Zustand unseres Bundesstraßen-Netzes und noch mehr der der Landstraßen entspricht trotz aller Anstrengungen und Fortschritte in den letzten Jahren nicht den Anforderungen des modernen Verkehrs. Der Bund nimmt Milliarden Schilling jährlich aus der Kraftfahrzeugwirtschaft an Steuern ein, gibt aber nicht in demselben Maße die Beträge für den Straßenbau wieder aus. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist un wahr, das stimmt nicht!“) Das erklären Fachleute der Österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen. Dies ist aber auch in anderen Ländern so, z. B. in West-Deutschland, in Frankreich, in Italien und in der Schweiz. In Österreich sind von rund 9500 km Bundesstraßen 1000 km noch nicht staubfrei und andere 1000 km frostgefährdet. Der Ausbau der Autobahnen wird nach gegenwärtigen Berechnungen rund 20 Milliarden Schilling kosten und eine Bauzeit von 18 bis 20 Jahren in Anspruch nehmen. Das Land Steiermark darf den traurigen Rekord für sich in Anspruch nehmen, die meisten Verkehrsunfälle auf den Straßen registrieren zu müssen. Aus dem Bericht einer Tageszeitung entnehme ich, daß das Kuratorium für Verkehrssicherheit das steirische Straßennetz etwas genauer unter die Lupe genommen hat, worauf konstruktive Vorschläge unterbreitet wurden. Trotzdem werden meines Erachtens noch immer nicht alle Straßenfallen restlos beseitigt. Ich weiß, daß der Wille allein hier nicht maßgebend ist, sondern daß auch eine entsprechende Stange Geld dazugehört.

Wenn ich an die gegenwärtig durchgeführten Straßenbauten in meinem Bezirk, also im Bezirk Feldbach, denke, so muß ich als Nichtfachmann feststellen, daß z. B. in einem Fall kostspielig gebaut wird, daß man aber in einem anderen Fall bezüglich der Straßensanierung, das heißt Begradigung und Umfahrung nicht viel weiter gekommen ist. Die Folge davon war ein schwerer Verkehrsunfall noch während der Bauzeit, bzw. in den letzten Tagen noch ein Erdbeben, bei dem wie durch ein Wunder eine Katastrophe ausblieb. Ich meine im ersten Fall den Bau der Straße 66 durch die Klausen nach Bad Gleichenberg und im zweiten Fall den Ausbau der Bundesstraße 50 von Feldbach nach Fehring. Hat man im ersten Fall großzügig geplant und scheute nicht riesige Erdbewegungen, so war man im zweiten Fall kleinlich. Man fand scheinbar keine neue Trasse, obwohl in keiner Weise ein Hindernis, ausgenommen die Grundablöse, vorhanden gewesen wäre. Hier wurde meines Erachtens eine Straße ausgebaut, die vor 300 Jahren die Türken und Jahrhunderte vorher die Magyaren und Hunnen als Karrenweg für gut befunden haben mögen.

Ich glaube nicht, daß die neu ausgebaute Straße von Feldbach nach Fehring die Unfallsziffer vermindern helfen wird, eher wird das Gegenteil durch Verleiten zum Schnellfahren eintreten.

In der Budget-Debatte 1961 wurde vom damaligen Referenten für das Straßenwesen, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Udier, geantwortet, daß früher, weil nicht verkehrstechnisch richtig gebaut wurde, eben mehr mit Wasser gekocht wurde als heute. Hohes Haus! Mehrere Jahre spricht man schon vom Bau der Umfahrungsstraße der Stadt Feldbach. Soweit ich informiert bin, wurden bisher drei Trassenführungen um die Stadt genannt und man ist jetzt bei einer voraussichtlich endgültigen angelangt. Auch hier wäre angebracht, daß man die betroffenen Grundbesitzer rechtzeitig auf den kommenden Straßenbau aufmerksam machen würde. Nach den vorliegenden Plänen wird die Straße nördlich der Stadt Feldbach gebaut werden. Und gerade dort bemühen sich viele Arbeiter und Angestellte um ein Grundstück zum Bau eines Eigenheimes. Es wäre daher angebracht, endgültig die Trassen festzulegen und den Betroffenen eine Mitteilung zukommen zu lassen, um Mehrkosten und späteren Ärger auszuschalten. Abschließend möchte ich, meine Damen und Herren, den Antrag zwecks Bau der Murbrücke in Radkersburg in Erinnerung bringen. Die Lösung dieser Frage mit Jugoslawien wird sicher dem Fremdenverkehr der Südsteiermark einen gewaltigen Auftrieb geben, und wir Abgeordnete dieses Hohen Hauses wünschen, daß alle Teile der Steiermark in gleicher Weise am Aufbau und Ausbau unseres schönen Heimatlandes teilhaben können. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Herr Abgeordneter Maunz ist am Wort.

Abg. Maunz: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich in der Gruppe 6 kurz zum Problem der Präbichl-Straße Stellung nehme. Der Ausbau der Präbichl-Straße ist ein echtes wirtschaftliches Bedürfnis und Anliegen der Bevölkerung von Eisenerz, schon wegen des Erzberges. Darüber hinaus haben natürlich die Anrainergemeinden und deren Menschen ein ebenso brennendes Interesse, daß dieses Straßenstück entschärft wird. Durch diese Entschärfung würde das Befahren des Präbichl im Sommer wesentlich erleichtert, aber besonders im Winter eine ganz erhebliche und entscheidende Verbesserung bedeuten, sicherlich auch Nachwirkungen positiver Natur auf den alpinen Fremdenverkehr haben. Der zum Stillstand gekommene Ausbau hat seine Ursache nicht nur in Finanzierungsschwierigkeiten, sondern auch in Schwierigkeiten geologischer Natur. Die Gesteinsart, -zusammensetzung und -schichtung auf der geplanten Trassenführung hat notwendige Stützungen kostspieliger Art vorausgesetzt. Aus diesem Grunde hat man geänderte Trassenführungen in Erwägung ziehen müssen. Bei der Landesbaudirektion sind derzeit zwei neue Projekte in Prüfung und Ausarbeitung. Eines dieser Projekte würde mit Einbeziehung der vorhandenen Notstraße eine Verkürzung der Ausbaustrecke bedeuten, aber auch eine wesentliche Verbilligung von etwa 30 Millionen Schilling zur Folge haben. Darüber hinaus steht auch fest, daß die Möglichkeit der Benützung der Erzberg-Straße zur Debatte steht, wobei die Interessen der Alpine hinsichtlich ihrer notwendigen Sturzmöglichkeiten berücksichtigt werden müssen. Ich möchte daher die

Feststellung treffen, daß wir obersteirische Abgeordnete der ÖVP, und ich lade die Herren Abgeordneten vom anderen Couleur herzlich dazu ein, daß wir uns diesbezüglich für den weiteren Ausbau der Prähichl-Nordrampe einsetzen (Abg. Dipl.-Ing. Juvancic: „Da sitzen Sie im Beiwagen!“ — Abg. Leitner: „Der Herr Landeshauptmann soll sein Versprechen einlösen!“)

Zusätzlich noch ein Sonderanliegen: Die sogenannte Eisen-Bundesstraße, die Verbindungsstraße von Leoben nach Vordernberg im Anschluß an die Südrampe des Prähichl, ist im Frühjahr durch die auftretenden Frostschäden in einem sehr desolaten Zustand, nicht nur, daß der wirtschaftliche Verkehr in dieser Richtung sehr bedeutend ist, sind auch eine große Anzahl von Schichtarbeitern auf ihren Mopeds, Motorrädern und in ihren Autos unterwegs, die sich auf dieser Straße in einer eminenten Gefahr befinden. Ich möchte Sie hier auffordern, diese Straße ehebaldigst einer Sanierung zuzuführen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Am Wort ist Herr Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz.

Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich auf einige Bemerkungen meiner Vordröner in aller gebotenen Kürze eingehe. Es hat mich gefreut, aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Klobasa in der Frage der Unfallpunkte und der Studie, die vom KfV ausgearbeitet wurde, eine Bestätigung zu erfahren. Ich verstehe nur nicht ganz, warum dann ein diesbezüglicher Resolutionsantrag im Finanz-Ausschuß keine Unterstützung gefunden hat. Eine Reihe von Wortmeldungen wurden eigentlich durch das Problem hervorgerufen, das der Herr Abgeordnete Loidl im Zusammenhang mit der Statistik aufgezeigt hat. Und ich möchte hier in einem Punkt in der wesentlichen Betrachtung doch dem Herrn Abgeordneten Loidl zustimmen, und zwar in der Auffassung, daß die Statistik — und hier darf ich auf die Worte, die gestern abends noch der Herr Abgeordnete Dr. Moser im Zusammenhang mit der Zunahme einiger „Damen“ im Bereiche der Wiener Innenstadt ausgesprochen hat, hinweisen — daß unter diesen „Beruf“ auch die Statistik zu subsumieren wäre, weil man mit ihr alles beweisen oder alles widerlegen kann. Und wenn heute Herr Landesrat Peltzmann etwa seine Preis-Lohn-Statistik herausgezogen hat, so möchte ich sagen, ich möchte die Hausfrau kennenlernen, die sich solange erläutern läßt, daß sie eigentlich billiger einkauft oder mehr mit ihrem Geld machen kann. (Landeshauptmann Krainer: „Das hat er nicht gesagt!“) Das hat er nicht gesagt, aber gemeint, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Krainer: „Nein, nein!“ — Abg. Nigl: „Aber Herr Abg. Dr. Götz, phantasieren Sie doch nicht!“) Wenn auf der anderen Seite bei den Dingen, die sehr einfach und sehr klar wirksam sind, nämlich bei den Kartoffeln, beim Speiseöl, bei den Teigwaren oder bei der Ovomaltine für die Kinder, die bekannten Preiserhöhungen vorliegen, die die einzelne Hausfrau spürt, dann kann man ihr hundertmal sagen, daß dieser Preisindex sich nur verschoben habe. Ich möchte damit etwas anderes sagen; nicht nur daß die Realität anders

aussieht als die abgedruckte Ziffer der Statistik, ich möchte auch davor warnen, eine gewisse Selbstge rechtigkeit, Selbstgefälligkeit mit den Ziffern der Statistik treiben zu wollen. Eine Selbstgefälligkeit etwa in der Summe, in der Globalsumme von 604 Millionen Schilling auf dem Wohnbausektor, eine Selbstgefälligkeit in der Frage, daß nun das Land Steiermark auf dem Straßensektor das und jenes aufgewendet hat. Erstens, meine Damen und Herren, das wurde schon mehrmals in diesem Hause gesagt, ist es ja doch so, daß es sich hier um eine möglichst gute und möglichst zu verantwortende Verteilung von Steuermitteln handelt und daher jede Selbstgefälligkeit von vornherein fehl am Platz ist. Die Mittel für den Straßenbau sind ebenso für diesen Straßenbau aufzuwenden, wie es die Wohnbaumittel für den Wohnbau sind. Da braucht sich gar niemand nun besonders freuen, daß so und sovieler Mittel tatsächlich aufgewendet worden sind, (Abg. Neumann: „Wir freuen uns trotzdem!“) im Gegenteil, man muß sich die Frage stellen (Landesrat Peltzmann: „Von einer Selbstgefälligkeit spricht ja niemand, wir können sagen, das haben wir gemeinsam erreicht!“) Gut, dann sind wir schon etwa in derselben Linie. (Landesrat Peltzmann: „Sie schließen sich von der Gemeinsamkeit aus, wenn es Ihnen paßt und dann kommen Sie wieder dazu!“) Es ist, Herr Landesrat, eine Art der Selbstgefälligkeit, wenn hier aufgezählt wird, so und soviel für die Zwecke. Ja, meine Damen und Herren, das ist klar bei dem Budget, das wir haben. Aber das ist ja noch immer kein Grund, die Dinge in dieser Form herauszubringen. Denn in Wirklichkeit ist das Wohnbauproblem ebensowenig wie das Straßenbauproblem in den Ziffern und Zahlen zu erfassen. Das gleiche gilt für die Bereiche der Wildbachverbauung. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist eine interessante Philosophie!“) Ich komme gleich darauf zu reden, Herr Landeshauptmann, wenn Sie noch ein Stücklein Zeit haben. Die Frage der Wildbachverbauung, die Frage der Katastrophenhilfe: Sie haben — weil Sie gerade einen Zwischenruf getätigt haben — in der Fragestunde vom 19. Oktober auf unsere Anfrage hin, ob Sie bereit sind, die Katastrophen des Jahres 1965, die Hochwasserkatastrophen mit einem Hochwasserkatastrophen-Entschädigungsgesetz in geordnete und richtige Bahnen zu bringen — und ich habe damals ausdrücklich gesagt, daß das nicht nur eine Frage der Summe ist, sondern eine Frage, ob der einzelne Betroffene einen Rechtsanspruch hat oder nicht — diese Frage ausdrücklich mit einem Nein beantwortet. (Landeshauptmann Krainer: Und ich bleibe bei diesem Nein, Herr Kollege, Sie können herumstieren, wie Sie wollen, und Sie können Behauptungen aufstellen, wie Sie wollen, ich bleibe dabei!“) Und ich bleibe dabei, es zu bedauern, denn es hat sich bereits am 29. 11. herausgestellt (Landeshauptmann Krainer: „Völlig verzerrt! Vieles davon ist erlogen, das wurde in der Zwischenzeit bereits amtlich festgestellt!“) Das wollen wir einmal abwarten. Ich bin davon überzeugt, daß es eine Reihe von Fällen gibt, wo sich herausstellen wird, wie auch bei anderen Entschädigungen zwangsläufig herausstellen wird, daß bei Mangel eines Rechtsanspruches es eben zu Unzulänglichkeiten auf allen Gebieten kommen wird. (Landeshaupt-

mann Krainer: „Das ist graueste Theorie!“ — Abg. Dr. Rainer: „Ohne Geld gibt es keine gesetzlichen Regelungen!“) Wenn zehn Leute im gleichen Ausmaß betroffen sind, erwarten diese zehn Leute, daß sie im gleichen Ausmaß entschädigt werden. (Abg. Dr. Rainer: „Das geschieht ja auch!“) Herr Abgeordneter, eben nicht. Denn wenn das geschehen würde, dann gäbe es ja nicht so und so viele Fälle, die mit Recht erklären, bei gleichem Schaden, bei gleicher Grundgröße sehr unterschiedlich entschädigt worden zu sein. Das ist eine Tatsache, die ja über den Kreis dieses Landtages hinausgeht. (Abg. Dr. Rainer: „Es gibt ja bei gesetzlichen Regelungen auch Unzufriedene!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Abgeordneter, sind Sie mir nicht böse, man kann nicht als Vorbild etwa jenes Bundesgesetz nehmen, das mein Kollege Scheer zitiert hat, wo also dann die Punkte und Beistriche in Form einer Novellierung erneuert werden. Es gibt ja auch Gesetze, wenn wohl nicht praktisch, so doch theoretisch, die den tatsächlichen Bedürfnissen weit näher kommen, als es viele Gesetze tatsächlich tun. Das zur Frage der Entschädigung. Ich möchte aber dennoch feststellen, um also nicht nur in der Kritik zu bleiben, daß es mich freut, daß in dieser Frage zumindest ein Resolutionsantrag Annahme gefunden hat, wobei man nur hoffen kann, daß dieser Resolutionsantrag, der sich mit der Frage der Wildbachverbauung beschäftigt, mehr wird als nur ein Blatt Papier.

Im Zusammenhang mit dem Straßenbau — wie überhaupt im gesamten Bauwesen, — wurde die Frage aufgeworfen, wie es denn möglich sei, die wirtschaftlich größten Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch die Winter-Arbeitslosigkeit, aber auch noch durch andere Impulse in der Bauwirtschaft bedingt werden. Wenn ich diese „anderen Impulse“ etwa von Seiten der öffentlichen Hand her beleuchte, die ja sicherlich ein maßgeblicher Auftraggeber der Bauwirtschaft ist, dann muß ich sagen, daß sich die Unzulänglichkeiten des jährlichen Budgetierens, ja zu Teil der Unsinn, natürlich auch auf dem Bau-sektor auswirken muß. Wenn die öffentliche Hand erst zu Beginn eines neuen Jahres — jede einzelne Abteilung — klare Ziffern darüber hat, wie es planen kann, um welche Beträge sie Arbeiten aus-schreiben kann, dann ergibt sich ein Bild, das ja all-gemein bekannt ist: daß nämlich in den Beginn der echten Bau-Saison hinein nun eine absolute Fülle der öffentlichen Ausschreibungen kommt, was zwangsläufig Jahr für Jahr zu einer Steigerung der Preise führt und eine zweite Steigerung der Preise kommt dann noch einmal gegen Ende des Jahres, wenn nämlich im September oder Oktober festge-stellt wird, daß das Budget doch in diesen und jenen Positionen bestimmte nicht ausgeschöpfte Ansätze bietet und es kommt dann zu einer zweiten Aus-schreibungswelle (Landeshauptmann Krainer: „Das ist graueste Theorie!“) Nein, nein, Herr Lan-deshauptmann, das ist nicht nur Theorie, sondern das ist leicht beweisbar und das ist auch sehr leicht zu ändern. (Abg. Dr. Rainer: „Wie wollen Sie das denn ändern?“) Ich gebe zu, daß es schwieriger wäre, etwa einen Umbau oder sagen wir, einen Ein-bau einer Fertigteilindustrie auf dem Bausektor als Ausweiche für die Wintermonate zu schaffen, weil

hier doch eine große Differenz in den rein fachlichen, handwerklichen Voraussetzungen gegeben ist. Aber die Frage des Bau-Konzeptes über mehrere Jahre hinweg, das ist, glaube ich, eine Frage, die durch-aus zu lösen ist. (Abg. Dr. Rainer: „Dreijährige Baulose sind normal!“) Die Frage von Verträgen — und ich darf das vielleicht besonders betonen — von Firmenverträgen auch über längere Zeit hinweg, würde zumindest bedeuten, daß die Geräte-Nach-schaffung, von der heute einmal die Rede war, auch in einem bestimmten, gesicherten Zeitabstand eine, sagen wir, vorhersehbare Abschreibung, eine vor-hersehbare Abnutzung und Auswertung rechtfertigt. Wenn wir den Autobahnbau z. B. hernehmen, Herr Landeshauptmann, dann werden Sie feststellen, daß etwa auf dem Sektor des Grundbaues und des Dek-kenbaues durchaus nicht diese klaren Vorstellungen geherrscht haben, und daß eine ganze Reihe von Firmen sich bewußt einer Spezialisierung entziehen mußten und die Tiefbaugeräte, die sie im ersten Jahr mit hohen Krediten mit hohen, belastenden Quoten angeschafft haben, im nächsten Jahr nicht oder nur schlecht ausgenützt waren. (Zwischenruf: „Das ist ja ihr Risiko, sollen wir ihnen das auch zahlen?“) Ich glaube, daß es doch nicht so schwierig sein kann, wenn man es schon selbst nicht zusam-menbringt, etwa sich an den Ländern wie z. B. Ame-rika — nicht hinsichtlich der Größenordnung aber wohl hinsichtlich der Arbeitseinteilung und der Vor-ausplanung — ein Beispiel zu nehmen. Es ist doch kein Kunststück, zu sagen, daß ich die Abstände und die Ausschreibungen, statt sie auf ein Jahr oder auf ein Baulos oder nur auf einen Teil zu beschränken, auf eine längere Zeit vorausplane, so daß die betref-fende Firma weiß, daß sie mit diesen und jenen neu anzuschaffenden oder bereits angeschafften Geräten mit einem Auftrag oder einer Aufgabe über jene bestimmte Zeit betraut ist, in der sie jene Maschi-nen abzuschreiben hat. (Abg. Dr. Rainer: „Für die Firmen wäre es angenehm, dann könnten wir aber nicht mehr ausschreiben oder nur einmal in zehn Jahren!“) Nehmen wir also einmal die Aus-schreibungen, wenn Sie es so haben wollen, nennen wir die Dinge doch beim Namen. Es ist doch nicht so, daß heute der Wunsch der Firmen, der zweifellos gegeben wäre, sich zu spezialisieren, durch die Pra-xis der Ausschreibungen bei uns gefördert wird. Im Gegenteil. Die Firma, die sich z. B. auf dem Gebiet des Tiefbaues spezialisieren will, steht vor der Si-tuation, ein Jahr später zur Füllung einer Lücke sehr wohl wieder in den Hochbau hineinzusteigen, wäh-rend auf der anderen Seite die Hochbaufirma ge-zwungen wird, wieder in den Tiefbau einzusteigen. (Landeshauptmann Krainer: „Sie dürfen nicht vergessen, wir sind ein kleines Land! Wenn Sie das nicht beachten, ist alles was Sie sagen nur Theo-rie!“) Eben deshalb, Herr Landeshauptmann, hätten wir ja mehr als ein großes Land Grund, uns um die Frage der Spezialisierung der Aufträge zu kümmern. Das ist absolut naheliegend und nachweisbar. (Abg. Rainer: „Da fehlt Ihnen noch die Erfahrung, Herr Kollege!“) Ja, sehr. Ich bin auch unerhört dankbar, Herr Abgeordneter, daß Sie mich aufklären. Aber wenn wir schon von der Frage reden, dann darf ich immerhin sagen, daß ich jedenfalls auf bautechni-schem Gebiet die Erfahrungen habe, die Sie mir

jetzt durch ihre Zwischenrufe so gerne vermitteln möchten. (Abg. Dr. Rainer: „Aber nicht in der Praxis!“) Dann erzählen Sie uns doch einmal etwas aus Ihrer Praxis, Herr Dr. Rainer!

Dazu möchte ich jetzt aber noch etwas sagen, weil Sie so von der Theorie und der Praxis reden. Dann nehmen wir doch die Theorie und die Praxis auf dem Wohnungssektor her. Ich glaube, es war die Frau Abg. Jamnegg, die die Forderung aufgestellt hat, und die unbestritten ist, die Forderung nach familiengerechten Wohnungen. Kein Einspruch, im Gegenteil! Das ist durch die tatsächliche Situation mehr als berechtigt. Aber wie schaut diese theoretische Forderung in der Praxis aus? Es sieht so aus, daß wir heute etwa für einen m² des sozialen Wohnbaues — ich nenne hier bewußt einen Durchschnittswert, weil ja zwischen einem Wohnungswiederaufbau, einem Bau aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds oder aus der Landes-Wohnbauförderung ein sehr großer Unterschied besteht — daß also ein solcher — nicht weiter von der Gemeinde oder vom Bauherrn geförderter — Quadratmeter sozialen Wohnraumes mit Betriebskosten etwa auf 11.—, 12.—, 13.—, ja zum Teil 14.— Schilling kommt. Das heißt, daß die Standardkleinwohnung, jene nicht familiengerechte Wohnung, heute eine monatliche Belastung von 700.—, 750.—, 800.—, 850 Schilling darstellt. Nun wird diese Belastung heruntersetzt dadurch, daß etwa die Gemeinden (Abg. Jamnegg: „Daher Subjektförderung, die wir ja auch fordern!“) bestimmte Lasten übernehmen. Auch bei der Subjektförderung ergibt sich die Tatsache, daß für die verbleibenden 60 % bis etwa 40 % Eigenmittel, Bausparkassenmittel, in irgendeiner Form eine Sonderfinanzierung gesucht werden muß. (Abg. Egger: „Es gibt auch andere Möglichkeiten der Subjektförderung!“) Dazu möchte ich weiter sagen, daß auf dem Gebiete der Gemeinden oder der Bauherren natürlich bei der Grundbeistellung, bei den Aufschließungskosten eine Senkung möglich ist. Aber ich darf Ihnen ebenso die Tatsache entgegenhalten, daß wir bei rund 5000 wohnungssuchenden Familien — etwa in der Landeshauptstadt Graz — heute als schwierigstes Problem die Aufgabe zu lösen haben, für die wirklich Bedürftigsten Tauschpartner zu finden, weil der größte Teil dieser Familien nicht mehr in der Lage ist, eine aus dem sozialen Wohnbau in der bisherigen Form entstandene Wohnung tatsächlich zu beziehen. Das ist leider Gottes eine sehr reale, sehr bedauerliche, aber ebenso sehr ernste Tatsache. Ebenso ist es eine sehr ernste Tatsache, daß es heute auf dem ganzen Gebiet Wohnbauproblem doch Privilegien in größter Art gibt und Nichtprivilegierte und daß zu den Nichtprivilegierten, zu denen, die in erster Linie darunter leiden, vor allem jene jungen Familien oder jene künftigen Ehepartner gehören, die eine Familie gründen wollen, die nicht im Genuß einer Mieterschutzwohnung stehen, die nicht die Möglichkeit haben, eine solche auf dem Erbweg zu erreichen, sondern die nur die Möglichkeit offen haben, sich selbst eine Wohnung zu beschaffen oder ein Eigenheim zu bauen. Ich bin persönlich sehr der Auffassung, daß der Eigenheimgedanke gefördert gehört, aber, schauen Sie, auch hier sind es keine theoretischen Überlegungen, sondern praktische Erfahrungen mit Hunderten von solchen

Interessenten, mit denen ich persönlich gesprochen habe. Die erste Antwort ist: „Wir möchten ja gerne, aber wir können heute nur eines, entweder können wir den Grund erwerben, oder wir können mit unseren Eigenmitteln ein Eigenheim bauen. Beides zusammen bringen wir nicht fertig.“ Und wenn Sie sich die Preise anschauen, ist es kein Wunder. Denn auch am Rande eines Siedlungsgebietes, nicht nur in Graz haben Sie Grundpreise von 50, 60, 100 Schilling pro m² zu zahlen. Dann brauchen Sie sich nur ausrechnen, daß Sie Mindestbebauungsgrößen von der Baubehörde vorgeschrieben bekommen, die mindestens auch wieder bei 800 bis 1000 m² liegen, und daher ist die Fragestellung entweder — oder gegeben. Ich will mich nicht einlassen, Frau Abg. Egger, ich lade Sie hiemit, nachdem schon so viele Einladungen hier erfolgt sind, gerne ein, einmal in irgendeiner Woche zu den vorsprechenden Wohnparteien zu kommen, um selbst zu sehen, daß das die Probleme sind, die leider im Vordergrund stehen (Abg. Egger: „Die Probleme schon, aber die Wege der Lösung sind anders!“ — Abg. Nigl: „Ein Wohnbaukonzept muß errichtet werden!“ — Landesrat Bammer: „Um die Subjektförderung ist es sehr ruhig geworden!“) Herr Abgeordneter, ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie auf die Vorlage eines solchen Konzeptes warten. Ich darf Ihnen gleich ein paar Möglichkeiten sagen. Darf ich vielleicht dazu feststellen, wobei ich nicht die steirische Landesregierung zitieren möchte, aber soweit mir bekannt ist, hat die österreichische Bundesregierung die Lösung dieses Problems bis zum 31. Dezember 1964 zugesagt gehabt. Geschehen ist nichts. (Dipl.-Ing. Schaller: „Weil die Roten dagegen waren!“ — Dr. Rainer: „Es ist ja monatelang verhandelt worden!“) Ja, die Frage ist nur, daß ein Konzept, Herr Abgeordneter Rainer, wenn man sagt, wir haben zwar eines, aber die anderen sind dagegen, daher können wir gar nichts machen, letzten Endes nichts nützt. Da möchte ich doch der Meinung sein, daß es zumindest einmal jene Probleme zu lösen gäbe, die heute glaube ich, sogar zwischen den Regierungsparteien zu lösen wären. Etwa: Es besteht meines Wissens nach Klarheit darüber, daß niemand besonders gerne die nebeneinander bestehenden Fonds sieht, aber über eine Zusammenlegung wird keine Einigung erzielt. Es besteht Klarheit darüber, daß durch die augenblickliche Situation besonders bei den Althäusern, durch die jetzt bestehende Anwendung des § 7 des Mietengesetzes es dazu kommt (Abg. Dr. Rainer: „Reden Sie zu den Sozialisten! Wir kennen die Geschichte!“ — Präsident: „Ich bitte, den Redner ausreden zu lassen!“) daß mit der Erhöhung des § 7 des Mietengesetzes effektiv Altwohnungen wesentlich teurer kommen — es sind hier 35-, 40fache Erhöhungen, als besteingerichtete Neuwohnungen. Es kommt der dritte Punkt dazu, auch der ist nicht auszuhalten auf die Dauer, die Tatsache, daß Tausende, in der Steiermark Zehntausende, in ganz Österreich voraussichtlich Hunderttausende — eine genaue Untersuchung liegt nicht vor, bzw. die, die vorliegt, stimmt nicht — von Wohnungen leerstehen. Ich möchte Ihnen offen sagen, ich bin ein absoluter Gegner, ein Problem so zu lösen, daß man sagt: „Ich habe nichts, du hast was, daher nimm ich es dir weg.“ Aber ich bin

ebenso ein absoluter Gegner, daß heute auf dem Rücken von wirklich zehntausenden Familien in Elendslöchern eine prinzipielle Frage ausgetragen wird, die letzten Endes ihren Niederschlag in der Früherkrankung von Kleinkindern, in Zehntausenden von geschiedenen Ehen hat. Und wenn heute sich jemand den Luxus leistet, eine Wohnung leerstehen zu lassen, so gebe ich zu, daß er vielleicht durch die gesetzliche Lage gezwungen wird, etwa durch die Lage, daß er keinen Mietvertrag länger als sechs Monate frei vereinbaren kann, weil dann automatisch die Bestimmungen des Mietengesetzes in Kraft treten, weil diese 6-Monatfrist ein gesetzlicher Irrsinn ist, aber nach wie vor wirkt, daß er sich deshalb sagt, ich habe eine 12jährige Tochter, und ich habe eine Wohnung, und ich habe eine Mieterschutzwohnung, und weil diese 12jährige Tochter einmal heiraten wird, lasse ich die Wohnung sechs oder sieben oder acht oder zehn Jahre leerstehen, aus was für Gründen, ist ja klar, weil ihm die Wohnung billiger kommt, als wenn er dann seiner durchaus ernst zu nehmenden und gerechtfertigten elterlichen Versorgungspflicht nachkommt. Aber hier müßte man doch einschreiten können und müßte auch dafür sorgen, daß er freiwillig, aber doch bedachtnehmend auf die unerhörte Not anderer Menschen dieses Recht, das er heute hat, zugunsten der sozial Bedürftigen auch nützt. Ich meine daher nicht, diese Wohnungen anzufordern, wohl aber meine ich, sie einer bestimmten Besteuerung zu unterziehen, die den einzelnen Verfügungsberechtigten dazu zwingt, leerstehenden Wohnraum für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen. Denn eines, meine Damen und Herren, darf man nicht übersehen. Es ist das nicht nur eine Frage der Wirtschaft. Es ist das nicht nur eine Frage jener 5000 in Graz, jener vielleicht 30.000 Familien in der Steiermark, sondern es ist das eine der vordringlichsten sozialen Fragen, die überhaupt denkbar sind. Denn man kann nicht vom Wohlstand, man kann nicht von einer Konjunktur und was weiß ich reden, wenn daneben und am Rande dieses Wohlstandes, am Rande dieser Konjunktur Familien nur aus dem Wohnungsproblem heraus ohne eigenes Verschulden einfach — gestatten Sie mir den Ausdruck — vor die Hunde gehen. Dann haben wir alle miteinander die Pflicht, weil sich sonst überhaupt der Gedanke und der Begriff einer Gemeinschaft selbst ad absurdum führt, diesen Menschen und diesen Familien zu helfen, und wenn es mit etwas Schmerzen verbunden ist, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch mit etwas Schmerzen, die jedenfalls geringer sind als die Schmerzen jener, die in gesundheitsschädlichen Löchern hausen müssen und zusehen müssen, wie ihre Kinder erkranken und wie ihre Ehen zugrunde gehen. Das, meine Damen und Herren, glaube ich, sollte auch zum Problem Wohnbau neben den Ziffern gesagt werden. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abg. Lendl.

Abg. **Hella Lendl:** Hohes Haus! Ich will mit einigen kurzen Sätzen drei Straßen im Bezirk Mürzzuschlag in Erinnerung bringen.

Die erste Straße ist die Straße Mürzsteg-Niederapl. Im August des heurigen Jahres wurde der Ge-

meinde Mürzsteg durch den Herrn Landeshauptmann mitgeteilt, daß der weitere Ausbau der Niederapl-Straße im Jahre 1965 nicht möglich ist. Gleichzeitig wurde jedoch zugesichert, daß der Ausbau — es handelt sich um 1 km Länge — für das Jahr 1966 gesichert ist und auch berücksichtigt wird. Dieses Straßenstück führt durch ein bebauten Wohngebiet, ist sehr eng und auch die Schneeräumung ist arg behindert. Da die Niederapl-Straße aber auch für die Zufahrt nach Mariazell übermäßig beansprucht wird, ist es dringend notwendig, den restlichen Ausbau dieses 1 km-Stückes durchzuführen und ich bitte die bereits gemachte Zusage im Jahre 1966 einzulösen.

Für die Gemeindestraße Dorf Veitsch — Groß Veitsch — Pretal — Turnau wurde seit dem Jahre 1955 bereits viermal, und zwar in den Jahren 1956, 1957, 1961 und 1965 ein Antrag eingebracht, diese Gemeindestraße als Landstraße zu übernehmen. Es wäre dies die kürzeste Verbindung des mittleren Mürztales mit Mariazell, hat einen sehr starken Durchzugsverkehr aufzuweisen, der auch im besonderen dem Fremdenverkehr dient. Da Veitsch keinen Bahnanschluß hat, ist ein großer Zubringerdienst von Industrie-, forst- und landwirtschaftlichen Produkten zur Bahnstation Mitterdorf notwendig. Dieser Zubringerdienst geht weit über die örtlichen Interessen hinaus. Die Beanspruchung, die den Charakter einer Gemeindestraße weit übersteigt, kann einer Gemeinde nicht zugemutet werden. Für die betroffene Gemeinde entsteht dadurch eine finanzielle Belastung, welche auf die Dauer nicht zu tragen ist. Nachdem der erste Antrag bereits zehn Jahre zurückliegt und der Personen- sowie der Lastwagenverkehr ständig in erhöhtem Maße zunimmt, bitte ich, die Übernahme der erwähnten Gemeindestraße als Landesstraße einer Regelung zuzuführen.

Zur Umfahrung Mürzzuschlag wurde im Jahre 1962 von mir die Anfrage gestellt, bis zu welchem Zeitpunkt mit dieser Umfahrung von Mürzzuschlag zu rechnen sei, bzw. sie in Angriff genommen wird. Ich erhielt damals die Antwort, daß das Detailprojekt voraussichtlich 1964 fertiggestellt sein wird. Der Verkehr durch die Stadt hat ein Ausmaß angenommen, das in Zukunft nicht mehr zu bewältigen sein wird. Der ganze Straßenverkehr von Wien und Niederösterreich und auch aus dem Burgenland nach Graz bzw. Jugoslawien, nach Kärnten und Italien, aber auch nach Mariazell und in die Erholungs- und Ski-Gebiete der Steiermark geht durch unsere Stadt. Bei der Durchfahrt gibt es keine Ausweich- und keine Parkmöglichkeiten. Es kommt zu Stauungen, die für den Kraftfahrer nicht angenehm sind, aber sie gefährden auch den Fußgänger, vor allem aber die Kinder auf dem Schulweg, da ein Überqueren der Straße unmöglich ist. Ich bitte daher, alles zu unternehmen, daß der Baubeginn dieser Umfahrungsstraße Mürzzuschlag als vordringlich behandelt wird. (Beifall.)

3. Präsident Koller: Als nächster Redner hat der Abg. Aichholzer das Wort.

Abg. **Aichholzer:** Hohes Haus! Für Flußregulierung ist wieder ein ansehnlicher Betrag eingebaut, und zwar um eine Million Schilling mehr als im Vorjahr.

Das ist sehr erfreulich. Aber durch die immer weiter fortschreitende und für die Landwirtschaft sicherlich bedeutende und zu begrüßende Regulierung unserer Flüsse entstehen auch Nachteile. So sind z. B. durch die Regulierung des Mittellaufes der Sulm und der Laßnitz Verkürzungen der Flußläufe eingetreten und darum ist der Raum um Leibnitz mehr gefährdet. Es wurden im heurigen Katastrophenjahr dreimal Überflutungen festgestellt, die an die Hochwassermarken des 25-jährigen Hochwassers heranreichen. Es wäre daher angebracht, da ja auch in Zukunft derartige Überflutungen nicht ausgeschlossen werden können, einen Hochwasser-Warndienst bei den drei Flüssen Kainach, Laßnitz und Sulm einzurichten, damit wenigstens die Bevölkerung rechtzeitig vor dem herannahenden Hochwasser gewarnt wird.

Außerdem ersuche ich Sie, Herr Landeshauptmann, Ihr Gewicht in die Waagschale zu legen, daß die beiden Flüsse Sulm und Laßnitz auch im Unterlauf reguliert werden, damit der Raum um Leibnitz von dieser Hochwassergefahr befreit wird.

Meine Damen und Herren! Noch einige Worte zur Verkehrslage im südlichen Grenzland. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 und der damit verbundenen Auflösung des großen Wirtschaftsraumes der Monarchie wurde zwischen Spielfeld und Radkersburg die Mur zur Grenze zwischen den zwei neu geschaffenen Staaten Österreich und Jugoslawien. Die südlichste Eisenbahnstrecke unseres Landes verlor damit ihr Hinterland (Landeshauptmann Krainer: „und das zweite Geleise!“) und die seinerzeit für den Großraum geplanten Verkehrswege wurden zu einer Sackgasse. Durch Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg wurde dann sowohl die Straßenbrücke als auch die Eisenbahnbrücke in Radkersburg vollkommen zerstört. Für den Straßenverkehr wurde zwar eine behelfsmäßige Brücke errichtet, die Eisenbahnbrücke wurde jedoch vollkommen abgetragen. Die Bahnhöfe Radkersburg und Ober-Radkersburg sind daher auf beiden Seiten der Grenze zu Endbahnhöfen geworden.

Vor dem Ersten Weltkrieg war die Strecke der Südbahn Wien—Triest eine der meist befahrenen Strecken und große Mengen von Gütern wurden auf dieser Strecke befördert. Die Verbindungslinie Spielfeld—Radkersburg—Luttenberg nach Friedau diente nicht nur dem Reiseverkehr, sondern vor allem der Erschließung des reichen Agrargebietes beiderseits der Mur und Drau. Außerdem hatte diese Strecke Anschlußmöglichkeiten über Polstrau nach Ungarn und über Varasdin nach Agram und Belgrad. In den Zwanzigerjahren entstand in diesem Gebiet auch wieder ein reger Grenzverkehr. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und durch die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen war und ist wie auch in anderen Gebieten ein stets steigender Güter- und Reiseverkehr zwischen Österreich und Jugoslawien zu verzeichnen. Dies insbesondere auf der Strecke Graz—Laibach—Rijeka. Entgegen dem früheren Verkehr fallen jedoch heute die Oststaaten für den Güterumschlag auf dieser Strecke fast vollkommen aus. Es entwickelte sich im Osten ein eigener großer Wirtschaftskörper, genannt Comecon und im Rahmen dieses Körpers auch ein sehr günstiger Eisenbahntarif für diese

Staaten. Die Güterfracht, die ehemals auf unseren Strecken befördert wurde, wird nun am Rande außerhalb unseres Staates über Murska Sobota geleitet. Um diese Fracht zurückgewinnen zu können, wäre es erforderlich, eine eigene Tarifpolitik zu betreiben und außerdem eine schnelle Beförderung zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, um eine schnellere Verkehrsverbindung im südsteirischen Raum und darüber hinaus zu gewährleisten und die Verkehrsbedingungen an das Niveau der internationalen Verkehrslage heranzuführen, wäre es unbedingt erforderlich:

1. die in Frage stehende Elektrifizierung von Graz nach Spielfeld weiter fortzusetzen,
2. im Zuge der Elektrifizierung der Strecke Graz — Spielfeld das zweite Gleis wieder zu errichten, vor allem, damit der Reiseverkehr und im besonderen der Arbeiter- und Schülerverkehr beschleunigt würde,
3. den Einsatz von Schnelltriebwagen auf der Strecke Radkersburg—Graz, die die Reisezeit erheblich verkürzen und eine bessere und schnellere Verbindung zwischen dem südlichsten Grenzland und der Hauptstadt schaffen würde und
4. die Errichtung der Eisenbahnbrücke zwischen Radkersburg und Oberradkersburg. Vielleicht könnte diese mit der Straßenbrücke kombiniert errichtet werden, solche Beispiele gibt es schon, da damit nicht nur für den Güter-, sondern auch für den Reiseverkehr weite Gebiete erschlossen und eine internationale Verkehrsverbindung hergestellt werden könnte. Besonders im Hinblick darauf, daß Radkersburg ja zu einem Fremdenverkehrsgebiet erschlossen werden soll, ist es auch erforderlich, die Verkehrsmöglichkeiten zu verbessern.

Ich fordere daher die hohe Landesregierung auf, bei den zuständigen Bundesstellen, dem Verkehrs-, vor allem aber auch dem Finanzministerium zu erwirken, daß (Landeshauptmann Krainer: „Zuständig ist das Verkehrsministerium, nicht das Finanzministerium! Fangst auch schon an zu plauschen.“) daß diese für das gesamte südsteirische Grenzland unbedingt erforderlichen Vorhaben zur Durchführung gebracht werden.

Ein weiteres Kapitel, zu dem ich Stellung nehmen muß, ist die Bundesstraße Spielfeld—Graz, Herr Landeshauptmann. Obwohl diese Straße im heurigen Jahr mit einem neuen Belag versehen wurde, ist sie dem steigenden Verkehr fast nicht mehr gewachsen, weil sie zu schmal ist. Der Güterverkehr verlagert sich immer mehr von der Schiene auf die Straße. Die schweren Kühlwagen, Silowagen und die Tankzüge beherrschen die Verkehrsflächen und behindern den Reiseverkehr, besonders aber im Sommer den Urlaubsverkehr. Meine Damen und Herren! Wir müssen den Mut haben, den Transport der Massengüter von der Straße weg wieder der Schiene zuzuführen, wo er hingehört, damit er den Verkehr auf der Straße nicht zum Erliegen bringt. Wenn das nicht möglich ist, dann müßte im südlichen Raum der Steiermark daran gedacht werden, die heutige Straße in eine breite Schnellstraße, Europastraße genannt, rechtzeitig einzuplanen und auch zu bauen,

da sonst die südliche Steiermark wiederum den Anschluß an die Mittelsteiermark verliert, weil die Autobahn etwa in der Höhe von Graz durchgezogen wird und dadurch der Anschluß an das übrige Verkehrsnetz verlorengehen würde. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Zagler hat das Wort.

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Kapitel 6 aus einigen Gründen gemeldet, aber ich möchte vorerst kurz Stellung nehmen zum Wohnungsbau, und zwar, zur Eigenheimsiedlung. Der Herr Kollege Neumann hat die Eigenheimsiedlung besonders hervorgehoben, und ich muß feststellen, daß in unserem Raum Köflach fast 1000 Eigenheimsiedler sind. Die größte Schwierigkeit da besteht wohl in der Grundbeschaffung. Und wenn im Raum Köflach der Quadratmeter Grund ca. zwischen 20 und 60 Schilling kostet (Landeshauptmann Krainer: „Ist die Alpine so teuer?“), dann muß ich feststellen, daß dann in den schrecklichsten Gegenden Gründe abgegeben werden, an Forstarbeiter und verschiedene Menschen, die nicht fachkundig sind, weitergegeben werden zum Preis von 40 Schilling. Nicht nur die 40 Schilling sind es, sondern, das sind doch Gründe, die erst aufgeschlossen werden müssen, dadurch verteuert sich der Bau ohnedies um vieles. Wenn ich dann an einen Forstarbeiter denke, der jahrzehntelang sparen muß, um überhaupt sich dann so ein Fleckerl Grund für ein besseres Wohnen zu erwerben, so muß ich feststellen, das grenzt etwas an Preiswucher in der Beschaffung des Grundeigentums für die Eigenheimsiedlung. Auch unsere Aufgabe als Abgeordnete müßte hier tatsächlich diejenige sein, diese Angelegenheit wirklich so zu regeln, daß auch der ärmere Mensch in der mittleren Lage die Möglichkeit hat, durch nicht übertriebene Grundpreise zu einem Wohnhaus, zu einem Eigenheim zu kommen. Dies wären kurz meine Ausführungen zur Eigenheimsiedlung.

Ich möchte weiters einige Wünsche unseres Bezirkes bekanntgeben. Sie sind zwar schon alt, ich habe sie schon durch Jahre hindurch hier in diesem Hohen Hause, meine Damen und Herren, immer zum Ausdruck gebracht. In erster Linie glaube ich, ist es notwendig, für unser weststeirisches Revier die Autobahn so schnell wie möglich hinzubringen. Wir werden ja dann in der Gruppe 7 noch darauf zurückkommen. Weiters hätte ich eine tatsächlich dringende Bitte, die Landesstraße von Köflach nach St. Martin zumindestens bis zum Gasthaus Sagwölket staubfrei zu machen. Die Verbauung in diesem Tal schreitet immer mehr fort. Es sind dort bereits 20 Familien wohnhaft, wo man in Eigenregie tatsächlich vom Land aus die Staubbefreiung forcieren kann. (Landeshauptmann Krainer: Das haben wir schon im letzten Jahr abgesprochen!) Versprochen und nicht bekommen. Ich richte an Sie wieder die Bitte, Herr Landeshauptmann, Ihr Wort einzulösen. (Landeshauptmann Krainer: „Die Frostschäden sind in dem Fall des Entscheidende!“) Und weiters ist ebenfalls eine sehr stark frequentierte Straße die Gemeindestraße zwischen Köflach und Piber, in de-

ren Mitte das Gestüt Piber mit unseren Lippizanern liegt, das von bis zu 150.000 Fremden jährlich besucht wird. Sie ist eine Straße, die weit über eine Gemeindestraße hinausgeht, wurde jetzt von der Stadt Köflach ausgebaut. Durch den Ausbau dieser Straße, um den Fremdenverkehr zu fördern, ist die Köflacher Gemeinde in ziemliche finanzielle Notlage geraten, dazu noch die Schlammkatastrophe, so daß wir tatsächlich einen nominalen Schaden von 270.000 Schilling an Straßen haben. Und hier möchte ich ebenfalls meine Bitte an Sie richten, Herr Landeshauptmann, für diese Straße, die weit über eine Gemeindestraße hinausgeht, einen Zuschuß zu gewährleisten.

Das wäre mein Wunsch. Ich möchte noch kurz anschneiden die Flußregulierung in den Gemeinden Lobming und Kowald, besonders in der Gemeinde Lobming, wo eine Siedlung fast jährlich zwei- oder dreimal überschwemmt wird. (Landeshauptmann Krainer: „Da hätte man halt keine Siedlung hinbauen dürfen!“) Das ist eine Notwendigkeit, dort eine Regulierung durchzuführen. Damit, meine Damen und Herren, hätte ich meine Wünsche in diesem Hause zur Gruppe 6 dargelegt. (Beifall.)

3. Präsident: Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete Feldgrill das Wort.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Bereits im vorigen Jahr habe ich gebeten, die Bundesstraße Graz—Bruck so auszubauen, daß der rasch ansteigende Verkehr zwischen dem obersteirischen Industriegebiet und der Landeshauptstadt Graz bewältigt werden kann. Ich erhebe die Bitte neuerlich, denn der Verkehr auf dieser Strecke wird immer dichter, langsamer und gefährlicher. Mit Dank erwähne ich den rasch fortschreitenden Ausbau der Rechbergstraße, weil diese Straße die günstigste Verbindungsstrecke zwischen der Oststeiermark und zwischen dem mittleren Murtal darstellt und weil außerdem durch diese Straße ein reizvolles Fremdenverkehrsgebiet und das ideale Schigebiet auf der Teichalpe erschlossen wird. Die Straße Uebelbach-Neuhof und die Straße Hitzendorf—Stiwoll wären ebenfalls staubfrei zu machen.

St. Pankratzen, der Pfarrort in der Gemeinde Gschnaidt ist einer der wenigen Orte in der Steiermark, der bisher über keine einzige Landesstraße anzufahren ist. Ich bitte, hier die Gemeindestraße Abraham—St. Pankratzen, die etwa 4½ km lang ist, als Landesstraße zu übernehmen.

Und nun zum Kapitel „Wohnungsbau“ im Hinblick auf die Einheitswerte. Der Landesvoranschlag 1966 sieht in der Gruppe 6, „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“ Gesamtausgaben von 317 Millionen Schilling vor, das ist ein Siebentel der Ausgaben des ordentlichen Budgets für das Jahr 1966 und stellt gegenüber dem Jahre 1965 eine Erhöhung von rund 36 % oder 88 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt dar. Dadurch wird weidlich unter Beweis gestellt, daß das Land Steiermark dem Bau von Wohnungen größte Beachtung schenkt und die höchstmögliche finanzielle Unterstützung gewährt. Die Gesamtwohnbauförderung in der Steiermark erforderte in den Jahren 1948 bis 1965 rund 5,3 Mil-

liarden Schilling. Es wurden damit 67.900 Wohnungen gebaut, und zwar auf fünf Sektoren:

1. Wohnungswiederaufbau
2. Bundes-Wohnungs- und Siedlungs-Fonds
3. Wohnbauförderung 1954
4. Landes-Fonds 1948 und
5. Sonderwohnbau-Programm 1962.

Von diesen 67.900 Wohnungen entfallen auf 20.678 Einzelsiedler rund 880 Millionen Schilling Förderungsbeträge. Vom Bundes-Wohnungs- und Siedlungs-Fonds wurden außerdem 1787 Einzelsiedler gefördert, also insgesamt 22.465. Das ist rund ein Drittel aller geförderten Wohnungen in der Steiermark. Es ist erwiesen, daß die Förderung der Einzelsiedler durch die öffentliche Hand die weitaus günstigste darstellt, weil mit den gleichen öffentlichen Mitteln unter Einbeziehung bedeutender Eigenmittel die doppelte Anzahl von Wohnungen gebaut werden kann und so die Wohnungsnot schneller beseitigt werden kann.

Noch wichtiger jedoch erscheint mir die Tatsache, daß dadurch echtes Eigentum geschaffen und auf breiter Bevölkerungsbasis die Eigentums-Streuung herbeigeführt wird. Derselbe Streuungseffekt von Eigentum wird auch beim Bau von Eigentumswohnungen erzielt. Dies soll jedoch nicht zur Annahme verleiten, daß ich der Errichtung von Genossenschafts- und Gemeinde-Wohnungen nicht die gebührende Anerkennung beimesse.

Hohes Haus! Nun erlaube ich mir, auf die neuen Einheitswerte und die daraus resultierenden Belastungen einzugehen. In weitesten Kreisen der Bevölkerung hat die Errechnung der neuen Einheitswerte Unruhe oder auch Bestürzung aufgelöst. (Abg. Leitner: „Auch dafür ist der Finanzminister verantwortlich!“) Die Einheitsbewertung wurde in den Kriegsjahren 1939/1940 in der damaligen Ostmark neu eingeführt und hat die bis dahin geltende Besteuerung nach dem Katastral-Reinertrag abgelöst. Warum im Jahre 1945 im wiedererstandenen Österreich dieses für unsere Verhältnisse und unser Land unpassende Bewertungsgesetz nicht außer Kraft gesetzt wurde, ist mir nicht bekannt. Es hätte durch ein modifiziertes Gesetzeswerk, das sowohl den Ertrag als auch den Wert berücksichtigt, ersetzt werden müssen. Hohes Haus! Die erhöhten Einheitswerte wirken sich nicht nur auf die Grundsteuer, sondern auch auf die Vermögenssteuer, auf die Bodenerwertabgabe, die Erbschaftssteuer, die Schenkungssteuer und auf die Einkommen bei pauschalisierten landwirtschaftlichen Betrieben aus. Das Bewertungsgesetz 1955 mit der Novelle 1963 bezeichne ich als eigentumsfeindlich, denn es legt der Bevölkerung große Mehrbelastungen auf. Die von Finanzminister Dr. Schmitz seit mehr als einem Jahr verfolgten Bemühungen, eine Milderung und Beseitigung dieser Härten herbeizuführen, haben in der Novelle vom 30. 6. 1965 teilweise ihren Niederschlag gefunden. Die Wurzel allen Übels im Bewertungsgesetz, der Begriff „Gemeiner Wert“, konnte allerdings nicht beseitigt werden.

Die neuen Einheitswerte wirken sich besonders nachteilig bei der Grundsteuer B, das heißt für das

Grundvermögen und für die unbebauten Bauplätze aus, wogegen bei der Grundsteuer A, Land- und Forstwirtschaft, geringfügigere Erhöhungen zu erwarten sind.

Leider haben im Zusammenhang mit der Ausfüllung der Formulare für die Besteuerung viele Menschen nicht richtig erfaßt, worum es dabei gegangen ist oder haben diese Formulare nicht sorgfältig ausgefüllt. Es ergaben sich daher für die Finanzämter teilweise unvollkommene oder, ich möchte fast sagen, auch unrichtige Berechnungsgrundlagen. Als dann die Bescheide den Steuerpflichtigen zugingen, hatten viele von ihnen die Auswirkung noch nicht erfaßt, denn viele Menschen lesen alles, was von der Steuer kommt, nur oberflächlich durch, verstehen diese Sachen oft gar nicht und haben daher geglaubt, daß der Steuermaßbetrag die zu zahlende Grundsteuer sei. Die Grundsteuer wird jedoch bei der Grundsteuer A mit 400 %, das ist das Vierfache und bei der Grundsteuer B mit 420 %, das ist das 4,2-fache des Steuer-Meßbetrages von den Gemeinden eingehoben. Erst als die Bescheide, die Grundsteuer-Bescheide der Gemeinden den Steuerpflichtigen zugemittelt wurden, haben diese bemerkt, wieviel Grundsteuer sie zu zahlen haben.

Ich möchte jetzt in aller Kürze, um Ihre Zeit nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, einige Beispiele anführen: Ein Eigenheimbesitzer, das ist jeweils die Grundsteuer B, zahlte am 1. 1. 1956 529 Schilling, er zahlte nach dem 1. 1. 1963 2746 Schilling. Das ist keine besondere Erhöhung. Ein Einfamilienhaus ebenfalls in der Grundsteuer B zahlte 146 Schilling und jetzt 1260 Schilling. Das ist bereits das Neunfache. Ein Einfamilienhaus A-B, das heißt, es gehörte seinerzeit dem Forst- und Landwirtschaftsvermögen zu und jetzt dem Grundvermögen, zahlte per 1. 1. 1956 32.90 Schilling und er zahlt per 1. 1. 1963 753.86, das ist fast das 23-fache. Das Paradestück aber, möchte ich sagen, ist ein landwirtschaftliches, unbebautes, aber immer noch landwirtschaftlich genutztes Grundstück, das derzeit zur Steuergruppe A zählt, deshalb, weil der Eigentümer dieses Grundstückes, das er auf dem Erbwege bekommen hat, kein Land- und Forstwirt ist und daher nicht hauptberuflich als Land- und Forstwirt gewertet wird, weshalb sein Vermögen also zur Grundsteuer-Gruppe B zählt. Dieser Fall ist der mir bekannte höchste in der Steiermark. Es handelt sich dabei um 1,41 ha Acker und Wiese im Gebiet von Frohnleiten. Dieser Grund war früher mit 7800 Schilling Einheitswert bewertet und der Besitzer, der noch dazu ein Agrar-Ingenieur in Wien und über dieses Steuerwesen gut informiert ist, zahlte 49.92 Schilling. Er zahlt nach dem neuen Einheitswert per 1. 1. 1963 das Hundertachtunddreißigfache, nämlich 6913.20 Schilling.

Der Anständigkeit halber möchte ich auch noch ein gegenteiliges Beispiel zitieren. Ein über 100 Jahre altes Haus in Frohnleiten, dessen Eigentümer die Formulare beherrschte und sie in jeder Hinsicht vorbildlich ausgefüllt hat, hat früher 167 Schilling bezahlt. Er zahlt jetzt 109 Schilling.

Ich möchte auf ein weiteres Problem aufmerksam machen, und zwar sind das die alten Miethäuser, die dringendst reparaturbedürftig sind, kleinste Grundflächen haben und auf Grund der Mindestbe-

wertung nicht unter $\frac{7}{10}$ des Gemeinwertes eingeschätzt werden können. Der Grund und Boden bei solchen den Grund entwertenden alten Gebäuden muß aber als unbebaut berechnet werden und darf nur mit $\frac{7}{10}$ des Verkehrswertes eingesetzt werden. Hier ergibt sich die Fragwürdigkeit der Bewertung gegenüber der Praxis. Hierzu kommen in diesem Falle noch die wirtschaftlichen Hemmungen, die durch zusätzliche mietenrechtliche Bestimmungen und Erschwernisse bei solchen Althäusern eintreten. Hier wird das Erträgnis nicht mehr besteuert, sondern bereits die Substanz angegriffen. Die Erhöhungen betragen im Durchschnitt bei Einfamilienhäusern das $2\frac{1}{2}$ - bis 4fache, bei Eigentums- und Mietwohnungen das $2\frac{1}{2}$ - bis 10fache und bei unbebauten Grundstücken und Bauplätzen das 5- bis 15fache, im Durchschnitt. Die Gründe hierfür sind teilweise auf die lange Zeitspanne der Einheitswertfeststellung, das Wachstum der Orte und Städte und auf die inzwischen erfolgte Aufschließung zurückzuführen. Meine Damen und Herren, ich habe mir noch die Arbeit gemacht, einen kurzen Auszug aus einer Gemeinde hinsichtlich der Grundsteuerpflicht auszuarbeiten. In einer Gemeinde mit 700 Grundsteuerpflichtigen gibt es 100 Grundsteuerpflichtige der Gruppe A, das sind Land- und Forstwirte, die zahlen 44.000 Schilling Grundsteuer. In der Gruppe B, das sind Einfamilienhäuser, die unbebauten Grundstücke, die Mietwohnhäuser, also auch alle Mieter miteinbezogen, sind 600 Steuerpflichtige, und diese 600 Steuerpflichtigen zahlen 508.000 Schilling Grundsteuer. Ich frage daher: Warum protestieren die sonst so lautstarken Mieterverbände im Interesse ihrer Mieter nicht gegen diese unerhörte Erhöhung. Ist es vielleicht hier so, daß die großen Ortsgemeinden und Städte deshalb, weil sie Appetit auf mehr Grundsteuer haben, diese Mieterschutzverbände zum Kurtreten veranlassen? (Abg. Heidinger: „Das ist eine neue Version!“ — Abg. Hleschitz: „Da hat er den Mieterbund gemeint!“) Warum haben eine Reihe von Großgemeinden in der Steiermark die erhöhten Einheitswerte der Grundbesteuerung bereits am 1. 1. 1963 zugrunde gelegt (Abg. Heidinger: „Stadtgemeinde Hartberg, überragende ÖVP-Mehrheit: 1. 1. 1963!“ — Landesrat Bammer: „Weil die so viele Aufgaben haben und Geld brauchen!“) und warum haben sie nicht vom freien Ermessen Gebrauch gemacht und diese erhöhte Grundsteuer erst ab 1. 1. 1965 vorgesehen? Landesrat Bammer: „Sie sitzen doch in einer Gemeinde, die eine Schule braucht und immer wieder um Geld jammert!“ — Abg. Hans Brandl: „Nicht mit zweierlei Maß messen!“) Und warum hebt die große Gemeinde Wien, die größte Hausbesitzerin Österreichs, diese erhöhten Grundsteuern schon ab 1. 1. 1963 und nicht, wie sie es auf Grund der Novelle 1965 könnte, erst ab 1. 1. 1965 ein? (Landesrat Bammer: „Wien hat eben so viele Aufgaben als Großgemeinde!“) Aber, Herr Landesrat, warum diese Aufregung? Sie ist ja nicht notwendig. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Für 60 % ist das in Wien besser!“ — Landesrat Bammer: „Für andere Gemeinden auch!“ — Abg. Hleschitz: „Er läßt sich so belehren!“) — 3. Präsident: Ich bitte, den Redner fortfahren zu lassen.“) Ich möchte feststellen, daß es in der Steier-

mark eine Großgemeinde gibt, die diese erhöhte Grundsteuer ab 1. 1. 1963 vorgeschrieben hat und die sich dann auf Grund von Vorhaltungen herbeigelassen hat, diese Grundsteuer wieder zurückzahlen. (Abg. Heidinger: „Ja, alles gibt es!“) Hoher Landtag! Ich möchte hier aufzeigen und fragen, wie kann dieser Situation abgeholfen werden? Es hat keinen Sinn, hier zu polemisieren, (Landesrat Bammer: „Späte Erkenntnis!“) wenn man nicht auch Vorschläge bereit hat, wie könnte man eine solche Sache steuern oder wie könnte man ihr abhelfen.

Ich habe mir einige Gedanken darüber gemacht. Was können die Gemeinden zur Milderung tun?

1. Sie können die erhöhten Grundsteuermeßbeträge erst ab 1. 1. 1965 wirksam werden lassen. Die meisten Gemeinden in der Steiermark tun das. Ich möchte das dankbar feststellen.
2. Geringere Hebesätze zu beschließen, wodurch die zu zahlende Grundsteuer erträglicher würde.
3. Was kann das Land zur Milderung tun? Jenen Gemeinden die Bedarfszuweisungen weiterhin voll auszahlen, die von der Möglichkeit, die Hebesätze zu senken, Gebrauch machen.
4. Was wird vom Ministerium erwartet? Die in Rechtskraft erwachsenen Bescheide von Amts wegen herab- und neu festzusetzen, so daß sie im allgemeinen die zwei- bis dreifache Erhöhung nicht überschreiten würden. Die beeinspruchten und in der Zwischenzeit vielleicht herabgesetzten Bescheide ehestens den Steuerpflichtigen zuzumitteln, wodurch diese dann in Form von Gutschriften sich Beträge ersparen würden und nicht so hoch weiterzahlen brauchten. Die Freibeträge und Freigrenzen bei den betroffenen Steuern zu valorisieren und Progressionen entsprechend zu senken. Ich verweise auf ein Beispiel. Die Bodenwertabgabe, die am 15. 12. 1960 beschlossen wurde, hat zuerst eine Freigrenze von 10.000 Schilling für den Besitzer eines unbebauten Grundstückes vorgesehen. Diese Freigrenze wurde bereits nach etwa einem Jahr auf 50.000 Schilling und am 30. 6. 1965 in der 2. Novelle zum Bewertungsgesetz auf 100. 000 Schilling hinaufgesetzt. Das ist eine wirkliche Erleichterung für jene Leute, die sich Bauplätze gekauft haben und in der Zwischenzeit etwas ausschnaufen müssen und dann erst mit dem Bau beginnen können. Das 5. aber und das Wichtigste erscheint mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir uns bemühen, das Bewertungsgesetz in seiner Gesamtheit zu verändern. Ich kann Ihnen hier mitteilen, daß ich vor ungefähr drei Wochen den Herrn Finanzminister Dr. Schmitz persönlich in dieser Frage angesprochen habe und er mich ausdrücklich auch dazu ermächtigte, zu sagen, daß er einer Änderung dieser Gesetzesmaterie in der Hinsicht zustimme, daß nicht nur der Wert, also der Verkehrswert — sprich gemeiner Wert —, sondern auch das Erträgnis, das heißt der Ertrag mitberücksichtigt wird. Meine Damen und Herren im Hohen Hause, ich bitte sie sehr, die Bemühungen zu einer Änderung dieses Bewertungsgesetzes zu unterstützen, weil Sie damit ein Anliegen der gesamten österreichischen Bevölkerung unterstützen und vertreten würden. (Beifall bei der ÖVP.)

3. Präsident: Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete Ing. Koch das Wort.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Leitner hat erklärt, daß der Herr Landeshauptmann Krainer den Bezirk Deutschlandsberg bevorzugen würde. Ich darf Ihnen berichten, Herr Abgeordneter Leitner, daß wir in Deutschlandsberg der letzte Bezirk waren, der eine staubfreie Straße zur Landeshauptstadt erhalten hat. Ich würde auch empfehlen, Herr Abg. Leitner, die Herren Regierungsmitglieder für solche einseitige Bevorzugungen nicht anzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Straße ist die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Entwicklung, und überall dort, wo wir keine Bahnanschlüsse haben, ist die Straße von besonderer Bedeutung, und sie wird dort geradezu zur Existenzfrage. Wir haben eine Reihe solcher Gebiete unmittelbar in der Südweststeiermark entlang der Staatsgrenze. Dieses Gebiet ist auch wirtschaftsgeographisch denkbar ungünstig gelegen, und dort haben auch die Leute mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Für dieses Gebiet müßten wir bevorzugt den Ausbau der restlichen Bundes- und Landesstraßen fördern. Hätte dieses Gebiet nicht seit 1945 gezielt eine Grenzlandförderung erhalten, würde die Grenzlandabwanderung nicht zurückgehalten werden können. Ich darf also noch einmal eingangs schon erwähnen, daß man dieses Gebiet zur Aufschließung besonders bevorzugt.

Wir haben in den drei Bezirken Leibnitz, Deutschlandsberg und Voitsberg besondere Wünsche, und zwar ist der große Straßenzug nach Kärnten, die Sobothner Straße, die Hauptschlagader. Sie ist zu einem Drittel bereits fertig, und sie ist als modernste Straße ausgebaut und spielt dazu die größte Rolle für das südweststeirische Grenzgebiet; diese Straße soll unserem Gebiet nach ihrer Vollendung ja auch einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen. Sie führt ja von Kärnten in die Steiermark, verbindet also das Seengebiet mit dem Weinland, und führt der Staatsgrenze entlang Richtung Arnfels—Leutschach und wird eine Verlängerung nach Straß, Mureck und Radkersburg und auch nach der Oststeiermark aufschließen. Wir können nur hoffen und wünschen, daß diese Straße, wie bereits vom Herrn Landeshauptmann und vom Herrn Staatssekretär Kotzina erwähnt, in etwa vier Jahren fertiggestellt werden kann. Wir bitten darum, mit aller Macht dafür zu sorgen, daß dieses Werk verwirklicht werden kann. Die Zusage, daß man auch die Kärntner anhalten wird, diese Straße in Angriff zu nehmen, ist auch eine erfreuliche Tatsache. Dieser große Straßenzug wird auch zur wirtschaftlichen Belebung weitestgehend beitragen können.

Zu einer weiteren Straße, und zwar zur Bundesstraße 76, die am Radlpaß beginnt und über Wies—Schwanberg—Deutschlandsberg—Stainz nach der Landeshauptstadt führt, wäre zu sagen, daß das Stück vom Radlpaß bis nach Aibl instandgesetzt werden müßte, weil wir in der Hoffnung leben, daß es dem Herrn Landeshauptmann gelingen wird, diesen Radlpaß als dortigen Zollübergang schon für

die nächste Saison durchsetzen zu können. Auch dieses Projekt wird eine weitere Belebung für unser Gebiet bringen. Es müßte diese Straße natürlich auch instandgesetzt werden, die Steilstücke von 23 % und mehr aufweist. Vielleicht ließe sich da etwas verbessern.

Diese Bundesstraße 76 ist in ihrer Länge von Wies weg bis Graz in modernster und schönster Ausführung bis auf das Stück Eibiswald—Wies, dessen Projekt ja auch für nächstes Jahr bereits vorgesehen ist, so daß dieser Straßenzug auch bis zur Landeshauptstadt ein schöner und moderner sein wird.

Aber an dieser Stelle liegen noch einige sehr beachtliche Verkehrsfallen. Eine davon ist die von Frauenthal. Diese Durchfahrt in Frauenthal setzt sich ja aus sieben bis acht Verkehrsfallen zusammen. Es sind dort gefährliche Kreuzungen, drei enge Brücken, enge Kurven und alles mögliche. Gerade im Sommer haben wir in Frauenthal durch das dortige Bad oft 3000 bis 4000 Besucher, die natürlich die Durchfahrt besonders gefährden.

Wir sind uns dessen bewußt, daß diese Umfahrung sehr viel Geld kostet, aber auf Grund ihrer Dringlichkeit dürfen wir doch bitten, so rasch wie möglich auch dieses Problem in Angriff zu nehmen.

Die Umfahrung Stainz ist ebenfalls eine sehr wichtige Angelegenheit auf diesem großen Straßenzug. Nur wäre dort nach Möglichkeit zu versuchen, nach der westlichen Seite hin die Umfahrung zu machen und nicht nach der östlichen, weil sonst alle Schwerfahrwerke nach dem Sauerbrunngraben, von den Steinbrüchen und Sägen wieder durch den Ort fahren müßten.

Das wären in großen Zügen die Hauptwünsche an den Bundesstraßen. Nur einer wäre noch zu erwähnen, und zwar ist das der Johngaben, der ungefähr seit zehn Jahren uns allen als Rutsch-Stelle bekannt ist, und der allen Bewohnern dieser Gegend schon zum großen Ärger wird, weil man an diese Geschichte nicht ernstlich herangeht. Ich glaube, daß man dort auch mit einfacheren technischen Mitteln diese Strecke sanieren könnte, eventuell mit einem Stahlrost oder ähnlichen Dingen. Wir dürfen also auch bitten, diese Stelle in Angriff zu nehmen.

Von den Landesstraßen erscheint uns die große Querverbindung von Gündorf über Prilstergraben—Gleinstätten nach Florian—Lasselsdorf—Stainz—Hochstraß bis herüber nach Krottendorf eine der wichtigsten zu sein. Sie verbindet die vier Täler, das Laßnitztal, das Sulmtal, das Saggautal, das Kainachtal und die drei Bezirke. Es sind zwar in diesem Budget zwei Millionen drinnen, aber sie werden bei weitem nicht reichen, an dieser großen Straßenführung diese Dinge alle instandzusetzen. Ich darf daher einige von ihnen, die mir besonders dringend erscheinen, gesondert aufzählen: das sind die Belagserneuerungen auf der Strecke Florian—Lasselsdorf—Unterbergla—Gleinstätten bis zum Prilstergraben. Es ist auch auf diesem Straßenzug noch die Verbreiterung über die Hochstraße ein sehr wesentlicher Punkt. Es ist ja bereits begonnen worden und man bemüht sich hier, fortzusetzen und vor allem die Verkehrsfalle im Ort Guntersdorf nach Möglichkeit zu umgehen.

Die Staubfreimachung der Straßen Schwanberg—St. Anna und Stainz—Engelweingarten—Salegg bedürfte der Fertigstellung.

Die Landstraße 180, die Hebalmstraße, wurde ja heuer bis zur Landesgrenze fertiggestellt. Sie weist eine sehr beachtliche Straßenbreite von Kloster bis zur Landesgrenze von etwa 5 m auf. Der erste Teil dieser Straße bis Kloster weist auch eine Reihe von beängstigenden engen Stellen auf, die man doch sanieren soll, nachdem gerade auch diese Straße nach Beendigung des Kärntner Stückes außerordentlich stark frequentiert werden wird.

Die Landesstraße 181 Trahütten—Glashütten hat eine wirtschaftliche Entwicklung ungeahnten Ausmaßes bewirkt. Seit dem Ausbau dieser Straße ist eine Reihe großer und moderner Fremdenverkehrsbetriebe mit großer Bettenanzahl, Schihütten, Bungalows und attraktiver Gaststätten entstanden. Tausende von Fahrzeugen sind an schönen Tagen dort zu finden. Die zweite Saison ist ein besonderer wirtschaftlicher Vorteil. Die Grundstückspreise sind seit Bestehen dieser Straße auf das Zehn- bis Fünzfache dort gestiegen. Leider sind ebenfalls auch an dieser Straße einige Verkehrsenge und gerade die große Frequenz dort läßt die Sanierung dieser Straßenstücke sehr dringend erscheinen. Ich möchte schon bitten, daß das auch so rasch als möglich in Angriff genommen wird. Der weitere Ausbau dieser Straße ist ein besonderer Wunsch.

Als besonders dringender Straßenübernahmewunsch wäre die Straße St. Lorenzen—Rotwein zu nennen. Die unmittelbare Grenzlandgemeinde Rotwein besitzt nicht einmal so viel Geld, die Straße im Winter schneefrei halten zu können. Wir müssen entweder die Schule dort schließen oder bei starkem Schneefall per Hubschrauber die Bevölkerung dort versorgen.

Im Bezirk Leibnitz sind außer den genannten Straßenstücken noch folgende zu nennen:

die Straße 138, St. Nikolai—Wolfsberg, die Straße 131, St. Veit a. Vogau nach Labuttendorf-Heinsdorf und die Straße 163, Kleinklein—Maierhofen.

Im Bezirk Voitsberg ist der Ausbau der Gaberlstraße ein besonderer Schwerpunkt. Das Gaberl ist ja zu einer Fremdenverkehrsattraktion geworden und wird nun sehr stark umgebaut. Diese Straße ist natürlich auch wirtschaftlich von außerordentlicher Bedeutung, weil sie ja das ganze südweststeirische Gebiet mit dem oberen Murtal verbindet. Eine verhältnismäßig rasche Fertigstellung kann dann erwartet werden, wenn mit Nachdruck getrachtet wird, daß die nicht unerheblichen monetären und technischen Schwierigkeiten dort überwunden werden können. Die Fertigstellung der Straße Söding—Geistthal—Stübing ist als Verbindung mit dem Murtal ebenfalls von besonderer Bedeutung. Ebenfalls ist auch die Straße Teigtischgraben—Hierzmannsperre wichtig. Ich darf auch noch erwähnen, daß der Herr Kollege Zagler aufgeworfen hat, daß die Straße von Köflach nach dem Lippizanergestüt Piber von der Gemeinde Köflach mit beachtlichen Mitteln ausgebaut worden ist. Ich könnte mir vorstellen, daß die Landesregierung, auch der Herr Lan-

deshauptmann, zu bewegen sein würde, der Gemeinde dort einen entsprechenden Zuschuß zu geben.

Zusammenfassend darf ich nun an den Herrn Landesbaureferenten, Herrn Landeshauptmann Krainer, folgendes Ersuchen richten:

1. den möglichst raschen Ausbau der Autobahn, welche unserem Gebiet einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung bringen wird, mit allem Nachdruck zu betreiben,
2. die aufgezählten Straßenwünsche so zu berücksichtigen, daß die Fertigstellung raschest erfolgen kann,
3. zur Entlastung der Straßen den Bau der Pipeline durch unsere Südweststeiermark zu betreiben und alle Möglichkeiten zur Errichtung einer Raffinerie zu prüfen.

Zu Schluß sei noch allen jenen gedankt, dem Landesbauamt und allen jenen Männern, die bei Wind und Wetter für unsere Verkehrssicherheit auf den Straßen bei Tag und Nacht sorgen. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis Punkt 14.30 Uhr. Als erster Redner hat dann der Herr Abg. Dipl.-Ing. Juvancic das Wort.

Unterbrechung der Sitzung: 13.10 Uhr. Fortsetzung der Sitzung: 14.30 Uhr.

3. Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Juvancic das Wort.

Abg. **Dipl.-Ing. Juvancic:** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn ich in dieser Gruppe zu Angelegenheiten des Straßenbaues einige Ausführungen machen darf, möchte ich doch in erster Linie Ihnen, meine Damen und Herren, über ein Problem berichten, über das schon sehr viel geschrieben, gesprochen, aber noch mehr versprochen wurde. Es handelt sich um den Ausbau der Präbichl-Nordrampe. Über die Bedeutung dieses Ausbaues brauche ich Ihnen wohl nichts zu sagen. Die Bedeutung und Wichtigkeit wird in der Öffentlichkeit voll anerkannt, nur leider nicht im gleichen Maße bei den verantwortlichen Stellen. Dieses Straßenstück, um dessen Ausbau es sich im Zuge des Ausbaues der Eisen-Bundesstraße handelt, verbindet direkt ein Gebiet mit einer Bevölkerungszahl von rund 25.000 Menschen mit dem sonstigen steirischen Industriegebiet und mit der Bezirksstadt Leoben. Es ist wahrlich unverständlich, daß man 20 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg über ein Planungsstadium und einige sonstige Vorbereitungsarbeiten noch nicht hinaus ist. Bei der Budgetdebatte des vergangenen Jahres hat mich der Herr Landeshauptmann als „ungläubigen Thomas“ bezeichnet, da ich erklärte, daß mir der Glaube an die Zuweisung der Mittel für den weiteren Ausbau fehle. (Landeshauptmann Krainer: Nach wie vor ungläubiger Thomas!) Nun, der heilige Thomas wurde einst sehr gläubig, doch ich konnte ihm nicht nacheifern, da bereits vor den verschiedenen Katastrophen, die uns dieses Jahr heimsuchten, die in Aussicht gestellten Geldmittel gar nicht eingeplant wurden. Es wurde in diesem

Hohen Haus von 15 Millionen Schilling gesprochen, bei einer Anfragebeantwortung im Parlament waren es bedeutend weniger, doch immerhin noch Millionen.

Es wurde vom Herrn Landeshauptmann erwähnt, daß Vorwürfe erhoben wurden, daß im Trinkwasser der Stadtgemeinde Eisenerz durch den Ausbau des Zubringerstückes im Gsollgraben Kolibakterien aufgetreten sind. Dieses bedauerliche Ereignis, welches nachweislich, durch ein Fachgutachten eines steirischen Gelehrten bewiesen, durch die Arbeiten im Bereich des Quellschutzgebietes der Stadtgemeinde Eisenerz entstanden ist, hat die Stadtgemeinde Eisenerz mehrere Millionen gekostet. Es mußte eine Entkeimungsanlage gebaut werden, um das Wasser wieder für den menschlichen Genuß verwendbar zu machen. Außerdem ist durch die Oberste Wasserrechtsbehörde festgestellt, daß durch diese Trasse die Wasserversorgung von 10.000 Menschen in Eisenerz jederzeit durch Mineralöl, das heißt durch Tankwagenunfälle, gefährdet ist. Unverantwortlicherweise wurde aber bis jetzt von der Bundesstraßenverwaltung die vorgeschriebene Reservequellfassung im Anschluß an das Wasserleitungsnetz der Stadtgemeinde Eisenerz noch nicht in Angriff genommen. Dies, obwohl die Oberste Wasserrechtsbehörde eine beschleunigte Erschließung für absolut notwendig erklärte. Man kann nun daraus keineswegs ableiten, daß der weitere Ausbau der Präbichl-Nordrampe dadurch nicht möglich ist und die Beamten recht hätten, wenn sie vorsichtig sind. Man hätte nach meiner Meinung schon vorher vorsichtig sein müssen.

Nun, was hat sich noch ergeben? Angeblich stellt sich jetzt heraus, daß der Hang, über welchen ein Stück der neuen Trasse führen soll, auf Grund der geologischen Beschaffenheit für die künftige Trassenführung ungeeignet sei. Auf diese Umstände kommt man jetzt, nachdem man das Straßenstück im Gsollgraben fertiggestellt hat. Man hört, daß man sich jetzt mit dem Gedanken befaßt, einfach zu sagen, warum die Nordrampe überhaupt bauen, wo im Betriebsbereich der OAMG ein Straßenstück besteht, über welches man den Präbichlpaß erreichen kann. Nun, meine Damen und Herren, so einfach liegen die Dinge auch nicht. Abgesehen davon, daß nach meiner bescheidenen Meinung der Gedanke äußerst schwer zu realisieren wäre, die Gegengründe sind so vielfach, daß man sie in diesem Rahmen nicht aufzählen kann, so ist es doch schier unglaublich, daß man erst jetzt zu dem Ergebnis gelangt, daß aus geologischen Gründen der bewußte Polsterhang für eine Trassenführung ungeeignet ist. Ich möchte dazu feststellen, daß die geologische Beschaffenheit dieses Gebietes seit Jahrzehnten genauestens bekannt ist.

Unter normalen Umständen werden doch Bodenuntersuchungen vor irgendwelchen sonstigen Arbeiten vorgenommen. Der Öffentlichkeit wurde vor Jahren mitgeteilt, daß die Bdenken der Fachleute gegen die geplante Trassenführung völlig zerstört werden konnten. Dies von einem Geologen. Man muß sich vorstellen, wie die letzten Nachrichten über das Bundesstraßenprogramm 1966, in welchem von der Nordrampe keine Rede ist, auf die Bevölkerung gewirkt haben. Dieses Programm wurde in

der Presse ja anlässlich eines Besuches des Herrn Staatssekretärs Dr. Kotzina in Graz veröffentlicht.

Der Eisenerzer Gemeinderat hat daraufhin in einer einstimmig beschlossenen Resolution den Herrn Landeshauptmann um eine Vorsprache er sucht. Ich müßte meine Ausführungen mittels eines Tonbandgerätes untermalen, um Ihnen die Äußerungen der Straßenbenützer der jetzigen Trasse bekanntzumachen. Ich möchte nur erwähnen, daß diese Kommentare alles mehr als schmeichelhaft sind.

Sollten die Nachrichten über die aufgetretenen Schwierigkeiten, besser gesagt, über die unbegreiflicherweise erst jetzt festgestellten Verhältnisse der Bodenbeschaffenheit stimmen, so würde ich an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, die Bitte richten, doch untersuchen zu lassen, wer für eine derartige unzulängliche Planung verantwortlich ist. Abgesehen davon, daß man das Zubringerstück fertiggestellt hat, wurden seitens der Stadtgemeinde Eisenerz zur Beseitigung der entstandenen Schäden Millionenbeträge ausgegeben. Dies wäre nun alles umsonst geschehen.

Doch soll man bei dieser Gelegenheit auch an die Zukunft denken. Man ist es doch der Bevölkerung von Eisenerz, Gams, Landl, Hieflau, Groß-Reifling, St. Gallen und Wildalpen schuldig, daß in absehbarer Zeit eine Lösung gefunden wird. Man kann doch den jetzigen Zustand nicht verewigen. In diesem Zusammenhang soll man doch den alten Gedanken eines Tunnels durch den Paß prüfen. Der Gedanke einer Tunnelverbindung zwischen dem Eisenerzer Talschluß und dem Vordernberger Tal wäre eine Lösung, die eine Schnellverbindung mit dem Leobner Raum gestatten würde. Dadurch wären so viele Möglichkeiten für Eisenerz und seine Menschen gegeben, daß man sie in diesem Rahmen gar nicht alle aufzählen kann. Allein die Möglichkeit der Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen in Eisenerz würde bedeutend erleichtert werden. Der Gedanke des Baues eines Tunnels — unter Umständen mit Einbeziehung der Bahn — wurde schon während des Krieges ventiliert. Namhafte Ingenieure haben sich mit diesem Programm gründlich beschäftigt. Sicherlich ist dieses Projekt mit sehr hohen Kosten verbunden. Doch auch der geplante Ausbau der Nordrampe dürfte gigantische Summen verschlingen. Dies wäre aber auch wieder nur ein Teilstück, denn wie allgemein bekannt ist, ist der Zustand der Südrampe besonders während der Wintermonate äußerst unbefriedigend.

Meine Damen und Herren! Der jetzige Zustand ist doch — darüber sind wir, glaube ich, alle einer Ansicht — unmöglich. Die Nordrampe ist eine Straße, deren Bauzustand in den letzten 150 Jahren sich kaum geändert hat. Die Bemühungen der Bezirkshauptmannschaft Leoben, durch verschiedene Vorschreibungen den Verkehr aufrecht zu erhalten, sind lobenswert, doch sie können keine wirksame Abhilfe bzw. Änderung schaffen.

Um Unfälle zu vermeiden, muß nach meiner Meinung schon jetzt, und zwar bereits in diesem Winter, mehr getan werden. Die Bundesstraßenverwaltung soll doch ähnlich bereits bestehender Einrichtungen einen ständigen Abschlepp- und Hilfsdienst einrichten, der laufend die Strecke befährt, um den

Kraftfahrern, besonders den streckenunkundlichen, behilflich zu sein. Ebenso gehört der Schneeräum- und Streudienst besonders an Sonntagen verstärkt.

Ich möchte nicht versäumen, von dieser Stelle aus den Männern am Präbichl für Ihre aufopferungsvolle Arbeit zu danken. Was diese Männer leisten, ist einfach großartig. Während des Einsatzes muß man auch für Ablösungen sorgen, so daß auch während der Nachtstunden geräumt werden kann. Der Verkehr nimmt immer mehr zu. Viele Leute kommen einfach nicht nach Eisenerz, weil sie Angst vor der Fahrt über den Präbichl haben. Das ist keine Fremdenverkehrsförderung, auf die wir doch alle — besonders in Eisenerz — großen Wert legen. Die arbeitenden Menschen in diesem Raum haben ein Recht auf eine anständige Straßenverbindung nach Leoben.

Ich richte an alle verantwortlichen Stellen den Aufruf, dieses Problem der Nordrampe doch endlich in einer Art aufzugreifen, daß mit einer Lösung in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. Die Bevölkerung wird es Ihnen sicher danken.

Wenn ich mir erlaube, im Anschluß noch über einige Fragen der Wasserversorgung, bzw. der Wasserreinigung und der Fragen des Abwassers im allgemeinen zu sprechen, möchte ich mich keineswegs wiederholen und verschiedene Vorredner ergänzen, sondern ich möchte nur darauf eingehen, wie ich schon in meinen Ausführungen im vergangenen Jahr erwähnt habe, daß wir ja hier in der Steiermark ganz besondere Probleme vorliegen haben. Wir haben doch hier in der Steiermark bei einem Bevölkerungsanteil von rund 16 % der österreichischen Gesamtbevölkerung mehr als 40 % der österreichischen Industrie. In der letzteren Zahl ist nicht zu übersehen, daß es sich dabei zum großen Teil um Betriebe der Schwerindustrie handelt, die in unseren engen Gebirgstälern ihre Produktionsstätten aus historisch bedingten Gründen hat.

Sind es in anderen europäischen Ländern die Flüsse, die auf Grund der Möglichkeit von billigen Wassertransporten Industrie-Konzentrationen beeinflussen, so ist es in unserem Lande vorwiegend der Bedarf an Industriebwasser und vor allem früher die Ausnützung der Wasserkraft gewesen, die — selbstverständlich auch unter Berücksichtigung anderer Momente — die Konzentrierung in der angegebenen Art ermöglichte.

Bei der Abwasserfrage handelt es sich keineswegs um ein Problem, welches bisher nicht bekannt gewesen ist. Die Größe und Wichtigkeit dieser Frage ist eben, wie bereits erwähnt, durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte verursacht worden. Der Tagesverbrauch pro Kopf der Bevölkerung ist in den letzten Jahren besonders angestiegen. Man soll dabei aber nicht übersehen, daß in dieser steigenden Verbrauchszahl pro Einwohner — insbesondere in den Städten — auch der immer mehr zunehmende Verbrauch des Gewerbes und der Industrie enthalten ist. Natürlich muß man dies auch bei der Beschaffung der erforderlichen Mittel berücksichtigen.

Daß es sich bei den finanziellen Mitteln um äußerst hohe Beträge handelt, ist jedem, der sich mit dieser Materie befaßt, klar. Im vergangenen Jahr wurden in der Steiermark durch das Land elf

Millionen Schilling, durch den Bund neun Millionen Schilling, durch Interessenten rund 17 Millionen Schilling aufgewendet. Sie sehen aus diesen Ziffern, daß gewaltige Beträge hineingepumpt wurden. Für kommunale Abwasseranlagen wurden davon fünf Millionen Schilling eingesetzt und für Wasserversorgungsanlagen 25 Millionen Schilling. Sie sehen aus diesen Zahlen, daß der Anteil der Wasserversorgungsanlagen beachtlich größer ist als jener der Abwasseranlagen. In Zukunft muß dieses Verhältnis einer Änderung dahingehend zugeführt werden, daß man den Abwasseranlagen höhere Bedeutung schenkt.

Der Hauptfluß unseres Landes, die Mur, ist wohl — das wurde heute bereits erwähnt — der Schwerpunkt der Abwasserfragen in ganz Österreich. Es ist nicht nur die optisch zu erfassende Veränderung des einst so klaren Wassers unserer Flüsse und Bäche. In den engen Tälern unseres Heimatlandes ist ja der bestehende Grundwasserstrom und damit in weiterer Folge das Trinkwasser großer Gebiete in Gefahr. Eine geringe Menge Öl z. B. kann Millionen Liter Trinkwasser für lange Zeit für den menschlichen Genuß unbrauchbar machen. Und, meine Damen und Herren, wie oft kann man feststellen, daß da leichtfertig gehandelt wird. Ohne Überlegung werden Abfälle aller Art, sei es in fester oder flüssiger Form, in den nächsten Fluß oder Bach geschüttet. Eine besonders große Gefahr sind aber auch die Tankwagenzüge, die in letzter Zeit leider immer mehr zunehmen. Abgesehen davon, daß unsere Straßen mit geringen Ausnahmen für derartige Fahrzeuge mit Anhänger völlig ungeeignet sind, sie für die übrigen Verkehrsteilnehmer eine große Gefahr bedeuten, ergibt sich bei Unfällen, die sich bedauerlicherweise häufen, eine enorme Gefährdung unseres Grundwassers. Ich erinnere nur an den Unfall in der Nähe der Weinzöttlbrücke und an ähnliche Vorkommnisse der letzten Zeit. Da wirft sich die Frage auf, was mit dem verölten Erdreich im Anschluß an einen Unfall begonnen werden soll. Es ist vorgekommen, daß aus durchaus verständlichen Gründen niemand die Ablagerung dieses verseuchten Erdreiches gestatten wollte. Auch mit der Lösung dieser Frage muß man sich befassen.

Eines sollte man aber rigoros durchführen: Auf Straßen, die Quellenschutzgebiete durchqueren, gehört auf jeden Fall ein Fahrverbot für Tanker mit Mineralölladungen. Bei der Neufestsetzung von Trassen soll man die Planung entsprechend ordnen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das einer besonderen Verantwortung bedarf und es nicht vorkommen soll, wie z. B. im Falle Eisenerz, daß die künftige Trassenführung bereits durch das Quellenschutzgebiet der Gemeinde Eisenerz hindurchführt und es in der Folge ja schon zu rechtlichen Streitigkeiten deswegen gekommen ist. (Landeshauptmann Krainer: „Wir werden Eisenerz umfahren.“) Auf uns allen, meine Damen und Herren, ruht eine bedeutende Verantwortung, eine Verantwortung, der man sich nicht entziehen kann, wenn man bedenkt, daß eine Reihe sehr bekannter Wissenschaftler in Deutschland der Öffentlichkeit mitteilte, daß die Grundlagen des Lebens in Gefahr sind. Diese Gefahr zu bannen, sei unser aller Aufgabe, es sei auch unser aller Aufgabe, bei der Verteilung der finanziel-

len Lasten zur Besserung und zur endgültigen Sanierung so vorzugehen, daß gerecht gehandelt wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPO.)

3. Präsident: Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete Wuganigg das Wort.

Abg. Wuganigg: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich ganz kurz zum Straßenbau Stellung nehme und einige dringende Fälle meiner engeren Heimat anmelde.

Zuerst ist das Straßenstück durch die Weizklamm; die Weizklamm gehört zu den Naturschönheiten unseres Landes. Die Straße, die durch die Weizklamm geht, ist ungefähr in einer Länge von 17 km in einem sehr schlechten Zustand. Es wurde bereits gesagt, daß sie eine Durchzugsstraße ist. Ich möchte hier nur hinzufügen, daß sie ganz besonders von Bedeutung ist für die Bevölkerung von Weiz und auch des Grazer Gebietes, weil sie letzten Endes zu den meist besuchten Erholungsstätten führt.

Der zweite Wunsch ist das Straßenstück vom Kreuzwirt bis zum Granitzer. Hier ist das gleiche zu sagen. Auch diese Straße führt zu den Gebieten der Brandluden, von Heilbrunn und der Sommeralm. Sie führt zu den Erholungsstätten. Sie ist maßgeblich auch für den Wintersport und sie ist ebenso maßgeblich auch für die Holztransporte, die aus dieser Gegend über die Straße abgeführt werden müssen.

3. wäre dann noch die Landesstraße 12, Sinabelkirchen—Büchl. Auch diese Straße befindet sich zwischen den Gemeinden Wohlsdorf und Preßguts in einer Länge von zwei km in einem schlechten Zustand. Das ist umso bedauerlicher, als diese Straße die kürzeste Strecke von Weiz zur Wechsel-Bundesstraße darstellt und somit die Strecke Weiz — Wien oder aus diesem ganzen Gebiet nach Wien wesentlich abkürzen könnte. Auch hier liegt es im Interesse des Fremdenverkehrs, dieses Straßenstück auszubauen.

Und noch abschließend in einem Satz: Was die Mittelschule Weiz anlangt, die dank der Erklärungen des Herrn Abg. Büchberger heute, am 3. Tag, die Bühne dieses Hohen Hauses passiert hat, nehme ich sehr, sehr gerne zur Kenntnis, Herr Abgeordneter, daß Sie sich nunmehr den langjährigen Bestrebungen des Gemeinderates der Stadt Weiz anschließen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident Dr. Kaan: Der Herr Abgeordnete Lind hat das Wort.

Abg. Lind: Hohes Haus! Zuerst eine Richtigstellung: Der Herr Abgeordnete Heidinger hat behauptet, die Stadtgemeinde Hartberg hat die Erhöhung der Grundsteuer ab 1. 1. 1963 festgesetzt. Das stimmt nicht. Laut Beschluß des Gemeinderates vom 1. 10. 1965 über die Einhebung der erhöhten Grundsteuer wurde diese ab 1. 1. 1965 beschlossen. (Abg. Dr. Rainer: „Sehr schlecht informiert, Herr Abg. Heidinger!“ — Abg. Heidinger: „Ich hoffe nur, daß die erhöhten Mietzinse, die schon bezahlt wurden, rückvergütet werden!“) Es wird zurückgezahlt.

Nun zu meinem Thema selbst. Trotz des steigenden Wohnungsbaues ist es in Österreich bisher noch nicht gelungen, das Wohnungsproblem zur Gänze zu lösen. Eine endgültige Bereinigung dieses Problems ist zweifellos überhaupt erst dann möglich, wenn man sich auch auf der anderen Seite zu einer sachlichen Erörterung des Altwohnungsproblems durchringen kann. Dabei sind die Mittel, die für die Wohnbauförderung ausgegeben werden, außerordentlich hoch. Ich möchte betonen, daß in der Steiermark die Wohnbauförderung immer im Vordergrund steht.

So konnten beispielsweise seit Beginn der Wohnbauförderung, die damals unter Landesrat Prirsch ins Leben gerufen wurde, wie bereits Kollege Feldgrill erwähnt hat, an die 68.000 Wohnungen erbaut werden, die 170.000 Menschen Wohnraum geben. Würden wir diese Gebäude zusammensetzen, so würde dieser Gebäudekomplex das Ausmaß einer Großstadt, vergleichen wir beispielsweise mit Graz, erreichen. Es ist zu sehen, daß auf diesem Gebiet bereits sehr große Leistungen erbracht wurden.

Sowohl die Förderung über den Wohnhauswiederaufbaufonds, über den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds als auch über die Wohnbauförderung 1954 haben die Objektförderung zur Grundlage.

Aus Überlegungen sozialer Natur heraus ist man bereits in anderen europäischen Ländern, so in Westdeutschland, Frankreich, Dänemark und Schweden allmählich dazu übergegangen, das starre System der Objektförderung durch eine dem Einzelfall angepaßte Subjektförderung zu ersetzen.

Die ÖVP hat nun im Jänner des heurigen Jahres im Wohnbauförderungsbeirat einen Antrag auf Einführung einer individuellen Wohnbauförderung eingebracht. Bedauerlicherweise haben die Sozialisten diesem Antrag ihre Zustimmung verweigert. Interessant ist jedenfalls, daß sogar das sozialistische Parteiorgan in einer nachfolgenden Pressekampagne (Leitartikel vom 22. 1.) zugeben mußte, daß es soziale Erwägungen waren, die die ÖVP veranlaßt hatten, die Subjektförderung durchzusetzen. (Abg. Bamer: „Ist doch ein gemeinsamer Antrag!“) Gerade die Wohnungsbeschaffung stellt junge und einkommenschwache Ehepaare vor schwere und schwerste Belastungen. Es ist leider so, daß in den Jahren, in denen die Einkommen niedrig sind, bei den jungen Familien die Investitionen am größten sind. Die Situation erfährt noch eine Verschärfung, wenn man bedenkt, daß oft Familienerhalter mit vielen Kindern, die allein im Beruf stehen, für all diese Kosten aufkommen müssen.

Um nun den sozial Schwächeren und vor allem auch den kinderreichen Familien noch mehr unter die Arme greifen zu können, haben die Abgeordneten der ÖVP nun neuerlich einen Resolutionsantrag in den Landtag eingebracht, der die Einführung einer individuellen Wohnbauförderung verlangt. Das Wohnbauförderungsgesetz 1954 schließt die Möglichkeit keineswegs aus — also die Möglichkeit ist gegeben. Der wesentliche Unterschied zwischen der Objekt- und Subjektförderung ist selbstverständlich der, daß man bei der Objektförderung vom Bau der Wohnungen, bei der Subjektförderung aber vom Menschen und seinen Sozialverhältnissen ausgegangen ist. Damit soll eine Art Gleichgewicht

zwischen den Herstellungskosten einer Wohnung und der Leistungsfähigkeit der Wohnungswerber angestrebt werden. (Abg. Heidingger: „Aber billiger wird es deswegen nicht!“)

Aus diesem Grunde ist auch der von den sozialistischen Abgeordneten im Parlament im Juli dieses Jahres eingebrachte Antrag auf Neuregelung der Wohnbauförderung abzulehnen. Er nimmt es sich allzu leicht, indem er eigentlich für alle eine starre Finanzierung mit 90 % Darlehen und 10 % Eigenmitteln vorsieht, ohne Rücksicht auf Einkommensverhältnisse, ohne Rücksicht auf die Familiengröße, auf die wirtschaftliche und soziale Lage des Bewerbers. Dazu ist noch zu sagen, daß auf eine solche Art auch praktisch das Bauvolumen eingeschränkt werden müßte, man wäre ja nicht in der Lage, die erforderlichen Mittel im Sinne des Abkommens aufzubringen.

Die Volkspartei der Steiermark wird sich daher in besonderer Weise in der letzten Frage um eine Neuregelung der Wohnbauförderung bemühen, wenn es notwendig ist, eigene Wege gehen, und zwar so lange, bis eine Einigung auf Bundesebene gefunden werden kann.

Setzen wir uns also gemeinsam für eine baldige und gute Lösung des Wohnungsproblems ein. Dies ist unsere oberste Verpflichtung. Fördern wir den Wohnungsbau mit allen Mitteln, kämpfen wir um noch mehr Mittel für den Wohnbau. Setzen wir den Menschen immer an die erste Stelle. Er hat nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch Anspruch auf eine familiengerechte Wohnung. Wohnungsbau belebt selbstverständlich die Wirtschaft und sichert uns die Arbeitsplätze. Also bitte: Alles für den Menschen, alles für den Wohnungsbau zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Karl Lackner.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Es scheint so, als ob die Straßenwünsche kein Ende nehmen würden. Obwohl wir in der Obersteiermark in dieser Hinsicht verhältnismäßig gut beinander sind, haben wir trotzdem Wünsche. Bevor ich aber meine Wünsche anmelde, möchte ich mit Dankbarkeit feststellen, daß in der letzten Zeit wirklich Großes geleistet worden ist. Ich denke an die Umfahrung von Leoben, die Sanierung des Pötschen, die Umfahrung von Bad Aussee und von Schladming, an die Inangriffnahme der Salzkammergut-Bundesstraße, so daß in allernächster Zeit der Kreis Salzkammergut-Ennstal-Bundesstraße geschlossen ist, was nicht nur für den Fremdenverkehr, sondern auch für die ganze steirische Heimat von großer Bedeutung ist. Dafür herzlichen Dank.

Der Einfachheit halber möchte ich gleich die hauptsächlichsten Straßenwünsche der Obersteiermark aufzählen:

Bruck wartet dringend auf die Umfahrung. Warum? Die Durchfahrt in Bruck ist eine ausgesprochene Belastung für die Menschen, nicht nur für die Verkehrsteilnehmer selbst.

Weiters möchte ich erwähnen den Ausbau der Nordrampe der Straße Seeberg—Mariazell und die

Sanierung der Triester Bundesstraße bis St. Kathrein.

Im Bezirk Judenburg ist die Strecke Kleinfeldstritz—Bretstein noch nicht staubfrei gemacht. Damit diese Straße dem heutigen Verkehr besser entspricht und auch die Erhaltung nicht so teuer kommt, wäre es wohl angebracht, sie mit einer Schwarzdecke zu versehen.

Die Stadt Murau wird immer mehr zu einem Fremdenverkehrszentrum und hat daher auch Straßenwünsche.

Zu erwähnen wäre noch die Straße Predlitz—Turmacher Höhe, Unzmarkt—Mauterndorf, ferner die Umfahrung von Teufenbach—Niederwölz, der Ausbau der Katschtalstraße von Schöder—Katsch—St. Peter—Oberwölz. Ein vordringlicher Wunsch wäre auch die Umfahrung von St. Lambrecht über Murau, die eine ganz besondere Bedeutung für den Verkehr hat, ist sie doch eine Schnellstraße von Salzburg über die Steiermark nach Kärnten. Sie ist wichtig, damit der Fremdenverkehr vom Westen her auch in die Steiermark geleitet werden kann.

Zuguterletzt hat auch das Ennstal einige Straßensorgenkinder: Da ist einmal die Dreimärker-Bundesstraße. Es ist ja hier schon viel geschehen, aber das Stück von Palfau ist noch übrig geblieben. Und es ist wirklich ein echter Wunsch der Bevölkerung von Palfau, daß dieses Stück auch gemacht wird, weil diese Menschen ja sonst vom Verkehr ganz abgeschlossen sind. Ich weiß, daß es dort große Schwierigkeiten zu überwinden gibt, aber bei den heutigen Maschinen müßte es eigentlich schon möglich sein, auch dieses Stück endlich fertigzustellen.

Als letzte ist noch die Landesstraße Donnersbach—Donnersbachwald zu erwähnen, die bei weitem nicht den Erfordernissen der heutigen Verkehrslage entspricht. Früher wurde in Donnersbachwald das Holz getriftet. Die Holztrift ist aber eingestellt und das Holz wird jetzt auf der Straße abgeführt. Und diese Straße ist einfach zu schmal. Außerdem ist diese Straße die Lebensader der Bevölkerung von Donnersbachwald. Weiters ist sie für den Fremdenverkehr von größter Bedeutung. Ich bitte daher das Hohe Haus, daß man auch diesen Wünschen Rechnung trägt. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Bammer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Bammer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Über die Wohnbaufragen ist heute schon viel Wertvolles ausgesagt worden. Trotzdem erscheint es mir notwendig, einiges ins rechte Licht zu setzen, was vielleicht etwas verzerrt dargelegt worden ist.

Es ist über die Subjektförderung hier und von Fachleuten schon verschiedentlich gesprochen worden. Dieses Problem ist nicht so einfach, es ist auch nicht neu. Es ist nur neu für jene Abgeordneten, die das erstmal an einer Budget-Debatte teilnehmen. Immer wieder beschäftigt man sich mit diesem Problem und jedes Jahr spricht man von einem Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung. Der Herr Abg. Lind meinte, niemand hätte die ÖVP hindern können, die Subjektförderung einzuführen.

Herr Dr. Rainer hat als Sprecher der ÖVP diese Sache schon einmal publiziert, aber auf einmal ist es dann wieder ganz ruhig geworden. Man hat sich nämlich errechnet, was dabei an künftigen Belastungen herauschaut und man hat sich eben dann bescheiden müssen. Es ist nicht damit abgetan, einfach zu sagen, gehen wir von der Objektförderung über zur Subjektförderung und damit ist das ganze Problem gelöst. Wir wissen alle, mit Schlagworten löst man keine Probleme. Wenn es so einfach wäre, hätte man es sicherlich schon getan, weil es Aussicht hat, die Probleme besser zu ordnen. Aber ich glaube, es gibt keine einfache, gerechte und überschaubare Form der Subjektförderung. Was vor allem auch ein Problem dabei ist, meine Damen und Herren, das ist das Kontrollsystem. Die familiären Verhältnisse und die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern sich doch ständig. Wollen wir etwa, wie schon vorgesehen war, in Zeitabständen von zwei Jahren ständig alle so gebauten und so finanzierten Wohnungen kontrollieren, wieviel Kinder jetzt noch versorgungspflichtig sind, wie die Einkommensverhältnisse sind oder wer zugezogen ist, wer mehr verdient? Das sind doch sehr schwierige Probleme. Und daher möchte ich sagen, keine Schlagworte. Wir erkennen an, daß das sicher einen guten Kern hat, aber wenn es leicht zu lösen wäre, dann wäre wahrscheinlich niemand im Hause, der dieser Lösung entgegengestanden hätte.

Und nun auch noch ergänzend dazu: Ich glaube, man macht einen Fehler. Man stellt jedes Jahr einen Antrag auf Übergang zur Subjektförderung und das ganze übrige Jahr hört man dann nichts mehr davon. Dabei haben Sie einen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 zu Recht eingesetzten und auf einem Landesgesetz basierenden Wohnbauförderungsbeirat, der eine Art Abstimmungsmaschinerie ist und der zu den vorgelegten Anträgen Ja und Amen sagen kann. Beschäftigen wir doch diesen Beirat mit diesem Problem. Er soll das diskutieren, er soll das ganze Für und Wider auf seine Tagesordnung setzen, soll das durchrechnen, sich Experten dazu holen; das wäre eine dankbare Aufgabe für den Referenten, Herrn Landesrat Niederl, die Ressentiments, die seit der Entstehung über diesen Beirat im Referat bestehen, abzubauen und die wirklichen Fachleute, Genossenschaftsfunktionäre, Baufachleute, die da drinnen sind, mit der Frage zu beschäftigen, wie kann man wirklich mit der Subjektförderung zu Rande kommen?

Sie werden es mir nicht glauben, meine Herren Abgeordneten, vor allem Herr Abg. Lind, aber die Sozialisten sind nicht dagegen, wir sind sogar sehr dafür, wenn man ein gerechtes, überschaubares und einfach zu handhabendes System der Subjektförderung findet. Aber dieser Weisheit letzter Schluß steht noch aus. Und man nimmt einfach die bösen Sozialisten als Ausrede. Die Dinge am wahren Kern zu erkennen, erscheint uns aber wesentlich wichtiger.

Sie haben aber noch dazu gesagt, diese 67.000 Wohnungen sind also das Ergebnis der Initiative eines einzigen Mannes, den wir alle sehr geschätzt haben. Aber auch das ist nicht richtig. Wohnbauförderung wird seit der Ersten Republik betrieben, der Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds kommt aus

der Ersten Republik herüber und alle Bemühungen, mehr Geld für den Wohnungsbau freizustellen, sind doch gemeinsame Bemühungen, wie etwa gerade die Tatsache, daß der Finanzreferent im heurigen Budget wieder 60 Millionen Schilling für eine Sonderaktion eingesetzt hat. Man muß also auch diese Dinge ins rechte Licht rücken.

Und wenn man immer sagt, wir seien so fortschrittlich in der Steiermark. Meine Damen und Herren, wir sind es gar nicht! Die Steiermark ist das einzige Land, das bei Wohnbauanträgen, die vom Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds bewilligt werden, keine Landesmittel dazugibt. Auch hier besteht eine Möglichkeit, die Diskrepanz und die Finanzierungslücke zwischen Baukosten und tatsächlicher Darlehenshöhe zu verringern. (Abg. Dr. Rainer: „Aber damit werden doch nicht mehr Wohnungen oder weniger!“) Das Land Niederösterreich hat auch keine sozialistische Mehrheit und gibt für jede Wohnung, die vom Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds gefördert wird, 20.000 Schilling aus Landesmitteln als Kredit dazu. Das ermöglicht es, zu verhindern, daß die Baukostenbeiträge für die künftigen Mieter zu hoch sind, daß eine Auslese der künftigen Mieter oder Eigentümer nicht mehr nach der Bedürftigkeit im Hinblick auf die Wohnungssituation, sondern nach der Brieftasche vorgenommen wird. (Abg. Dr. Rainer: „Da wird halt dann weniger gebaut, nicht Herr Landesrat!“) Herr Abgeordneter Rainer, ich stimme Ihnen vollkommen zu. Wir werden — der Herr Abgeordnete Stöffler hat es in einem Zwischenruf vor einigen Jahren schon festgestellt und mir vorgehalten — wir werden eines Jahres, möchte ich sagen, — beim Budget handelt es sich um Jahre — vor der Alternative stehen, zu entscheiden: Wollen wir so weiterbauen und damit eine gewisse bedürftige, in schlechten Wohnungsverhältnissen befindliche Schicht ausschließen, oder bauen wir weniger und damit auch für bedürftige Familien. Ich sage Ihnen ganz konkret, die Neuberechnung des Schlüssels bei der Wohnbauförderung 1954 und die erhöhten Mittel, die damit dem Land Steiermark zufließen, würden es z. B. — man soll die Dinge diskutieren — möglich machen, gleich viel Wohnungen wie im Vorjahr zu bauen und trotzdem für den einzelnen eine bessere Finanzierung zu ermöglichen. Die Möglichkeit wäre gegeben, ohne bei der Zahl der zu fördernden Wohnungen zurückzusinken. (Abg. Burger: „Da müßte man die Steirische Arbeiterkammer auch einladen, etwas dazuzugeben!“) Schauen Sie, Herr Abgeordneter Burger, Sie dürfen die Einzelsiedler nicht mit den Geschoßbauten und Mietwohnungen vergleichen. Da verstehe ich leider ein bißerl mehr davon. Mit dem Zwischenruf kommen Sie bei mir nicht durch, das kann ich Ihnen gleich sagen. Nun wurde auch von der Frau Abgeordneten Jamnegg heute dem Hohen Hause eine sehr, sehr imponierende Zahl über die im nächsten Jahr zur Verfügung stehenden Wohnbaumittel vortragen. Ich glaube mich richtig zu erinnern, sie hat von 606 Millionen gesprochen, Land, Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds, Wiederaufbaufonds plus noch zu beschließender 60 Millionen Sonderwohnbauprogramm, also rund 660 Millionen. Ich glaube, nur um in der Öffentlichkeit keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen, muß man die echten

Ziffern sagen, meine Damen und Herren. Mir ist heute vormittag die Liste der für das Jahr 1966 bereits bewilligten Wohnhauswiederaufbauvorhaben in Wien zugeschickt worden, und ich kenne also den Betrag — der Herr Landesrat Niederl kennt ihn auch —, der beim Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds verfügbar sein wird, und ich komme beim besten Willen nicht auf die 660 Millionen. Ich kann tun, wie ich will (Abg. J a m n e g g : „Von 660 war ja keine Rede!“) 606 plus 60 sagten Sie, ich habe sehr genau mitgeschrieben. (Abg. J a m n e g g : „Verzeihung, Herr Landesrat, darf ich vielleicht berichtigen. Ich hoffe, daß das auch im Protokoll so drinnen steht. Das waren 606 Millionen minus 60, ich habe es allerdings im umgekehrten Verhältnis ausgedrückt, minus 60 Millionen Sonderwohnbauprogramm!“) Ich nehme zur Kenntnis, daß aus plus ein Minus geworden ist. Aber, bitte, Frau Abgeordnete. Wir haben in diesem Budget 173 Millionen Wohnbauförderung 1954. Denn alle Mittel, die drinnen sind, dürfen sie nicht nehmen, da sind bereits Verpflichtungen der Vorjahre dabei. Wir haben 35 Millionen Schilling Landeswohnbauförderung, wir haben 60 Millionen Sonderprogramm, das sind 268 Millionen. Wir haben dazu 110 Millionen Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds, wir haben dazu 105 Millionen steirischer Anteil am Wohnhauswiederaufbaufonds, das sind insgesamt 483 Millionen für neue Wohnbauten im kommenden Jahr, zu denen allerdings noch die Zinsenzuschußaktion der Landesregierung kommt, die man aber nur in Zinsenzuschüssen berechnen kann. Also, ich komme nicht auf die Ziffer, und ich fühle mich verpflichtet, die Dinge zu sagen, wie sie im Budget stehen, weil sonst in der Öffentlichkeit Hoffnungen entstehen, die dann nicht gerechtfertigt sind. Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat auch behauptet, das Sozialministerium hat die Mittel gekürzt, ich glaube, um 36 Millionen, hat sie erklärt. Meine Damen und Herren, ich darf daran erinnern, daß in diesem ablaufenden Jahr eine heftige Diskussion über die Berechtigung des Schlüssels des Sozialministeriums bei der Zuwendung der Bundesanteile für die Wohnbauförderung 1954 im Gange war. Wir haben in der Landesregierung einstimmig gegen diesen Schlüssel protestiert, das Land Oberösterreich ist zum Verfassungsgerichtshof gegangen. Man wird also sehen, was für Oberösterreich als Beispiel herauskommt. Aber wenn wir schon mit Deutlichkeit feststellen, daß wir uns hier benachteiligt fühlen, meine Damen und Herren, möchte ich nicht verschweigen festzustellen, daß beim Wohnhauswiederaufbau der steirische Anteil seit Beginn, obwohl die Steiermark ein Land mit sehr vielen Bomben- und Kriegsschäden war, unverändert mit 10 % festgesetzt ist, daß ein Vorschlag im Jahre 1960, den Prozentsatz auf 15 % zu erhöhen, an dem Widerstand der anderen Länder gescheitert und dann vom Herrn Handelsminister Dr. Bock zurückgezogen worden ist. Wenn wir von Benachteiligung bei der Zuweisung von Wohnbaumitteln reden, dann auf allen Ebenen, und dann sage ich Ihnen, die größte Benachteiligung erfährt die Steiermark beim Wohnhauswiederaufbaufonds, denn wenn wir all die Länder wegnehmen, die keinerlei Kriegs- und Bombenschäden hatten, so werden Sie sicher zugeben, daß der Anteil bei

den verbleibenden viel zu gering ist. Also hier müßten der Landtag und die Regierung gemeinsam gegen diese noch immer vorhandene Benachteiligung protestieren.

Nun, zu dem Sonderwohnbauprogramm oder zu den 60 Millionen, die im Budget für eine Sonderaktion stehen, darf ich doch folgendes sagen: Es ist sicher unbestritten daß die sozialistischen Abgeordneten im Jahre 1964 den Antrag auf Beschlußfassung über ein Programm zur rascheren Beseitigung des Barackenelends in der Steiermark eingebracht haben und daß in der späteren Folge die Fraktion der ÖVP einen Antrag eingebracht hat, der nicht sehr klar formuliert war, wenn ich das einfach und bescheiden ausdrücken darf, mehr Wohnungen zu bauen. Nun sind diese 60 Millionen zu verteilen. Ich möchte nachdrücklich darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß es das gemeinsame Ziel dieses Hauses sein muß, gerade 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und im 20. Jahr des Bestandes unserer Zweiten Republik, daß man endlich ernsthaft und generell darangeht, das Barackenelend in unserem Land zu beseitigen. Ich sage es noch einmal, es sind Baracken, die aus den Jahren 1916, 1917, 1918 bestehen, in denen heute noch kinderreiche Familien zum Teil auch deshalb wohnen, weil sie nicht in der Lage sind, die zum Teil entstandenen Neubauten zu beziehen, weil für den kinderreichen, alleinverdienenden Familienerhalter das System der jetzigen Wohnbauförderung ungenügend ist, weil die Gemeinden nur in Einzelfällen in der Lage sind, die Kostendifferenz zwischen Baukosten und Förderungshöhe aus eigenen Mitteln und damit ohne Belastung der künftigen Mieter zu tragen. Ich glaube, daß wir uns sehr bald mit der Frage beschäftigen müssen, was mit den Baracken geschieht, die nicht Genossenschaften gehören, die trotzdem aber bewohnt sind. Hier wird sich ein Problem für das Referat auftun, das man sehr bald erkennen müßte, grundsätzlich daß also doch eine Ersatzvornahme erfolgen kann, daß ein Barackenersatz erfolgt, auch wenn der derzeitige Barackenbesitzer nicht selber antragsberechtigt ist, daß die Genossenschaften oder auch die Gemeinden diese Baracken beseitigen.

Nun, zu dem Gesamtproblem der Gruppe 6 noch ein einzelnes Anliegen, das mir in den letzten Monaten große Sorgen macht. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, Herrn Landeshauptmann dieses Problem als Straßenreferenten vorzutragen. Wir haben ein konkretes Problem, das daraus entsteht, daß in Trofaiach das Demonstrativbauvorhaben der Alpine entsteht, ein Vorhaben, bei dem 1500 Wohnungen gebaut werden, für Beschäftigte vor allem des Donawitzer Alpinwerkes. Es sind also 1500 Wohnungen, die entstehen, und es werden in wenigen Jahren diese mindestens 1500 Beschäftigten sein, die auf der sehr schlechten, sehr schmalen, sehr unübersichtlichen Verbindungsstraße zwischen Trofaiach und Donawitz bei Schichtwechsel entweder auf dem Rad oder mit dem Moped, mit dem Motorrad oder mit dem Kleinwagen ihren Heimweg oder den Weg zur Dienststelle antreten. Ich glaube, daß hier zu der jetzt schon bestehenden Unfallsgefahr sich unerhörte Aspekte abzeichnen. Dieses Problem löst man nicht mit der Umfahrung von Eisenerz über Vordern-

berg, Hafning nach Traboch hinüber in das Paltenal, sondern dieses Problem, dieses ernste Problem für die Beschäftigten dieses Betriebes, die in Trofaiach wohnen werden, viele wohnen ja schon dort, muß in der Form behoben werden. daß man auch die alte Verbindungsstraße zwischen Trofaiach und Donawitz verbreitert, modernisiert, mindestens auch einen Radfahr- oder Mopedweg einrichtet, damit dort nicht ständig große Unfallsziffern entstehen. Ich bitte also den Straßenreferenten, das Problem dieser Bundesstraße sehr gewissenhaft zu prüfen und ehestens auch hier für eine Lösung vorzusorgen. So weit meine Bitte im Hinblick auf dieses Demonstrativvorhaben in Trofaiach für die Beschäftigten der Alpine-Montan Donawitz. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abg. Vinzenz Lackner, ich erteile es ihm.

Abg. Vinzenz Lackner: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, mich so kurz zu fassen, wie mein Namensvetter von der Nordseite oder von der anderen Fakultät, wenn Sie wollen.

Es ist vor kurzem ein Antrag eingebracht worden, der dahingehend lautet, man soll die Sölkpaßstraße als Landesstraße übernehmen. Und bezeichnenderweise hat dieser Antrag lauter junge Abgeordnete als Unterzeichner. Das hat seine Bedeutung, weil ja die alten Abgeordneten auf der OVP-Seite befangen sein mußten, wo sie doch alle wissen, daß es einmal eine gemeinsame Sache war, die Glattjochstraße zu bauen. Und gerade mein Namensvetter von der anderen Seite, der Abg. Karl Lackner und Sie, Herr Abg. Dr. Rainer haben auch hier im Hause zu diesem Antrag gesprochen und erklärt, das seien Phantastereien. Da ist aber noch der Brief, in dem Sie denselben Interessenten geschrieben haben, Sie werden die Sache tatkräftig unterstützen. (Landeshauptmann Krainer: „Er hat sich ja auch nicht ausgekannt!“) Damals waren Sie noch Abgeordneter, heute sind Sie Landes-Parteisekretär. Es gibt noch andere Abgeordnete, die ähnlich lautende Briefe geschrieben haben, die sind heute Landesräte, Fremdenverkehrsreferent und dergleichen mehr und haben sich davon distanziert. (Landeshauptmann Krainer: „Ich habe mich aber immer dagegen ausgesprochen!“) Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier hat in Stainach erklärt, er überbringt die Grüße des Herrn Landeshauptmannes Krainer und er ermahnte die Leute, von diesem Projekt nicht abzuweichen und es mit aller Intensität zu verfolgen. Bitte, so die Dinge.

Wir haben aber auch im Landtag einen Beschluß gefaßt, nachdem zwischen Triebener Tauern und Radstätter Tauern auf 80 km Länge kein Übergang ist, daß ein zusätzlicher Übergang geschaffen wird und in dem Beschluß heißt es wortwörtlich: „Über das Glattjoch“. (Abg. Dr. Pittermann: „Herr Kollege Lackner, ich höre vertraute Worte von vor 12 Jahren!“) Sehen Sie, so kann man also die Dinge auch machen, das ist die Methode: Alles auf die lange Bank schieben und dann sagen: „Jetzt wissen wir nichts mehr davon.“ Aber ich sage Ihnen eines, Herr Abg. Dr. Pittermann, hinter diesen Beschluß-

sen, die damals gefaßt worden sind, steht auch der Beschluß von Scheifling, wo viele Bürgermeister zehntausende Obersteirer vertreten haben. Also die Bürgermeister werden damit desavouiert, aber auch die obersteirische Bevölkerung. So sollte man die Dinge doch nicht machen, sondern man soll den Mut haben, auch nein zu sagen, wenn man nicht ja sagen kann. Man hat den Glattjochinteressenten gesagt, „fangt ja nicht an, sonst kriegt ihr später nichts“. Auf der anderen Seite hat wahrscheinlich das Gewicht eines Ministers — er ist heute außer Dienst — eben schwerer gewogen als das Gewicht eines Bürgermeisters von Donnersbachwald und man hat still und leise mit Mitteln aus der Almaufschließung, aus dem Güterwegbau, aus der Forstaufschließung einen Übergang gebaut, schon in der Absicht — das bringt ja auch der Antrag zum Ausdruck — daß man dann sagt, das übernimmt dann das Land und die anderen können warten. Ich möchte aber sagen, wirtschaftlich, geographisch, klimatisch, alle Zeichen, wenn Sie sich das anschauen und sich noch einmal in Erinnerung rufen, sprechen für das Glattjoch. Und die Stadt Oberwölz ist zu einem Dornröschenschlaf verurteilt und sie war im 13. Jahrhundert mit 2000 Einwohnern fast so groß wie Graz. Und damals ist dann die Zeit gekommen, wo man dann an der Jahrhundertwende von der Schiene auf die Straße oder umgekehrt gegangen ist und heute ist es wiederum umgekehrt. Und deshalb verlangen wir, daß dieser Antrag nicht schlummernd liegen bleibt, sondern daß er berücksichtigt wird. Dazu kommt aber noch für die Obersteiermark, daß man heute stark für die Autobahn-Umfahrung Süd der Steiermark eintritt und zugleich Salzburg und Kärnten die Umfahrung West propagieren und noch dazu die obersteirischen Abgeordneten ersuchen, dafür einzutreten. Wenn wir dafür eintreten, dann für die Anschlußstücke, die wir brauchen, damit uns wenigstens die Brosamen vom Fremdenverkehr noch in der Obersteiermark verbleiben. Das hätte ich dazu zu sagen und mir tut mein Freund Lackner dort auf der anderen Seite aufrichtig leid, daß er in seinem Klub von dieser Sölkpaß-Straßenwalze niedergewalzt worden ist. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Rainer.

Abg. Dr. Rainer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir gerade beim Briefschreiben sind, dann erlaube ich mir, die Damen und Herren des Hohen Hauses auf etwas aufmerksam zu machen und den Referenten, Herrn Landesrat Dr. Niederl zu bitten, in Zukunft darauf zu achten, daß solche Mißstände abgestellt werden.

Der Wohnbauförderungs-Beirat bei der Steiermärkischen Landesregierung wird beschickt von den Vertretern der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei. Mir ist nun ein Brief in die Hände gekommen, vom Österreichischen Gewerkschaftsbund — Bau- und Holzarbeiter — und in diesem Brief steht, daß der sozialistische Abgeordnete Loidl, Landessekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, sich in besonderer Weise für einen Kreditantrag eingesetzt hat. Es wurde dadurch erreicht, „daß Sie ein Wohnbaudarlehen mit einer

Laufzeit von 30 Jahren erhalten". Dieser Brief enthält also nun zwei Unwahrheiten: (Landesrat Gruber: „Ist es verboten, daß sich ein Abgeordneter dafür einsetzt?“) Selbstverständlich soll er sich einsetzen, aber erstens ist der Wohnbauförderungsbeitrag nur dazu da, die Anträge zu begutachten und nicht, sie zu genehmigen. Bitte, wenn Sie also schon Beisitzer sind im Wohnbauförderungs-Ausschuß, dann müssen Sie das wissen. Und zweitens muß ich Ihnen sagen, ich habe mich bei unseren Kollegen erkundigt von der OVP-Fraktion, keiner hat irgendeine solche Nachricht dem Österreichischen Gewerkschaftsbund — Bau- und Holzarbeiter — zukommen lassen. Der Brief kann also nur von einem Mitglied der SPO-Fraktion stammen und ich habe mich weiter erkundigt und nachschauen lassen und da steht im Protokoll der Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates vom 28. 10., daß zu diesem Tagesordnungspunkt keine besondere Wortmeldung des Herrn Abg. Loidl zu dem Antrag des erwähnten Herrn zu verzeichnen war. Dieser Antrag war im Amtsvorschlag bereits enthalten und der Vorschlag des Landes-Wohnungs- und Siedlungsamtes wurde einstimmig positiv genehmigt. Ich möchte nur wissen, wo Sie sich da so besonders eingesetzt haben? Das ist doch eine klare Unwahrheit. (Abg. Heidinger: „Ich habe eine Lade voller Briefe, die OVP-Abgeordnete geschrieben haben!“) Ich bitte daher, dafür zu sorgen, daß in Zukunft die Leute nicht falsch informiert werden. (Abg. Pölzl: „Der Herr Abg. Loidl sagt, er habe den Brief gar nicht geschrieben!“)

Bitte und jetzt noch etwas Zweites: Der Herr Landesrat Bammer hat hier einige Ausführungen von Kollegen von mir bezweifelt und auch die Verdienste eines Mannes, der nicht mehr in unserer Mitte weilt, eingeschränkt im Hinblick auf die Wohnbautätigkeit im Lande Steiermark. (Landesrat Bammer: „Nein, nein!“) Ich möchte Sie bitten, meine Damen und Herren, sich von den älteren Kollegen unter Ihnen erzählen zu lassen, wie im Jahre 1948 und 1949 hier begonnen wurde mit der Wohnbauförderung, wie mühsam es war, die ersten Millionen Schilling beim Finanzreferenten herauszubekommen. Damals war es nämlich nicht so leicht, es waren nicht nur OVP und SPO in der Regierung und im Landtag hatte die OVP keine Mehrheit. Da war auch der damalige VDU noch eine Macht und erst seit dem Budget 1953 war es möglich, daß der Landes-Wohn- und Siedlungs-Fonds mit 30 Millionen einmal richtig dotiert wurde und erst von diesem Moment an konnte auf diesem Gebiet in der Steiermark Entscheidendes geleistet werden. Aber ich verstehe Herrn Landesrat Bammer nicht, warum er sich hierüber alteriert. Ich habe hier nämlich eine „Neue Zeit“, und ich muß Ihnen sagen, die „Neue Zeit“ ist da nicht so empfindlich und ist mit Lobhudeleien usw. sehr schnell am Platz. Es werden zwei Männer dieser Landesregierung hier gewürdigt, die ich beide achte und schätze. Es ist also hier der Herr Landesrat Sebastian genannt und der Herr Landesrat Gruber, und zwar im Zusammenhang mit der Kinderklinik, mit der neuen Frauenabteilung in Leoben, mit dem Zentral-Röntgeninstitut. Und da steht folgendes: „Ausgedacht, vorbereitet und schließlich durchgeführt wurden sie — diese Bauvorhaben —

nämlich von den sozialistischen Mitgliedern der Landesregierung Adalbert Sebastian, Sepp Gruber“ usw. Bitte, ich schätze und achte Sie, aber wissen Sie, ich glaube, so eine Kinderklinik oder das Zentralröntgeninstitut sich auszudenken, das geht doch über die Fähigkeiten dieser beiden Herren etwas hinaus. Natürlich ist auch hier noch der stereotype Satz, der ja in der „Neuen Zeit“ wahrscheinlich schon sehr feststehend ist, daß das natürlich nur möglich war infolge der klugen Finanzpolitik des sozialistischen Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek. (Abg. Brandl: „Sehr guter Satz!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann natürlich hier in dem Haus so reden wie der Herr Landesrat Bammer und dann in der Zeitung anderes schreiben. Ich glaube, die Österreichische Volkspartei hat in den letzten 15 Jahren bewiesen, daß bei ihr die Wohnbauangelegenheiten nicht nur mit dem Mund besprochen werden, sondern daß das eine Angelegenheit des Herzens ist. Wir sind selbstverständlich dafür, daß durch dieses Sonderwohnbauprogramm auch Baracken betroffen werden, aber wir glauben, daß vor allem auch die Erbauer von Eigenheimen entsprechend berücksichtigt werden müssen, weil bei den Erbauern von Eigenheimen der Mensch mit den wenigsten Mitteln zu einem eigenen Dach und zu einem Eigentum und zu einer eigenen Wohnung kommt. (Beifall bei der OVP. — Landesrat Gruber: „Das war Demagogie, Sie haben nur einzelne Worte aus der Neuen Zeit verlesen!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Niederl. Ich erteile es ihm.

Landesrat **Dr. Niederl:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, erstmals in meiner Eigenschaft als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung an einer Budgetdebatte teilzunehmen, und Sie können versichert sein, daß ich mit sehr großer Aufmerksamkeit den Debattenrednern und auch den Zwischenrufern gefolgt bin. Ich konnte allerdings nicht ganz verstehen, daß der Herr Abgeordnete DDr. Götz gesagt hat, daß das Nennen von Ziffern eine Selbstgefälligkeit wäre, denn mir wird bewußt, daß bei einer Budgetdebatte wohl in erster Linie auch Ziffern zu nennen sein werden.

Ich freue mich darüber, daß sowohl der Hauptreferent als auch die Debattenredner so viele Probleme, die im Wohnbauförderungswesen zum Ausdruck kommen, hier aufgezeigt haben. Und wenn in den vorigen Gruppen auch viele politische und wirtschaftliche Tagesfragen angeschnitten worden sind, so glaube ich wohl sagen zu können, daß das Wohnbauförderungswesen zu den wichtigsten in der Steiermark und in ganz Österreich gehört, weil neben der Ernährung und neben der Gesundheit der Kulturmensch in unseren Breitengraden ein Dach über dem Kopf und mehr — eine Wohnung — braucht. Dieses Problem des Wohnens, das hier im Hohen Hause durch mehrere Stunden hindurch mehr oder weniger sachlich diskutiert wurde, berührt ganz Österreich, und zwar deshalb, weil wir nach diesem Zweiten Weltkrieg Zerstörungen im Wohnraum vorgefunden haben, die weit über das normale